

20 juin 2023 (FAZ)

[Robert Menasse über Europa \(faz.net\)](https://www.faz.net)

ROBERT MENASSE ÜBER DIE EU:

## Glaube an Europa!

VON ROBERT MENASSE

-AKTUALISIERT AM 20.06.2023-10:09



Die Europäische Republik hält Robert Menasse für das kühnste europäisches Projekt seit Karl dem Großen: Graffito an einer Aachener Hauswand Bild: Wolfgang Fuhrmannek

Der europäischen Idee wahrhaft zuzustimmen, ist ein Akt des Widerstands – gegen überkommene politische Rezepte, die mit Waffengewalt, Blut und Tränen durchgesetzt wurden. Und werden. Eine Predigt.

Brüder und Schwestern!

Ich erlaube mir diese Anrede, weil ich sie grundsätzlich schön und just an diesem Ort besonders sinnig finde, nämlich in einer Kirche, wo ja seit jeher der Anspruch gelebt wird, dass die Menschen einander Brüder und Schwestern sein mögen. Aber wenn ich „an diesem Ort“ sage, meine ich nicht nur den Aachener Dom, ich meine [Aachen](#), die Europa-Stadt, mit ihrer kräftigen Herzwurzel in der europäischen Geschichte und ihren neugierigen Fühlern in die europäische Zukunft. Und wird nicht in der Europahymne, der Ode an die Freude, versprochen, dass alle Menschen Brüder werden? Frauen als Schwestern zweifellos mitgemeint.

Als ich eingeladen wurde, im Aachener Dom zu sprechen, war mein erster Gedanke: Oh mein Gott! Ich soll eine Predigt halten! Will ich das? Kann ich das?

Wahrheiten, die Euch nicht gefallen werden

Und dann fiel mir eben ein, (und fand googelnd dafür einige Beispiele), dass Prediger die Gläubigen mit „Brüder und Schwestern“ ansprechen, und das gefällt mir, da will ich mich einreihen, so können wir uns verständigen, jedenfalls will ich nicht ein Redner sein, der die Gläubigen „Schäfchen“ nennt.

Brüder und Schwestern! Jetzt habe ich Euch auch als Gläubige apostrophiert, und das war vielleicht unangemessen, zumindest voreilig, denn ich werde hier Wahrheiten predigen, denen gegenüber Ihr zunächst vielleicht skeptisch eingestellt seid, und ich will ja erst bewirken, dass Ihr glaubt. Ich will über [Europa](#) reden, just hier, in der Europa-Stadt Aachen, euch abbringen von Irrwegen, zur Umkehr aufrufen, den rechten Weg vorschlagen, euch zum Glauben an unser Europa verführen, auch und erst recht, wenn dies zunächst dem zu widersprechen scheint, was Ihr glaubt.

Was bedeutet proeuropäisch?

Brüder und Schwestern, ich nehme an, dass Ihr euch durchaus als „proeuropäisch“ bezeichnet, aber ich sage Euch, dass das eine Phrase ist, und das erste, das wir überwinden müssen, um wahrhaftig und konstruktiv über Europa reden zu können, ist diese phrasenhafte Sprache, zu der man schnell nicken kann, statt Nein zu sagen zu der Praxis, die sich dahinter versteckt.

Denn was bedeutet „proeuropäisch“, oder schlimmer noch „glühender Europäer“, liebe Brüder und Schwestern? Würde ich jetzt zwölf von Euch herausbitten, um es zu erklären, wir bekämen ziemlich sicher lauter verschiedene Meinungen. Ich werde Euch sagen, was „proeuropäisch“ bedeutet! Es bedeutet in Hinblick auf die europäische Idee, auf das europäische Einigungsprojekt, zunächst so gut wie nichts! Im besten Fall ist es ein Lippenbekenntnis, mit dem man - immerhin, aber nicht viel mehr - ausdrückt, nicht zu den nationalistischen Dumpfbacken zu gehören, die die **Europäische Union** ganz und gar ablehnen, für die „Brüssel“ die Chiffre für – ich formuliere es an diesem Ort bewusst so: - für das Teuflische ist, das das Heilige, nämlich die nationale Souveränität, untergräbt. „Proeuropäisch“ bedeutet ein Ja, mit dem man sich zur Europäischen Union bekennt, aber sie deswegen nicht erkennt.

## Vom „ja“ Sagen und von Ja-Sagern

Denn ich sage Euch: Wer der europäischen Idee wahrhaft zustimmt, muss die Idee kennen, und wer zur heutigen Union Ja sagt, darf in Hinblick auf den Zustand der Union auf keinen Fall ein Ja-Sager sein. Denn zu viel liegt heute in Europa im Argen, ist blockiert durch unproduktive Widersprüche, ist bedroht durch das Unverständnis und die Uneinsichtigkeit vieler unserer politischen Repräsentanten, die, gefesselt von nationalen Sachzwängen, statt entfesselt von der befreienden europäischen Idee, ihre Ämter anstatt die Idee zu retten versuchen. Sie nennen ihr Handeln pragmatisch, sie nennen es Realpolitik, und ja, es ist Realpolitik, aber nur insofern, als diese Politik die Realität beschädigt und die Bedingungen eines realen Zusammenwachsens Europas immer mehr zunichte macht.

Die Idee, Brüder und Schwestern, war, nach den Erfahrungen mit drei nationalistischen Aggressionskriegen innerhalb einer Generation, dem deutsch-französischen, dem Ersten und dem **Zweiten Weltkrieg** und den damit verbundenen ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, eine Lehre und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Es war unbestreitbar, dass der Nationalismus der Aggressor war, und dass die in ihm gärende kriminelle Energie zum größten menschlichen Leid führte, und daher war dies die Konsequenz: Wir müssen den Nationalismus überwinden, einen nachnationalen Kontinent organisieren, indem wir die Nationen so miteinander verschränken und verflechten, dass keine mehr etwas gegen andere unternehmen kann, ohne sich selbst zu schaden. Das bedeutet natürlich, die Souveränität der Nationen nach und nach in einen gemeinsamen demokratischen Rechtszustand aufzuheben. Es geht um einen nachnationalen Kontinent, in dem nationalistische Aggression schließlich in die Geschichte absinkt wie die punischen Kriege.

## Vielfalt der Sprachen und Kulturen

Es geht um die Herstellung einer Einheit, in der die Vielfalt der Sprachen und Kulturen nicht mehr zu vielen, sich voneinander abgrenzenden nationalen Identitäten führt, sondern als gemeinsamer Reichtum begriffen wird, als Leben in gemeinsamer Realität und nach gemeinsamen Werten, statt in den Gespinsten widerstreitender ideologischer Fiktionen. „Nationales Interesse“ ist so eine Fiktion. Was soll das sein? Was kann im Interesse der *gesamten* Population eines Landes sein, und dabei so *exklusiv*, dass es nicht geteilt werden kann mit den Interessen von Menschen in anderen Ländern? Habt Ihr eine Antwort darauf? Bemüht euch nicht, es gibt keine. Höchstens: Nationale Interessen sind die Interessen nationaler Eliten.

Aber wenn etwas gut und vernünftig ist für die Menschen in Deutschland, warum soll es nicht gut sein für Menschen in Portugal oder Zypern? Wenn etwas gut ist für Menschen in Aachen, warum soll es nicht gut sein auch für Menschen in Coimbra, Bologna, Wien oder Plovdiv, und so weiter? Es geht um die wirkliche Verwirklichung der Unteilbarkeit der Menschenrechte, und „wirkliche Verwirklichung“ ist keine Tautologie, sondern das historisch neue und wirklich revolutionäre der europäischen Einigungs-idee, es

ist das Gegenteil von einem Lippenbekenntnis. Es ist das reale und praktische Gegenteil zur Heilsuche in exklusiven historischen Irrwegen.



Flaggen der Europäischen Union flattern in Brüssel im Wind :Bild: dpa

Aber es liegt vieles immer noch oder wieder im Argen. Dabei hat die Idee zunächst weit getragen, man muss heute sagen: überraschend weit getragen. Denn: Haben sich unsere Großeltern oder Urgroßeltern in den Fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, den Jahren des Aufschwungs und des Glücks des nationalen Wiederaufbaus und im Schatten einer scheinbar auf ewig angelegten Spaltung Deutschlands und Europas dies vorstellen können: ein Europa mit einem gemeinsamen Markt, einer gemeinsamen Währung, einem gemeinsamen Rechtszustand mit einem gemeinsamen Gerichtshof, einer gemeinsamen Verwaltung, einem Erasmus-Raum statt nationaler Universitäten, mit Arbeits- und Niederlassungsfreiheit aller Europäer in ganz Europa, und einer zumindest in Ansätzen entwickelten europäischen Volksvertretung, und gemeinsamen Einrichtungen und Behörden in verschiedenen europäischen Ländern – haben sie sich das damals vorstellen können?

Ich sage Euch: Nein! Ich weiß es: Nein! Und ich gehe noch weiter: sie hätten dem wahrscheinlich mehrheitlich auch gar nicht zugestimmt, weil es ihre Phantasie überfordert hätte und weil sie es nicht zusammen denken hätten können mit den Vorstellungen von nationaler Identität, mit denen sie doch alle sozialisiert worden waren. Aber es ist gelungen, weil weitblickende Politiker sehr kleine Schritte machten, die sich zu großen summierten, in Momenten der Möglichkeit, die sie allerdings auch herstellen mussten. Was bedeutet nun Demokratie, wenn wir uns dies vor Augen halten? Politiker haben damals nicht auf der Basis von Meinungsumfragen entschieden, und auch nicht unter dem Druck von völkischen Selbstermächtigungen, wer das „Volk“ ist, wer dazu gehört und wer nicht – ich sage euch: wären Meinungsumfragen die Grundlage der politischen Entscheidungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen, es gäbe uns heute nicht, so wie wir heute leben und Freiheit und Frieden verstehen.

## Es liegt zu viel im Argen

Demokratie hat sich darin erwiesen, dass demokratische Legitimation die Verpflichtung bedeutete, die Wähler schrittweise mit Argumenten von Vernunft und Kühnheit davon zu überzeugen, eine menschengerechte Welt zu gestalten. Dass der Mensch dem Menschen ein Wolf ist, mag menschlich sein, aber es ist nicht menschengerecht. Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus, Nationalismus, Ressentiments gegen andere Religionen und Kulturen und so weiter mag menschlich sein, aber es entspricht nicht dem Ebenbild, das der Mensch sein soll.

Aber halt! Sagt noch nicht Ja, Brüder und Schwestern. Ich sagte, es liegt zu viel im Argen, und das ist es, womit wir uns jetzt auseinandersetzen müssen, bevor wir uns auf ein profundes Ja einigen können.

## Visionen der Gründergeneration

Nach den großen Fortschritten, die die Gründergeneration in vielen kleinen Schritten durchgesetzt hatte, kam schließlich eine Generation in politische Verantwortung, für die der Status quo Europas nichts Erträgliches, nichts aus Erfahrungen und Vernunftgründen pragmatisch Durchgesetztes, nicht der Stand der Dinge *auf einem Weg* war, sondern bloß ein *Zustand*, eine Realität, gleichsam ein weiter Rahmen, den sie eben vorfanden und innerhalb dessen sie in ihren jeweiligen Ländern ihre Ämter einnahmen. „Gemeinsamer Markt“, das verstanden sie, viel mehr verstanden sie nicht. Das war ihre Erfahrung, die Erfahrungen und die Visionen der Gründergeneration hatten sie nicht. Die Widersprüche, die dynamisch waren auf einem Weg, wurden im Stillstand zu unproduktiven Blockaden.

Für diese Politikergeneration war klar, weil das ihr ganzer Erfahrungshorizont war, dass sie nur national gewählt werden, auch wenn sie dann europapolitische Verantwortung tragen, durch Sitz und Stimme im [Europäischen Rat](#). Und weil sie auch national wieder gewählt werden wollen, klammern sie sich daran, die Fiktion nationaler Interessen verteidigen zu müssen. Und auch wenn sie sich jederzeit als „proeuropäisch“ bezeichnen und in Sonntagsreden weihrauchschwenkend über Europa reden – da sind wir wieder bei diesem Punkt -, so handeln und denken sie doch antieuropäisch.

## Gegenwärtige Schiefelage Europas

Brüder und Schwestern, das müsst Ihr euch klar machen: Ihr erkennt die gegenwärtige Schiefelage Europas augenblicklich, wenn Menschen in europapolitischer Verantwortung von nationalen Interessen reden. Und umgekehrt, Ihr erkennt euren eigenen proeuropäischen Widerspruch zu Europa, wenn Ihr euch fragt, ob es wirklich eine umfassend bewusste Entscheidung ist, wenn Ihr bei nationalen Wahlen Parteien und Kandidaten wählt, ohne eure Wahlentscheidung davon abhängig zu machen, ob die gewählten Kandidaten die besten in Hinblick auf die europapolitische Verantwortung sind, die sie dann haben werden. Ihr wählt nicht erst bei Wahlen zum Europäischen Parlament eure europäischen Vertreter, Ihr wählt sie schon bei Wahlen zum Bundestag! Weil die Menschen, die in Folge Eurer Wahlentscheidung dann die nationale Regierung bilden, Sitz und Stimme im Europäischen Rat haben. National gewählte Menschen, die während ihrer Amtszeit gute nationale Umfragewerte erheischen und national wieder gewählt werden wollen, sollen über nachnationale oder supranationale Politik entscheiden – ist euch dieser Widerspruch bewusst? Ist er Teil eurer Überlegungen, wenn Ihr das Kreuz macht auf dem Stimmzettel?

Könnt Ihr euch an nur ein europapolitisches Versprechen bei der letzten Bundestagswahl erinnern? Und doch habt Ihr Parteien gewählt, die dann auch das europapolitisch verantwortliche Personal stellen. Ihr bezeichnet euch als Proeuropäer? Es mag sein, dass Ihr Proeuropäer seid – aber seid Ihr Europäer?

## Nationale Entscheidungen, nachnationale Entwicklung

Das ist der prototypische Systemwiderspruch. Nationale Entscheidungen sollen gestalten, woran gar nicht gedacht wurde: nämlich die nachnationale Entwicklung. Systemwidersprüche werden nicht als Dynamik erkannt, die die Entwicklung vorantreiben, sondern als Bedrohung für den Status Quo, den man nicht weiterentwickeln, sondern nur irgendwie so ausbalancieren will, dass nicht alles zusammenbricht. Jedes Problem, das Folge der *Systemwidersprüche* ist, wird als *nationales* gesehen, das dann *national* gelöst werden soll, was dann europapolitisch eine Fliehkraft entwickelt, die nur noch mühsam unter Kontrolle gehalten werden kann.

Beispiele? Die gemeinsame Währung, der Euro, war ein großer Integrationsschritt. Aber eine gemeinsame Währung braucht auch eine gemeinsame Finanzpolitik, einen verantwortlichen Finanzminister. Aber da sagten die nationalen Finanzminister: Nein! Dieses Souveränitätsrecht geben wir nicht her, Finanzpolitik muss in nationaler Verantwortung bleiben! So wurde die gemeinsame Währung ohne gemeinsame Finanzpolitik auf den Weg geschickt, aber die logisch daraus folgenden Krisen wurden nicht einsichtig mit dieser Fehlentscheidung in Verbindung gebracht, nein, Brüder und Schwestern, die Krisen wurden zum Anlass genommen, den Nationalismus anzufeuern und hart an der Grenze zum Rassismus zu wildern. erinnert Ihr euch an die „faulen Griechen“, die „auf unsere Kosten

über ihre Verhältnisse leben“? erinnert Ihr euch an die so schnell aufgeschaukelten Aggressionen gegen die Menschen in einem Teil Europas? Habt Ihr womöglich dazu genickt?



Abgeordnete im Europäischen Parlament :Bild: dpa

Gesteht es, beichtet es! Die Staatsschulden [Griechenlands](#) beliefen sich auf rund 2,5% bis 3% des BIP Europas. Und wenn man die Staatsschulden Griechenlands herausrechnet aus der Gesamtverschuldung Europas, dann beliefen sie sich auf knapp 4%. Das hat genügt, um Rassismus und Nationalismus in Deutschland wieder hochleben zu lassen. Kalifornien hat ein Vielfaches dieser Schulden, sowohl absolut als auch in Relation zum BIP der USA, aber niemand ist auf die Idee gekommen, dass Kalifornien nun besser aus der Dollar-Zone ausgeschlossen werden müsse. Natürlich, gemessen am Inlandsprodukt Griechenlands war die Summe erheblich, aber europäisch war sie praktisch unerheblich. Doch das nationale Denken in einem nachnationalen Club hat dazu geführt, dass deutsche Politiker darüber entschieden, das griechische Gesundheitssystem und das griechische Bildungssystem zu zerstören, damit die faulen Griechen sparen lernen. Durch Politiker, die sich als „proeuropäisch“ bezeichnen, und eine nationalideologische Politik betreiben, die sie in ihrer eigenen Nation ziemlich sicher gar nicht durchsetzen könnten.

Und in diesen unerträglichen Widerspruch hakt der nächste ein: Wir haben einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung, bilanzieren aber nationalökonomisch. Dabei gibt es unter den gemeinsamen Voraussetzungen keine Nationalökonomie mehr. Die einzigen, die das nicht wissen, sind die Nationalökonomien – und die Kanzlerinnen und Staatschefs, die sich noch immer von ihnen beraten lassen. Ich würde sagen: vergeblich sinnsuchend, wenn das nicht ein blödes Namenswortspiel wäre. Jetzt merke ich, wie bei einigen von Euch, Brüder und Schwestern, innere Unruhe und Widerspruch zu vibrieren beginnen. Weil es in euren Augen doch auch wahr ist, dass Ihr mit Eurem Steuergeld den so genannten Süden finanziert, den Ihr nur als Urlaubsidylle, wo euer Euro noch was wert ist, haben wollt.

### Innerer Widerspruch einer europäischen Haltung

Seht Ihr, Brüder und Schwestern, das ist jetzt ein schönes Beispiel für den unbedachten, nicht mitreflektierten inneren Widerspruch einer europäischen Haltung beziehungsweise eurer proeuropäischen Selbstdefinition. Natürlich stimmt Ihr mir zu, wenn ich sage, dass man in einer Gemeinschaft wie der EU nicht zulassen kann, dass Mitgliedstaaten bankrott gehen. Und wir wissen, dass dies aber, bei aller Einsicht in die Notwendigkeit, etwa in Deutschland großen Unmut hervorruft. Aber habt Ihr dieses Ärgernis nicht selbst gewählt? Habt Ihr nicht genickt oder es zumindest schweigend hingenommen, als die Bedingungen definiert wurden, die zu diesem Ärgernis der einen und zur Demütigung der anderen geführt haben, ja führen mussten? Ich habe schon gesagt: gemeinsamer Markt, gemeinsame Wertschöpfungsketten, aber nationale Bilanzierung. Und Gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Finanz- und Fiskalpolitik.

Nun haben wir eine Europäische Zentralbank, die es bei diesen Widersprüchen nur falsch machen kann, weil sie eben unter diesem widersprüchlichen Druck steht: sie muss sich den Nationalstaaten unterordnen und die Zinsen niedrig halten, damit sich die südlichen Staaten refinanzieren können, zugleich soll sie die Zinsen erhöhen, um die Inflation zu bekämpfen. Habt Ihr euch schon einmal gefragt, wie Ihr entscheiden würdet, wenn bei Euch eine Krankheit diagnostiziert wird, gegen die eine Therapie notwendig und hilfreich wäre – die aber eine andere schwere Krankheit auslösen würde?



Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse :Bild: dpa

Das ist die Situation, und ich sage: Ihr habt sie gewählt. Immer wieder, in vielen Jahren, den langen Merkel-Jahren, in denen die Aporie der Situation, in der wir uns heute befinden, als wünschenswert und als politisches Ziel klar angekündigt und immer wieder deutlich ausgesprochen wurde. Ich erinnere an die programmatische Rede von [Angela Merkel](#) vor dem Europakolleg in Brügge im Jahr 2010.

In dieser Rede wandte sie sich gegen die Gemeinschaftsmethode, verteidigte die Souveränität der Nationalstaaten und plädierte für eine Entscheidungsfindung in europäischen Fragen durch einen Ausgleich von nationalen Interessen, durch eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Nun ist der kleinste gemeinsame Nenner der Stillstand, und sei es – wie sich dann zeigte – durch die Entmachtung der Europäischen Kommission, deren Aufgabe es doch war, die Entwicklung der europäischen Einigung weiter zu treiben. Das war die Folge: die Europäische Kommission wurde degradiert, und der Rat der nationalen Staats- und Regierungschefs zur höchsten und letzt-entscheidenden Instanz erklärt. Das ist allerdings mit den Verträgen nicht abgedeckt. Der Rat beansprucht jetzt eine Funktion, die ihm in den Verträgen (konkret Artikel 15 EUV) untersagt ist: die eines Supergesetzgebers, vorbei an Kommission und Parlament, wobei dieser „Supergesetzgeber“ zu einem Forum der Blockade oder Verzögerung wurde, weil er sich darauf fixierte, nationale Interessen zu prüfen und zu vergleichen. Ein Europa, das sich dieser willkürlichen Organisationsform unterwirft, stellt eine Rückkehr zu souveränen Nationalstaaten dar und basiert auf der einfachen Zusammenarbeit zwischen Staaten, sofern diese überhaupt kooperieren *wollen*. Der Begriff „Zusammenarbeit“ hat seither den Begriff „Integration“ ersetzt.

Wäre es auch anders gegangen?

Auf diese Weise wird jeder Plan der Europäischen Kommission, der eine Fortentwicklung der EU beabsichtigte, durch eine Ratsentscheidung, gegen den ursprünglichen Gemeinschaftsgedanken, aufgehoben. Europäische Finanzpolitik? Ja, natürlich, aber mit nationalen Kriterien, abgeleitet von Theorien, die eine nachnationale Währung noch gar nicht kannten. Habt Ihr das wollen, Brüder und Schwestern? Ja oder nein?

Wäre es auch anders gegangen? Ohne nationalen Groll gegen andere Nationen, ohne Aggressionen in der Innenpolitik eines Friedensprojekts, wäre das möglich gewesen? Ja, das wäre möglich gewesen, es wäre der ursprüngliche Plan gewesen. Wäre etwa die gemeinsame Währung mit einer gemeinsamen Finanz- und Fiskalpolitik begleitet worden, und hätte die EU das Recht bekommen, ein Budget mit eigenen

Steuern zu generieren, etwa durch eine Finanztransaktionssteuer, die kein Bürger jemals gespürt hätte, kein deutscher Steuerzahler hätte sich über Transferzahlungen erregen müssen, die nur deshalb nötig wurden, weil seine Regierung davor die nationale Souveränität verteidigt hatte, diesen Popanz in einer nachnationalen Welt, dieses Goldene Kalb, diesen Götzen, der für die Abkehr von der großen Idee steht.

## Macron, Merkel und die großen Linien

Als [Emmanuel Macron](#) im September 2017 an der Sorbonne seine große Rede „Initiative für Europa“ hielt, gab es von Seiten der deutschen Regierung keine Reaktion. Keine Antwort. Schweigen. Es war gespenstisch. erinnert Ihr euch, ihr deutschen Wähler? Aber es war logisch. Die Kanzlerin hatte ihre Politik ja davor klipp und klar formuliert: keine Vertiefung Europas, keine Schritte in weitere Integration, lediglich Zusammenarbeit zwischen Nationen, wo es möglich ist. Was Macron vorschlug, hatte damit keine gemeinsame Schnittmenge. Das ging gar nicht. Aber ich bin überzeugt, würde man Angela Merkel fragen, wie sie zu Europa steht, sie würde sich natürlich als „proeuropäisch“ bezeichnen. Da sind wir wieder bei diesem Widerspruch.

Die deutsche Antwort kam zeitverschoben: eineinhalb Jahre später wurde der Vertrag von Aachen unterzeichnet. Ein bilaterales Abkommen zwischen zwei Nationen, Deutschland und Frankreich.

Da stehe ich nun vor Euch, Brüder und Schwestern, hier in Aachen, und weiß nicht, wie Ihr über diesen Vertrag denkt. Natürlich will ich ihn loben, hier an diesem Ort, denn wie könnte man gegen die vertiefte Zusammenarbeit dieser beiden großen europäischen Nationen Einwände haben? Und doch muss ich gestehen, dass ich, als Europäer, der weder Deutscher noch Franzose ist, diesen Vertrag und überhaupt die Politik, für die er ein Beispiel ist, zutiefst ambivalent sehe. Denn was er an Zusammenarbeit zwischen Nationen befördert, blockiert er an der Weiterentwicklung der [Europäischen Union](#), und befördert die unerträglichen, bereits angesprochenen Widersprüche zwischen nationaler und Gemeinschaftspolitik. Ich weiß schon, dass immer wieder gesagt wird, wie wichtig es sei, dass die Achse Deutschland-Frankreich zum Gedeihen Europas funktionieren müsse, und dass diese beiden eine Führungsrolle in der EU innehätten, die sie bitte wahrnehmen mögen – aber, Brüder und Schwestern, bedenkt bitte folgende Einwände: wie soll eine nachnationale Gemeinschaftspolitik, und das war ja die Idee, entwickelt werden, wenn innerhalb der Gemeinschaft Nationen bilaterale Verträge machen?

## Wollten wir nicht ein demokratisches Europa aufbauen?

Ich frage ja nur. Und ist das europäische Einigungsprojekt nicht zuletzt auch deshalb begründet worden, damit Deutschland nie wieder eine Führungsrolle in Europa beanspruchen könne? Es ist nur eine Frage. Und jetzt stellt euch bitte vor, nicht Deutsche oder Franzosen zu sein. Wollten wir nicht ein demokratisches Europa aufbauen? Nicht nur ein Europa mit einigen institutionellen Gemeinsamkeiten, sondern ein gemeinsames demokratisches Europa. Da sitze ich in Wien und beobachte europapolitische Entscheidungen, die getroffen werden von Politikern, die ich nicht wählen konnte und die ich nicht abwählen könnte. Konnte ich die deutsche Kanzlerin wählen? Nein. Aber ihre Entscheidungen definierten die Rahmenbedingungen, innerhalb derer ich lebe. Noch einmal: Ging es nicht um ein demokratisches Europa?

Die Absage an Gemeinschaftspolitik zugunsten eines so genannten Abwägens nationaler Interessen hat die unproduktiven Widersprüche, die wir alle als unerträglich empfinden und die nur die Europaskeptiker und -gegner stärkt, verfestigt, statt sie Schritt für Schritt aufzulösen, aufzuheben. Ein Ziel des Aachener Vertrags ist es, „die Sicherheitsinteressen der beiden Staaten anzugleichen“ (Zweiter Hauptabschnitt des Vertrags), und da frage ich mich: die anderen 25 Mitgliedsstaaten der EU haben kein Sicherheitsinteresse? Oder ein anderes als Deutschland und Frankreich? Genauer gefragt: Die EU als Ganze hat kein Sicherheitsinteresse? Zweifellos, aber. Aber! Aber! Aber!

## Realität und Realpolitik

Das ist nicht Realpolitik. Das ist nur Realität. Die Realität des großen ABER. Gemeinsame Sicherheitspolitik. Ein Lippenbekenntnis, aber bei Verteidigung nationaler Souveränität leider nicht möglich. Denn was verteidigt sie wirklich? Auf dem Schoß der NATO sitzend, verteidigt sie die Interessen nationaler Rüstungskonzerne, zum Beispiel der Deutschen, die das NATO-Mitglied Griechenland aufrüsten, gegen das NATO-Mitglied Türkei, um dann zu fordern, dass die griechische Regierung den Sozialstaat abbaut, um die Schulden für die Aufrüstung zu bezahlen, worauf sich die Bürger Griechenlands zweifellos sehr sicher fühlen, während die Türkei mit Kampfjets in den griechischen Luftraum eindringt, weil die Türkei sich durch amerikanische (NATO!) Militärstützpunkte auf Rhodos und Kos bedroht fühlt, worauf das Außenministerium in Athen von einer „beispiellosen Verletzung der nationalen Souveränität“ spricht und jetzt dringend Abfangjäger fordert, und zwar NATO-Abfangjäger gegen NATO-Flugzeuge.

Aber in die Auseinandersetzung mit einem Aggressor von außen will die EU nicht hineingezogen werden. Das ist natürlich verständlich. Aber diese Selbstverständlichkeit ohne Plan und ohne Mittel und ohne Einigkeit ist keine Sicherheitsarchitektur, sondern ein löchriger Baldachin. Ein „Friedensprojekt“, wie die EU sich nennt, muss Frieden auf europäischen Boden verteidigen können, und ich meine damit nicht, dass die NATO-Mitglieder der europäischen Mitgliedstaaten in den Krieg gegen Russland eintreten sollen. Ich meine damit, dass es erbärmlich und – ja: - furchterregend ist, dass die EU keine Mittel und Möglichkeiten entwickelt und zur Verfügung hat, die man als wehrhafte Friedenspolitik bezeichnen könnte.

## Niederlassungsfreiheit und Arbeitsbewilligung

Krieg auf europäischen Boden – da fällt mir ein: der jugoslawische Bürgerkrieg. Wie lange ist er her? Damals gab es als einzige Reaktion NATO-Bomben ohne UNO-Mandat auf Belgrad, im Übrigen haben europäische Außenminister händereibend und wie Karikaturen aus den „Letzten Tagen der Menschheit“ von Karl Kraus („Serbien muss sterbien!“) zugeschaut, wie Jugoslawien in kleine Nationalstaaten zerbrach - die dann nach und nach in das nachnationale Projekt EU aufgenommen wurden. Hätte man danach über das Geschehene diskutiert, aus den so grotesken wie tragischen Fehlern gelernt und Gemeinschaftsbeschlüsse gefasst, dann wäre die EU in der heutigen Situation – ja, was? Es war ja nicht möglich, weil sich seither das Gewicht in der EU zu Gunsten der nationalen Staats- und Regierungschefs verschoben hat.

Europäische Bürger und Bürgerinnen haben Niederlassungsfreiheit und Arbeitsbewilligung in allen Ländern der EU. Das war ein großer Fortschritt. Aber sie haben keine gemeinsame Sozialversicherung, denn es muss ja die „Einwanderung in nationale Sozialsysteme“ verhindert werden. Ich spreche nicht von „Wirtschaftsflüchtlingen“ aus Afrika, sondern von Europäern – Europäer sollen in europäische Staaten nicht einwandern... das versteht nur ein Nationalist. Es gibt Arbeitsfreiheit für alle Europäer in ganz Europa, aber keine europäische Arbeitslosenversicherung. Europäer, die außerhalb ihrer Herkunftsnation in Europa arbeiten und Steuern zahlen, dürfen dort nicht wählen, zum Schutz der nationalen Demokratie. Demokratie? In manchen Ländern dürfen sie nicht einmal bei der Europa-Wahl ihre Stimme abgeben. Dann müssen sie „heim“ reisen, wo sie nicht arbeiten und keine Steuern zahlen. Wir dürfen eine europäische Volksvertretung wählen, aber nur auf der Basis von nationalen Listen. Wollten wir nicht ein demokratisches einiges Europa aufbauen?

## Ist eine europäische Biographie überhaupt möglich?

Als Europäer kann zum Beispiel ein Österreicher mit einem Erasmus-Stipendium in Madrid studieren. Wenn er dort eine Erasmus-Studentin aus der tschechischen Republik kennenlernt, und die beiden sich verlieben und ein Kind bekommen, dann streiten sich drei Nationen darum, wer das Kindergeld bezahlen, besser gesagt nicht bezahlen muss. Ist die Nationalität der Mutter, die Nationalität des Vaters oder die Nation des Geburtsorts maßgeblich? Wenn das Kind in die Schule kommt, ist vielleicht eine Entscheidung gefallen. Im gemeinsamen Europa ist eine europäische Biographie, die das gemeinsame Europa ermöglicht, eigentlich bedrohlich, wenn die Nationen ihre Souveränität verteidigen.



Genug der Beispiele für die unproduktiven systemischen Widersprüche in unserem Europa. Ich glaube, es ist klar, was ich Euch vorführen wollte: dass wir, die wir die europäische Idee verteidigen, dieses europäische System nicht verteidigen können. Wir müssen, was wir von der Gründergeneration ererbt haben, erst erringen, um es zu besitzen.

## Ausbalancieren sogenannter nationaler Interessen

Das Europa der „Zusammenarbeit“, wie es Angela Merkel gefordert und durchgesetzt hat, ist durch ein kompliziertes, lähmendes Ausbalancieren sogenannter nationaler Interessen vor dem Zusammenbruch bewahrt worden, das kann man anerkennen, zumindest wenn man ihre Prämissen als politische Möglichkeit akzeptiert. Aber als wir in die Phase der multiplen, sich überlappenden, bedrohlichen transnationalen Krisen kamen, zeigte sich, dass genau dadurch verhindert wurde, dass dieses Europa konsequent Gemeinschaftslösungen für gemeinsame Probleme finden kann.

Die Verteidigung so genannter nationaler Interessen verhindert Lösungen unserer großen gemeinsamen Probleme. Dann sagen die Nationalisten: Ihr seht, die EU funktioniert nicht, und bieten sich als Lösung, ja als Erlösung an - die dann nur noch mehr Probleme schafft. Dann sagen immer mehr nationale Wähler, dass diese nationalistischen Politiker wohl nicht konsequent genug waren und wählen radikalere Nationalisten, die allerdings die großen Krisen, die längst transnational sind, erst recht nicht meistern können. Das setzt eine Spirale in Gang, die Ihr doch nicht wollen könnt.

## Das passiert doch nicht bei uns

Straßen werden nach Faschisten benannt, Repräsentanten des Kulturbetriebs durch Neofaschisten ersetzt, kritische Journalisten eingeschüchtert oder gar ins Gefängnis geworfen, regierungsnahen Medien führen Kampagnen gegen Minderheiten – und Ihr sagt: das passiert doch nicht bei uns, das geschieht in anderen Ländern, in Ungarn, Polen oder Italien...Nein, Brüder und Schwestern, das passiert bei uns, in unserem Europa! Tröstet Euch nicht damit, dass es euch vielleicht noch nicht unmittelbar betrifft, fragt euch, ob es das ist, was Ihr wollt! Wenn wir nichts dagegen unternehmen, dann wird es die EU zerreißen, dann wird der Himmel in seinem schönen Blau mit den goldenen Sternen auf uns herabstürzen.

## Was könnt Ihr wissen? Was dürft Ihr hoffen? Was sollt Ihr tun?

Was könnt Ihr wissen? Zumindest dies: Es geht um ein nachnationales Europa. Es geht nicht um die Führungsrolle Deutschlands oder sonst einer Nation. Es geht um ein demokratisches Europa der Europäer, das heißt, es geht um die Souveränität der Menschen und nicht um die Souveränität der Nationen. Es geht nicht um die *Freiheit* der multinationalen Konzerne in einem Europa der Nationen, es geht nicht um die *Gleichheit* nur der Ware Arbeitskraft und es geht nicht um die Hoffnung auf *Brüderlichkeit* in der Preisgestaltung. Es geht um wahre Brüderlichkeit und Schwesternschaft. Es geht um Freiheit bei Gleichheit der Chancen aller Menschen in unserer Union. Es geht um Respekt gegenüber allen Kulturen und Sprachen, um Stolz auf diesen Reichtum und seine Möglichkeiten.

Es geht um Eure Einsicht in die Notwendigkeit des Widerstands gegen politische Rezepte des 19. Jahrhunderts. Vergesst nicht: die Nation ist geschmiedet worden mit Waffengewalt, Blut und Tränen, um dann in Konkurrenz zu anderen Nationen die größten Verbrechen zu begehen. Die EU ist die Konsequenz aus dieser Erfahrung: Die EU hat ihr Territorium *nicht* durch Gewalt genommen, es *nicht* durch einen Bürgerkrieg geeint und hat *nicht* den Anspruch, eine Nation zu bilden, die gegen andere konkurriert.

Was dürft Ihr hoffen? Viel mehr, unendlich viel mehr, als Euch die Nationalisten versprechen, mit ihrem Angebot einer fiktionalen Solidarität, die sich selbst widerlegt durch ihr Ressentiment, das im Moment nur Ressentiment gegen Ausländer ist, aber sich schnell auch gegen euch richten kann. Wenn Ihr wählen geht, vergesst nicht: Noch könnt Ihr nur national wählen, aber Ihr könnt doch schon jetzt die Zukunft wählen.

## Spatz auf dem Boden

Was sollt Ihr tun? Da liegt ein Spatz auf dem Boden. Auf einer Waldeslichtung unter grauem Himmel. Er liegt auf dem Rücken und streckt seine Beinchen in die Höhe. Es kommt ein Kater vorbei, sieht den Spatz und staunt. Er denkt nicht: das ist eine leichte Beute, oder vielleicht denkt er es doch, aber zuerst will er dieses ungewöhnliche Verhalten des Vogels verstehen, und so fragt er: Was liegst du, ein Tier der Lüfte, hier auf dem Boden und streckst deine Beinchen in die Höhe?

Der Spatz antwortet: Du hast es vielleicht noch nicht bemerkt, aber der Himmel droht herabzustürzen. Da muss der Kater lachen: Und du glaubst, wenn du da liegst und deine Beinchen in Richtung Himmel stemmst, dass du das verhindern kannst? Das glaube ich nicht, sagt der Spatz, aber ich tu, was ich kann. Hat der Kater daraufhin den Vogel gefressen? Er war verblüfft, er war so verwirrt, dass er sich getrollt hat. Er dachte lange nach, dieses „Ich tu, was ich kann!“ ging ihm nicht aus dem Kopf, und so beschloss er eines Tages, zu der Stelle zurückzukehren, wo er den Spatz gesehen hatte, um zu schauen, ob er immer noch da liegt und seine dünnen Beinchen in die Höhe streckt.

**Friede sei mit Euch! Glaubt an unser Europa!**

Er fand ihn nicht mehr, aber er traf auf der sonnigen Lichtung ein Lamm, das an der Seite eines Wolfs lag. Und der Himmel war groß und blau und weit. Friede sei mit Euch! Glaubt an unser Europa! Vergesst nicht: Die Gründer des europäischen Einigungsprojekts versprachen ein neues Zeitalter, für sie war Europa eine *Verheißung*! Gehet hin und verteidigt die Idee! Verteidigt *praktisch* die Idee! Steht auf, wenn Ihr Europäer seid! Brüder und Schwestern, steht auf und zeigt, dass Ihr Europäer seid! Steht auf!

*Robert Menasse veröffentlichte zuletzt den Roman „Die Erweiterung“, eine Fortsetzung seines mit dem Deutschen Buchpreis geehrten EU-Romans „Die Hauptstadt“ (beide Suhrkamp). Unlängst hielt Menasse im Auftrag der Europäischen Stiftung Aachener Dom ebendort diese Predigt.*

20 juin 2023 (FAZ)

[Wann man heute als alt gilt und wie die Boomer das Bild der Alten verändern \(faz.net\)](https://www.faz.net)

ZUKUNFT DES ALTERS:

## Wann gilt man heute als alt?

VON [RAINER SCHMIDT](#)

-AKTUALISIERT AM 20.06.2023-09:46



Glücklich und gefühlt gar nicht alt. Bild: picture alliance

Erste Boomer gehen jetzt in Rente. Viele würden gern weiter aktiv bleiben. Die Altersforscherin Ursula Staudinger sagt: Wir müssen umdenken! Ein Gespräch.

[Joe Biden](#) will mit über 80 Jahren noch einmal Präsident werden. Die meisten Leute in dem Alter suchen sich einen Heimplatz. Wie sehen Sie das als Alterforscherin?

**Es stimmt nicht, dass die meisten Menschen mit über 80 Jahren einen Heimplatz suchen. Gegenwärtig leben 26 Prozent der über 80-Jährigen im Heim.** Daran sieht man die großen Unterschiede zwischen Menschen mit dem gleichen kalendarischen Alter. So sollte man auch bei Joe Biden nicht nach dem kalendarischen Alter, sondern nach dem funktionalen und dem kognitiven Alter fragen.

Wann gilt man heute als alt? Gibt es ein objektives Maß?

Wir meinen alle immer, dass es ein objektives Maß gibt, das kalendarische Alter. Aber zusätzlich gibt es Studien, wann Menschen in einer Gesellschaft als alt betrachtet werden – oder sich selbst als alt betrachten, was nicht zwangsläufig zusammenfällt.

Wie ist das in Deutschland?

**In den Achtziger-, Neunzigerjahren galt man noch mit 60 bis 65 Jahren als „alt“, heute eher mit 70 bis 75.** Lange war es so, dass das „Altsein“ vor allem einherging mit der Verrentung.

Ältere klammern sich gern an Parolen: „70 ist das neue 60“, „60 ist das neue 50“. Was sagen Sie dazu?

Das wird nicht nur so empfunden, das kann man auch messen. **Die Lebenserwartung hat sich in den letzten 150 Jahren bei uns um fast 40 Jahre erhöht.** Das liegt an der verringerten Kindersterblichkeit, hat aber auch mit der zweiten Lebenshälfte zu tun: **Wir führen inzwischen ein Leben, das unseren Körper weniger verbraucht. Die funktionale Gesundheit, wie aktiv kann ich noch sein, hat sich um etwa 10 Jahre verschoben.** Deswegen sind die 70-Jährigen heute objektiv wie früher die 60-Jährigen und die 60-Jährigen wie die 50-Jährigen der vorherigen Generation.

Aber Arme altern anders als Reiche, oder?

Ja, es gibt enorme Unterschiede im Zuwachs von Lebenserwartung und funktionaler Gesundheit, abhängig von der sozialen Stellung – nicht nur in den USA. Wir hören das nicht gern, aber auch bei uns gibt es Unterschiede in der Lebenserwartung, abhängig vom sozialen Status von bis zu 10 Jahren zwischen den oberen und den unteren Spitzen. Das ist Fakt.

Welche Faktoren führen dazu, dass ich mich alt fühle oder mich andere als alt betrachten?

Unser kalendarisches Lebensalter ist nur bis in die Pubertät hochinformativ, **später kommt es auf das biologische, das soziale und das psychologische Alter an**. Beim biologischen Alter geht es um die funktionale Gesundheit, beim sozialen Alter darum, welche Rolle ich habe in der Gesellschaft außerhalb meines privaten Umfeldes, ein enorm wichtiger Faktor. Und beim psychologischen Alter ist die Frage: Wie fühle ich mich selbst? Bin ich stehen geblieben in meiner Selbstwahrnehmung und fühle mich immer noch wie ein junger Hüpfen? Oder nehme ich vor allem Einschränkungen im Zeitvergleich wahr – und das zieht mich dann runter? **Vergleichsprozesse sind enorm wichtig in der Selbstwahrnehmung – aber mit wem vergleiche ich mich?**

Der Soziologe Armin Nassehi hat hier im F.A.Z. Quarterly einmal geschrieben: **Alle wollen alt werden, niemand will alt sein**. Aber wie kommt es, dass wir alle, gerade in unserer alternden Gesellschaft, dieses Faktum so intensiv ignorieren?

Negative **Altersstereotypen** existieren nach wie vor: alt, **erschöpft, dement, langsam, unproduktiv, störend, querulatorisch**. Aber je mehr Menschen wir sehen, jetzt durch die alternden Boomer-Jahrgänge, die dem nicht entsprechen, desto stärker ändern sich unsere Vorstellungen. **Trotzdem steuern wir alle am Ende auf den Tod zu, das ist der ultimative Entzug der Kontrolle, auf die wir als Menschen so stolz sind**. Das drohende Leiden, die Pflegebedürftigkeit, damit wollen wir nicht konfrontiert werden. **Es wäre Ausdruck des Reifegrades einer Gesellschaft, wenn wir dem Tod klarer ins Auge blicken würden**. So weit sind wir noch nicht. Aber je mehr Menschen in diese Altersphasen hineinwachsen, umso stärker werden die Sichtbarkeit der Altersgruppen und damit auch Zustände von Pflegebedürftigkeit bis hin zum Sterben.



Ursula Staudinger ist seit 2020 Rektorin der Technischen Universität Dresden und als Psychologin und Gerontologin eine der renommiertesten Altersforscherinnen der Bundesrepublik. :Bild: dpa

Also bewirken die alten Boomer dann doch etwas Positives: Sie machen ab jetzt Gebrechlichkeit und Alter sichtbarer in der Gesellschaft?

Deswegen müssen gerade **die Babyboomer, dazu gehöre ich als Jahrgang 1959 auch**, sagen, was Sache ist. Sie müssen ihr Alter mitdefinieren und mitgestalten. Denn es ist eine Phase des Lebens, die gesellschaftlich nicht vorgestaltet ist. Es geht um die Möglichkeiten des Wiedereinstiegs, dass man wieder gebraucht wird, dass man wieder arbeiten kann, ohne dass man dafür steuerlich bestraft wird,

aber auch dass man wahrgenommen wird. Man sieht jetzt schon: **Die Zahl der über 65-Jährigen im Arbeitsmarkt steigt, das ist ein klarer Trend.**

Müssen nicht viele einfach auch deshalb arbeiten, weil die Rente nicht reicht?

**Die Daten, die für Deutschland bisher vorliegen, bestätigen diese Annahme nicht. Das kann sich aber bei zukünftigen Rentnerkohorten verändern.**

Die Schriftstellerin Sibylle Berg hat einmal sinngemäß bemerkt: Im Kapitalismus ist nur der wertvoll, der funktioniert, produktiv ist und sich vermehren kann. Und deswegen werden Alte eben diskriminiert. Würde Sie dem zustimmen?

Es gibt Diskriminierung, natürlich. Dabei kann man doch unterschiedliche Zustände menschlichen Lebens als gleich würdevoll und lebenswert empfinden. Niemand würde einem Baby vorhalten, dass es hilfsbedürftig ist, aber einer alten Person wirft man das vor. Weil sie aus einem Zustand der vollen Funktionalität kommt, das ist für viele schwer zu akzeptieren. Ich habe schon vor vielen Jahren gezeigt, dass die Währung von Produktivität nicht immer Geld oder die Idee oder die Innovation sein muss, sondern auch emotionaler Natur sein kann. Wenn etwa ein gelähmter Mensch Lebensfreude und Wohlbefinden ausstrahlt, ist das für alle motivierend und zeigt, ich muss nicht perfekt sein, um das Leben zu genießen. Und solche Einstellungen haben auch, wenn man unbedingt in Geld rechnen will, indirekte volkswirtschaftliche Effekte.

Im „Spiegel“ hieß es kürzlich: **Viele ältere Menschen fühlen sich aussortiert, übersehen, verachtet. Wie groß ist der Faktor Ageismus in Deutschland?**

**Das Phänomen Ageismus wird es immer geben.** Aber die demographischen Verhältnisse spielen jetzt dem Alter in die Hände, weil zu wenige Menschen nachwachsen, Stichwort **Fachkräftemangel**. **Da entsteht eine Lücke, die wir weder durch Wanderungsbewegungen noch durch gezielte Einwanderungspolitik schließen werden. Schon aus diesem Grund können wir es uns nicht mehr leisten, qualifizierte Menschen, die bereit sind zu arbeiten, nur wegen ihres Alters auszusortieren**, wir brauchen diese Erfahrung, diese Ressourcen, die Alten ebenso wie verstärkt die Frauen, die noch nicht arbeiten.

Das mag die absehbare Notwendigkeit sein, dagegen steht das anscheinend verbreitete Gefühl der Diskriminierung.

Natürlich haben viele Alten solche Erfahrungen gemacht, sie werden aussortiert und fühlen sich diskriminiert. Aber der Trend geht in eine andere Richtung, langsam, aber stetig. **Nur sind am Arbeitsmarkt viele Personalverantwortliche noch nicht auf diese Zeitenwende eingestellt.** Auch weil sie nicht gelernt haben, mit Menschen mit einem größeren Erfahrungshintergrund umzugehen. Auf der anderen Seite sind viele Leute von ihrer Arbeit nach einiger Zeit immer noch ausgebrannt und erschöpft. All das trägt dazu bei, dass solche Erlebnisse sehr real sind.

Werden ältere Frauen stärker diskriminiert als Männer, so wie man es oft aus Schauspielkreisen hört, wo es kaum Rollen für reifere Frauen gibt?

**Der Double Standard of Ageing ist belegt und erforscht.** Frauen gelten früher als alt, sie werden früher „aussortiert“, auch auf dem Arbeitsmarkt. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung liegt eine ihrer wichtigen Funktionen nach wie vor in der Reproduktion, mit der Menopause und dem Ende dieser Funktionsfähigkeit gelten sie auch diesseits des Pensionsalters oftmals als „alt“. Aber auch diese Frauen werden wir auf dem Arbeitsmarkt verstärkt brauchen, nicht nur in Teilzeitbeschäftigungen.

Aber noch verstopfen die Boomer aus Sicht der Jüngeren doch oft noch gute Posten und Karrierebahnen kraft ihrer großen Masse.

Ganz so ist es nicht. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten etwa haben wir mit dem verpflichtenden Rentenalter einen automatischen Mechanismus, der eine Generationenfolge garantiert. In sehr hohen Positionen findet der Wechsel oft vor 65 statt, in vielen Firmen dürfen die CEOs nicht älter als 62 sein. **Grundsätzlich sollten wir alle viel stärker trennen zwischen dem Lebensalter und einer gewissen Erfahrungsseniorität in einem Arbeitsbereich.** Beides kann zusammenfallen, muss aber nicht, in unserem Denken aber schon. Das ist nicht zielführend. **Natürlich können erfahrenerere jüngere Kollegen auch ältere Kollegen anleiten – und die Alten müssen bereit sein, sich führen zu lassen. Aus unserer Bevölkerungspyramide wird schon bald ein Rechteck, wir werden in allen Altersgruppen gleich viele Menschen haben, das wirkt sich automatisch auf die Unternehmen an.**

Ein Stereotyp heißt: Die Alten sind oder werden unproduktiver. **In Ihrer berühmten Studie „Don't lose your brain at work“ kamen Sie zu anderen Ergebnissen . . .? Demnach sinkt die Produktivität nicht wegen des Alters, sondern wegen der Dauer der Verrichtung einer bestimmten Tätigkeit?**

Genau. Am Beispiel der modernen Fließbandfertigung konnten wir zeigen, ganz grob gesagt, dass diejenigen, die in dem untersuchten Zeitraum von 15 Jahren weniger Arbeitsplatzwechsel auf der gleichen Hierarchieebene hatten, in der Leistungsfähigkeit ihrer Gehirne eingeschränkter waren als jene mit mehr Wechseln.

Gilt das auch für andere Arbeitsbereiche? Sollte ein Redakteur oder eine Universitätsdirektorin auch dringend nach ein paar Jahren den Posten wechseln?

**Bei verschiedenen Stufen der Komplexität der Tätigkeit gibt es ähnliche, tendenziell aber immer schwächere Effekte. Sie sind am stärksten bei einfachen Aufgaben manueller Natur oder auch im Büro – immer dieselbe Sachbearbeitung bei Versicherungen oder im Finanzamt etwa.** Nach unseren Befunden würde die Wechselempfehlung bei höherer Komplexität erst nach 5 bis 10 Jahren notwendig sein, um Abbauprozessen entgegenzuwirken, da die höhere Komplexität der Tätigkeit mit Abwechslung einhergeht und selbst einen Trainingseffekt hat. Für Journalisten könnte das eine andere Zeitung sein, wo Sachen ein bisschen anders gemacht werden, oder dass man im Wissenschaftsbereich etwa von der fachlichen Seite zum Wissenschaftsmanagement wechselt, so wie bei mir.

Sind die Unternehmen, ist der Arbeitsmarkt auf häufigere Wechsel überhaupt vorbereitet?

Idealerweise würden größere Arbeitgeber im eigenen Unternehmen für immer neue Herausforderungen sorgen, um die Person nicht zu verlieren und ihr Potential im Lebensverlauf weiterzuentwickeln. Modelle regionaler Jobpools wären eine Möglichkeit für ältere Beschäftigte, da könnten sich Unternehmen bedienen, und den Arbeitnehmern würde nicht der Makel der Arbeitslosigkeit anhaften. Aber das setzt ein umfassendes Umdenken von allen voraus. Leider bin ich mit meinem Plädoyer für Runde Tische nie auf offene Ohren gestoßen. Aber Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Bildungsinstitutionen und Gewerkschaften sollten gemeinsam nachdenken, wie man unser Arbeitsleben in einem längeren Leben neu ordnen kann.

**Wenn 70 das neue 60 ist und viele lieber weiterarbeiten würden, statt Rentner werden zu müssen, wie zeitgemäß ist ein festes Renteneintrittsalter noch?**

Der Vorteil einer festen Zäsur ist, dass man nicht auf eine kluge Personalführung angewiesen ist, die Menschen nicht zu lange auf einer Stelle sitzen und die Kanäle wirklich verstopfen lässt, wie Sie es eben ausgedrückt haben. **Unser System ist aber heute schon so flexibel, dass man die Möglichkeit hat, sich weiter anzubieten, wenn man will und kann.** Wir müssen vermeiden, dass Leute einfach weiter auf ihrer alten Stelle sitzen bleiben, das scheint mir für alle Beteiligten keine gute Idee zu sein. Aus Untersuchungen wissen wir zudem, dass ältere Arbeitnehmer recht genaue Vorstellungen davon haben, wie viel sie arbeiten wollen und wie die Arbeit genau aussehen soll. Und das entspricht eben nicht der letzten Arbeitsstelle, die wir vor der Verrentung hatten.

**Zwingt das Renteneintrittsalter heute zu viele Arbeitswillige aus den Jobs, die lieber arbeiten würden?**

Es ist erstaunlich, wie viele Menschen mittlerweile mit über 70 nicht „noch“ arbeiten, sondern eben „wieder“ arbeiten! Wir reden hier allerdings in der Mehrzahl über höher qualifiziertes Arbeiten, anders sieht es bei körperlich herausfordernden Arbeiten und Menschen mit einem niedrigeren Qualifikationsniveau aus. Die sind in dem Alter auf dem Arbeitsmarkt noch stark unterrepräsentiert. Aber auch das wird sich wegen des Fachkräftemangels ändern, zumindest bei einigen. **Es gibt selbstverständlich viele, die sind mit Anfang, Mitte 65 erschöpft und wollen und können gar nicht weiterarbeiten. Für diese hat das Rentenalter eine wichtige Schutzfunktion.**

Wie stehen Sie angesichts der demographischen Situation und der gestiegenen Lebenserwartung zu einer **Anhebung des Renteneintrittsalters**, weil die Rente sonst nicht mehr finanzierbar erscheint bei einer stark schrumpfenden Bevölkerung?

**Das ist eine sehr wichtige Diskussion, es geht um die Rettung unseres sehr wertvollen Sozialsystems. Wir müssen die Zahlen auf den Tisch legen, was ist finanzierbar? Wir werden immer älter, es gibt immer weniger Beitragszahlende, im Grunde gibt es wenig Manövriermasse. Daraus wächst eine neue Verantwortung, insbesondere für die Gewerkschaften, die mit den Arbeitgebern und dem Staat dafür sorgen müssen, einen Rahmen zu schaffen, der es Leuten ermöglicht, mit Lust weiterzuarbeiten, wenn sie es können und wollen. Das ist die Herausforderung, über die niemand spricht. Es ist ja kein Naturgesetz, dass sich alle so verausgaben, dass man irgendwann nicht mehr kann und nicht mehr will. Wir könnten Arbeitsverläufe so gestalten, wenn wir immer wieder Phasen der Bildung und der Familienzeiten mit Rentenanwartschaften ermöglichen, das wurde alles schon durchkalkuliert und ist bezahlbar.**

**Sie plädieren für Lebensarbeitszeitkonten für alle?**

Ja, das könnte helfen, allerdings müssten Arbeitgeberwechsel möglich sein, das wäre auch ganz im Sinne eines humanen Arbeitslebens. **Wir reden immer von der „Work-Life-Balance“, worunter die meisten verstehen: möglichst wenig arbeiten.** Aber der Mensch möchte gestalten, möchte produzieren, einen Beitrag leisten, allerdings unter Umständen, die es erlauben, dabei gesund und motiviert zu bleiben. Das wird am Ende wichtiger sein als Lohnverhandlungen.

**Jüngeren** wird von Älteren oft eine zu starke Fokussierung auf die „Work-Life-Balance“ unterstellt.

Die wollen nicht weniger arbeiten, die wollen die nur viel mehr mitdefinieren, unter welchen Bedingungen die Arbeit stattfinden soll. Und das kann man nur begrüßen.

Jeden Monat gehen jetzt Zehntausende Boomer in die Rente. Wie gut sind die vorbereitet auf diese durchaus nicht kurze Phase ihres Lebens, in der viele plötzlich keine Beschäftigung mehr haben und sehr viel Freizeit, die nicht selten als Leere empfunden wird. **Wie sehen die Glückskurven in der Rente aus?**

Wir haben dazu einige Untersuchungen gemacht. **Zunächst sehnt man die Befreiung von den Pflichten und der Routine herbei.** Das variiert sehr von Mensch zu Mensch, wie lange dieses Gefühl der Befreiung empfunden wird, **das kann alles zwischen sechs Monaten und 3 bis 5 Jahren sein. Dann entsteht oft eine Leere, die Krankheiten begünstigt. Verlust von Sinn und Vereinsamung bedrohen unsere Gesundheit, das lässt sich belegen, Alterungsprozesse werden so beschleunigt.** Heute gibt es wegen der demographischen Lage glücklicherweise Angebote, die sie aus dieser empfundenen Leere befreien können – wenn sie denn wollen.

Gibt es für diese Art von Leere Lösungsmöglichkeiten außer einer Erwerbsarbeit?

Natürlich. Es gibt sehr sinnhafte Betätigungen in ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Bereichen, in der Familie, in der Nachbarschaft. Introvertiertere Menschen vertiefen sich vielleicht in ein Instrument oder Taubenzucht, **das Wichtige dabei ist das verpflichtende Element, das es geben muss, und es muss eine Art von Sichtbarkeit geben.** Die meisten Menschen wollen, dass wahrgenommen wird, was sie leisten. Und es muss eine gewisse Notwendigkeit geben, denn wenn ich immer die Wahl habe, dann

ist die Ernsthaftigkeit der neuen Beschäftigung nicht mehr gegeben, und dann nehme ich diese bald nicht mehr ernst, und die positiven Effekte bleiben aus.

Sie treten auch für ein lebensbegleitendes Studieren ein. Was meinen Sie damit?

Dass man als vollzeitstudierende Person unabhängig vom Lebensalter in Bildungsphasen während des Arbeitslebens an der Universität teilnimmt. Mit Seminaren, Prüfungen und Abschlüssen. Davon haben wir in Deutschland noch viel zu wenig.

Nerven die Alten die jungen Studenten nicht, die dort nicht aus Spaß sitzen?

Da haben Sie zwei Sachen vermischt. Das eine ist das lebensbegleitende Studieren in jedem Lebensalter, das andere ist das Seniorenstudium, das es schon seit vielen Jahren gibt, die Universität des dritten Lebensalters. Da gibt es wohl ein natürliches Limit, wie viel so ein Hörsaal verträgt, könnte man sagen.

Jetzt gehen die Massen der geburtenstarken Jahrgänge in die Rente. Expecten Sie eine Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas, weil die Alten bald die wählende Mehrheit stellen?

**Der Kampf der Generationen wird seit Jahrzehnten herbeigeredet, aber er ist nie Wirklichkeit geworden, das wird jetzt nicht anders sein.** Die Daten zeigen: Mit wachsendem Anteil der Ü 60 in der Wählerschaft gibt es keine Tendenz, dass Partikularinteressen besonders bedient werden. Man kann im Gegenteil sehr klar zeigen, dass die Alten sich ganz besonders für den Bau von Kindergärten oder für den Klimaschutz einsetzen, das ist logisch, weil wir gerade gegen Ende unserer Lebens ein Interesse daran haben, als Spezies nicht auszusterben, **deshalb sind alte Menschen besorgt darum, dass die nachwachsenden Generationen eine Überlebenschance haben.**

In Städten wie Berlin gehen 60-Jährige in Clubs und feiern: Werden alle damit leben müssen, dass Alte immer öfter an Orten auftauchen, die einst nur Jüngeren vorbehalten waren?

Absolut. **Ich bin sehr für die Abschaffung von altersspezifischen Ghettos. Unsere Gesellschaft war viel zu lange alterssegregiert, in der Bildung, in der Arbeit, in der Freizeit.** Die Gesellschaft würde davon profitieren, wenn alle außerhalb der Familie niederschwellige Möglichkeiten hätte, mit Menschen anderer Altersgruppen ins Gespräch zu kommen.

Was ist Ihre persönliche Perspektive?

Ich bin als Rektorin der Technischen Universität Dresden in meiner ersten 5-jährigen Amtszeit. Und dann kann ich im Prinzip noch mal gewählt werden. Das muss man dann sehen, wie es sich entwickelt. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst würde ich gern erst mal wieder mehr Freiheit haben, im Moment habe ich wenig Freiheit, was meine Zeit angeht – und **wenn ich davon genug habe, werde ich mich bestimmt wieder in eine neue Aufgabe einbringen. Denn: Commitment ist lebenswichtig**



20 juin 2023 (FAZ)

[In Deutschland leben so viele Menschen wie noch nie \(faz.net\)](#)

STARKE ZUWANDERUNG AUS UKRAINE:

## In Deutschland leben so viele Menschen wie noch nie

AKTUALISIERT AM 20.06.2023-09:15



84,4 Millionen Menschen lebten Ende 2022 in Deutschland – 1,1 Millionen mehr als im Vorjahr. Vor allem aus der von Russland überfallenen Ukraine sind viele Menschen zugewandert.

Die Bevölkerung in Deutschland ist im vergangenen Jahr wegen der kräftigen Zuwanderung aus dem Kriegsland Ukraine deutlich gewachsen. Sie nahm um 1,3 Prozent oder gut 1,1 Millionen Menschen zu, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag bekannt gab. 2021 hatte es lediglich ein Plus von 0,1 Prozent oder 82.000 Menschen gegeben. **Damit lebten zum Jahresende 2022 gut 84,4 Millionen Personen in Deutschland – das ist der höchste Wert seit Beginn der Zeitreihe 1950.**

**Diese Entwicklung ist den Angaben zufolge auf einen deutlichen Anstieg der Nettozuwanderung auf 1,455 Millionen zurückzuführen – „vor allem bedingt durch die Fluchtbewegungen aus der Ukraine“, die im Februar 2022 von Russland überfallen wurde. **Abermals starben mehr Menschen als geboren wurden: Der Überschuss der Sterbefälle stieg auf 327.000, nachdem er 2021 noch bei 228.000 gelegen hatte.****

„**Insgesamt zeigte sich in allen Bundesländern ein Bevölkerungszuwachs**“, erklärte das Statistische Bundesamt. Absolut gesehen stieg die Bevölkerungszahl im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen mit 215.000 Personen am stärksten, gefolgt von Bayern (192.000) und Baden-Württemberg (156.000). Prozentual wiesen jedoch die Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit jeweils 2,1 Prozent die höchsten Zuwächse auf. Insgesamt verzeichneten die westdeutschen Bundesländer einen Bevölkerungszuwachs um 913.000 Personen auf 68,0 Millionen, was einem Plus von 1,4 Prozent entspricht. In den ostdeutschen Flächenländern gab es eine Zunahme von 1,1 Prozent oder 131.000 auf 12,6 Millionen. „Damit zeigt sich in den west- und ostdeutschen Bundesländern eine ähnliche Entwicklung“, hieß es.

**Ende 2022 lebten 72,0 Millionen Deutsche und 12,3 Millionen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik.** Darunter besaßen die meisten die türkische (1,34 Millionen), ukrainische (1,05 Millionen) oder syrische (883.000) Staatsbürgerschaft. Die größten absoluten Zunahmen zeigten sich im vergangenen Jahr bei Personen mit ukrainischer (plus 915.000), afghanischer (plus 61.000) oder syrischer (plus 48.000) Staatsangehörigkeit. „Dabei hat sich die Zahl der in Deutschland lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer zwischen Jahresanfang und -ende mehr als versechsfacht“, so das Bundesamt.

20 juin 2023 (FAZ)

[Soldatinnen in der Ukraine: Ruslana über den Einsatz an der Front \(faz.net\)](#)

SOLDATINNEN IN DER UKRAINE:

## Und dann schlug neben ihrem Auto eine Streubombe ein

VON [MELANIE MÜHL](#), ODESSA

-AKTUALISIERT AM 20.06.2023-08:48



Auf Fotos ist sie sich selbst noch manchmal fremd: Ruslana, neunzehn Jahre alt. Bild: Libkos

Ruslana hat ihr Leben noch vor sich, aber sie will unbedingt an die Front und gegen die Russen kämpfen. Sie wird in der Region Cherson eingesetzt. Dort verliert sie ihr linkes Bein.

Sie ist erst neunzehn und lächelt wie eine tapfere Soldatin. Geschickt nimmt sie mit ihren Krücken eine Stufe nach der nächsten, bis sie schließlich im Restaurant ist. Dort arbeiten junge Frauen und eilen durch den Raum. Ihre Blicke verharren auf Ruslana. Ob in diesen Blicken Irritation oder Mitleid liegt, ist nicht leicht zu sagen. Ruslana hat nur noch ein Bein, das rechte, ihr linkes hat sie an der Front verloren.

Ein trüber Tag in [Odessa](#), über dem Meer hängt dichter Nebel, und auf der Promenade spaziert ein Paar mit einem großen Hund, dem die Hinterbeine fehlen. Dank eines erstaunlichen Gefährts mit zwei Rädern trottet er zwischen dem Paar.

### Ihr Bruder war dagegen

Ruslana ist mit ihrem großen Bruder gekommen, der sie um mehr als einen Kopf überragt. Immer wieder legt er einen Arm um seine zierliche Schwester, als wolle er sie beschützen. Er war dagegen, dass Ruslana in den Krieg zieht und wenn, dann doch bitte nicht an die Front, nicht in die Schützengräben, hatte er sie inständig gebeten. So, wie es sich für einen großen Bruder gehört. Ruslana ging trotzdem.

In der [ukrainischen](#) Armee dienen viele Frauen, mehr als 43.000 insgesamt, 5000 davon kämpfen an der Front. Unter ihnen sind auch Kommandeurinnen und Scharfschützinnen wie die Kiewer Schmuckdesignerin Ewgenia Emerald, eine hübsche Frau Ende zwanzig mit roten Fingernägeln, die schon als Kind mit Waffen gespielt und den Vater früh zur Jagd begleitet hat. Auf Instagram, wo ihr mehr als 70.000 Menschen folgen, posiert sie mit Gewehr, ausdrucksstarkem Gesicht und manchmal auch lasziv. Einmal steht sie vor einem zerstörten Panzer, das Gewehr wie etwas Wertvolles in ihren Armen, und singt. Im Einsatz lernte sie einen Soldaten kennen, verliebte sich, die beiden heirateten und übertrugen die Zeremonie live im Netz. Inzwischen hat Emerald ein zweites Kind.

„Wir stehen an der Seite unserer Männer. Wir sind körperlich nicht so stark wie sie, aber wir sind genauso mutig“, sagt Ruslana. Nach dem russischen Überfall auf ihre Heimat hat Ruslana vier Wochen lang überlegt, wie sie ihrem Land am besten helfen kann, und kam schließlich zu der Überzeugung: An der Front, dort, wo die Gefechte stattfinden, ist ihr Platz. Natürlich habe sie Angst gehabt, aber ihr Patriotismus sei stärker gewesen.

## Soldatinnen als Superheldinnen

Die ukrainischen Frauen spielten in diesem Krieg von Beginn an eine wichtige Rolle, nicht nur hinter der Front. Trotzdem hat sich hierzulande wohl bei vielen das Bild geflüchteter Mütter, die mit ihren Kindern auf deutschen Bahnhöfen ankommen, eingebrannt. Die Frau, das vertriebene Opfer. Dabei war der Andrang von Frauen nach dem russischen Überfall so groß, dass es an Uniformen fehlte und sich die Kämpferinnen fürs Erste mit den kleinsten Männergrößen zufriedengeben mussten.

Inzwischen gibt es eine Fabrik in der Region Charkiw, wo Frauen für Frauen Uniformen nähen. [Wolodymyr Selenskyj](#) twitterte: „Die ukrainischen Frauen verteidigen gemeinsam mit Männern das Heimatland und erfüllen die wichtigsten Aufgaben. Die ukrainische Armee war und bleibt eine der Armeen, in welchen die meisten Frauen dienen.“ Und seine Frau Olena bezeichnete die Soldatinnen als Superheldinnen, die den Sieg mit jedem Tag ihres Lebens näherbringen.

Ruslana ging für mehrere Wochen in ein Trainingslager nach Saporischschja und lernte, wie man mit einer Kalaschnikow schießt. „Die kleine Version“, sagt sie. Es war das erste Mal, dass sie eine Waffe in der Hand hielt. Sie absolvierte etliche Sporteinheiten und einen Erste-Hilfe-Kurs. Ihre schussichere Weste wog zwölf Kilogramm und lag schwer auf ihren zarten Schultern. Es dauerte, bis sich Ruslana an das Gewicht gewöhnt hatte.

## Frauenfreundliche Militärkultur

Der Krieg hat die von einer patriarchalen Tradition geprägte ukrainische Armee verändert. Bereits 2015 begann das Projekt „Unsichtbares Bataillon“, das die Bedingungen des Militärdienstes für Ukrainerinnen beleuchtet und zu dem Ergebnis kam, dass es für Frauen im Militär etliche formale Aufstiegshürden gibt. Mittlerweile wurden viele dieser Hürden beseitigt und Gender-Berater zur Förderung einer frauenfreundlicheren Militärkultur eingeführt. Umfragen zeigen, dass Soldatinnen auch in der ukrainischen Gesellschaft eine höhere Akzeptanz genießen als noch vor wenigen Jahren. 2018 stimmten nur 53 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Frauen im Militär die gleichen Chancen wie Männern haben sollten, vergangenes Jahr taten dies achtzig Prozent.

Ruslana hat nie mit ihrer Kalaschnikow auf den russischen Feind geschossen, denn sie wurde an der Front als Funkerin eingesetzt. Viele Fäden liefen bei ihr zusammen. Sie koordinierte militärische Einheiten, gab Informationen über Positionen der russischen Streitkräfte weiter und informierte die Sanitärtruppe über verletzte und tote Kameraden. Auf ihrem Instagram-Account schrieb sie einmal über ihre Freude, den Kameraden von der Mörser-Einheit die Koordinaten russischer „Orks“ übermitteln zu haben. Und wir ihr Herz hüpfte, als sie über Funk die Geräusche der Vernichtung hörte – wenigstens habe man ein bisschen Rache für die gefallenen Ukrainer nehmen können.

## „Ich wollte nicht glauben, was meine Augen sahen“

Am 10. Februar traf es Ruslana. Sie war in der Gegend von Cherson in einem Konvoi als Beifahrerin unterwegs, die Gruppe fuhr von einer Position zur nächsten. Neben ihrem Auto schlug eine Streubombe ein. Splitter durchbohrten die Fahrzeughürde und trennten Ruslanas linkes Bein ab. Sie war die ganze Zeit über bei Bewusstsein. Ihr Bein lag im Fußraum. Sie sagt: „Ich wollte nicht glauben, was meine Augen sahen.“

Dass Truppen sanitärer im Auto hinter ihr fuhren, rettete Ruslana das Leben, sonst wäre sie wahrscheinlich verblutet. „Der 10. Februar ist mein zweiter Geburtstag“, sagt sie. Ruslana wurde erst in ein Krankenhaus nach Mykolajiw gebracht und dann nach Odessa verlegt. Als sie aufwachte, hatten ihr die vielen Schmerzensschreie die Stimme geraubt. Sie weinte leise, als ihre Hände vergeblich nach ihrem linken Bein tasteten.

## Warten auf die Prothese

Ihr Bruder nimmt sie kurz in den Arm, sie unterdrückt ihre Traurigkeit und sagt: „Ich bin erwachsen geworden.“ Weil die Wunde noch nicht verheilt ist, muss Ruslana weiterhin auf eine Prothese warten. Sie wünscht sich, dass sie schwarz ist, vielleicht mit der ukrainischen Flagge darauf. Irgendwann möchte sie Rad fahren und Ski fahren, ins Ausland reisen, studieren. Sie achte jetzt besonders auf sich, trifft Freunde in Cafés und ist viel mit ihrer Familie zusammen. Mitleid möchte sie keines. Wie ihr ergehe es Tausenden Soldatinnen und Soldaten im Kampf gegen die Russen. Ein Teil seines Körpers zu verlieren bedeute nicht das Ende, selbst wenn es sich für sie nach dem Aufwachen im Krankenhaus einen langen Moment so angefühlt hat.

Immer wieder begegnet Ruslana Menschen, die nicht wissen, wie sie sich ihr gegenüber verhalten sollen, die sie anstarren oder auffällig wegblicken, darüber hat sie einen Post bei Instagram verfasst. Die Zeilen sind eine Art Handreichung im Umgang mit (Kriegs-)Versehrten, ein Appell an das Mitgefühl. Man solle sich ihr oder einer Person, die ein Körperteil verloren hat, ruhig nähern und Fragen stellen. „Ich denke, diese Person wird sich freuen.“ Für Ruslana jedenfalls hat das Erzählen von jenem 10. Februar etwas Therapeutisches.

Ob sie es bereit, sich freiwillig für den Militärdienst gemeldet zu haben? „Nein“, sagt sie ohne Zögern. Sie würde es wieder tun. Dann muss Ruslana los. Ihr Bruder will ihr beim Aufstehen helfen, doch sie schüttelt seine Hand ab. Als sie schon beinahe um die Ecke verschwunden ist, dreht sie sich noch einmal um und lächelt, ihr tapferes Soldatinnenlächeln.

20 juin 2023 (FAZ)

Sonnenenergie aus Afrika: Das vermeintliche Solarparadies (faz.net)

SONNENENERGIE AUS AFRIKA:

## Das vermeintliche Solarparadies

VON WINAND VON PETERSDORFF, WASHINGTON

-AKTUALISIERT AM 28.05.2023-14:42



Großes Potential: Außer wie hier in Südafrika tut sich beim Ausbau der Solarenergie in Afrika jedoch wenig. Bild: Picture Alliance

Die Sonne scheint unermüdlich über Afrika, doch die Photovoltaik kommt nur schleppend voran. Kritiker geben der Weltbank eine Mitschuld. Zu Recht?

**Für keinen Kontinent ist Solarenergie besser geeignet als für Afrika – zumindest auf dem Konzeptpapier.** Die Sonne scheint in weiten Teilen dreimal so viel wie in Deutschland. Die Eigenart der Sonnenenergie, viel Land zu verbrauchen je produzierter Kilowattstunde Strom, ist vernachlässigbar in einem Erdteil mit großen brachen Flächen. Solarenergie könnte in vielen Teilen alte Dieselmotoren mit ihren krank machenden Abgasen und Treibhausemissionen ersetzen und die rund 600 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika versorgen, die bisher ohne Strom auskommen.

**Die Bevölkerungsprognose katapultiert die künftige Nachfrage sogar noch in eine neue Dimension.** Bis 2050 verdoppelt sich die Bevölkerung des Kontinents auf 2,5 Milliarden Menschen, die alle Strom verbrauchen wollen. Für Sonnenstrom spricht, dass die Kosten von Photovoltaik-Modulen zwischen 1990 und 2020 von 8 Dollar je Watt auf 20 Cent geschrumpft sind, wie die Internationale Energieagentur vorrechnet.

### Ein anderer Wohlstandspfad für Afrika

Die Bedarfslage scheint klar, die Umstände sind günstig, und der politische Wille, die Solarenergie in Afrika großzumachen, ist gewaltig – **vor allem im reichen Westen.** Denn wenig erschreckt die Industrienationen mehr als die Vorstellung, Afrika könnte den gleichen emissionsreichen Entwicklungspfad zum Wohlstand beschreiten wollen, den die reichen Länder vorangegangen sind. **Vor diesem Hintergrund ist es ein Rätsel, warum so wenig passiert ist.**

Das sonnenverwöhnte Subsahara-Afrika hat Solarprojekte mit einer Kapazität von 2 Gigawatt errichtet, wenn man Südafrika außen vor lässt, berichtet der Analyst Teal Emery. **Das ist lächerlich gering im Vergleich zum eher diesigen Deutschland mit inzwischen 70 Gigawatt.** China installierte allein in den ersten zwei Monaten dieses Jahres 20 Gigawatt.

Die alternative Lesart ist, dass Afrikas Solarindustrie in den letzten Jahren exponentiell gewachsen ist, wie IWF-Ökonom Gregor Schwerhoff richtig anmerkt. Das geschah aber auf niedriger Basis, und die großen Zuwächse sind vor allem den Schwellenländern Südafrika, Ägypten und Algerien zu verdanken.

## Kleine Projekte in gerade einmal drei Ländern

An internationalen Anstrengungen fehlt es nicht. Im Jahr 2015 startete die **Weltbank** das „Scaling Solar“-Programm. Schon im Namen steckt die Idee, die Abschöpfung der Sonnenenergie zum Massenphänomen in Afrika zu machen. Der damalige Weltbank-Präsident Jim Kim nannte „Scaling Solar“ 2017 in einem TED-Talk als das Paradebeispiel für die Fähigkeit der Weltbank, privates Kapital zu mobilisieren und in Richtung guter Zwecke zu kanalisieren. **Aus Milliarden Billionen machen, wurde zum geflügelten Wort.** In einem Blogbeitrag der Weltbank im Jahr 2016 protzte der für „Clean Energy“ verantwortliche Manager Gevorg Sargsyan nach dem ersten Projekt in Sambia mit dem vereinbarten Preis von 6 Cent je Kilowattstunde, was damals dem internationalen Niveau entsprach. Nun verschwinde die Vorstellung, in armen Ländern mit schwachen Institutionen sei erschwingliche erneuerbare Energie nicht erreichbar. **Eine neue Ära für saubere Energie in Afrika habe begonnen, frohlockte der Weltbank-Manager.**

**Acht Jahre später kann die Weltbank auf kleine Projekte in gerade einmal drei Ländern (Sambia, Senegal und Usbekistan) verweisen und sieht sich mit kritischen Berichten konfrontiert.** Die Angelegenheit birgt politische Brisanz für die Weltbank. Denn zentrale Geberländer wie Deutschland und die Vereinigten Staaten wollen die Entwicklungshilfe-Institution zu einer Transformationsbank ausbauen, die die Finanzierung und den Anstoß von Klimaprojekten zu einem Schwerpunkt macht. Billionen Dollar privates Kapital sollen mobilisiert werden, um die großen Herausforderungen der Zeit anzugehen. **Jetzt taucht die kritische Frage auf, wie viel die Weltbank überhaupt leisten kann.**

**Der tiefere Blick legt eine Reihe schwerwiegender Probleme frei, die die Ausweitung der Solarenergieproduktion in nennenswerte Größenordnungen bremsen. Dazu gehört die erbärmliche Finanzlage der Energieversorgungsunternehmen in Afrika. „Die meisten sind im Grunde bankrott“, sagt Todd Moss, Gründer der Denkfabrik „Energy for Growth“.** Manchen gelingt es nicht, die Stromrechnungen einzutreiben. Vielen wird von der Regierung ein politischer Strompreis aufgezwungen, der die Kosten nicht deckt, bestätigen Entwicklungshelfer.

Die hohen Zinsen sind ein Problem

**Die Energieversorger werden aber als Vertragspartner der Entwickler der Solarprojekte gebraucht.** Im Idealfall läuft der Deal vereinfacht gesagt so: Die Versorgungsunternehmen garantieren dem Entwickler des Solarprojekts die Abnahme des Stroms über einen Zeitraum von 15 bis 25 Jahren zu einem kalkulierbaren Strompreis. Auf Basis dieses Abnahmevertrages versucht der Projektentwickler dann, Kredite von Banken zu bekommen. **Nur: Bankrotte Firmen können schlecht belastbare Garantien ausstellen.**

Hier offenbart sich ein zweites Problem der Solarindustrie, das sie unter anderem gegenüber Dieselgeneratoren, der gängigen Energiequelle in vielen Betrieben, benachteiligt: **Die hohen Ausgaben für ein Solarprojekt fallen vorab an, wie Todd Moss erläutert. Große Summen sind jedoch deutlich schwerer zu besorgen als die kleineren Summen, die gebraucht werden, um Brennstoff für den Dieselgenerator zu kaufen.**

**Bei großen Summen spielen Zinsen die zentrale Rolle. Und damit stoßen wir auf das größte und zugleich am meisten unterschätzte Hindernis.** Analyst Teal Emery, der mit einem kritischen Bericht zum „Scaling Solar“-Programm der Weltbank eine Debatte ausgelöst hat, beschreibt das Problem so: **„Wir haben uns daran gewöhnt, dass Solarenergie billig ist, weil es tatsächlich billig ist in Ländern wie Deutschland oder den USA. Was allerdings Projekte so billig macht, sind die niedrigen Kapitalkosten“. Ein Land wie Sambia aber, von dem die Initialzündung für die Solarproduktion ausgehen sollte, muss für Kredite hohe Marktzinsen von um die 15 Prozent zahlen. Das heißt: Für das 80 Millionen Dollar**

große Projekt hätten die Zinsen rund 12 Millionen Dollar betragen, entwickelte Industrieländer hätten für das gleiche Projekt eher 2 Millionen Dollar im Jahr aufwenden müssen. **Über zehn Jahre würde der Finanzkosten-Unterschied 100 Millionen Dollar betragen, den arme Länder zusätzlich aufwenden müssten. Im Vergleich zu diesem Brocken schrumpfen Faktoren wie die Sonnenintensität zur technischen Randgröße.**

In Sambia, dem Pionierland für „Scaling Solar“, versuchte die Weltbank deshalb, ihre Expertise und ihre Finanzkraft zu bündeln, um erschwinglichen Sonnenstrom zu ermöglichen. Die Entwicklungshelfer hatten sogar Erfolge. In einer Bieterauktion setzte sich ein Entwickler durch, der einen Strompreis für 6 Cent je Kilowattstunde garantierte. Laut Weltbank-Darstellung waren in Afrika davor Preise von 12 bis 15 Cent üblich. Zwei Drittel der Projektkosten-Finanzierung stellten die US-Entwicklungsbank Opic und der Weltbank-Arm IFC bereit, der mit Rat und Kredit für die Förderung der Privatwirtschaft zuständig ist. Kreditausfallrisiken wurden versichert, seit drei Jahren wird nun Strom produziert.

## Wurde der Strompreis heruntersubventioniert?

Kritiker Teal Emery hält der Weltbank nun vor, den Strompreis heruntersubventioniert zu haben, ohne es transparent gemacht zu haben. Vielmehr hätten führende Weltbankvertreter verbreitet, dass der Preis ohne Subventionen zustande gekommen sei. Mit diesem Marketing habe die Institution sogar Solarprojekte in Nigeria und anderen Ländern verhindert, weil die Entwickler mit dem niedrigen Preis in Sambia nicht mithalten konnten. „Jim Kim hat unser Solarprojekt gekillt“, hätten ihm Investoren gesagt, berichtet Todd Moss.

Die Weltbank bestreitet das vehement. Sie habe ein transparentes Bieterverfahren aufgesetzt, um durch Wettbewerb den Preis zu drücken und der Solarindustrie Flügel zu verleihen. Die sonst üblichen Strompreise für Solarprojekte hätten sich die klammen Versorgungsunternehmen ohnehin nie leisten können. Doch eines muss die Weltbank einräumen: Von großer Verbreitung kann keine Rede sein, die wenigen Projekte selbst verzögern sich, geplante Anschlussprojekte etwa in Sambia. Gerade bei diesem Land kommt eine Schuldenkrise hinzu, die 2020 zum Staatsbankrott führte.

## Deutsches Unternehmen streitet mit Regierung von Lesotho

Experten berichten, dass die von der Weltbank angestrebten transparenten Auktionsverfahren und die weitgehend vorgefertigten Projektpläne manchen Politikern missfielen, die damit weniger Möglichkeiten hatten, Einfluss auf die Solarparks zu nehmen und politische Freunde zu begünstigen. **Schwache Institutionen bleiben ein Risiko für Investoren, wie gerade die deutsche Frazer Solar erfährt, die mit der Regierung von Lesotho um 50 Millionen Dollar für ein Solarprojekt streitet und nun begonnen hat, ausländisches Vermögen des Landes beschlagnahmen zu lassen, nachdem sie vor einem Schiedsgericht recht bekommen hatte.**

Erfahrungen mit dem zähen Tempo machte auch die amerikanische Entwicklungsbank DFC. Fünf Jahre nach ihrer Neuaufstellung mit dem Ziel, Infrastruktur- und Klimaprojekte in armen Ländern voranzubringen, hat sie gerade ein Projekt auf die Reihe bekommen, berichtet Energieexperte Todd Moss. Äthiopien sagte jüngst zwei Solarprojekte ab ohne präzise Begründung. **Die Lage wird deutlich schwieriger wegen der gestiegenen Zinsen**, bestätigt IWF-Ökonom Schwerhoff. Afrikas Zentralbanken versuchen, mit der Anhebung der Leitzinsen die Teuerung zu bändigen. Zudem wollen sie eine Kapitalflucht verhindern. Das verteuert potentielle Projekte zusätzlich. **Hinzu kommt, dass durch die globalen Lieferkettenprobleme die beeindruckende Kostendegression für Photovoltaikmodule und -paneele ins Stocken geraten ist. Es bleibt schwierig.**

20 juin 2023 (NZZ)

[Im Sog der Narrative: warum Erzählungen hinterfragt werden müssen \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

KOLUMNE

## Im Sog der Narrative – warum es ratsam ist, Geschichten und ihre Erzähler zu hinterfragen

Das Erzählen ist die vielleicht wirkungsmächtigste Kulturtechnik der Menschen. Denn Erzählungen – zu Neudeutsch Narrative – beeinflussen unsere Wahrnehmungen und unsere Entscheide. Und weil Erzählungen immer subjektiv und oft politisch sind, tut man gut daran, sie mit Vorsicht zu geniessen.

Claudia Wirz

20.06.2023, 05.30 Uhr



Wo hört das Narrativ auf, wo fängt die Lüge an? Der amerikanische TV-Sender Fox News ist bekannt für seine Sympathien für Donald Trump. Erik McGregor / Imago

**Es scheint, dass der Mensch im zarten Alter von ungefähr vier Jahren erkennt, dass er flunkern kann. Und schnell wird er lernen, welches Potenzial in dieser Kunst steckt.**

Zwar werden die meisten Eltern ihren Kindern einbleuen, dass ein anständiger Mensch nicht lüge. Doch stimmte das, gäbe es keine anständigen Leute. **Jeder Mensch, der bei Verstand ist, lügt.** So hat es die Philosophieprofessorin Simone Dietz einmal formuliert. **Mark Twain meinte sogar, kein Mensch sei aufrichtiger als derjenige, der sich selber als Lügner bezeichne.**

### Die kleinen Alltagslügen

In diesem Zusammenhang sind natürlich nicht die grossen bössartigen Lügengebäude gemeint, die konstruiert werden, um andere zu schädigen. Vielmehr geht es hier um **Alltagslügen, die das Zusammenleben einfacher machen**: das Kompliment für die neue Frisur, die eigentlich gar nicht gefällt, oder für den Sonntagsbraten, der eigentlich viel zu zäh war.

**Vielleicht ist die Fähigkeit, zu schwindeln, der Kern der wichtigsten menschlichen Kulturtechnik überhaupt. Denn aus einer kleinen Flunkerei kann mit Geschick und Phantasie eine grossartige Erzählung entstehen. Und dafür sind die Menschen empfänglich.**

**Früher nannte man die grossen Erzählungen Mythen.** Nichts anderes als «Rede» oder «Erzählung» bedeutet das Wort «Mythos». Heute, da die Erzählungen profaner geworden sind und das Altgriechische nicht mehr so en vogue ist, behilft man sich mit Begriffen aus dem angelsächsischen Repertoire.

Und **so spricht man an jeder Ecke von Narrativen.** Der ursprünglich vom Lateinischen abgeleitete Begriff hat in den vergangenen zwanzig Jahren **eine so steile Karriere gemacht, dass viele dieses Wort nicht mehr hören können.**



## Effiziente Technik für ein politisches Ziel

Das ändert aber nichts daran, dass wir von Erzählungen umgeben sind, nicht zuletzt in der Politik. Geschichten – oftmals verbunden mit dem **Versprechen eines besseren Lebens** – sind eine effiziente Technik, um ein **politisches Ziel zu erreichen**. Denn Erzählungen bestimmen zu einem guten Teil unsere Wahrnehmungen und Entscheide.

Manche Wörter sind selber schon eine Art Narrativ. «Steueroase», «nachhaltig», «fair» oder «green» zum Beispiel, aber auch «bezahlbar», «solidarisch», «regional» und «saisonal» oder «progressiv». Es gibt aber auch die **wortreichen Erzählungen**, etwa jene von der **Diskriminierung der Frauen bei Lohn und Rente, von den pädagogischen und sozialpolitischen Wohltaten ausserfamiliärer Kindererziehung oder von der Systemrelevanz der «Care-Arbeit»**.

## Kollektives Klatschen

Die Erzählungen zum **Themenkreis «soziale Gerechtigkeit»** könnte man gar als eigenes literarisches Genre bezeichnen. Wie wirkungsvoll solche Geschichten sein können, hat das kollektive Klatschen auf Kommando während der Pandemie eindrücklich gezeigt.

Auch Labels erzählen Geschichten. So lässt uns etwa die Lebensmittelkennzeichnung Nutri-Score glauben, alles «Grüne» sei «gesund», was natürlich nicht stimmt. **Und so ist es eben fast immer mit sogenannten Narrativen. Sie sind mit grösster Vorsicht zu geniessen. Denn wie jede gute Erzählung haben sie zwar oft einen wahren Kern, aber eben auch ein gerüttelt Mass an Dichtung.**

20 juin 2023 (NZZ)

[IMD-Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland stürzt ab - Schweiz Dritte \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/IMD-Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland stürzt ab - Schweiz Dritte (nzz.ch))

## Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland stürzt ab, die Schweiz sichert sich Bronze

Es ist ein Alarmsignal: In Deutschland ist die Gefahr, dass Firmen abwandern, besonders gross. Dies zeigt das jüngste Ranking des Management-Instituts IMD.

Christoph Eisenring

20.06.2023, 05.30 Uhr



Die Skyline von Frankfurt am Main beeindruckt, doch Deutschland hat an Wettbewerbsfähigkeit eingebüsst. Kai Pfaffenbach / Reuters

**Nun ist es quasi amtlich: Deutschland hat ein Problem mit seiner Wettbewerbsfähigkeit**, jedenfalls wenn man dem Management-Institut IMD in Lausanne glaubt, das seit 35 Jahren die Länder nach deren Attraktivität für Firmen ordnet. **Deutschland fällt gemäss dem jüngsten Ranking um sieben Positionen zurück auf Rang 22 unter 64 Nationen.**

Der nördliche Nachbar rangiert damit sogar **noch eine Position hinter China**. Österreich auf Position 24 muss sich ebenfalls mit einer ungewohnt schlechten Platzierung begnügen. Im «Konkurrenzprodukt» des World Economic Forum war Deutschland zuletzt immerhin noch an neunter Stelle gewesen, aber dessen letzte Auswertung liegt schon zwei Jahre zurück. **Die Schweiz dagegen verteidigt im IMD-Ranking knapp einen Podestplatz.**

### **Drohende Abwanderung von Firmen**

Was steckt hinter dem Abstieg Deutschlands? Das Ranking des IMD bildet die Sicht des Privatsektors auf das Land ab. Das Lausanner Institut verwendet 164 harte Indikatoren sowie eine Umfrage unter 6400 Managerinnen und Managern, um auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu schliessen. **All diese Zahlen fliessen in vier Pfeiler ein: in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Effizienz des Staates, Effizienz der Firmen sowie in die Güte der Infrastruktur.**

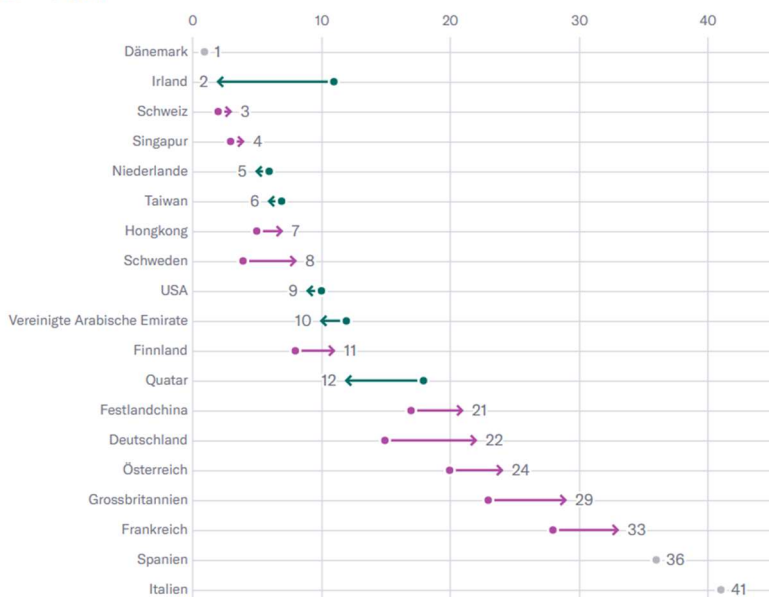
**Deutschland steht bei allen vier Pfeilern schlechter da als vor einem Jahr.** Die hohe Inflation trübt die Wirtschaftsleistung. **Dem Standort abträglich ist aber auch die hohe Besteuerung von Firmen und Privaten. Deutlich schlechter bewertet wird in der Studie ferner die Basisinfrastruktur.** Hier ist das Land von Platz 24 auf Rang 32 abgerutscht. Die ständigen Verspätungen der Deutschen Bahn oder die Mobilfunkwüsten mögen hier zu Buche schlagen.

Auch die **Furcht vor einer Deindustrialisierung** zeigt sich in den Zahlen: **Wenn es um die Gefahr der Verlagerung von Unternehmen geht, ist Deutschland an unrühmlicher 61. Stelle von 64 Ländern.** Das ist ein Alarmsignal, das der deutschen Politik zu denken geben sollte.

## Kleine Länder sind stark – grosse Europäer haben grosse Defizite

Position im internationalen Wettbewerbsranking des IMD

2022 → 2023



Insgesamt wurden 64 Länder bewertet  
Quelle: IMD 2023

NZZ / pfi.

Hierzu passt, dass das Land bei den **Stromkosten für industrielle Kunden ebenfalls abgeschlagen auf Position 54 rangiert**. Aber auch bei den «weichen Faktoren» sieht es nicht viel besser aus. **Geht es um Werte und Haltungen, kommt Deutschland nur auf den 44. Platz**. Hier fliesst etwa ein, wie Deutschland im Ausland gesehen wird oder wie es gegenüber der Globalisierung eingestellt ist. **Das Land, so darf man aus der schlechten Rangierung schliessen, hat ein Imageproblem.**

### Kleine machen es besser

Dass dagegen die Schweiz auch dieses Jahr einen Podestplatz hält, mag nach dem Debakel um die Credit Suisse überraschen. So hatte die Umfrage unter den Führungskräften genau in der Zeit stattgefunden, als die CS mit staatlicher Hilfe in die UBS übergeführt wurde. Doch der Chefökonom des Forschungszentrums für weltweite Wettbewerbsfähigkeit am IMD, Christos Cabolis, sagt im Gespräch, dass die CS nicht erst durch die Rettung Gesprächsthema unter Managern geworden sei. Ihr schlechter Zustand sei seit Jahren bekannt gewesen. Zudem sei der Staatseingriff an dem Wochenende vom 19. März so rasch und weitgehend störungsfrei erfolgt, dass dies dem Ruf der Schweiz nicht geschadet habe, erklärt er.

Die Schweiz wird laut IMD bei der staatlichen Effizienz und der Infrastruktur am besten unter allen Staaten bewertet. Auch punktet das Land in diesen unsicheren Zeiten mit seiner Stabilität und Berechenbarkeit. Für drei Viertel der befragten Manager bilden diese beiden Faktoren das Erfolgsgeheimnis der Schweiz.

**Dass die Schweiz als kleine offene Volkswirtschaft weit oben rangiert, ist kein Einzelfall. Vielmehr wird die IMD-Rangliste von solchen Ländern angeführt, neben der Schweiz etwa Dänemark, Irland oder Singapur.** «Dies ist typisch für Zeiten, in denen man Störungen der Weltwirtschaft beobachtet», erläutert Cabolis.

Verursacht wird diese zum Beispiel durch die Förderung bestimmter Industrien wie der Halbleiterfabriken oder der erneuerbaren Energien, was protektionistische Gefahren birgt. **Das Ranking zeigt somit: Kleine Länder sind wendiger und navigieren besser durch die stürmische See als grosse Tanker.**

20 juin 2023 (NZZ)

[Kachowka-Damm: Neue Hinweise auf Sprengung, das Motiv fehlt \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Eine Recherche macht die These der Sprengung des Kachowka-Damms durch Russland plausibler – doch ein Motiv ist nicht erkennbar

Unfall oder Sprengung? Russland trägt höchstwahrscheinlich die Verantwortung. Für die Besitzer werden die Folgen des Dammbrochs immer katastrophaler. Es drohen neue militärische Risiken.

Ivo Mijnsen, Wien

19.06.2023, 16.53 Uhr



Fast vierzig Städte und Dörfer wurden in den letzten zwei Wochen überschwemmt. Auch Teile von Cherson (im Bild) sind betroffen.

Roman Pilipey / Getty

Knapp zwei Wochen nach dem Bruch des Kachowka-Damms in der Südukraine sinkt der Wasserspiegel langsam. Zurück bleiben 37 überschwemmte Ortschaften und eine verseuchte Landschaft. [Die Gesundheitsbehörden in Kiew](#) massen bei einigen Gift- und Schadstoffen eine Konzentration, die 28 000 Mal über den erlaubten Grenzwerten lag.

Auf dem ukrainisch kontrollierten Territorium am rechten Ufer des Dnipro [wurden bisher 17 Tote geborgen](#), auf russisch besetztem Boden [deren 35](#). Ihre Zahl dürfte laut Angaben von Helfern und Anwohnern noch steigen, da viele Menschen von den Fluten überrascht und eingeschlossen wurden. Die anhaltenden Kämpfe in der Region und vor allem der russische Artilleriebeschuss machen die Versorgung und Evakuierung der Betroffenen lebensgefährlich.

Der Krieg erschwert auch die Beantwortung der drängendsten Frage: Wie kam es zu dem katastrophalen Dammbbruch? Kiew und Moskau beschuldigen sich gegenseitig, das Bauwerk zum Einsturz gebracht zu haben. Daneben steht auch ein Unfall als Möglichkeit im Raum – ein Unfall allerdings, für den die Russen die Verantwortung trügen, da er die Folge einer fahrlässigen Vernachlässigung kritischer Infrastruktur in dem besetzten Gebiet wäre.

Unfall durch Fahrlässigkeit?

Zwar hatte ukrainischer Raketenbeschuss im August 2022 die Strasse beim Damm beschädigt, aber nicht diesen selbst, wie Satellitenbilder zeigen. Als die Russen im November vom rechten Ufer abzogen, sprengten sie einen Teil des Übergangs und beschädigten zwei Schleusen. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Kräne nicht mehr bewegt, die den Wasserdurchfluss regulieren. Der Pegelstand sank auf ein Rekordtief. Im Mai drückte ihn dann das Schmelzwasser auf ein Rekordhoch.



Der Kachowka-Damm Ende Mai: Gut sichtbar sind die durch den hohen Wasserdruck gebildeten Strudel.

Maxar Technologies / Reuters

Der dadurch entstandene Druck des Wassers auf den beschädigten Damm, so die Unfallthese, könnte diesen am 6. Juni zum Bersten gebracht haben.

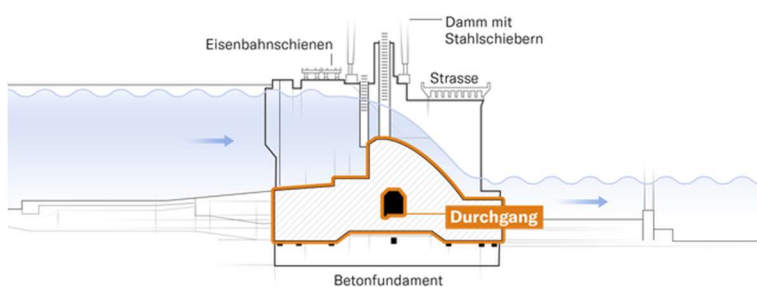
[Der Journalist und Osint-Spezialist Ryan McBeth](#) schliesst aufgrund von Satellitenbildern und Gesprächen mit Ingenieuren, dass die beschädigten und geöffneten Schleusen über Monate Strudel im Fluss erzeugten, die das Fundament des Baus unterspülten. Gleichzeitig habe der hohe Pegelstand den Druck auf den oberen Teil des Damms ständig erhöht, was ihn schliesslich zum Einsturz gebracht habe.

Für die Unfalltheorie spricht auch, dass es nur schwache Hinweise auf eine Explosion gibt. Medien haben zwar aus Chats von einzelnen Anwohnern zitiert, in denen diese eine solche erwähnten. Da sie auf russisch besetztem Gebiet leben, lassen sich die Angaben nicht verifizieren. Ähnliches gilt für anonyme Aussagen aus amerikanischen Sicherheitskreisen, wonach [ein Spionagesatellit Wärmestrahlung registrierte](#), die auf eine Explosion hinweise.

Bewusste Sprengung?

Das stärkste Indiz für die Sprengung sind seismische Signale, die Messstationen in Rumänien und der Ukraine gemessen haben. Diese deuten [laut norwegischen Experten](#) auf eine Explosion kurz vor 3 Uhr morgens hin. Dies würde sich mit Angaben aus Kiew decken. Allerdings sind sich [Experten nicht einig darüber](#), ob das mutmasslich begrenzte Ausmass der Explosion ausreichte, um den Damm zum Einsturz zu bringen.

Kachowka-Staudamm, Querschnitt



Quelle: [New York Times](#)

NZZ / jok.

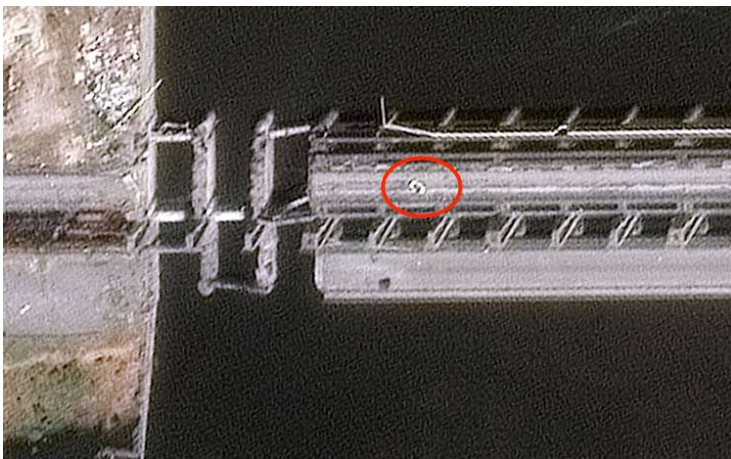
Am Freitag [veröffentlichte die «New York Times»](#) eine Recherche, welche die bisher plausibelsten Hinweise auf eine Explosion liefert. Gestützt auf Baupläne und Gespräche mit Experten hat die Zeitung eine «Achillesferse tief im Inneren des Damms» identifiziert: einen schmalen Durchgang innerhalb des massiven Betonfundaments, das den Damm im Flussbett zwischen den beiden Ufern verankerte.

Zugänglich war diese Galerie vom Maschinenraum aus, den die Russen kontrollierten. Hier soll der Sprengsatz befestigt worden sein. Dies könnte erklären, weshalb die Detonation von aussen kaum bemerkt wurde. Drohnenbilder zeigen, dass der Damm zunächst in der Nähe des Maschinenraums brach. Trotz gesunkenem Wasserspiegel ist das Betonfundament im Mittelteil auf Satellitenbildern bis heute nicht zu sehen, was laut der Zeitung darauf hinweist, dass es zerstört wurde.



Das mysteriöse Auto auf dem Damm (Ausschnitt aus einem Drohnenvideo vom 28. Mai). Im Inneren ist mutmasslich Sprengstoff zu sehen.

AP



Der gleiche Wagen steht am 7. Juni noch immer auf dem Damm.

Maxar

Am Montag veröffentlichten die Ukrainer zudem ein Drohnenbild vom 28. Mai 2023, auf dem ein Auto ohne Dach zu sehen ist. Es steht auf dem russisch kontrollierten Teil des Kachowka-Damms, in seinem Inneren sind Fässer zu sehen. An eines ist [laut Associated Press](#) eine Landmine angeheftet.

Ukrainische Militärvertreter erwägen die Möglichkeit, dass das Auto die Explosion verstärkte. Allerdings konnte die NZZ auf Satellitenbildern nachweisen, dass der Wagen auch am Tag nach der Explosion noch an der gleichen Stelle stand. Das Bild liefert deshalb bloss Hinweise darauf, dass die Russen den Damm verminten.

Das fehlende Motiv

Auch wenn nur eine unabhängige Untersuchung Beweise liefern könnte, zeigen die neuen Hinweise in Richtung Moskau. [Dass ein ukrainischer Beschuss von aussen gereicht habe](#), um den Damm zum Einsturz zu bringen, glaubt ausser einigen Propagandisten niemand. Und dass es Kiew gelungen wäre, ein Sabotageteam einzuschleusen, wirkt sehr unwahrscheinlich. Russland hatte leichteren Zugang und nachweislich Soldaten vor Ort stationiert.

Schleierhaft bleibt aber das Motiv: Ukrainische und westliche Experten nennen Terrorismus, eine Taktik der verbrannten Erde oder die Verhinderung einer möglichen ukrainischen Gegenoffensive am Unterlauf des Dnipro. Dies würde aber durch eine Sprengung höchstens verzögert – abgesehen davon, dass dieser Frontabschnitt höchstwahrscheinlich nie im Zentrum der Planungen stand.

Dass Russland im Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht vor Terror zurückschreckt, ist zwar erwiesen. Doch die bewusste Sprengung des Damms setzte Zynismus und Irrationalität auf einer ganz neuen Stufe voraus. Sie ergäbe weder wirtschaftlich noch politisch oder militärstrategisch einen Sinn.



Bewohner eines überfluteten Dorfes in der Region Mikolajiw warten auf ihre Evakuierung.

Roman Pilipey / Getty

Russlands unkoordinierte Reaktion auf allen Ebenen zeigt dabei, dass weder Armee [noch Besatzungsbehörden](#) auf die Überschwemmung vorbereitet waren. Die zivilen Vertreter redeten das Desaster zunächst klein und führten dann chaotische Evakuierungen durch.

Bis heute bleiben Nichtregierungsorganisationen aus den betroffenen Orten ausgesperrt, und [auch die Uno beschwert sich](#) inzwischen öffentlich über die Weigerung der Russen, internationale Hilfe in die Gebiete zu lassen. Als Blockierer agiert primär das Militär.

Allerdings wirkt auch die Armee überfordert. [Der Generalstab in Kiew und das Institute for the Study of War](#) dokumentieren, wie unvermittelt die Überflutungen die Russen getroffen haben. Über Monate vorbereitete Verteidigungspositionen, Minenfelder und Artilleriestellungen wurden plötzlich weggeschwemmt.

Manche Soldaten mussten gar von ukrainischen Spezialeinheiten vor dem Ertrinken gerettet werden. Inzwischen melden Quellen aus dem ukrainischen Widerstand auch Fälle von Cholera innerhalb der russischen Armee, die vom Konsum verunreinigten Wassers stammen.

Die schwer absehbaren Folgen

Dazu kommt ein weiteres Risiko für die Truppen Moskaus: Das abfließende Wasser im Kachowka-Stausee oberhalb des Damms führt dazu, dass der kilometerbreite See zu einem viel schmaleren Fluss wird, sobald die Sommersonne das Wasser darum herum trocknet.

[Bereits spekulieren Militärexperten darüber](#), ob dadurch die linke Flanke der russischen Südfront geöffnet wird – eine Flanke, an der die Besatzer aufgrund des unüberwindbar scheinenden natürlichen Hindernisses bisher keine starken Verteidigungsstellungen errichteten. Wie gut das noch über längere Zeit feuchte Gebiet dereinst passierbar ist und ob die Ukrainer dafür genug Fahrzeuge haben, lässt sich momentan noch nicht sagen. Klar scheint jedoch, dass die Russen, sollten sie wirklich hinter der Explosion stecken, ein kolossales Eigentor geschossen hätten.

20 juin 2023 (The Economist)

[The eastern half of Europe is united by its diversity \(economist.com\)](https://www.economist.com)

European history

## The eastern half of Europe is united by its diversity

So says Jacob Mikanowski in his insightful chronicle, “Goodbye, Eastern Europe”



The way they used to live image: getty images

Jun 15th 2023

**Goodbye, Eastern Europe.** By Jacob Mikanowski. *Pantheon*; 400 pages; \$30. *Oneworld Publications*; £22

For most of the past three decades, the received view of eastern Europe, defined roughly as the territory between Germany and Russia, has been breezily optimistic. A region that exemplified the cultural and intellectual vim of the old continent had escaped a cruel communist yoke. It was now free to make an uneven but inexorable recovery, joining the West’s institutions and following its political and economic models.

Among Eurocrats, multinational lenders and nato strategists, any difference between the countries in “central and eastern Europe”, to use the new nomenclature, mattered less than their common recent past and collective destination. Even the [wars in the former Yugoslavia](#) were seen as a nasty blip rather than a reversal of these trends. Ditto the emergence of chauvinist politics in [Poland](#) and [Hungary](#): that was a disappointment, not a sea-change.

One of the merits of “Goodbye, Eastern Europe” by Jacob Mikanowski, an American writer and scholar brought up partly in Poland, is that it challenges this glib view from several angles, some of them unexpected. Distilling more than a decade of research, he carefully argues that if something marks out Europe’s eastern half, it is not homogeneity but wild, glorious diversity, including the long presence of Judaism, Islam and religious practices that blended Christianity and paganism. More edgily, he contends that communism, including the Soviet sort, was not an alien phenomenon but had been deeply rooted in the region since the early 20th century.

Both his Polish grandfathers, Mr Mikanowski notes, became communists after considering a narrow range of other options, including Zionism, emigration and staying in a traditional Jewish community, or *shtetl*. With disarming openness, he shares the story of one of them, a partisan fighter with an impressive war record—he helped free several hundred fellow Jews from a camp in Belarus—who in the 1950s assisted in a communist sting that embarrassed Poland’s underground opposition and its Western friends.

Readers might wonder how the author’s emphasis on cultural and ideological variety squares with his title, which seems to suggest that the east of Europe was in the past a distinct, coherent region. His answer is implied rather than spelled out. In describing pre-industrial history, he stresses how diversity



and bouts of sectarian hostility co-existed with fusions and overlaps. Thus for all the social barriers between them, Jews and Christians relied on each other's folk remedies, faith healers and exorcists. They formed a single religious ecosystem. In communist times, another odd symbiosis developed between dissidents and the secret police who devoted huge resources to monitoring and circumscribing their lives.

In this way—and for all the power of dynasties, emperors and 20th-century tyrants—the region spawned distinctive grassroots cultures and hosted an ingenious interplay between groups and ideologies. That talent was not entirely eliminated by the [Holocaust](#), nor by Soviet-led communism, but may now be threatened by globalisation. Such, broadly, is the author's view (though he makes the last point more explicitly elsewhere).

He yearns for the survival of an east European world in which people react unpredictably to their geopolitical or economic masters. In practice, though, the line between downward pressure and local ingenuity is harder to draw than he allows.

Take the book's final section on [Russia's invasion of Ukraine](#). Mr Mikanowski makes the familiar point that after Ukraine became independent in 1991, its leaders struggled to form a nation out of the Russophone east of the country and the post-[Habsburg](#) west. Then the Kremlin simplified that task by claiming Ukraine had never existed and should never exist. The courage, and creativity, of the Ukrainians' response is visible to all.

Not for the first time in the region's history, a common struggle to defy annihilation is forging new social, cultural and psychological realities, which neither external nor domestic leaders can control. The fallout from that life-and-death conflict is being felt in every adjacent land, creating new fissures and new transnational bonds. It may still be too soon to say goodbye to eastern Europe.

20 juin 2023 (The Economist)

[AI is not yet killing jobs \(economist.com\)](https://www.economist.com/ai-is-not-yet-killing-jobs)

Boy cries wolf

## AI is not yet killing jobs

White-collar workers are ever more numerous



Jun 15th 2023 | SAN FRANCISCO

After astonishing breakthroughs in artificial intelligence, many people worry that they will end up on the economic scrapheap. Global Google searches for “is my job safe?” have doubled in recent months, as people fear that they will be replaced with large language models (llms). Some evidence suggests that widespread disruption is coming. In a recent paper Tyna Eloundou of Openai and colleagues say that “around 80% of the us workforce could have at least 10% of their work tasks affected by the introduction of llms”. Another paper suggests that legal services, accountancy and travel agencies will face unprecedented upheaval.

Economists, however, tend to enjoy making predictions about automation more than they enjoy testing them. In the early 2010s many of them loudly predicted that robots would kill jobs by the millions, only to fall silent when employment rates across the rich world rose to all-time highs. Few of the doom-mongers have a good explanation for why countries with the highest rates of tech usage around the globe, such as Japan, Singapore and South Korea, consistently have among the lowest rates of unemployment.

Here we introduce our first attempt at tracking ai’s impact on jobs. Using American data on employment by occupation, we single out white-collar workers. These include people working in everything from back-office support and financial operations to copy-writers. White-collar roles are thought to be especially vulnerable to generative ai, which is becoming ever better at logical reasoning and creativity.



The Economist

However, there is as yet little evidence of an ai hit to employment. In the spring of 2020 white-collar jobs rose as a share of the total, as many people in service occupations lost their job at the start of the covid-19 pandemic (see chart). The white-collar share is lower today, as leisure and hospitality have recovered. Yet in the past year the share of employment in professions supposedly at risk from generative ai has risen by half a percentage point.

It is, of course, early days. Few firms yet use generative-ai tools at scale, so the impact on jobs could merely be delayed. Another possibility, however, is that these new technologies will end up destroying only a small number of roles. While ai may be efficient at some tasks, it may be less good at others, such as management and working out what others need.

ai could even have a positive effect on jobs. If workers using it become more efficient, profits at their company could rise which would then allow bosses to ramp up hiring. A recent survey by Experis, an it-recruitment firm, points to this possibility. More than half of Britain's employers expect ai technologies to have a positive impact on their headcount over the next two years, it finds.

To see how it all shakes out, we will publish updates to this analysis every few months. But for now, a jobs apocalypse seems a way off.

20 juin 2023 (The Economist)

[It is make or break for Intel's giant bet on Germany \(economist.com\)](https://www.economist.com)

The Magdeburg gambit

## It is make or break for Intel's giant bet on Germany

The American chipmaker's capital spending would constitute the biggest foreign direct investment in German history



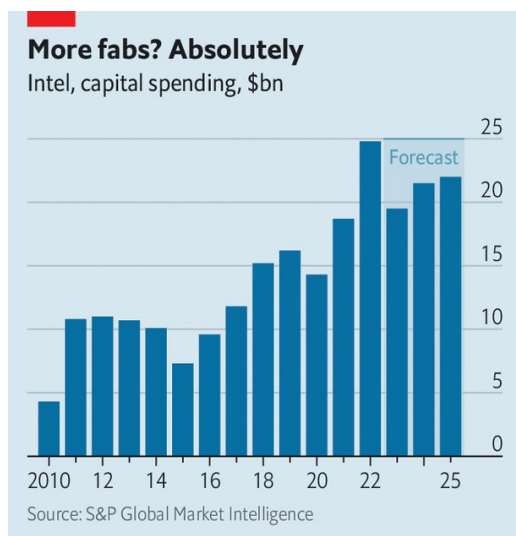
Jun 15th 2023 | BERLIN

Rarely do Germany's top economists see eye to eye on a big economic-policy controversy. But **when it comes to the government's decision to spend billions on subsidies for Intel's mega semiconductor factory in Magdeburg**, Reint Gropp of the Halle Institute for Economic Research, Marcel Fratzscher of the German Institute for Economic Research and Clemens Fuest of the Ifo Institute **all agree. They consider lavishing billions on the American firm a spectacular waste of taxpayers' money.**

**The wonks' consensus is falling on deaf ears. Olaf Scholz's centre-left coalition government has agreed to prop up Intel's mega-site in Magdeburg to the tune of €6.8bn (\$7.4bn), a big chunk of Intel's €17bn investment in the east German town.** Christian Lindner, Germany's pro-market finance minister, recently said there was no money in the budget to meet Intel's demands for an extra €3bn or so in state aid to close a "cost gap" caused by the higher prices of energy and construction. Yet **the Social Democratic chancellor appears open to loosening the purse-strings, provided that Intel expands its project.**

Pat Gelsinger, Intel's boss, is touring Europe in mid-June. According to sources close to the government, he is expected to meet Mr Scholz in Berlin on June 19th to make his case. **The talks could seal the fate of the giant endeavour, which would be the biggest foreign direct investment in German history.** He will also visit Magdeburg, where 30 Intel employees, including Bernd Holthaus, head of personnel in Germany, are already beavering away.

**Mr Gelsinger's supporters in the chancellery and the economy ministry argue that Intel's site will create an innovation hub and spawn up to five jobs for each of the 3,000 permanent high-tech positions that Intel plans to create in Magdeburg (in addition to the 7,000 temporary construction workers it will need to build the thing). Moreover, its advocates argue, the chip plant will help to reach the EU's goal of increasing the bloc's share of global chip production from around 10% today to 20% by 2030. This would reduce Europe's dependence on suppliers in Taiwan, South Korea and other countries in the backyard of an increasingly pushy China.**



The Economist

**Critics of the project say that subsidising each Intel job to the tune of €1m (if you include construction workers) is lunacy**, especially in a region where unemployment is low and where local industrial firms are having trouble recruiting staff. **They doubt the lofty estimates of job creation.** Many economists reckon that **in the best-case scenario one job at Intel might create 1.5 other jobs.** Mr Gropp thinks **it makes more sense for Germany to buy chips from America (which is already lavishing subsidies on chipmakers).**

**Does the subsidy make sense for Intel?** The firm needs a fillip. In recent years it has fallen behind rivals such as tsmc of Taiwan and Samsung of South Korea in cutting-edge technology. **In April it reported a quarterly net loss of \$2.8bn, its steepest ever**, as global demand for many types of chip cooled. **Its market value of \$148bn is just over half what it was in early 2021.** **Mr Gelsinger believes that the way to reverse the decline is by investing heavily in new capacity (see chart).** **At a time when chips are no longer selling like hot cakes, that is a risky gamble—with or without German generosity.**

20 juin 2023 (The Economist)

[Saudi Arabia may accept normal relations with Israel \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Breaking a taboo

## Saudi Arabia may accept normal relations with Israel

Binyamin Netanyahu may be getting close to a historic deal



image: afp/ap

Jun 15th 2023 | JERUSALEM

For years Israel and Saudi Arabia have been partners in all but name. The leaders of the two countries confer in secret, share a rival in Iran, plan joint telecoms infrastructure, do quiet business deals and are members of American-led defence alliances. But while five [other members of the Arab League](#) already have agreed to full diplomatic relations with Israel, it has not been that simple for the Saudi kings to break 75 years of taboo against “normalisation” with the oft-reviled Jewish state.

The Saudis’ conservative 87-year-old king, Salman bin Abdelaziz, has been loth to make any public overture to Israel while the Palestinian people remain stateless. The Saudis have long backed the Arab Peace Initiative of 2002, which stipulates that normalisation can come only after Israel vacates the territories it conquered in the war of 1967 and allows a Palestinian state there to be born.

No progress has been made on the Palestinian front since the initiative was first published, so some Arab countries have stopped waiting. In 2020 Bahrain and the United Arab Emirates (uae) agreed to establish formal ties with Israel, a step they are unlikely to have taken without tacit Saudi support. A flurry of diplomatic activity between the Saudis, Israelis and Americans suggests that the kingdom may be ready to come out into the open, too.

“We believe that normalisation is in the interest of the region, that it would bring significant benefits to all,” said the Saudi foreign minister, Faisal bin Farhan, in June. It is the closest that the Saudis have come to acknowledging in public their desire to have formal relations with Israel.

The main reason is a change in President Joe Biden’s attitude to the Saudis. In 2019, before coming to office, he said he intended to treat them as “the pariah that they are”. This was in the wake of the murder and dismemberment of a Saudi columnist for the *Washington Post*, [Jamal Khashoggi](#), by agents presumed to be working for the kingdom’s crown prince and de facto ruler, Muhammad bin Salman.

Mr Biden has [reassessed](#) his stance for fear that America’s standing in the Middle East is eroding. Since Russia invaded Ukraine, he has failed to get the region’s oil-producers to agree to an energy policy that would help Western countries ride out the shortages caused by their cutting links with Russia. This year

China also stole a march on America by mediating an agreement between the Saudis and Iran to resume diplomatic relations with each other.

Achieving an Israeli-Saudi deal is part of America's wider strategy to renew and enhance its alliance with the Saudis, while once again seeking an agreement with Iran to limit its nuclear programme in return for economic-sanctions relief. Midwifing improved relations between Israel and the Saudis would serve a dual purpose.

Binyamin Netanyahu makes no secret of his desire to be the Israeli prime minister who signs a treaty with one of the Arab world's chief powers. Such a feat might soften his opposition to an American deal with Iran, which could soon be able to build nuclear bombs. Mr Netanyahu is revered by many Republicans in America, so having him on board would help Mr Biden sell an agreement with Iran to his foes at home. With America's presidential election only a year and a half away, he would present it as a major foreign-policy coup.

Obstacles remain, however. The crown prince, known as mbs, has a long list of demands, including the supply of advanced weapons systems, American support for a civilian nuclear programme and a strategic defence treaty beefed up by assurances the Americans are reluctant to grant. Were these demands to be at least partially met, the Palestinian issue would nonetheless fester. Israel would have to make some kind of concession over it, even one amounting to little more than lip-service, to appease the Saudis.

20 juin 2023 (The Economist)

[Why wretched Lebanese are fleeing across the sea \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Betting on boats

## Why wretched Lebanese are fleeing across the sea

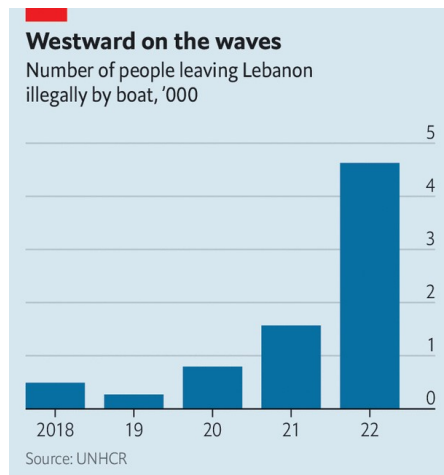
Most people in Lebanon say they want to live abroad



Jun 15th 2023 | BEIRUT

Last August 31-year-old Nader Yusuf embarked with 410 other people on an eight-day sea crossing from Lebanon to Italy. His salary as a delivery driver, priced in Lebanese pounds, had plummeted in two years to barely 5% of its original value against the dollar, leaving him unable to afford his \$100-a-month rent. He was promptly evicted, along with his pregnant wife and five children, two of whom were seriously ill.

Depressed and desperate, Mr Yusuf sold his truck for \$4,000, borrowed another \$2,000 to pay a smuggler to take him to Europe and called his wife from the boat to say what he had done. “Please forgive me, I had no other choice.”



The Economist

Most of the boat people leaving the shores of Lebanon illegally are Syrians seeking asylum in Europe. The overall number illicitly plying the seas has leapt tenfold in four years, according to the Lebanese army, which is supposed to stop them.

But the proportion of those coming from Lebanon doubled from 12% in 2021 to 24% a year later. **Triple-digit inflation, an economic meltdown and a breakdown in public services are driving more Lebanese people away.** According to a recent poll, **61% of them say they would like to live or work abroad.**

“People come here every day looking for somebody to take them across,” says Zakaria Abd el-Rahman, a 60-year-old boat captain in Tripoli, Lebanon’s second port. **Seven years ago he used to charge \$1,000-2,000 a head**



to take Syrian asylum-seekers on the 14-hour crossing to Cyprus. Not any more. In 2020 Cyprus and Lebanon agreed that irregular arrivals would be swiftly sent back.

**So most boats leaving Lebanon illegally now head for Italy, ten times farther.** In 2019 the number who died trying to reach nearby Cyprus was six; last year at least 157 perished heading farther west. A migration expert fears that this year fatalities could reach 400.

The risk of boats being caught has also increased, prompting some captains to stay in Europe themselves. And desperate people still want to brave the passage. **Mr Yusuf is now in Germany.**

20 juin 2023 (The Economist)

[How ChatGPT could help teachers and lower the cost of college \(economist.com\)](#)

Teacher's pet

## How ChatGPT could help teachers and lower the cost of college

The college essay may be dying, but AI has plenty of upsides in education

Jun 15th 2023 | WASHINGTON, DC

Many have mused on how Chatgpt could change the world, not least schools. Plenty fear the worst. **The college essay has been pronounced dead. Chatgpt is causing an educational “crisis”, claims *Inside Higher Ed*. Maybe so; but Chatgpt could also be a teacher's friend.**

**It is easier to see the threat.** Users can ask Chatgpt to compare Milton Friedman with Paul Samuelson, and it will create a five-point summary that contrasts their views. Ask it to create a rap about Friedman, and it delivers lines like: “He was an economist with a unique vision / Spittin’ truth about free markets with precision”. This sophistication and creativity worries lots of teachers and schools. **New York City public schools, America’s largest school district, banned Chatgpt in January, only to reverse the decision in May. Some universities abroad have banned its use.**

**“Initially...everybody was thinking that the sky was falling,”** says Jonathan Torres, an assistant professor of English at Quinnipiac University in Connecticut. **He also trains teachers at Quinnipiac, and argues that ai can push them to become better. For example, before Chatgpt came along, an economics teacher might ask pupils to write an essay describing Keynesianism. With Chatgpt as an option, the teacher might ask the students to assess and revise the chatbot’s response to the same question—a more difficult task. ais have other practical uses for teachers. They can help write lesson plans and worksheets at different reading levels and even in different languages. They can also cut down the time spent on duties, such as writing recommendation letters, that devour time that could be spent teaching.**

Some organisations are going even further. Khan Academy, an education non-profit, recently launched a pilot of Khanmigo, its virtual guide that uses **gpt-4, the latest upgrade of Chatgpt, to support pupils and teachers.** **If pupils gets a wrong answer to a maths problem, the chatbot helps them solve it on their own. In science, the program evaluates open-ended questions. In English class, it asks pupils questions about their essays. And in history, a pupil can debate with the bot to prepare for an in-class discussion.**

The program provides teachers with a report on their pupils’ activities. **Khanmigo can help teachers create lessons and test pupils’ knowledge afterwards.** It can support pupils in different languages. It even allows pupils to “talk” to historical figures or literary characters via simulations. **“This gives us the opportunity to give every student a one-on-one tutor, every teacher a teaching assistant, and more,”** says Sal Khan, the founder of Khan Academy.

For those in charge of school and college administrations the benefits are, if anything, clearer. David Harris, president of Union College, a liberal-arts college in New York state, decided to play around with Chatgpt. He asked it to write a letter announcing that the college would no longer require the covid-19 booster jab after the spring term. The results were good enough for him to show examples to each of his senior staff—a letter to students about changing the campus mascot for his communications director, an Instagram post for campus photos on spring break, a final warning for an employee with chronic lateness for human resources.

Dr Harris is excited about what all this could mean for college costs. Many universities, including Union College, Stanford University and others, will charge about \$80,000 a year next year for tuition, room and board. In 2021 the median household income in America was \$71,000. College administration in America has become bloated. ai could eliminate the need for some of these jobs, and maybe enable colleges to pass savings on to students. **Chatgpt may have killed the college essay, but with all its potential in and out of the classroom, perhaps that is ok.**



20 juin 2023 (The Economist)

[Against expectations, oil and gas remain cheap \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Failing to ignite

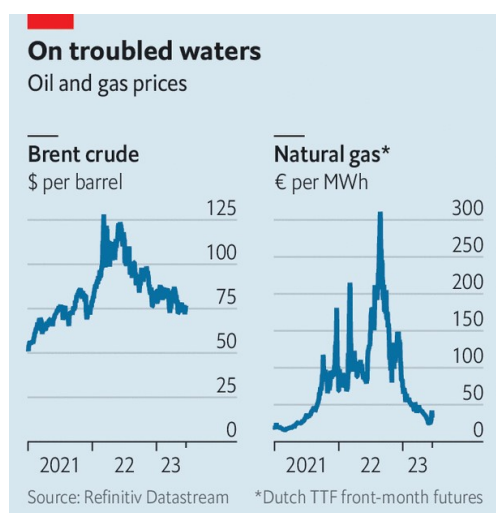
## Against expectations, oil and gas remain cheap

OPEC has had little luck pushing up crude prices



Jun 19th 2023

In the months after Russia's invasion of Ukraine any hint of bad news sent energy prices into the stratosphere. When a fire forced an American gas plant to close, strikes clogged French oil terminals, Russia demanded Europe pay for fuel in roubles or the weather looked grimmer than usual, markets went wild. **Since January, however, things have been different** (see chart). Brent crude, the global oil benchmark, has hovered around \$75 a barrel, compared with \$120 a year ago; in Europe, gas prices, at €35 (\$38) per megawatt-hour (mwh), are 88% below their peak in August.



The Economist

**It is not that the news has suddenly become more amenable.** The Organisation of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) and its allies have announced swingeing cuts to output. In America the number of oil and gas rigs has fallen for seven weeks in a row, as producers respond to the meagre rewards on offer. **Several of Norway's gas facilities—now vital to Europe—are in prolonged maintenance. The Netherlands is closing the largest gas field in Europe. Yet any uptick in price quickly fades away. What is keeping prices down?**

**Disappointing demand may be part of the answer.** In recent months expectations for global economic growth have been slashed. **The failure of several banks** this spring raised fears of an imminent recession in America. **Inflation is battering consumers in Europe.** In both places, the full impact of interest-rate

risers is still to be felt. Meanwhile, in China, the post-covid rebound is proving much weaker than expected. Anaemic growth, in turn, is dampening demand for fuel.

**Yet look closer and the demand story does not entirely convince. Despite its disappointing recovery, China consumed 16m barrels per day (b/d) of crude in April, a record.** A rebound in trucking, tourism and travel since the grim zero-covid period means more diesel, petrol and jet fuel is being used. In America, a 30% drop in petrol prices compared with a year ago augurs well for the summer driving season. In Asia and Europe, high temperatures are expected to last, creating more demand for gas-fired power generation for cooling.

**A more convincing explanation can be found on the supply side of the equation. The past two years of high prices have incentivised production outside of opec, which is now coming online.** Oil is gushing from the Atlantic basin, through a combination of conventional wells (in Brazil and Guyana) and shale and tar-sands production (in America, Argentina and Canada). Norway is pumping more, too. JPMorgan Chase, a bank, estimates that non-opec output will rise by 2.2m b/d in 2023.

In theory, this should be balanced by production cuts announced in April by core opec members (of 1.2m b/d) and Russia (of 500,000 b/d), to which Saudi Arabia added another 1m b/d in June. Yet output in these countries has not fallen by as much as promised—and other opec countries are increasing exports. **Venezuela's are up, thanks to investment by Chevron, an American giant.** Iran's are at their highest since 2018, when America imposed fresh sanctions. **Indeed, a fifth of the world's oil now comes from countries under Western embargoes, selling at a discount and thus helping dampen prices.**

**For gas, the supply situation is trickier:** the main Russian pipeline delivering to Europe remains shut. But Freeport lng, a facility which handles a fifth of **America's exports of liquefied natural gas**, and was harmed by an explosion last year, is back online. Russia's other exports to continental Europe continue. Norwegian flows will fully resume in mid-July. **Most important, Europe's existing stocks are vast.** The bloc's storage facilities are 73% full, compared with 53% a year ago, and on track to reach their 90% target before December. Rich Asian countries, such as Japan and South Korea, also have plenty of gas.

When inflation was soaring and interest rates remained modest, commodities, notably crude oil, were an attractive hedge against rising prices, pushing up prices as investors flooded in. **Now that speculators expect inflation to drop, the appeal has dimmed—just as higher rates make safer assets like cash and bonds more alluring.** As a result, speculative net positioning (the balance between long and short bets placed by punters on futures oil markets) has slumped. Higher rates also raise the opportunity cost of holding crude stocks, so physical traders are offloading their stock. The volume in floating storage fell from 80m barrels in January to 65m barrels in April, its lowest since early 2020.

**Prices could well rise later in the year.** The International Energy Agency, an official forecaster, projects that global oil demand will reach a record 102.3m b/d over 2023. Oil supply, too, will hit a record, but the forecaster reckons the market will tip into deficit into the second half of 2023—a view shared by many banks. **As winter approaches, competition for lng cargoes between Asia and Europe will intensify. Freight rates for the winter are already rising in anticipation.**

**Still, last year's nightmare is unlikely to be repeated.** Many analysts expect **Brent crude** to stay close to \$80 a barrel and not to reach triple digits. **Gas** futures markets in Asia and Europe point to a 30% rise from today's levels by the autumn, rather than anything more extreme. Over the past 12 months commodity markets have adapted. It now takes more than a hint of bad news to send prices rocketing.

20 juin 2023 (Atlantico)

[L'euro est largement surévalué et voilà ce que ça nous coûte | Atlantico.fr](#)

POLITIQUE MONÉTAIRE

## L'euro est largement surévalué et voilà ce que ça nous coûte

Pour de nombreux économistes, l'euro est largement surévalué et les conséquences de cette surévaluation sur l'économie et les exportations françaises sont nombreuses



[Don Diego De La Vega](#)

**Atlantico : L'économiste Robin Brooks a partagé un graphique sur Twitter montrant que « L'euro à 1,07 est massivement surévalué ». Qu'en est-il ?**

**Don Diego de la Vega :** Dans le calcul de la monnaie, il faut calculer une valeur bilatérale, entre l'euro et le dollar par exemple, ainsi que de la valeur de la monnaie sur une base multilatérale, un panier de monnaies. Ce panier est généralement pondéré en fonction des échanges. Dans un panier lié au dollar, cela signifie que l'euro aura un poids plus important que la monnaie du Lesotho, par exemple. Cependant, il faut souligner que ces parités pondérées sont nominales et non réelles. Elles permettent néanmoins de se faire une idée globale de la situation. **Actuellement, le dollar est fort, principalement en raison de sa position privilégiée en Occident et de sa création de valeur depuis les 15 dernières années, la valeur étant liée à la rentabilité des capitaux investis.** Les entreprises comme Apple, Google, NVIDIA, Tesla et Microsoft ont contribué à renforcer cette position. **En considérant cela, on peut se demander quelle devrait être la parité euro-dollar.** Ce que cela suggère, bien que ce ne soit pas très clairement indiqué graphiquement, c'est que l'euro a suivi le dollar alors qu'il aurait dû agir différemment. Cela peut s'expliquer probablement par certaines anomalies sur le marché ou par le maintien de taux d'intérêt très élevés en Europe, ce qui empêche l'ajustement nécessaire. Ces facteurs temporaires ou artificiels jettent néanmoins une ombre sur la cherté de l'euro. L'idée principale est que dans un panier de devises élargi, ce qui maintient les choses en équilibre, notamment en empêchant le dollar de devenir trop fort, est **le fait que l'euro est en réalité très cher.** Cela permet de mettre en évidence que ce n'est pas le dollar qui est faible, bien qu'il soit fort depuis 15 ans, mais plutôt l'euro qui est surévalué. On l'a bien vu, quand le Yen a été lâché il y a dix ans, il a plus ou moins trouvé sa vraie valeur. Ce que ce graphique nous dit c'est que **si on lâche l'euro, il va sans doute tomber à 0,80 ou quelque chose de cet ordre. Soit une vraie chute.**

## Et qu'est-ce que nous coûte un euro surévalué ?

Si on garde le niveau de l'euro actuel, ça signifie qu'on aura plus l'industrie de moyenne gamme. Il restera LVMH qui peut encaisser et où il nous restera un débrouillardise au niveau local, la boulangerie du coin, mais il ne nous restera pas ce qui fait l'industrie de moyenne gamme pouvant aller sur les marchés internationaux, comme l'automobile.

**Il faut bien distinguer monnaie forte et monnaie chère. Avoir une monnaie forte c'est bien parce que ça nous rapproche de l'objectif d'une inflation faible mais positive. Le problème d'une monnaie chère c'est que c'est artificiel.** Et on croit. Qu'on va se faire les forces de marché, mais en fait, on espère avec force de marcher. Si on garde trop longtemps les taux d'intérêt directs, on maintient artificiellement la valeur pratique de nominale de la monnaie. Plus généralement, on laisse pourrir une situation désinflationniste, voire déflationniste, une sorte de déflation larvée, de japonisation rampante en Europe.

**Ce n'est pas une bonne situation, en particulier pour les dettes, car nous en créons beaucoup.** Nous en avons accumulé énormément, mais nous ne pouvons pas les émettre dans un système à la japonaise. **On peut clairement voir qu'elles ont été créées de manière irresponsable.** Par conséquent, elles vont causer des problèmes majeurs, comme cela s'est produit au Japon. Cela souligne les mauvais choix que nous faisons. **Concrètement, nous avons choisi de favoriser le luxe et le local, mais en étouffant les entrepreneurs qui souhaitent exporter dans des secteurs normaux. C'est un choix qui favorise les rentiers et les niches, les pépites.** Cela révèle beaucoup de choses sur nos choix et sur le vieillissement de l'Europe. Cela soulève de nombreux problèmes en cascade, d'autant plus insidieux que nous n'identifions pas clairement le phénomène. **Cela dure depuis longtemps, en l'occurrence depuis 20 ans, car l'euro cher a commencé en 2003 lorsque la BCE a pris le contrôle de la politique des changes, une responsabilité qui devrait normalement revenir au Conseil des ministres conformément aux traités. Depuis lors, nous avons systématiquement eu un euro trop cher, voire bien trop cher du côté des milieux financiers, et encore assez cher aujourd'hui par rapport à ce qu'il devrait être dans un monde où le marché pourrait faire normalement son travail.**

## Quelles sont les conséquences en cascade que vous évoquez ?

Donc, comme je l'ai déjà mentionné, **il y a une distorsion sectorielle qui favorise les rentiers par rapport aux entrepreneurs.** Le **rentier** ne se soucie pas beaucoup des conséquences de sa prédation des ressources, car il se complaît dans sa zone de confort. **En revanche, l'entrepreneur ne joue pas du tout dans la même catégorie,** car il doit se baser sur des marges plus étroites et faire face à une concurrence intense sur certains marchés. **Ainsi, lorsque vous avez une monnaie qui est trop chère de 30, 40, voire 50 %, c'est comme si vous vous battiez avec un bras en moins.** Par conséquent, les acteurs économiques ne peuvent plus rivaliser donc abandonnent. Cela entraîne une raréfaction de l'entrepreneur européen, à moins qu'il ne s'adapte en se positionnant sur des segments haut de gamme, par exemple.

D'autres exemples, lorsque la monnaie est forte, les actifs deviennent coûteux. Ainsi, le coût de la main-d'œuvre, déjà élevé, devient encore plus élevé, de même que le prix de l'immobilier. Nos obligations et nos actions, qui ne sont pas forcément abordables compte tenu de la faible croissance à venir, deviennent également extrêmement chères car elles sont libellées dans une monnaie forte. **Par conséquent, nous nous félicitons d'accueillir des investisseurs étrangers ou que 50 % du CAC 40 appartienne à des entreprises étrangères, mais cela serait probablement encore plus élevé si notre monnaie n'était pas si chère. Cela signifie qu'il y aurait davantage**

**d'investissement étranger si notre monnaie n'était pas surévaluée. En résumé, nos actifs ne sont pas très attractifs, du moins pas autant qu'ils devraient l'être.** Cela bloque de nombreux phénomènes, pervertit les allocations, les flux de capitaux et les mouvements de main-d'œuvre, et rend les choses plus difficiles. **Prenez par exemple la France, dont le PIB par habitant est généralement inférieur à celui de la zone euro, et bien loin du niveau médian américain. Le niveau de PIB par habitant en France est similaire à celui du Mississippi, l'État américain le plus pauvre.** Lorsque nous comparons quoi que ce soit, que ce soit le coût du travail, le prix de l'immobilier ou autre, les Français ont tendance à se comparer à Los Angeles, Chicago, New York et Miami, mais ces endroits sont inaccessibles. **La moyenne américaine est 80 % supérieure à la moyenne française, ce qui crée un écart énorme. Et si on compare nos coûts au Mississippi, on se rend compte qu'on est cher.**

Si notre main-d'œuvre restera chère, on essaie de nous en passer. Si notre immobilier est cher, il n'attirera pas les personnes qu'il devrait normalement attirer, et ainsi de suite. **Avoir une monnaie chère présente également des avantages, par exemple, nous payons moins cher nos importations. Pour nous qui ne disposons pas de métaux ou d'hydrocarbures, notre facture énergétique et notre facture de matières premières sont réduites grâce à une monnaie chère. Cependant, cela ne semble pas être économiquement ou écologiquement favorable.**

**Qu'est ce qu'on gagnerait à avoir un euro moins cher ?**

Plus précisément, qu'est-ce que nous gagnerions en ayant un euro à sa valeur réelle ? Une valeur qui reflète le fait que nous sommes beaucoup moins rentables que les États-Unis, que nous créons moins de richesses, notamment immatérielles, et que nous sommes moins présents dans les secteurs porteurs tels que la haute technologie. Que se passerait-il si l'euro retrouvait sa valeur de marché ? Tout d'abord, nous n'aurions plus autant de distorsions. Par exemple, le biais favorable aux rentiers et défavorable aux entrepreneurs serait idéalement réduit. Actuellement, les parlements nationaux sont favorisés par rapport aux parlements étrangers, et les entrepreneurs en subissent les conséquences massivement. C'est déjà un point important, car cela signifierait plus de justice. Cela enverrait un signal clair que nous ne sommes plus dans une économie qui favorise un groupe spécifique. J'ai peur que l'Europe finisse par s'hispaniser dans une économie basée uniquement sur le tourisme, l'agriculture et d'autres activités très locales et peu diversifiées. Nous deviendrions une économie monotone, peu orientée vers l'innovation et les marchés internationaux, notamment dans le secteur de la haute technologie. Pour lutter contre cela, il y a plusieurs techniques, notamment la formation et le développement du capital humain à long terme. Cependant, pour arrêter l'hémorragie à court terme, il est nécessaire d'accepter la discipline de l'échange avec un euro nettement plus faible pendant un certain temps, afin de nous permettre de retrouver une place sur les marchés mondiaux.

Cependant, je pense que c'est un rééquilibrage nécessaire après 20 années d'une monnaie vraiment chère. **Nous constatons à travers de nombreux canaux que l'euro est surévalué.** La notion d'équilibre, telle qu'elle nous est présentée, est artificielle et repose sur des calculs théoriques qui n'ont pratiquement pas évolué depuis 20 ans. **Le monde a changé, mais notre action et nos cadres intellectuels n'ont malheureusement pas suivi.**

La crise de 2008, a agi comme un révélateur. Il suffit de regarder la richesse des ménages des deux côtés de l'Atlantique, la création de valeur, les classements des entreprises. Et nous revivons la même chose avec la montée en puissance de la Chine, notamment dans des domaines qui étaient autrefois le domaine exclusif de l'Europe, comme l'automobile de



moyenne gamme. **Nous entrons dans un monde où il sera difficile de vendre des machines-outils et des voitures Volkswagen aux Chinois, mais où ce sont plutôt les Chinois qui nous vendront des batteries indispensables à l'automobile moderne.** Ce n'est pas du tout le monde que nous avons projeté il y a 20 ans. Aujourd'hui, les banques européennes ne sont plus compétitives par rapport aux banques américaines, ce qui aurait été considéré comme fou en 2007. **L'ensemble du CAC40 vaut à peine plus que les GAFAM, la R&D du CAC40 est à peine meilleure que celle d'Amazon. Il faut un rééquilibrage durable. Cela va avoir un coût, mais c'est nécessaire.**

20 juin 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/06/20/une-adhesion-de-l-ukraine-a-l-otan-va-dans-le-sens-de-l-histoire\\_6178369\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/06/20/une-adhesion-de-l-ukraine-a-l-otan-va-dans-le-sens-de-l-histoire_6178369_3232.html)

## « Une adhésion de l'Ukraine à l'OTAN va dans le sens de l'histoire »

Tribune

Pierre Haroche, Politiste

La France aurait intérêt à soutenir la candidature ukrainienne car elle renforcerait les projets d'« autonomie stratégique européenne » défendus par Emmanuel Macron, estime le chercheur Pierre Haroche, spécialiste des questions de sécurité internationale, dans une tribune au « Monde ».

Publié aujourd'hui à 05h00, modifié à 05h00 Temps de Lecture 3 min.

A Vilnius, les 11 et 12 juillet, les alliés de l'Organisation du traité de l'Atlantique Nord (OTAN) devront apporter une réponse à la candidature de l'Ukraine, et la France aurait tout intérêt à apporter un soutien clair à une perspective d'adhésion, qui pourrait prendre effet à l'issue de la guerre en cours.

Comme [le président Macron l'a indiqué à Bratislava](#), le 31 mai, il n'y aura sans doute pas de consensus en faveur de l'entrée de l'Ukraine dans l'Alliance, mais des propositions en termes de garanties de sécurité que les alliés pourraient offrir à Kiev. Alors qu'en Pologne et dans les pays baltes on met en avant le fait que seule une adhésion pleine et entière constituerait une garantie solide pour l'avenir, d'autres observateurs, en particulier aux Etats-Unis, évoquent le risque de confrontation directe avec la Russie et l'engagement militaire supplémentaire que représenterait la défense de la frontière Russie-Ukraine. Entre les deux camps, le président Macron est resté relativement ouvert, évoquant une possible « *voie vers l'adhésion* ».

La France devrait-elle signaler une position plus tranchée en faveur de la candidature de Kiev ? Trois arguments plaident en faveur de cette option.

Premièrement, cette adhésion va dans le sens de l'histoire. Au-delà des circonlocutions diplomatiques, à partir du moment où l'Ukraine sera non seulement armée et entraînée par les alliés, mais où, en plus, elle bénéficiera de garanties de sécurité de la part de ces derniers, y aura-t-il encore un sens à lui refuser le titre de membre, qui ne viendrait qu'officialiser une réalité de fait ? Il y a fort à parier que cette ambiguïté apparaîtra à l'avenir de plus en plus vaine, voire dangereuse, en incitant Moscou à tester les limites de notre soutien à l'Ukraine.

### Anticiper plutôt que subir

Or si tôt ou tard l'Ukraine est vouée à entrer dans l'Alliance, la France a tout intérêt à anticiper le mouvement plutôt qu'à le subir. C'est cette logique qui, dans les années 1948-1950, a guidé la politique française à l'égard de l'Allemagne. Puisque le relèvement allemand était inéluctable, plutôt que de chercher à l'entraver, il valait mieux l'accompagner et l'orienter vers une voie favorable à la France, c'est-à-dire une voie européenne.

Deuxièmement, une Ukraine intégrée à l'OTAN peut justement être une chance pour la vision française de la sécurité européenne. La France plaide en effet pour plus d'« *autonomie stratégique européenne* », c'est-à-dire, une défense de l'Europe moins dépendante des forces armées américaines.

Or, un des principaux obstacles à cette vision française a longtemps été la conviction, partagée par beaucoup de dirigeants européens, que l'Europe serait tout simplement incapable de se défendre en cas de guerre sans un engagement massif et direct des troupes américaines. Pourtant, l'Ukraine démontre aujourd'hui qu'un pays européen, même faiblement équipé au départ, même renforcé au compte-gouttes par des transferts de matériels relativement disparates, est capable, certes dans la douleur, mais capable quand même, de tenir tête à une invasion russe semblant tout droit sortie des pires scénarios de la guerre froide.

Si l'OTAN pouvait compter à l'avenir sur le nombre, l'expérience unique et la force morale des combattants ukrainiens, qui pourrait encore douter que la trentaine de membres européens de l'Alliance ne seraient pas en mesure, collectivement, d'opposer à la Russie au moins une première ligne de défense solide, sans avoir à tout miser sur l'arrivée des troupes américaines ? Autrement dit, le projet, esquissé par le président Macron à Bratislava, d'un « *pilier européen au sein de l'OTAN* », verrait sa crédibilité considérablement renforcée si l'Ukraine en faisait pleinement partie. Et à l'heure où les Etats-Unis anticipent de plus en plus la nécessité de concentrer leurs efforts en Asie pour faire face à la menace chinoise, ce projet a tout son sens.

## Confiance mutuelle

Troisièmement, fermer la porte de l'Alliance à l'Ukraine n'est pas sans danger. Certains pays d'Europe centrale et orientale voient dans la protection de l'Ukraine une garantie de leur propre sécurité. Une réponse décevante de l'OTAN aux aspirations de Kiev pourrait raviver des tensions, voire engendrer un divorce stratégique Est-Ouest en Europe. Par exemple, [l'ancien secrétaire général de l'Alliance Anders Rasmussen a récemment averti](#) que la Pologne pourrait être tentée d'organiser autour d'elle une mini-alliance du « *flanc Est* », à côté de l'OTAN.

Or, dans son discours de Bratislava, le président français s'est précisément donné pour mission de resceller l'unité entre l'est et l'ouest de l'Europe, reconnaissant entre les lignes que la France avait historiquement plus d'efforts à faire que d'autres afin de restaurer la confiance mutuelle. En affirmant clairement son soutien à la perspective d'une adhésion pleine et entière de l'Ukraine à l'OTAN, la France démontrerait aux yeux de ses partenaires du « *flanc Est* » qu'elle est un allié fiable pour construire la défense européenne de demain.

Mieux : alors que les Etats-Unis hésitent encore sur le sujet, le soutien explicite de la France à la candidature ukrainienne pourrait faire de cette position une illustration politique de l'idée d'« *autonomie stratégique européenne* » au sens large, en renvoyant l'image d'une Europe, tant à l'Ouest qu'à l'Est, à la pointe du débat sur sa propre défense.

Les forces armées ukrainiennes sont aujourd'hui engagées dans une courageuse contre-offensive contre l'occupant. Comme dans toute guerre, l'espoir et le sentiment d'être soutenus par une vaste communauté sont pour les combattants de précieuses ressources morales. Au fond, l'enjeu du sommet de Vilnius est de leur faire une promesse : à l'avenir, vous ne serez plus jamais seuls.

**Pierre Haroche** est maître de conférences en sécurité internationale à l'université Queen Mary (Londres)

20 juin 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/economie/article/2023/06/19/citroen-contraint-de-se-transformer-en-marque-a-bas-cout\\_6178296\\_3234.html](https://www.lemonde.fr/economie/article/2023/06/19/citroen-contraint-de-se-transformer-en-marque-a-bas-cout_6178296_3234.html)

## Citroën contraint de se transformer en marque à bas coût

La baisse spectaculaire des ventes conduit Thierry Koskas, le nouveau patron des automobiles aux chevrons, à prendre un virage stratégique vers le low cost façon Dacia.

Par [Jean-Michel Normand](#)

Publié hier à 15h00



Le directeur général de Citroën, Thierry Koskas, à Vélizy-Villacoublay (Hauts-de-Seine), le 14 juin 2023. JOEL SAGET / AFP

Où va Citroën ? La question, récurrente, est devenue pressante. Les ventes du constructeur, en érosion constante, ont plongé en 2022, avec une chute de 16 % en Europe et de 19 % en France, où sa part de marché (30 % au milieu des années 1960) est passée sous les 10 %. Le groupe Stellantis a entrepris de repositionner la marque, dirigée depuis février par un nouveau directeur général, Thierry Koskas, qui cumule cette fonction avec celle de responsable monde des ventes du groupe.

Pour sortir de son image de constructeur généraliste sans aspérités, Citroën veut se poser comme « *une marque populaire capable de rendre accessible la mobilité électrique* », assène son nouveau patron, qui entend privilégier « *la simplicité et la durabilité* » de ses véhicules, tout en y associant « *le confort et l'audace* ». Cette orientation, dit-il, s'exprime à travers l'ë-C3, une voiture électrique attendue début 2024 et dont le prix sera « *inférieur à 25 000 euros* », bonus écologique (5 000 euros en 2023) non déduit.

Celle-ci devrait ressembler à un petit SUV et sera produite à Trnava, en Slovaquie, après qu'il a été envisagé de l'importer d'Inde, où elle est aussi fabriquée sur une base technique plus fruste. Inutile d'être grand clerc pour constater que l'ë-C3 se positionne en rivale de la Dacia Spring, l'un des modèles électriques les moins chers du marché (un peu moins de 21 000 euros hors bonus). Plus moderne, elle dispose aussi d'une autonomie supérieure (plus de 300 kilomètres annoncés contre 230 environ pour la Dacia).

### Sans sophistication excessive

Le nouveau directeur général de Citroën promet « *d'autres modèles, petits, moyens et grands, qui seront totalement en ligne avec l'ë-C3* ». Pas question pour autant de suggérer que Citroën se positionne sur le même créneau que la marque roumaine, bien connue de Thierry Koskas, qui a passé vingt-deux ans chez Renault. « *Nous ne sommes pas une marque low cost* », se défend-il avec énergie, non sans admettre que certains modèles, dont l'ë-C3, « *seront compétitifs par rapport à Dacia* ».

Pourtant, les points de convergence entre le nouveau positionnement de la marque aux chevrons et les méthodes qui ont fait le succès du constructeur roumain sont troublants. Citroën promet un équipement « *au bon niveau* »,

c'est-à-dire sans sophistication excessive (pas de multiples écrans, par exemple), une gamme à la fois resserrée et ultra-simplifiée ainsi qu'un « *prix net* », autrement dit un tarif compétitif mais n'ouvrant guère de marge à la négociation. Citroën fait du Dacia comme M. Jourdain faisait de la prose.

Cet embarras perceptible semble quelque peu paradoxal au regard de la régulière montée en gamme – comme en prix – de la filiale de Renault qui a doublé, en 2022, Citroën pour se hisser à la troisième place sur le marché français. Dacia, en effet, a pris ses distances avec le low cost stricto sensu, tout en demeurant une redoutable machine à cash avec sa proposition de voitures sans chichis dont la Sandero, le modèle le plus vendu aux particuliers en Europe.

Pour atteindre les objectifs fixés par Thierry Koskas (revenir rapidement à une part de marché de 5 % en Europe et vendre dans le monde un million de véhicules par an en 2025 contre 680 000 en 2022), Citroën va devoir vaincre sa réticence à revoir à la baisse le standing de ses voitures, exercice inhérent à une démarche centrée sur la démocratisation de la voiture électrique. Une approche à laquelle les constructeurs européens, sous la pression de la concurrence chinoise, commencent à peine à s'intéresser.

20 juin 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/06/16/la-polarisation-fievre-des-societes-democratiques\\_6177875\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/06/16/la-polarisation-fievre-des-societes-democratiques_6177875_3232.html)

## La polarisation, fièvre des sociétés démocratiques

Par [Anne Chemin](#) Publié le 16 juin 2023 à 08h00, modifié le 17 juin 2023 à 02h21



Enquête

Le bras de fer sur les retraites a fait surgir le spectre de la polarisation. Née aux Etats-Unis, cette augmentation de la conflictualité idéologique, qui a atteint son apogée sous Donald Trump, a-t-elle gagné la France ? L'Hexagone est moins fracturé mais la logique majoritaire de la V<sup>e</sup> République encourage les affrontements et entrave les compromis.

Sur le graphique animé qui s'affiche sur l'écran, une trentaine de petits drapeaux européens se déplacent lentement de haut en bas et de droite à gauche. Lorsqu'ils s'immobilisent, ils dessinent une jolie pyramide au sommet de laquelle triomphe la bannière tricolore de la France. Un classement des terres où il fait bon vivre ? Un podium récompensant les contrées les plus dynamiques ? Un palmarès des champions de la gastronomie ? Nullement : le schéma mesure le degré de « *polarisation politique* » de vingt-huit nations européennes – les vingt-sept membres de l'UE et le Royaume-Uni. Si la France trône au sommet de la pyramide, c'est parce qu'elle est le pays d'Europe où les dissensions politiques seraient les plus vives.

Ce baromètre a été imaginé en 2019 par des chercheurs de l'université Charles-III de Madrid. Fondé sur l'analyse des pages et des profils Facebook de 234 partis européens, il utilise un indice de polarisation politique créé en 2008 par l'universitaire américain Russell J. Dalton. Sur cet indicateur échelonné de 0 à 10, l'Irlande, l'Italie, le Portugal, le Royaume-Uni, l'Allemagne, le Danemark, la Finlande, la Suède ou les Pays-Bas affichent un climat politique tempéré – leur indice de polarisation est inférieur à 5. La météo idéologique est plus orageuse en France, qui remporte la palme d'or de la polarisation (5,83).

Polarisation ? Né dans l'univers des mathématiques et de la physique, ce mot s'est imposé dans le monde de l'emploi – les économistes parlent de polarisation du marché du travail –, des religions – les sociologues s'interrogent sur la polarisation religieuse de la France – mais aussi des sciences politiques. « *Il s'agit d'un terme un peu attrape-tout*, reconnaît Tristan Guerra, politiste au laboratoire Pacte, une unité de recherche du CNRS, de l'université de Grenoble et de Sciences Po Grenoble. *Dans les huit principales revues de sciences politiques internationales, j'ai recensé, depuis 2000, 322 articles sur la polarisation et plus de vingt manières différentes de la mesurer !* »

### Degré de conflictualité entre les citoyens

Malgré ces incertitudes, les politistes américains et européens qui utilisent ce concept retiennent, pour le définir, deux critères. Parce que la polarisation politique renvoie à la notion de désaccord, elle désigne à la fois une concentration des opinions au sein d'un groupe et une distance entre ce groupe et les autres.

« *C'est cette alliance d'homogénéité et d'hétérogénéité qui crée la polarisation*, poursuit Tristan Guerra. *Aux Etats-Unis, par exemple, les enquêtes montrent que les démocrates et les républicains sont de plus en plus souvent d'accord entre eux et de plus en plus souvent en désaccord avec le parti adverse – la polarisation va donc croissant.* »

Cette géographie idéologique trouve une expression graphique dans les schémas sur les préférences politiques. Les chercheurs y positionnent les individus ou les partis sur une échelle gauche-droite ou sur une échelle pour-contre telle ou telle politique publique.

« *Si tout le monde, ou presque, se trouve près du centre, la polarisation est faible*, précise Jan Rovny, professeur associé au Centre d'études européennes et de politique comparée de Sciences Po. *Si, en revanche, une grande partie d'entre eux sont regroupés du côté du 0 ou du côté du 10, elle est forte, car les camps sont à la fois distincts et éloignés.* »

Plus qu'un penchant pour les extrêmes, la polarisation désigne donc un équilibre : elle ne mesure pas la radicalité des croyances mais le degré de conflictualité entre les citoyens. Pour qu'il y ait polarisation, une forte présence de l'extrême droite ne suffit pas – il faut aussi que le pays compte un puissant mouvement de gauche.

« *En Irlande, avant les années 2000, il y avait un nombre très élevé de sympathisants d'extrême droite mais on ne pouvait pas parler de polarisation, car ce pays affichait un très fort consensus autour d'idées considérées comme de droite* », précise Raul Magni-Berton, professeur de sciences politiques à l'Institut catholique de Lille.

## Dissensions idéologiques

Bien que le mot « polarisation » ait une connotation péjorative, il ne constitue pas forcément une mauvaise nouvelle. Parce qu'ils croient aux vertus du pluralisme, les régimes qui se réclament du libéralisme politique protègent, voire encouragent, l'expression publique des désaccords. « *La démocratie, c'est à la fois le conflit et sa régulation, l'expression des différends et l'art du compromis*, analyse Bruno Cautrès, chercheur au Centre de recherches politiques de Sciences Po. *Les partis ont pour fonction de trouver une issue apaisée aux tensions qui traversent la société : leur mission est donc de travailler sur les clivages – ce qui crée forcément de la polarisation.* »

Cependant, point trop n'en faut, ajoute le politiste dans un sourire. Une société démocratique qui va bien, observe le chercheur Tristan Guerra, est une société « *un peu* » polarisée – sans plus. « *Quand les opinions sont plus ou moins regroupées autour du centre, leur synthèse est facile et, surtout, elle représente un grand nombre de citoyens*, renchérit le politiste Raul Magni-Berton. *Quand elles sont en revanche très hétérogènes, le compromis est hasardeux : avec une courbe en U, il est difficile de trouver des points d'accord et quand on en trouve, ils représentent bien peu de monde.* »

Dans les systèmes politiques polarisés, les dissensions idéologiques sont d'autant plus fortes que les partis nourrissent les affrontements : héritée du juriste allemand Carl Schmitt, la logique partisane « *ami-ennemi* » constitue, selon Nicolas Sauger, professeur à Sciences Po, l'un des ingrédients fondamentaux de la polarisation. « *L'éloignement idéologique compte, bien sûr, mais il n'explique pas tout*, souligne-t-il. *Dans certains pays, les partis, malgré leurs divergences, acceptent, au nom du principe de responsabilité, de coopérer au sein de coalitions de gouvernement. Dans d'autres, ils sont rétifs aux alliances, ce qui renforce le caractère irréductible des oppositions – et donc la polarisation.* »

## Du ressentiment à la haine

Quand les tensions gagnent l'ensemble de la société, quand elles érigent des frontières entre les citoyens, les chercheurs parlent, non plus de polarisation, mais de « *polarisation affective* ».

Apparue dans les années 1990, cette notion désigne, selon le philosophe néerlandais Bart Brandsma, une pensée du « *eux et du nous* » fondée sur une détestation de l'« *autre* ». « *La polarisation affective désigne une moindre plasticité dans les positions* », précise Nicolas Sauger. « *Elle suppose à la fois le soutien inconditionnel à l'endogroupe et la forte hostilité à l'exogroupe* », ajoute Tristan Guerra. Le différend politique fait alors place à l'antipathie, au ressentiment, voire à la haine.

Ce phénomène prospère le plus souvent dans les climats de guerre culturelle. « *Les controverses sur le mariage homosexuel ou les droits des minorités raciales constituent un terreau propice à la polarisation affective, car ils créent une forte résonance entre l'identité des citoyens et les discours des partis*, poursuit Tristan Guerra. *Les débats économiques, qui sont des hard issues supposant des compétences, c'est-à-dire un intérêt pour la politique et une bonne connaissance des programmes partisans, sont plus difficiles à décrypter, pour les électeurs, que les polémiques sur le genre ou la race.* »

Parce que les identités sont plus figées que les convictions, parce que les charges émotionnelles sont plus puissantes que les arguments rationnels, la polarisation affective constitue souvent un danger pour les démocraties.

Dans une étude publiée en 2022, les politistes Emilie van Haute et Luca Bettarelli constatent que les électeurs « *polarisés* » refusent obstinément les compromis et adoptent volontiers des comportements protestataires – abstention ou vote pour des partis radicaux. Quand les camps deviennent irréconciliables, concluent-ils, les « *risques d'impasse* » se multiplient – notamment dans les systèmes multipartites où les gouvernements de coalition sont la règle.

## « Bonnet blanc et blanc bonnet »

Souvent considérés comme l'un des berceaux de la démocratie libérale, les Etats-Unis ont été le premier grand pays à faire l'expérience de la polarisation – au point d'en devenir le symbole. Certains affirment que la tendance a émergé dans les années 1970, d'autres dans les années 2000, mais tous conviennent qu'elle a atteint son acmé pendant le mandat éruptif de Donald Trump (2017-2021). Dans ces années de guerre civile larvée, les Américains ont cessé de comparer les démocrates et les républicains à Tweedledee et Tweedledum, les deux personnages quasi identiques rencontrés par Alice dans le roman de Lewis Carroll *De l'autre côté du miroir* – les « bonnet blanc et blanc bonnet » américains.

Aujourd'hui, le climat souvent consensuel de la fin du XX<sup>e</sup> siècle a fait place à un mouvement de « *purification idéologique* », selon le mot de l'historien américain Michael C. Behrent : les démocrates centristes et les républicains modérés sont moins nombreux. « *A partir des années 2000, cette polarisation des élites politiques s'est diffusée dans l'ensemble de la société*, ajoute Olivier Rozenberg, chercheur au Centre d'études européennes et de politique comparée de Sciences Po. *Les électeurs des deux camps ont cessé de se parler, de se comprendre et de se côtoyer : aujourd'hui, les woke abhorrent les rednecks – et vice-versa.* »

La polarisation de la vie politique américaine a atteint de tels sommets qu'elle a nourri quantité d'ouvrages : le livre du journaliste [Ezra Klein](#) *Why We're Polarized* (« pourquoi nous sommes polarisés », Avid Reader Press-Simon & Schuster, 2020, non traduit) est ainsi devenu un best-seller recommandé par Bill Gates et Barack Obama.

« *Dans les années 2010, les travaux universitaires sur ce phénomène se sont beaucoup développés*, constate le chercheur Jan Rovny. *Nombre de politistes américains – je pense notamment à Jacob S. Hacker et Paul Pierson – ont démontré que l'écart entre les élites républicaines et démocrates n'avait cessé de se creuser jusqu'à l'élection, en 2016, de Donald Trump, qui a marqué l'apogée de ce mouvement.* »

## Obstruction parlementaire systématique

Dans *La Mort des démocraties* (Calmann-Lévy, 2019), Steven Levitsky et Daniel Ziblatt, professeurs de science politique à Harvard (Massachusetts), attribuent la polarisation des Etats-Unis à l'abandon des deux règles implicites qui gouvernent la démocratie : la « *tolérance mutuelle* », qui suppose de considérer ses



adversaires comme des rivaux légitimes et non comme des ennemis, et la « *retenue institutionnelle* », qui enjoint aux élus de ne pas abuser des outils légaux mais contraires à l'« *esprit* » démocratique – l'obstruction parlementaire systématique pour l'opposition et l'usage excessif du décret pour la majorité.

Alors que la polarisation politique des Etats-Unis ne fait guère de doute, celle de l'Europe – et notamment de la France – suscite infiniment plus de débats. Les dérives observées aux Etats-Unis ont-elles, au cours des dernières décennies, franchi l'océan Atlantique ? Se sont-elles invitées sur le continent européen ?

*« L'Europe a longtemps été protégée par des systèmes multipartisans qui sont moins favorables à la polarisation que le système bipartisan américain, estime le politiste Tristan Guerra. Mais, depuis les années 1980, elle connaît, elle aussi, une forte polarisation des partis – même si ce phénomène ne s'accompagne pas toujours d'une polarisation des électeurs. »*

Si l'on s'en tient aux deux critères de Steven Levitsky et Daniel Ziblatt, la réforme des retraites a constitué, en France, un moment de forte polarisation – au moins au sein des élites politiques. Lors du débat parlementaire, les députés ont en effet délaissé le principe de la « *tolérance mutuelle* », et le gouvernement comme l'opposition ont allègrement piétiné la « *retenue institutionnelle* » qui caractérise, selon les auteurs, l'esprit démocratique : le gouvernement d'Elisabeth Borne a usé et abusé des procédures contestées du « [parlementarisme rationalisé](#) », tandis que ses opposants s'engageaient dans une bataille d'obstruction sans merci afin de bloquer coûte que coûte le texte.

## Avis partagés

Aux yeux de nombre de politistes, l'intensité de cette bataille politique ne suffit cependant pas, à elle seule, à caractériser un mouvement de polarisation en France. Il faudrait également, selon eux, que les frontières entre les forces politiques françaises soient devenues nettement plus étanches ; que la présence, au centre de l'échiquier, d'élus ou d'électeurs qui passent aisément d'un camp à l'autre ou qui défendent des stratégies de compromis se soit affaiblie et que cette logique de clans imprègne avec une même puissance les partis et leurs électeurs. La France en est-elle vraiment là ? Les avis des politistes sont partagés.

Pour Jan Rovny, l'Hexagone est en voie de polarisation : depuis plusieurs décennies, explique-t-il, la « *zone de contact* » entre les modérés de chaque camp ne cesse de se réduire. Les stratégies partisans fondées sur la distinction « *amis-ennemis* » s'intensifient, ajoute le politiste Raul Magni-Berton. « *Les élections présidentielles de 2017 et 2022 ont été marquées par une forte polarisation, renchérit Bruno Cautrès. Les finalistes incarnaient deux extrêmes opposés – l'optimisme, la confiance et l'ouverture au monde pour Emmanuel Macron ; l'inquiétude, la colère et la défense de la souveraineté nationale pour Marine Le Pen.* »

Tristan Guerra et Olivier Rozenberg, en revanche, ne sont pas convaincus qu'un vent de polarisation souffle sur la France. Le premier souligne la rareté des enquêtes longitudinales solides sur les préférences de l'électorat, le second la persistance, chez les socialistes (PS) et les membres du parti Les Républicains (LR), d'un esprit de compromis qui se manifeste lors des scrutins parlementaires.

*« Les débats à l'Assemblée nationale sont d'une virulence inédite, mais le PS et LR acceptent de négocier des amendements avec la majorité, de voter des textes du gouvernement ou de s'abstenir pour qu'un projet de loi puisse passer – ce qui témoigne non d'une stratégie radicale d'opposition, mais d'une aspiration à la coopération »,* explique Olivier Rozenberg.

## Logiques institutionnelles

Si les diagnostics des politistes sur la polarisation divergent, tous s'accordent cependant sur un constat : depuis l'avènement de la V<sup>e</sup> République, en 1958, le paysage idéologique de la France a profondément changé.

Dans les années 1970, 1980 et 1990, la vie politique de l'Hexagone était entièrement structurée autour d'une frontière étanche séparant la droite de la gauche. Cette forte bipolarisation, souligne Olivier Rozenberg, était le fruit des logiques institutionnelles mises en place par le général de Gaulle : l'élection du président de la

République au suffrage universel à deux tours et celle des députés au scrutin majoritaire « favorisent mécaniquement la bipolarisation ».

Les élections présidentielles de 1974, 1981 et 1988 marquent, selon le politiste, l'apogée de ce mouvement. « Dans la France des années 1970 à 1990, le sentiment d'appartenance à l'un des deux camps était inscrit au cœur de toutes les identités politiques, poursuit Olivier Rozenberg. Il s'étendait même à la consommation culturelle et aux modes de vie : les fans de Michel Sardou s'opposaient à ceux de Renaud, les fans du "Bébête Show" à ceux des "Guignols de l'info", les fans du Figaro à ceux de Libération, les fans de Thierry Le Luron à ceux de Coluche... Tout ou presque était alors lu au prisme de l'opposition droite-gauche ! »

Au cours des années 1990, cette bipolarisation vole en éclats. « Dans la foulée des débats sur le traité de Maastricht [1992], le paysage politique se fragmente peu à peu, analyse Bruno Cautrès. Au clivage classique gauche-droite sur l'économie (interventionnisme versus libéralisme) s'ajoute un clivage culturel (ouverture versus fermeture) sur l'Europe, l'immigration ou les droits des minorités, qui, souvent, ne correspond pas au premier – ce qui brouille les frontières idéologiques. Le centre droit défend ainsi l'ouverture libérale en économie, la fermeté en matière d'immigration et, parfois, le conservatisme culturel dans le domaine des mœurs. »

## L'âge de la tripolarisation

Ce chevauchement des clivages a fait entrer la France dans l'âge de la tripolarisation. Aujourd'hui, les échéances électorales opposent, non plus deux camps idéologiquement cohérents qui acceptent le jeu des alliances et des alternances, mais une gauche sociale et écologique, un centre libéral et européen, et une extrême droite souverainiste et identitaire qui peinent à trouver le chemin des compromis – et des coalitions. « Trois partis peuvent actuellement accéder au second tour de la présidentielle ou des législatives, mais aucun n'obtient la majorité absolue, tous rechignent aux alliances et l'un d'entre eux, le Rassemblement national, est exclu du jeu politique », souligne Raul Magni-Berton.

Cette épineuse équation bouscule en profondeur les équilibres de la V<sup>e</sup> République – sans l'empêcher, pour autant, de poursuivre son bonhomme de chemin. En fournissant à l'exécutif des armes aussi efficaces que le 49.3 ou le vote bloqué, le « parlementarisme rationalisé » mis en place en 1958 masque la profondeur de la crise en permettant à des gouvernements contestés de faire voter des textes impopulaires. « Cette primauté de l'exécutif peut donner le sentiment que le pays est gouverné, poursuit Raul Magni-Berton. Mais l'ambition d'une démocratie libérale, ce n'est pas de faire aboutir coûte que coûte les projets de la majorité : c'est de conférer de la légitimité à ses décisions. »

Si la démocratie se mesure à l'aune de ce critère, l'échec politique de l'Hexagone est patent. « En instituant un exécutif puissant, en renforçant, par le biais du mode de scrutin, le parti dominant, les institutions de la V<sup>e</sup> République ajoutent de la polarisation à un monde politique déjà polarisé, regrette le chercheur Jan Rovny. Au lieu de bâtir du consensus, ce système majoritaire nourrit les tensions et les affrontements. Ces dissensions n'empêchent certes pas le gouvernement de gouverner, comme l'a montré l'épisode des retraites, mais elles fragilisent la cohésion sociale et engendrent une grande défiance envers le parti au pouvoir et les institutions. »

## Défiance envers le pouvoir

Les grandes enquêtes européennes témoignent de l'ampleur, en France, de ce climat de défiance. Ainsi l'[European Survey Values](#) (2017) montre que, dans l'Hexagone, la [confiance dans les partis est nettement plus fragile](#) que dans les autres pays d'Europe occidentale : la proportion des « *défiant*s absolus » (ceux qui n'ont pas « du tout » confiance dans les formations politiques) y atteint des sommets (45 %) – seules la Roumanie, la Bosnie, la Croatie et l'Albanie dépassent la France. Au Danemark, en Suisse, en Finlande, en Islande, aux Pays-Bas, en Autriche et en Allemagne, ce chiffre ne dépasse pas 20 % – il chute même à 10 % en Norvège et en Suède...

Comment sortir de ce piège qui mine, jour après jour, la démocratie française ? Comment concilier la mécanique puissamment majoritaire de la V<sup>e</sup> République avec l'émergence de la tripolarisation ? Comment

éviter d'exacerber sans relâche la polarisation, la défiance envers le pouvoir politique et l'affaiblissement de la légitimité des décisions publiques ?

Certains plaident pour le développement de la participation et de la délibération citoyennes : les conférences de consensus et les conventions composées de femmes et d'hommes tirés au sort ont en effet le mérite d'encourager la tempérance, l'argumentation et le compromis.

C'est ce qu'ont montré, en 2019-2020, la convention citoyenne pour le climat, puis, en 2021-2022, la convention sur la fin de vie. Alors que les élus locaux, les parlementaires et les partis politiques échouaient depuis des années à construire un consensus sur ces questions que l'on disait explosives, les citoyens tirés au sort sont parvenus à élaborer une feuille de route commune. Au terme de plusieurs mois de travail, 76 % des citoyens de la convention sur la fin de vie se sont prononcés en faveur d'une « aide active à mourir » et 95 % de ceux de la convention climat ont approuvé les 149 propositions présentées dans le rapport final.

## Respect mutuel

Comment ont-ils réussi à élaborer des compromis qui paraissaient hors de portée de l'Assemblée nationale ou du Sénat ? D'abord parce qu'ils ont mis en place une méthode de délibération exigeante : les conventionnels ont longuement auditionné des experts, travaillé pendant des mois en séance plénière et en petits groupes, mais surtout, reporté le vote à la fin de l'exercice afin d'accorder une place prépondérante aux échanges d'argumentation. Ensuite parce qu'ils n'étaient pas prisonniers, comme les élus, des positions historiques de leurs mouvements et de la discipline de vote partisane – ce qui a engendré, au sein de ces assemblées, une qualité d'écoute et un respect mutuels qui ont rarement cours au Parlement.

Si les conventions citoyennes permettent de contenir la polarisation, les réformes institutionnelles peuvent, elles aussi, œuvrer en ce sens. Selon Jan Rovny et Raul Magni-Berton, la France devrait adopter un système politique plus « inclusif ». *« Les sociétés européennes sont de plus en plus pluralistes et les paysages politiques de plus en plus fragmentés mais, au lieu de renforcer l'exécutif et de fabriquer au forceps des majorités artificielles, il vaudrait mieux que la France apprenne à “faire avec” la polarisation – c'est-à-dire qu'elle adopte un mode de gouvernement qui apaise les tensions, qui suscite l'adhésion et qui encourage le compromis »*, estime Raul Magni-Berton.

L'une des pierres de cet édifice pourrait être, selon le chercheur, un changement du mode de scrutin. En accordant une forte prime aux grands partis, en écrasant les petites formations politiques, le scrutin majoritaire à deux tours, qui régit l'élection des députés, agit comme un miroir déformant. *« Cette distorsion est d'autant plus préoccupante qu'elle ne cesse de s'accroître », poursuit Raul Magni-Berton. L'écart entre le nombre de voix recueillies par un parti et le nombre de ses représentants est passé de 1,5 dans les années 1980 (20 % des inscrits obtenaient 30 % des sièges) à 4 en 2017 (15 % des inscrits obtiennent 60 % des sièges). Cette arithmétique crée des mécontentements, des frustrations et des tensions – donc de la polarisation. »*

## Rénovation de la vie politique

Si le scrutin proportionnel est plus juste, complète Jan Rovny, il a aussi le mérite de nourrir, dans les élites politiques, un esprit de conciliation et de coopération. *« Dans un système proportionnel, les partis, au lendemain des élections, doivent négocier – parfois pendant des mois ! – des coalitions exécutives et législatives fondées sur un accord de gouvernement », explique le politiste. Mis en œuvre en Allemagne et dans les pays scandinaves, ce système limite considérablement la polarisation : au lieu de s'engager dans des logiques d'affrontement, les partis sont obligés de dépasser leurs différends afin de gouverner ensemble de manière responsable. »*

La V<sup>e</sup> République est-elle capable de s'engager dans cette voie ? Une rénovation de la vie politique qui nourrirait l'art du compromis, la légitimité des décisions publiques et la confiance des citoyens est-elle possible ? Les pistes ne manquent pas : nombre de commissions – [Vedel en 1993](#), [Balladur en 2009](#), [Jospin en 2012](#) –, de partis politiques et d'intellectuels ont, depuis trente ans, réfléchi à la question. En janvier,

Emmanuel Macron a promis de faire « *quelque chose de grand* » dans le domaine des institutions, mais la crise des retraites semble avoir éloigné cette perspective – peut-être pour longtemps.

20 juin 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/06/20/finances-publiques-bruno-le-maire-tente-de-siffler-definitivement-la-fin-du-quoi-qu-il-en-coûte\\_6178365\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/06/20/finances-publiques-bruno-le-maire-tente-de-siffler-definitivement-la-fin-du-quoi-qu-il-en-coûte_6178365_823448.html)

## Finances publiques : Bruno Le Maire tente de siffler définitivement la fin du « quoi qu'il en coûte »

Le ministre de l'économie promet « au moins 10 milliards d'euros d'économies » dans le budget 2024, en ciblant principalement les dépenses de santé et les aides à l'emploi.

Par [Audrey Tonnelier](#)

Publié aujourd'hui à 04h30, modifié à 08h54



Elisabeth Borne, Bruno Le Maire et Gabriel Attal, au moment des assises des finances publiques, au ministère de l'économie et des finances, à Paris, le 19 juin 2023. JULIEN DE ROSA / AFP

Un grand rassemblement de quelque 200 élus, parlementaires et directeurs d'administrations, des annonces couvrant l'ensemble des politiques publiques et une première ministre, Elisabeth Borne, réduite à un discours conclusif d'à peine plus d'un quart d'heure : alors que les couloirs des ministères bruissent de rumeurs de remaniement, c'est un Bruno Le Maire particulièrement volontariste qui a présidé, lundi 19 juin, les assises des finances publiques.

D'abord prévu pour février, puis avril, l'événement a occupé la matinée, au septième étage de Bercy, autour d'un sous-titre sans équivoque : « *désendetter la France* ». La dette publique a atteint 111,6 % du produit intérieur brut (PIB) du pays au terme de trois années de crise sanitaire et énergétique, et l'exécutif a senti le vent du boulet en passant [tout près de la dégradation](#) par l'agence de notation Standard & Poor's, début juin.

Dans ce contexte, le message du ministre de l'économie et des finances s'est voulu clair. « *Nous sortons des temps exceptionnels. Nous devons revenir à la normale en matière de dépenses publiques* », a insisté M. Le Maire, arguant de la nécessité de « *respect[er] nos engagements auprès de nos électeurs* ». Mais aussi dans un souci de « *crédibilité auprès de nos partenaires européens* ».

L'ex-élu du parti Les Républicains (LR) ne s'est toutefois pas privé d'élargir son propos : « *Derrière la question des finances publiques (...) se pose une question plus fondamentale : qui voulons-nous être comme nation ? (...) Voulons-nous être une nation de redistribution ou une nation de production ?* » En privé, celui qui tente en vain depuis deux ans de [siffler définitivement la fin du « quoi qu'il en coûte »](#) déplore qu'« *on ne tape à [s]a porte que pour demander de l'argent et de la redistribution* ». Et s'il réfute tout appel du pied à la droite, ses annonces se voulaient pourtant, lundi, marquées du sceau de la responsabilité budgétaire.

### Un message de fermeté

A l'heure où son collègue, le ministre délégué aux comptes publics, Gabriel Attal, termine les traditionnelles réunions d'arbitrage budgétaire avec chaque ministère en vue de la construction du projet de loi de finances (PLF) 2024, présenté en septembre, Bruno Le Maire a promis « *au moins 10 milliards d'économies* » – et plus probablement 12 milliards – en 2024. Une partie de ces sommes proviendra des « *revues de dépense* » menées

depuis la fin 2022 par ses administrations, et qui vont être reconduites chaque année, dans le but de dégager, d'ici à 2027, une enveloppe d'un montant similaire (10 milliards d'euros).

Bruno Le Maire a pour cela évoqué trois champs d'économies. D'abord les dépenses de soin. **Le coût des arrêts-maladie ayant gonflé d'un tiers en dix ans (pour un total de 16 milliards d'euros de dépenses)**, il estime que les indemnités journalières pourraient être davantage à la charge des entreprises. *« L'absentéisme n'est pas une fatalité », a-t-il asséné.* Avant de proposer « à toutes les parties prenantes » de « travailler ensemble », d'ici au projet de loi de financement de la Sécurité sociale (PLFSS) de 2024, afin de « lutter contre ces dérives ». Un message de fermeté qui n'est pas sans rappeler [ses propos controversés tenus à la mi-avril sur la fraude sociale](#).

**Quant au remboursement de médicaments, il mérite d'être « plus strict »**, selon le ministre de l'économie. Le reste à charge de 50 centimes d'euros par boîte (dans la limite de 50 euros par an) n'a pas bougé depuis 2008, pestent les budgétaires de Bercy.

Second axe d'économie, celui-là déjà évoqué par l'exécutif : **les coupes dans les politiques du logement** – fin de la niche Pinel et recentrage du prêt à taux zéro, [annoncés il y a deux semaines par Elisabeth Borne dans son plan logement](#), pour une économie de plus de 2 milliards d'euros à moyen terme – et du travail. *« Quand le taux de chômage diminue, le coût des aides à l'emploi doit diminuer »*, a plaidé Bruno Le Maire. Il entend réduire le prix payé par l'Etat aux centres de formations d'apprentis, afin de « compenser certains abus sur les marges ». Autre piste : *« Introduire un ticket modérateur sur le compte personnel de formation, pour responsabiliser les utilisateurs. »* Les opérateurs de l'Etat – ces grands établissements publics ou privés placés sous le contrôle de Bercy comme les universités, Pôle emploi, Météo-France... ) verront, eux, leur trésorerie « limitée ».

### **De quoi faire bondir à gauche**

Enfin, troisième axe : **le verdissement de la fiscalité, avec la suppression des niches « brunes », ces avantages dont bénéficient les entreprises en lien avec les énergies fossiles, comme celui sur le gazole non routier.** Ce dernier point ne se fera toutefois que de manière « progressive », d'ici à 2030, a concédé le ministre. De sorte que, si la contribution de chacun des trois axes aux économies 2024 n'est pas arrêtée, ce sont les mesures sur la santé et sur l'emploi qui devraient les premières s'appliquer, indique son entourage.

**De quoi faire bondir à gauche.** *« Les efforts demandés vont porter sur les usagers et les salariés, et on va faire des économies sur la santé ou le logement, ça me sidère »*, a réagi Eric Coquerel, invité lundi à Bercy ; le président (La France insoumise, LFI) de la commission des finances de l'Assemblée nationale a aussi déploré l'absence de prise en compte du financement de la transition climatique : *« Rien qu'avec la crise écologique, on ne peut pas dire qu'on est revenu à une situation normale. Dire que le “quoi qu'il en coûte” est derrière nous, ça n'existe pas ! »*

**Bruno Le Maire a aussi confirmé la fin des boucliers énergétiques.** Celui sur le gaz, qui n'est « plus nécessaire », s'arrêtera dès ce mois de juin (il coûtait quelque 2 milliards d'euros) et celui sur l'électricité, fin 2024. *« Nous arrêterons les chèques exceptionnels »*, a encore assuré le ministre, qui entend aussi « annuler une partie » du 1,8 milliard de crédits récemment gelés par précaution cette année. **Autant de manières de tenir les objectifs de déficit public que s'est fixés le gouvernement : 4,9 % du PIB = en 2023 et 4,4 % en 2024.**

Pas suffisant, en revanche, pour mener jusqu'au bout la trajectoire de redressement des finances publiques envoyée en avril par Bercy à Bruxelles, et qui prévoit d'abaisser la dette de plus de trois points de PIB et de ramener le déficit budgétaire à 2,7 % en fin de quinquennat. *« Faire 10 milliards d'euros d'économies structurelles revient à réduire le déficit de 0,1 point de PIB par an. Ce n'est pas négligeable, mais ça ne suffira ni à repasser sous les 3 % de déficit ni à financer les nouveaux investissements (transition, défense...) »*, estime Mathieu Plane, économiste à l'Observatoire français des conjonctures économiques. *« Le bouclage du prochain budget exigera des choix difficiles »*, a conclu Elisabeth Borne. A bon entendeur.

20 juin 2023 (Le Point)

[Ukraine : le complexe du déserteur chez les Européens \(lepoint.fr\)](https://lepoint.fr)

## Ukraine : le complexe du déserteur chez les Européens

CHRONIQUE. L'Ukraine tend les bras à l'Europe, mais les Européens ne veulent pas troquer leur torpeur de consommateurs contre l'inconfort de la guerre.

Par [Kamel Daoud](#)



Le char russe sur Leidseplein, à Amsterdam : un rappel de la guerre en Ukraine pour les Européens de l'Ouest. © Zivko Trikić / Alamy Stock Photo

Publié le 19/06/2023 à 07h00

**D**ans le centre du vieil Amsterdam, et sous un beau soleil qui rallume l'eau des canaux, la foule scande des slogans autour de la carcasse d'un char détruit. Le véhicule de guerre russe s'impose comme l'objet tangible d'une guerre abstraite qui fait irruption dans le pays des shorts et des vélos. L'affrontement sort des écrans et rappelle sa « matière » et son sens : **l'Ukraine se bat pour survivre à son amputation, sinon à son effacement**. Certains des curieux situés très près du vestige ont déposé des fleurs sur l'armature couleur rouille, tordue par un obus invisible, à la mâchoire féroce. Le geste s'avère dérisoire, mais nécessaire. **À côté, un écriteau précise que c'est là « le symbole de la résilience et de la fragilité de la démocratie en Europe »**. La légende explique que ce char est un reste d'affrontement, ramené par les troupes russes avant que les troupes ukrainiennes le détruisent, durant la bataille de Kiev, dans le village de Dmytrivka. **Il se trouve là, exposé tel un stigmate, pour rappeler que les guerres ne sont pas des films, des documentaires ou des discours**. Qu'elles demeurent d'une violence titanesque capable de tordre aussi bien le métal que la chair d'un enfant.

**L'artefact du néant produit un effet puissant**. Il oblige à revenir au réel. **Il ouvre la brèche dans une ville européenne encore bercée de l'illusion du demi-siècle dernier**. Il se dresse comme un contrepoids au bien-être, au cœur d'une Europe que secouent aujourd'hui deux ou trois questions, murmurées souvent en « off ». Comment gagner la guerre contre les Russes sans faire la guerre concrètement ? Ou bien : **comment remporter la guerre sans tirer un seul coup de feu et donc sans parier son corps et son confort ?** C'est là la traduction un peu sévère d'un syndrome que l'auteur de ces lignes a cru repéré dans les débats et les médias occidentaux, c'est-à-dire ceux de l'Europe de l'Ouest : **le syndrome du déserteur**. Ce refuznik sans grandeur, dont le silence abrite un immense brouhaha de raisons, de prétextes et d'excuses. À l'Européen se repose en effet aujourd'hui l'interrogation, vieille comme le monde, de l'héroïsme, du confort, de la liberté, de son coût et du droit de ne pas être un héros, mais un consommateur avec un chariot de supermarché. **« La véritable question pour toute nation, c'est combien d'enfants y resteront pour la**

*défendre* », **expliqua en off un chef d'État européen au chroniqueur**. Dispensées depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale, le croyait-on, d'être des héros qui meurent vraiment, et de sonder leurs convictions exactes et non surfaites, **les élites européennes redécouvrent depuis un an ces vieilles tortures de l'âme humaine, trop humaine. Que faire lorsque l'Ukraine ou son propre sol sont envahis ? Comment gagner sans bouger ou bouger sans toucher ou toucher sans rien changer à l'équilibre des forces et des faiblesses ? Où fuir ? Que faut-il fuir ? Soi-même ou la vérité ?** Ce tank, sous le soleil multicolore d'Amsterdam il y a une semaine, constituait une irruption métallique dans le temps européen, ralenti par le confort de la vie heureuse. Son apparition est comme la matérialisation du réel, et sa carcasse semble avoir ramené, dans le bruit de la ville néerlandaise, un silence lourd et sacré. La foule comprenait que la guerre remontait du passé.

## **L'Ukraine, entre l'est et l'ouest**

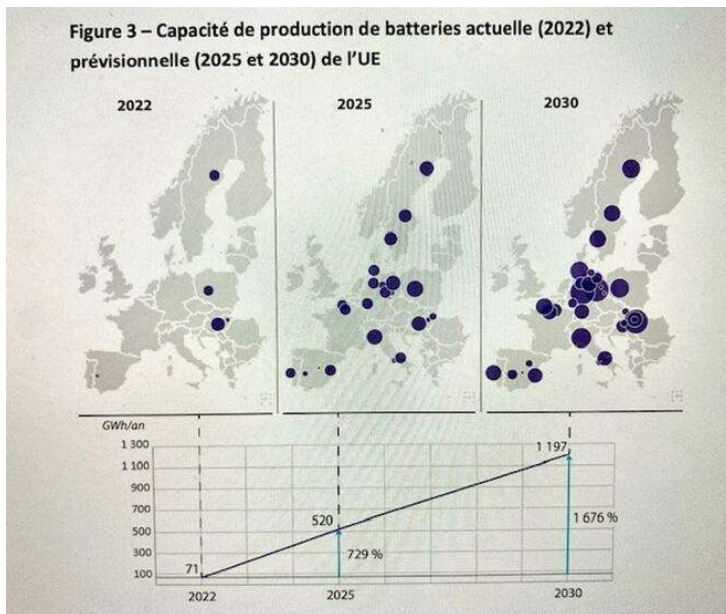
Juste à côté, dans un bel édifice, sur l'écran, une conférence Zoom. L'écrivaine ukrainienne Oksana Zaboujko explique aux invités du festival de Bali, organisé pour penser la démocratie libérale européenne, ce qu'elle sait de Poutine, mais aussi de la guerre et de l'Europe de l'Ouest. Pourquoi, interroge-t-elle en substance, on n'y parvient pas à comprendre Poutine ? Comment n'arrive-t-on pas à concevoir que ce que subit l'Ukraine, c'est un effacement, une « solution finale » ? **Pourquoi ne fait-on pas la guerre aux côtés des victimes, les Ukrainiens qui ne sont pas moins européens que les autres ? En plus cru : où êtes-vous ?** Car voilà dessiné le second front de bataille des Ukrainiens. À l'est, il leur faut résister aux Russes. À l'ouest, plaider l'universalité de leur cause du Bien contre le Mal pour obliger l'Europe à assumer sa responsabilité, son universalisme devenu rétractif, sa solidarité convoquée, mais sourde. **À écouter l'écrivaine qui militait depuis Kiev, on saisit que les Ukrainiens se savent seuls. À l'est, avec des armes ; à l'ouest, avec une Europe qui les traite encore comme des « ex » de l'URSS. Affublée, à mi-mot, d'une européanité de seconde zone, d'une occidentalité qualifiée de satellitaire.**

Ce char, même « mort », semblait étrangement tiède.





financements (sous forme d'aides d'État, de subventions et de garantie de prêts) ont été autorisés. Ici, la Cour européenne des comptes approuve un « bilan globalement efficace ».



## Pas de vue d'ensemble sur les financements

Elle émet toutefois des réserves sur le pilotage des financements. Les subventions et garanties de prêt se sont élevées à 1,7 milliard d'euros entre 2014 et 2020 tandis que les aides d'État, autorisées par la Commission, ont atteint 6 milliards d'euros entre 2019 et 2021, principalement en Allemagne, en France et en Italie. Le secteur privé a investi 14 milliards d'euros. Le hic, c'est que, selon le rapport, la Commission n'a pas de « vue d'ensemble » du montant des aides publiques accordées à l'industrie, ce qui « empêche une coordination et un ciblage adéquats », selon les rapporteurs. Des chevauchements ont été constatés. La Cour s'inquiète également de l'absence, au niveau de la Commission, d'un véritable tableau de marche de la production de batteries avec des données actualisées, des valeurs cibles quantifiées et des échéances correspondantes. Sinon, on avance dans le brouillard...

Si bien que l'objectif européen qui consiste à obtenir une production intérieure satisfaisant 90 % de la demande annuelle de l'Union en 2030 est mis en doute. D'abord, les producteurs pourraient délaissier le continent européen pour s'installer ailleurs. Les États-Unis, avec l'Inflation Reduction Act (IRA), ont opté pour une stratégie plus simple : la production de minéraux et de batteries, l'achat de véhicules électriques (un crédit d'impôts de 7 500 euros) sont subventionnés dès lors que les composants sont fabriqués sur le territoire américain.

## Les Américains ont un système plus simple

La Commission a réagi en actionnant plusieurs leviers. D'abord, par un dialogue nourri avec l'Administration américaine via le TTC (Trade and Technology Council). Ursula von der Leyen a rencontré Joe Biden en mars 2023. La présidente de la Commission et le président américain se sont mis d'accord pour entamer « immédiatement » des négociations en vue d'un « accord ciblé sur les minéraux critiques dans le but de permettre aux minéraux critiques pertinents extraits ou transformés dans l'Union européenne d'être pris en compte » par le crédit d'impôt américain sur les véhicules électriques. En somme, l'assemblage des véhicules électriques sur le sol américain sera

toujours exigé, mais la batterie pourrait être produite en Europe. Une maigre brèche dans la muraille protectionniste de l'IRA ?

Pour retenir les investisseurs en Europe, éviter les retards dans la réalisation des projets d'usine en Europe, la Commission a aussi autorisé une « clause d'alignement » via le Net Zero Industry Act. Le principe est le suivant : **si une entreprise européenne se voit proposer une délocalisation aux États-Unis pour percevoir une subvention, l'État membre concerné pourra offrir une aide d'État équivalente afin d'empêcher cette délocalisation.** Mais la réussite de ce plan dépend aussi de la rapidité de sa mise en œuvre. **Or, le Net Zero Industry Act ne peut pas aller plus vite que la procédure législative normale en Europe...**

## Une pénurie en vue des matières critiques

La Cour relève que l'Europe reste tributaire de l'importation des matériaux critiques et n'a pas passé d'accords commerciaux avec le petit nombre de pays qui en disposent. **Si bien que l'UE importe 87 % du lithium brut d'Australie, 80 % du manganèse d'Afrique du Sud et du Gabon, 68 % du cobalt brut du Congo et 40 % du graphite brut de Chine.** « La situation est similaire pour l'approvisionnement en matières transformées, note le rapport. **Ainsi, 79 % du lithium raffiné dont dispose l'UE provient du Chili, et 29 % des importations de nickel transformé, de Russie.** » **Plus inquiétant, une pénurie mondiale est annoncée pour 2030 au regard de l'explosion de la demande et des usages,** selon les prévisions du Centre commun de recherche de la Commission européenne...

**L'UE a également bien du mal à extraire les minerais de son propre sous-sol.**

Généralement, 12 à 16 ans s'écoulent entre la découverte du gisement et son exploitation éventuelle. Or, pour l'approvisionnement de matières premières, les « dispositions contractuelles actuellement prévues en matières premières ne permettent généralement de garantir la production que pendant deux ou trois ans », souligne le rapport. Là aussi, **l'UE a pris des initiatives pour réduire les délais des permis de forage. Seront-elles suffisantes ?** La montée en puissance d'une politique industrielle européenne – la première du nom depuis longtemps – demeure un pari. **L'Europe doit sans doute éviter de reproduire le désastre de la production de panneaux solaires, un marché dominé par la Chine.** Là aussi, en octobre 2022, l'UE a lancé une alliance industrielle du solaire afin de réduire ses dépendances.

---

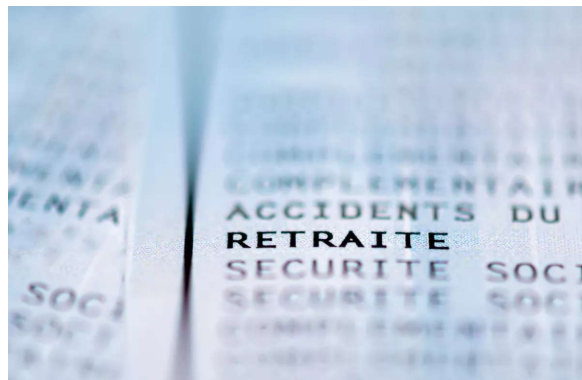
20 juin 2023 (Le Figaro)

[Malgré la réforme, le déficit des retraites persiste \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## Malgré la réforme, le déficit des retraites persiste

Par [Marie-Cécile Renault](#)

Publié hier à 19:41, mis à jour hier à 23:40



Les bons résultats du système de retraites, en excédent en 2022, ne devraient pas durer. *HJBC / stock.adobe.com*

### **INFO LE FIGARO - Le nouveau rapport du Conseil d'orientation des retraites fait état d'une situation toujours dégradée du régime de retraite.**

Non seulement [la réforme des retraites](#) était justifiée, mais elle ne suffira pas à rétablir les comptes. Très attendu, le nouveau rapport du [Conseil d'orientation des retraites \(COR\)](#), qui doit être rendu public jeudi et que *Le Figaro* s'est procuré, fait état d'une situation toujours dégradée du régime de retraite. En 2022, le système de retraite était en excédent de 4,4 milliards d'euros, soit 0,2 % du PIB. Cette situation devrait se prolonger cette année avec un excédent de 3,6 milliards d'euros, soit 0,1 % du PIB. Mais ces bons résultats ne devraient pas durer.

*Malgré la réforme des retraites, «le solde du système resterait négatif à moyen terme dans l'ensemble des scénarios envisagés par les experts du COR et ne reviendrait positif au milieu des années 2040 que dans le scénario où la croissance atteindrait 1,6% du PIB»,* indique le rapport. Dans tous les autres scénarios envisagés, le système de retraite resterait durablement en déficit: de -1,6% du PIB dans l'hypothèse où les gains de productivité seraient de 0,7%, -0,8% s'ils atteignent 1,3 %, et -0,2 % avec une hausse de 1%. *Et cela, «sous l'effet principalement de la baisse des ressources», selon le document.*

La situation financière serait très différente selon les régimes. **Les régimes de base des salariés du secteur privé seraient déficitaires sur l'ensemble de la période dans trois scénarios. Alors que les régimes complémentaires de ces mêmes salariés seraient excédentaires. Les régimes de la fonction publique et assimilés pris dans leur ensemble connaîtraient des besoins de financement sur toute la période et dans tous les scénarios en raison du déficit de la caisse nationale de retraites des agents des collectivités locales (CNRACL). Enfin les régimes de non-salariés redeviendraient excédentaires à partir du milieu des années 2030.**

**Pour autant, cela ne veut pas dire que la réforme n'a servi à rien.** Par rapport aux projections du COR de 2022, la part des dépenses de retraite dans le PIB est moins élevée du fait de la réforme, de l'ordre de 0,5 à 0,6 point. Résultat, le solde du régime s'améliore de 0,2 point en 2030, mais il reste cependant identique à l'horizon 2070. **Bref, à court-moyen terme, la réforme décidée par le gouvernement permet une baisse de la part des dépenses de retraite dans le PIB mais augmente cette part à plus long terme (à compter des années 2040),** indique le rapport.

Ce résultat contre-intuitif provient des évolutions respectives du nombre de retraités et de la pension moyenne. En effet, dans un premier temps, le nombre de retraités augmente moins fortement qu'avant la réforme, du fait du décalage de l'âge de départ à la retraite à 64 ans. Mais cet effet s'estompe ensuite au fil des années, l'écart d'âge moyen de départ à la retraite s'amenuisant. Au moins une partie des personnes décalant leur départ à la retraite restent plus longtemps en emploi et **acquièrent de ce fait plus de droits. Leurs pensions au moment d'arrêter leur activité deviennent de ce fait plus élevées qu'avant réforme.** Cet effet sur la pension moyenne vient ainsi contrebalancer la diminution du nombre de retraités, expliquant que les dépenses soient plus élevées à partir du milieu des années 2040 qu'avant réforme.

19 juin 2023 (NZZ)

[Geburtenrate auf Rekordtief: Japan erhöht die Kinderförderung \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Geburtenrate auf Rekordtief: Japan erhöht die Kinderförderung drastisch

Bei Kindergärten hat sich Japan schon zu einem Vorbild entwickelt, nun gibt es auch mehr Geld. Doch der demografische Befreiungsschlag greift zu kurz.

Martin Kölling, Tokio

18.06.2023, 05.30 Uhr



Traditionelle Feier zum Tag der Kinder in Tokio. Die Windsäcke (Koinobori) sind ein Symbol für Gesundheit und Stärke für die Kinder. Issei Kato / Reuters

Mit dramatischen Worten hat der japanische Ministerpräsident Fumio Kishida seine Strategie für die Zukunft der Kinder vorgestellt. Dies sei «die letzte Chance, den Trend sinkender Geburtenraten umzukehren», erklärte er nach dem Kabinettsbeschluss vom Dienstag. 2022 fiel die Zahl der Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter auf nur 1,26, den niedrigsten Wert seit Beginn der Aufzeichnungen. Dabei hat Japan in den letzten fünf Jahren geradezu vorbildlich die Wartelisten in Kindergärten für Kinder berufstätiger Eltern auf ein Rekordtief reduziert.

Als zusätzlichen Anreiz will Kishida nun bis 2030 das Budget für die Kindererziehung von derzeit 31 Milliarden Euro verdoppeln, auf das Niveau Schwedens, wie die Regierung behauptet. Im ersten Schritt stellt die Regierung 23 Milliarden Euro zusätzlich bereit. Damit sollen unter anderem die Ausweitung des Kindergeldes auf Oberschüler und die Abschaffung einer Einkommensobergrenze für entsprechende Auszahlungen finanziert werden. Es sollen zudem ein Kindergartenplatz für alle Kinder, eine Erhöhung des Erziehungsgeldes auf 100 Prozent des Grundlohnes und die vollständige Übernahme der Geburtskosten durch die Krankenkasse bezahlt werden.

Der Vorstoss ist Teil seines Versprechens, nach drei Jahrzehnten stagnierender Reallöhne und immer neuer Rekordgewinne der Unternehmen mit einem «neuen Kapitalismus» den Mittelstand zu fördern. Die Zukunftsstrategie für Kinder ist der Versuch, der drohenden demografischen Falle doch noch zu entkommen. Für Experten greift Kishida mit höheren Subventionen aber zu kurz. Er verspricht mehr Geld vom Staat, während die Menschen in erster Linie auf ihr Einkommen und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes schauen.

Paare mit höheren Einkommen haben mehr Kinder

Martin Schulz, Chef-Politökonom des Technologiekonzerns Fujitsu und Mitglied eines Beratungsgremiums von Kishida, erklärt, dass es im japanischen Kontext neben der Zurückdrängung prekärer Teilzeitjobs, die fast 40 Prozent der Arbeitsplätze ausmachen, vor allem um eines gehe. Frauen müssten besser bezahlte Arbeit bekommen, wenn die Geburtenrate steigen sollte. Denn in der Regel haben in Japan erst Haushalte mit einem Familieneinkommen von mehr als 8 Millionen Yen (53 000 Euro) mehr als ein Kind. Dieser Wert liegt knapp über dem, was ein Zweipersonenhaushalt derzeit im Durchschnitt verdient. Das Potenzial ist enorm, weil die

Einkommensungleichheit sehr gross ist. Die Politik müsse deshalb Frauenquoten durchsetzen, meint Schulz. Doch davor schreckt die Regierung zurück und setzt auf mehr Subventionen.

Während viele Industrieländer mit niedrigen Geburtenraten zu kämpfen haben, ist das Problem in Japan besonders akut. Die drittgrösste Volkswirtschaft der Welt ist das erste Land, in dem die Bevölkerung mangels Geburten schrumpft. **Seit 2010 ist die Einwohnerzahl von 128,1 Millionen auf unter 125 Millionen gesunken, weil Japan im Vergleich zu Europa nur wenig Einwanderung zulässt. 2022 hat die drittgrösste Volkswirtschaft der Welt 556 000 Konsumenten verloren. Bis im Jahr 2056 soll die Einwohnerzahl unter 100 Millionen sinken, prognostizierte das Nationale Forschungsinstitut für Bevölkerung und soziale Sicherheit im April.**

Die wirtschaftlichen Nebenwirkungen des demografischen Wandels belasten Japan immer stärker. Immer weniger arbeitende Menschen müssen eine wachsende Zahl von Rentnern, den Sozialstaat und die Staatsverschuldung finanzieren. Letztgenannte ist inzwischen auf rund 250 Prozent der Wirtschaftsleistung angestiegen. Das Problem ist in Japan seit langem grundsätzlich erkannt. Drastisch gespart wird aber nicht, sondern die steigende Verschuldung wird durch Anleihekäufe der Notenbank stabilisiert. Zudem wurden die Sozialleistungen etwas gekürzt, und die Zahl der Erwerbstätigen wurde erhöht, indem Rentner und Frauen verstärkt zur Arbeit mobilisiert wurden.

### Vorbildliche Kindergartenpolitik verfehlt ihr Ziel

Nach dem Amtsantritt von Kishidas Vorgänger Shinzo Abe Ende 2012 nahm die Regierung auch die Geburtenrate stärker ins Visier. So erhöhte sie das Erziehungsgeld und ging mit Erfolg gegen den damals grassierenden Mangel an Kindergartenplätzen vor, der viele Frauen von einer Erwerbstätigkeit abhielt. In Japan ermöglicht dies theoretisch beiden Elternteilen, zu arbeiten. Denn viele Kindergärten haben deutlich längere Betreuungszeiten als jene in der Schweiz und in Deutschland.

Doch diese Fortschritte haben junge Paare nicht zu mehr Kindern ermutigt, was auch an der Höhe der staatlichen Zuschüsse liegen mag. Für Kleinkinder bis zu drei Jahren erhalten Eltern unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze derzeit umgerechnet nur rund 100 Euro Kindergeld im Monat, vom 3. bis zum 15. Lebensjahr sind es umgerechnet nur 66 Euro. Das will Kishida nun ändern. Politisch ist das ein geschickter Schachzug, denn es wird spekuliert, dass Kishida bald vorgezogene Neuwahlen ausrufen wird.

### Zweifel am Erfolg des Programms

Wirtschaftlich könnte das Paket allerdings an der Lebenswirklichkeit der Japaner vorbeigehen. Trotz kostenfreien öffentlichen Schulen sind die Bildungskosten in Japan hoch. Denn beim Wechsel auf bessere Mittel-, Ober- und Hochschulen müssen Prüfungen bestanden werden, auf die teure Paukschulen vorbereiten. Zudem haben Männer mit einem Jahreseinkommen unter 20 000 Euro kaum eine Chance zu heiraten, wie eine Studie der Forscherin Sakamoto zeigt. Zu dieser Gruppe gehören diejenigen, die sich nur mit Teilzeitjobs finanzieren. Diese Männer werden kaum Väter. Wie in anderen asiatischen Ländern, in denen der Sozialstaat schwächer ausgebaut ist als in Europa, gibt es in Japan nämlich traditionell nur sehr wenige uneheliche Kinder.

Die Verwirklichung von Kinderwünschen werde vom Einkommen bestimmt, meint Sakamoto: «Je höher das Jahreseinkommen, desto höher ist der Anteil derjenigen, die Kinder haben.» Bei den Frauen beobachtet sie eine Entwicklung wie in Schweden, wo höher gebildete Frauen mehr Kinder bekommen. Lange Zeit seien hochgebildete Frauen in Japan ledig und damit kinderlos geblieben. «Bei Frauen in ihren Zwanzigern oder frühen Dreissigern ist die Situation nun genau umgekehrt», sagt Sakamoto. «Frauen mit hoher Bildung und hohem Einkommen heiraten eher.»

19 juin 2023 (NZZ)

[Abrechnung mit „Ampel“: Evonik-Chef warnt vor Wirtschaftskollaps \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

INTERVIEW

## Evonik-Chef warnt vor Wirtschaftskollaps: «Die Deutschen müssen schmerzhaft Einschnitte hinnehmen»

Im Interview geht Christian Kullmann, Vorstandschef des Chemiekonzerns Evonik, hart mit der Wirtschaftspolitik der «Ampel» ins Gericht, erklärt, warum er mehr Steuern zahlen möchte und die Sozialleistungen für Flüchtlinge sinken müssen.

Johannes C. Bockenheimer, Berlin

19.06.2023, 05.30 Uhr



Christian Kullmann, Evonik, PD

Herr Kullmann, Deutschland ist in eine Wirtschaftskrise gerutscht. Wie kommt das Land da wieder raus?

Dafür gibt es ein klassisches, einfaches Rezept: Der Staat muss schlanker werden, die Wirtschaft muss wachsen. Ich habe allerdings Zweifel, ob das Land dafür bereit ist. Um den Kampf gegen die Krise zu gewinnen, müssten wir schmerzhaft Einschnitte hinnehmen. Die Bereitschaft dafür ist aber gering, denn der Wohlstand der vergangenen Jahre hat Deutschland zu einem satt-saturierten Land gemacht. Die einzige wirtschaftspolitische Diskussion, die noch geführt wird, geht darum, wie noch mehr Geld umverteilt wird. Woher dieses Geld aber kommen und wie der Wohlstand gesichert werden soll, darüber wird geschwiegen. Die Politik hat ein bizarres Verhältnis zur Wirtschaft entwickelt.

Wirtschaftsminister Habeck kennen Sie persönlich. Welche Schulnote würden Sie ihm für seine Arbeit geben?

[Robert Habeck](#) hat das Zeug für eine Zwei. Leider nutzt er dieses Potenzial aktuell nicht. Deshalb zittert zur Halbzeit ein blauer Brief im Postkasten.

Klingt so, als wäre da noch Raum nach oben . . .

Minister Habeck ist ein sympathischer Mensch, und ich habe auch das Gefühl, dass er gut zuhört, wenn ihm Unternehmer von ihren Sorgen und Nöten berichten. Dennoch fehlt der Bundesregierung ein realistischer Blick für die Gefahren, denen der Wirtschaftsstandort ausgesetzt ist. Die lahme Bürokratie, die marode Infrastruktur und die hohen Kosten führen dazu, dass immer mehr Unternehmen ins Ausland gehen. In Asien, im Nahen Osten und in Amerika sind die Investitionsbedingungen aktuell besser als hier. Wenn Habeck hier nicht nachsteuert, ist Deutschland bald nicht nur ein ärmeres Land. Auch sein wichtiges Ziel, die Energiewende zu schaffen, würde er dann verfehlen.

Wie kommt's?

Nehmen Sie das Geschäftsfeld von Evonik: Chemie steckt in mehr als 80 Prozent aller Dinge, die in Deutschland hergestellt werden. Evonik produziert auch Vernetzer, die zwingend zur Produktion von



Rotorblättern für Windräder benötigt werden. Ohne unsere Vernetzer würden die Flügel schlaff herunterhängen wie Bananenschalen. Kurz gesagt: Wenn [die Energiewende](#) gelingen soll, muss die Bundesregierung alles unternehmen, damit die Chemieindustrie weiterhin in Deutschland entwickeln und produzieren kann. Andernfalls macht sich Deutschland vom Ausland abhängig.

Für die chemische Verbindung Isophoron, die ebenfalls für Windkraftanlagen benötigt wird, plant Evonik den Bau einer neuen Anlage. Zieht es Sie damit auch ins Ausland?

Eine Entscheidung über den Standort werden wir erst zum Jahresende treffen. Aber klar ist: Die Chemie-Industrie hat es schwer, in Deutschland wettbewerbsfähig zu produzieren. Schuld daran trägt vor allem die Energiepolitik der vergangenen Jahre, die sich gegen die Interessen der deutschen Volkswirtschaft gerichtet hat. Wir brauchen also ein neues Wirtschaftsverständnis, das sich leidenschaftlich für dynamisches Wachstum einsetzt. Da sind Habeck und die Bundesregierung jetzt in der Pflicht.

Stünde es nicht auch den deutschen Unternehmen gut zu Gesicht, ein bisschen mehr Patriotismus zu zeigen? Evonik etwa hat gerade in den chinesischen Batteriespezialisten SuperC investiert ...

Deutschland ist und bleibt für uns der wichtigste Standort. Wir haben gerade erst eine Milliarde Euro in den Chemiapark Marl investiert. Zugleich machen wir aber auch in China weiter Geschäfte – und zwar sehr gute.

Die Bundesregierung könnte Ihnen da aber noch einen Strich durch die Rechnung machen. Sie denkt darüber nach, wie verhindert werden kann, dass die Produktion von Spitzentechnologien ins Ausland abwandert . . .

Ich werde mich nicht von einem Parteipolitiker belehren lassen, was eine Spitzentechnologie in der Biochemie ist und wo man sie am besten produziert. China bleibt ein wichtiger Markt für uns. Gemessen an unserem Gesamtportfolio machen die Investitionen in China gut zehn Prozent aus.

In Deutschland liebäugeln Grüne und SPD mit einem Industriestrompreis, um die Betriebe zu entlasten. Ist es fair, dass jetzt die Steuerzahler zahlen sollen, während die Industrie Arbeitsplätze abbaut und ins Ausland verlegt?

Rollen wir es mal anders auf: Allein die chemische Industrie zahlt jedes Jahr mit ihren Mitarbeitern 50 Milliarden Euro Steuern. Der Steuerzuschuss für die Rentenkasse liegt aktuell bei gut 100 Milliarden Euro. Man könnte also sagen: Jeder zweite Renten-Euro kommt aus der Chemie. Das unterstreicht die Bedeutung unserer Industrie nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Sozialstaat und die Gesellschaft. Die chemische Industrie in Deutschland zu halten, ist also eine Überlegung wert – zumindest dann, wenn man Wachstum und Wohlstand sichern und den Sozialstaat weiter finanzieren will.

Und ein [Industriestrompreis](#) von 6 Cent hält Evonik im Land?

Es wäre ein Anfang. Die 6 Cent sind allerdings eine Mogelpackung. Denn da kommen ja noch die Stromsteuer und die üblichen Abgaben und Gebühren drauf. Am Ende landen wir dann bei rund 15 Cent. Nur zum Vergleich: Im US-Teilstaat Texas wurde mir von der Regierung ein Strompreis von 2 Cent angeboten.

Trotzdem stellt sich die Frage, wie das bezahlt werden soll: Der Wirtschaftsminister taxiert die Kosten für einen Industriestrompreis auf 30 Milliarden Euro – im Haushalt klafft allerdings ein riesiges Loch von 20 Milliarden Euro . . .

Als wohlhabender Mensch wäre ich bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn zugleich die Unternehmen entlastet würden und damit geholfen würde, das Land in eine bessere Zukunft zu führen. Es gibt aber auch eine Pflicht für den Staat, sparsamer zu werden – etwa beim Gesamtumfang der Sozialleistungen.

Woran denken Sie konkret?

Wir müssen zum Beispiel Flüchtlinge schneller in den Arbeitsmarkt integrieren. Es ist für mich völlig unbegreiflich, dass ein Land, das erkennbar unter Arbeitskräftemangel leidet, Migranten untersagt zu arbeiten. Stattdessen werden sie aus dem Sozialsystem heraus finanziert. Wir müssten jedem, der sich legal bei uns aufhält, die Möglichkeit geben, eine Ausbildung zu machen und sich hier einen Job zu suchen. Denn nirgendwo integriert man Menschen besser als am Arbeitsplatz.

Unter Druck geraten ist die deutsche Wirtschaft allerdings nicht nur durch den Staat, sondern zunehmend auch durch radikale Klimaaktivisten. Wie gefährlich wird das für die Unternehmen?

Wer Märtyrer seiner eigenen Selbstgerechtigkeit werden will, wer sich stundenlang auf der Strasse festkleben möchte, dem kann ich helfen. Evonik hat mit Degacryl einen Verdicker für Superklebstoffe im Angebot, den könnte ich zum Vorzugspreis anbieten. Aber im Ernst: Wer seinen Willen anderen aufzwingen will, handelt antidemokratisch und schadet damit auch dem Kampf gegen den Klimawandel. Es entwickelt sich da ein extremistisches Potenzial. Allerdings darf man die Perspektive nicht aus dem Blick lassen: Im Vergleich mit ihrer Vorgängergeneration wirken die jungen Aktivisten geradezu sanftmütig.

Das müssen Sie erklären.

Denken Sie doch nur an Jürgen Trittin und Joschka Fischer: Die Gründergeneration der Grünen hat damals ganze Strassenzüge verwüstet, Polizisten brutal verprügelt oder ganze Häuserblocks monatelang besetzt, um ihre Lebensthemen Umweltschutz und Atomausstieg durchzusetzen. Mit Erfolg: Im April ging der letzte Meiler vom Netz.

Und eine Zukunft sehen Sie für die Kernkraft in diesem Land nicht mehr?

Nein, das Ding ist durch.

19 juin 2023 (The Economist)

[Why Europe's asylum policy desperately needs rebooting \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Charlemagne

## Why Europe's asylum policy desperately needs rebooting

A deadly shipwreck in Greek waters highlights its dangers

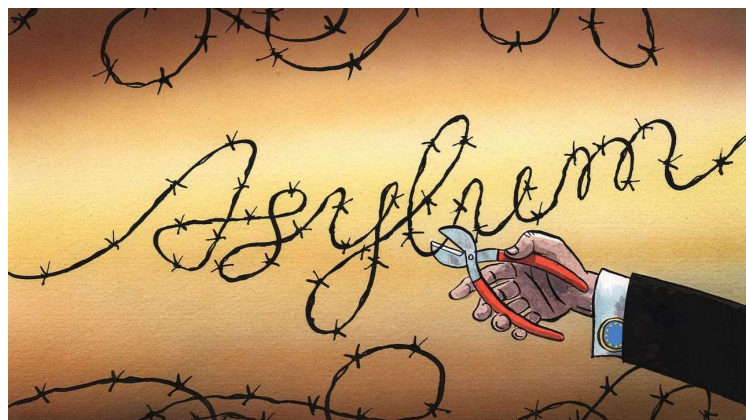


image: peter schrank

Jun 15th 2023

If there is one thing Europeans like more than August off and coalition governments, it is a half-baked eu project. The euro brought much of the continent into a currency union, which ended up causing endless division when it turned out the requisite plumbing had not been installed. The single market is a triumph for goods like cars and widgets, but works poorly for the services that now dominate the economy. Migration has long been another will-complete-*mañana* policy. Internal borders were scrapped within most of the bloc almost 30 years ago. But the messy business of how to deal with the external border—and the hundreds of thousands who cross it illegally year after year—was given too little thought. The upshot has been a chaotic asylum system, leaving thousands dead in the Mediterranean each year and fuelling the rise of populist politicians. On June 14th at least 78 migrants died when an overcrowded fishing vessel capsized in Greek waters; hundreds more remain unaccounted for.

Not before time, then, a stab has at last been made at completing the job. And, of course, nobody is happy. Europe is a magnet for migrants, being rich and easy to reach by lots of people from war-torn (or poor) places in Africa and the Middle East. Some migrants who enter on small boats or overland are entitled to asylum because they are fleeing persecution; but well over half of the arrivals are not. Many land in societies that have done a bad job of integrating previous waves of foreigners, often from past colonies. The system can be kind: a surge of some 4m or so Ukrainians fled to eu countries with few problems. More often it is dysfunctional, turning an emotive policy area into one where everyone casts blame widely but accepts none.

As often happens, the tangle of eu and national rules has left a mess (this will be familiar to those who recall how avidly national governments ignored eu budget strictures ahead of the euro crisis a decade ago). The corollary of internal borders being scrapped in 1995 as part of the Schengen agreement was that migration failures in one country—for example a leaky external border—would affect others in the passport-free zone. To ensure that governments properly guarded their frontiers with non-eu places, migrants crossing into the bloc illegally were to be processed by the country in which they had first set foot. Known as the Dublin convention, this placed huge burdens on front-line places such as Greece and Italy. Countries such as Sweden or Germany—where most migrants had hoped to settle—were able to send migrants who reached them back to where they first arrived.

This was manageable when flows were light. But in the 2010s the numbers spiked as a result of the Arab spring, war in Syria and chaos in Afghanistan. Mediterranean countries demanded help from their eu neighbours. None was forthcoming, notably because what was really needed was for countries to

agree to take in migrants themselves, besides those—numbering more than 1m—who settled in Germany in an intense wave of arrivals in 2015-16. An attempt then at a new migration deal descended into acrimony that still endures. Several countries in central Europe simply refused to take in any asylum-seekers, denouncing eu plans to foist mass immigration on an unwilling populace. And thus the system all but broke down. Southern countries sometimes did little to intercept migrants, or treated them so nastily that northern authorities balked at sending them back. Schengen, one of the eu's signature achievements, has teetered: six countries, including France and Germany, have restricted passport-free travel.

Things might now change as a result of an unexpected deal between eu governments on June 8th. For the first time an element of “mandatory solidarity” will apply. Countries beyond the front lines of migration will have to take in at least 30,000 asylum-seekers a year; those who refuse will have to pay €20,000 (\$21,600) per migrant into an eu fund. This will ease the burden on Italy and others. In return, the front-line countries will have to host camps in which some migrants' asylum claims will be processed—so confirming their status as border guards for the whole eu, a role they resent. Europe will throw money at the root causes of migration. A delegation of eu leaders including Giorgia Meloni of Italy has just been in Tunisia with a promise of financial aid, in the hope of curbing migration if the fragile country collapses.

Why, after so many years of acrimony, has an agreement suddenly become possible? Vit Novotny of the Wilfried Martens Centre, a think-tank in Brussels, says it is because the eu has gained experience in managing big, emotive crises, such as the pandemic, the war in Ukraine and climate change. In part, lessons have been learned from past failures, such as to give a way out for countries that refuse to take migrants. But the mood around migration has changed too. A buoyant labour market means migrants, legal or otherwise, are needed to staff factories and deliver pizzas.

## Barriers to entry

Having shown generosity towards Ukrainians, Europeans are comfortable giving shorter shrift to others from the rest of the world. The mooted migration deal was possible in part because Europe is happier than before to be tough on those who reach its shores. Some migrants, for example those whose countries are not notably dangerous, will be sent back after a cursory check of their asylum claims, and could end up deported to countries far from their own. Human-rights groups are unhappy. The eu now talks openly of withholding aid or nixing trade deals with poor countries if they do not help with migration, for example by taking back failed asylum-seekers (currently, fewer than one in five of those denied asylum are successfully deported).

Migration is Europe's Achilles heel. A place that sees itself as a force for good in the world resents having to play bad cop when it comes to keeping people out, as it must. But refusal to face up to the dysfunction of the old system has served nobody well. The agreement between governments still has some way to go before it becomes eu law—by the end of the year, it is hoped. An imperfect system that works will be better than a bad one that doesn't.

19 juin 2023 (The Economist)

[The problems ailing Western Europe's left are not just cyclical \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Left hanging

## The problems ailing Western Europe's left are not just cyclical

Battered by the populist right, progressives lack a vision for the future



Jun 15th 2023 | AMSTERDAM AND PARIS

De balie, a cosily chic cultural venue on Amsterdam's Leidseplein, is the epicentre of Dutch liberal intellectual life. On May 3rd it played host to two thinkers representing ideas that are pulling the European left apart. Gloria Wekker is a black Dutch academic who argues that the Netherlands suffers from structural racism. Susan Neiman, an American-born German-Jewish philosopher, recently published a book ("Left Is Not Woke") that calls for dropping identity politics and re-embracing universal values. The left, Ms Neiman says, must "come up with things that we're moving towards", rather than simply denouncing taxonomies of oppression.

Like many debates on the left, this one took place inside a bubble. Amsterdam is a multicultural city of cycling lanes and tolerant drug policies, run by a coalition of liberal (d66) and left-wing parties (Labour and GreenLeft). But in the rest of the Netherlands, politics has been transformed by anti-immigrant populism. In provincial elections on March 15th, populist parties on the right combined for more than a third of the national vote. The BoerBurgerBeweging (Farmer-Citizen Movement), a four-year-old outfit mainly devoted to fighting environmental regulations, drew 19%. On the left, Labour got just 8% and GreenLeft 9%.

The Dutch left's problems are echoed across western Europe. (Eastern Europe's leftist parties, descended from the Soviet-era communists, face different problems.) Social-democratic parties are in decline; voters see them as mushy and elitist. They face competition from green parties, and from radical outfits that offer socialist economics or woke politics. All are fighting over a shrinking pie, hemmed in by conservative populism. Most of the left faces the problem Ms Neiman identified: the lack of a credible vision.

This should be a propitious time for Europe's left. Inflation is fuelling calls for more government benefits. Surveys show citizens are more concerned with climate change and the cost of living than with crime. Antipathy to the eu has faded since the 2010s. Belief in small government, declining since the financial crisis, was all but killed off by the covid pandemic. A recent study of six European countries by pollsters André Krouwel and Yordan Kutiyski found that big majorities everywhere agreed that "the state should play a larger role in the regulation of the economy."

Indeed, the left looked healthy as recently as 2021, when it governed all four Nordic countries as well as Portugal and Spain. At the end of that year Olaf Scholz's Social Democrats (spd) took power in Germany in coalition with the Greens and the liberal Free Democrats. But the moment proved fleeting. In France's elections in 2022 the centre-left Socialists were all but wiped out. Hard-right parties now hold or share

power in Italy and Sweden, and in Finland are in coalition negotiations. The centre-right seems poised to keep power in Greece, where leftist parties performed woefully in a general election on May 21st. Spain's Socialists are heading into an early election they look likely to lose. In Germany Mr Scholz's coalition is divided and increasingly unpopular.



The Economist

The left's problems start with the once-great social democratic parties. In the early 2000s in western Europe they averaged nearly 30% of the vote. They have declined steadily since the global financial crisis in 2008, to just above 20% (see chart). Having embraced free-market economics during the "Third Way" period of the 1990s, most centre-left parties endorsed fiscal austerity after the financial crisis. That was a huge mistake, argues Björn Bremer of the Max Planck Institute in Cologne: voters could no longer see the difference between the centre-left and the centre-right.

In some countries that has led to collapse. France's Socialists governed indecisively from 2012-17, and when Emmanuel Macron founded his own movement to run for president he took many centrists with him. The party's image has since become "gaseous and unfocused", says one former Socialist politician. Its candidate won just 2% in last year's presidential election. The Dutch Labour Party, meanwhile, joined the centre-right in government between 2012 and 2017, sharing responsibility for budget cuts. In the 2017 election it fell from 25% of the vote to 6%, and did little better in 2021. Such parties are now too centrist to offer an alternative, and too small for voters to believe they can win.

Centre-left outfits like Germany's spd are still big enough for voters to see them as contenders. In Spain and Portugal, Socialist governments have managed to hold power, buoyed by solid economies. Italy's colourless Democratic Party is still the second-biggest in parliament. Finland's Social Democrats, led by Sanna Marin, the outgoing prime minister (pictured), came close to winning their latest election, as did Sweden's. But their voter bases are ageing. Sweden's centre-left is "incredibly unpopular among young people", says Max Jerneck of the Stockholm School of Economics. "The zeitgeist is against them."

Voters dissatisfied with milquetoast social democrats often turn to more radical parties. Take France, where leadership on the left has passed to La France Insoumise ("Unsubmissive France", or lfi), a hard-line outfit that aims to resurrect the working-class left of yore. In a café near the National Assembly filled with mps in business suits, François Ruffin, one of lfi's up-and-coming deputies, is the only one wearing a leather jacket. He lays out his plan to end the "neo-liberal parenthesis" which François Mitterrand, a Socialist president, launched 40 years ago by privatising state enterprises and deregulating financial markets. Mr Ruffin calls for protectionism and indexing state workers' wages to inflation.

lfi's vintage socialism and its 71-year-old leader, Jean-Luc Mélenchon, are surprisingly popular among young people. The wounded Socialists have joined lfi and France's often feckless Greens in an alliance

called nupes, which forms the biggest opposition bloc in parliament. But although nupes's rejectionism gives it a clear profile, it makes it impossible to win a majority or join a broad coalition.

Italy's Democratic Party (pd) seems to be imitating the French turn to the left. In February it elected a young left-wing leader, Elly Schlein, who takes progressive stances on gay rights and immigration. She is seen as a breath of fresh air, and the pd is doing better in polls. But Italy's left, too, is split: many left-leaning voters back the unpredictable, populist Five Star Movement.

Tensions with the radicals could spell the end of centre-left rule in Spain as well. Pedro Sánchez, the Socialist prime minister, has just called a snap election, in which he faces a challenge from a new leftist outfit called Sumar. The radical left elsewhere is doing poorly; Syriza, a far-left party that botched Greece's response to the euro crisis while in power between 2015-19, was crushed in that country's election on May 21st. Portugal's long-sitting Socialist government has successfully teamed up with radicals, but it too is losing popularity.

Green parties, at least, have a clear vision of the future. Many leftists hope they will take over from social democrats and lead a national revival. But only in Germany has a green party come close to doing so. The German Greens did well in 2021, but have been badly damaged since by high energy prices and new rules mandating heat pumps in private homes. As the costs of the zero-carbon transition come due, voters are starting to rebel.

If not environmentalism, then what? Ideas about intersectional social justice that enthuse progressive Americans are less popular in Europe. They evoke thorny problems of integration, which since the migrant crisis of 2015-16 have been seen as vote losers. Some look to Denmark's governing Social Democrats as a model. They have turned to punitive anti-immigrant policies. But studies show that imitating the right's harshness towards immigrants does not win back voters for the left. At most, says Tarik Abou-Chadi of Oxford University, it discourages low-engagement voters from turning out.

A decade ago, when interest rates were negative and unemployment was high, Europe seemed ripe for a revival of Keynesian economics. Thinkers like Thomas Piketty, a French economist, argued for government stimulus to reduce inequality and pay for the green-energy transition. But few governments seized the moment. Nowadays leftist parties offering more government spending face two problems.

The first is that with much higher inflation, interest rates and debt, they no longer have fiscal room. The second is that on state intervention they have won the argument. Nearly everyone in European politics, from right to left, now accepts that governments must play a big role in the economy. That makes it hard for leftist parties to stand out.

Optimistic progressives note that Europe's centre-right is having difficulties, too. Yet the best argument that the western European left is not in crisis may be that it was never as strong as many imagined. Since 1960, outside the Nordic countries and Iberia, the right has held power far more often than the left. To remain a contender, the left will have to reinvent itself. The question is how.

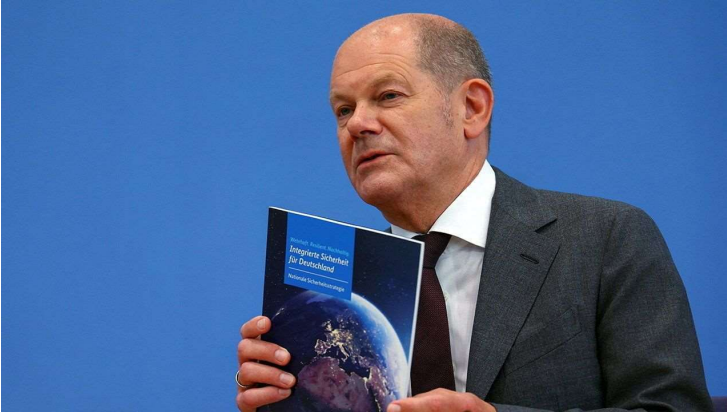
19 juin 2023 (The Economist)

[Germany's new national security strategy is strong on goals, less so on means \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Big words

## Germany's new national security strategy is strong on goals, less so on means

Olaf Scholz unveils a long-delayed review



Is that it? image: reuters

Jun 15th 2023 | BERLIN

The danes do it. The Dutch do it. Even Jamaica, Honduras and Papua New Guinea regularly state the formal goals of their defence and foreign policies. And so now does Germany. Long squeamish about flexing its muscles despite being the world's fourth-biggest economy and a pillar of European stability, the country bit the bullet on June 14th and launched its first-ever national security strategy.

The 76-page document, meant to bring coherence and a sense of purpose across the breadth of government, does not make for exciting reading. Predictably, it stresses Germany's deep commitment to the European Union and to nato, as well as relationships with key partners such as America and France. Understandably, it fingers Russia as "the most serious threat to peace and security in the Euro-Atlantic area". And somewhat daringly for a country whose biggest businesses depend heavily on trade with China, it does not shy away from blaming the Asian dragon for "acting time and again counter to our interests and values", though it insists that China "remains a partner without whom many challenges and crises cannot be resolved."

Yet while the strategy usefully clarifies Germany's perceptions and goals, it is less clear about whens and hows. Almost a decade ago, for instance, Germany joined other nato members in pledging to boost defence spending to 2% of gdp. In the face of Russia's invasion of Ukraine, the gravest threat to European security since the end of the cold war, and in the unwonted light this has cast on the woeful state of Germany's own army, the strategy paper does no more than restate the same promise. It hedges a bit, too, adding that 2% should be a multi-year average and that the government would strive to implement this "at no additional cost to the federal budget".

At the press conference that accompanied the policy document's launch Christian Lindner, the finance minister, carefully explained that for at least the next few years the 2% goal would be made up not from the regular budget but via top-ups from a temporary €100bn (\$109bn) special fund. In other words, it will be up to some future government to commit to permanently bolster Germany's shrunken armed forces. "No party would agree to cuts in welfare to spare more for defence," comments Thorsten Benner of the Global Public Policy Institute, a Berlin think-tank. "This question is just being kicked down the road."



The strategy also lacks what some had hoped would be a key component, the creation of a body with implementing power akin to America's National Security Council. This idea, say insiders, fell victim to wrangling inside the ruling three-party coalition as the foreign ministry, currently held by the Green party, resisted ceding influence to the Social Democrat-headed chancellor's office, where such a council would logically be housed.

The national security strategy's slogan—"Robust, Resilient, Sustainable"—is also a reflection of coalition politics. Short on specifics about defence, the document touches necessary notes of budget probity for Mr Lindner's liberal Free Democrats, as well as of commitment to climate-change goals for the Greens. More important than the wording of the document, however, is the fact that it was written at all.

Since its resurrection as a Federal Republic on the ashes of the second world war, Germany has flinched from bold stands. After reunification in 1990, caution was replaced by complacency. Prosperity seemed assured under a trinity of blessings: American security, cheap Russian energy and a growing Chinese market. Even before Russia smashed into Ukraine last year, however, it was clear that the good times could not last. When the current coalition was elected in 2021, its pledge to issue a national security strategy was meant as a signal that it understood the growing precariousness of Germany's situation. The biggest perceived danger then, however, was of America drifting into Trumpian isolation. Yet even though Trumpian isolation is hardly a spent force, it merits nary a mention in the review.

19 juin 2023 (Contrepoints)

[Les jeunes se moquent-ils de l'orthographe ? \(contrepoints.org\)](https://contrepoints.org)

## Les jeunes se moquent-ils de l'orthographe ?

[The Conversation](#)

L'impact des nouvelles technologies sur les pratiques d'écriture et l'orthographe : entre langage informel et normes sociales.



Publié le 18 juin 2023

**Par Hélène Le Levier.**

Avec l'avènement d'internet et des smartphones, la communication écrite s'est enrichie de tournures informelles. Écrire à quelqu'un, ce n'est plus nécessairement adopter les codes de la lettre. Ce qu'on appelle souvent le « langage SMS » connaît un succès certain, même si son emploi est loin d'être généralisé, même dans les [écritures numériques](#).

On associe souvent ces usages alternatifs aux pratiques d'écriture des jeunes, même s'ils ne sont réservés à aucune génération. Parallèlement, le [recul du niveau en orthographe](#) des élèves scolarisés en France depuis quelques dizaines d'années est bien documenté. Il serait alors tentant de faire un lien entre les deux : les jeunes générations n'auraient-elles pas conscience de l'utilité sociale de l'orthographe ? Des pratiques d'écriture moins normées, liées aux usages numériques, influenceraient-elles leur rapport à l'écrit ?

Une enquête menée, dans le cadre d'une thèse, [auprès de 178 étudiants préparant un BTS \(brevet de technicien supérieur\) tertiaire en 2017](#) permet d'apporter quelques éléments de réponse à ces questions. Il s'agit d'un échantillon limité mais qui présente l'intérêt d'être varié en termes d'origine scolaire puisqu'il regroupe des bacheliers généraux, technologiques et professionnels.

Par ailleurs, il s'agit d'étudiants s'appêtant à exercer un métier où l'écrit joue un rôle important puisqu'ils se forment pour devenir assistants de direction, travailler dans le tourisme ou le support informatique aux organisations. Il était donc particulièrement intéressant de recueillir leurs représentations concernant le rôle social de l'orthographe.

### **Donner une bonne image de soi**

Les étudiants enquêtés ont été interrogés sur [l'importance accordée à l'orthographe](#) en contextes scolaire, professionnel et privé. L'importance scolaire de l'orthographe est reconnue puisque 46 %

d'entre eux la considèrent nécessaire et 47 % importante pour réussir aux examens. Mais l'importance professionnelle d'une bonne maîtrise de l'orthographe semble encore plus marquée à leurs yeux, puisque 57 % la déclarent nécessaire, et 38 % importante pour réussir dans la vie professionnelle.

Certains enquêtés se trouvaient d'ailleurs exposés dans leur formation à des cours d'orthographe répondant à ce besoin professionnel. Si certains en contestent les modalités, parfois perçues comme infantilissantes, aucun n'en remet en question l'utilité.

Les entretiens montrent que cette importance accordée à l'orthographe en contexte professionnel est liée à l'idée que l'orthographe influe sur l'image que le lecteur se fait de l'auteur du message. Un étudiant utilise une métaphore assez parlante à cet égard : « avoir une bonne orthographe, c'est comme être bien habillé dans la vraie vie ». Il s'agirait donc, dans les situations de communication médiées par l'écrit, de respecter la norme qui permettra d'être perçu comme un professionnel sérieux.

Les types d'écrits évoqués par ces étudiants en voie de professionnalisation sont parfois des écrits professionnels (lettres, rapports, etc.), mais surtout les écrits associés aux processus de recrutement qui les concernent au premier chef : le CV et la lettre de motivation. Leur regard sur l'orthographe au sein de ce processus se révèle d'ailleurs particulièrement pertinent puisqu'il a été montré que les **erreurs orthographiques influent très négativement** sur la façon dont les recruteurs jugent ces documents.

## S'adapter au contexte de communication

En contextes professionnel et scolaire, les enquêtés ont donc parfaitement conscience du rôle social de l'orthographe et ils sont extrêmement peu nombreux à le remettre en cause.

Mais qu'en est-il dans le domaine privé ? Et en particulier dans les pratiques d'écritures numériques, telles que les réseaux sociaux ou les SMS ?

L'attachement à une orthographe normée s'illustre aussi dans cette partie de l'enquête. Ils sont environ 40 % à déclarer faire toujours attention à l'orthographe dans les SMS, quel que soit le contexte. Ils sont moins de 10 % à déclarer n'y faire attention que rarement, ou jamais. Les 50 % restant ont répondu y faire parfois attention.

Les entretiens ont permis de montrer qu'il s'agit majoritairement d'une adaptation au destinataire des modalités de la communication. Les échanges avec des personnes peu familières, des adultes et, a fortiori, des enseignants ou des professionnels se font ainsi le plus souvent dans une orthographe normée. Ces étudiants démontrent ainsi qu'ils sont conscients de la nécessité d'adapter la communication au destinataire.

Il est par ailleurs notable que ceux qui déclarent avoir recours à des procédés alternatifs tels que l'abréviation ne l'assimilent absolument pas à une négligence orthographique. Certains déclarent au contraire rester attentifs aux accords même s'ils s'autorisent des formes abrégées. Il s'agit d'adapter le code utilisé aux contraintes matérielles d'une communication qui se doit d'être rapide.

Plus globalement, les choix orthographiques apparaissent liés au réseau social, au sens large, dans lequel s'inscrit la communication. Comme on pouvait s'y attendre, certains disent être plus détendus avec leurs amis parce qu'ils savent que ceux-ci accordent peu d'importance à l'orthographe. Mais la situation inverse existe aussi, et une étudiante dit même avoir progressé en orthographe au collège grâce aux échanges par SMS avec sa meilleure amie qui avait une excellente orthographe et dont l'influence lui a ainsi permis de progresser.

## Les défis d'un système orthographique très complexe

Il en va de même des échanges en ligne qui peuvent prendre des formes diverses, dont certaines sont favorables au développement des compétences orthographiques. Dans notre corpus, c'est particulièrement vrai des quelques étudiants qui déclarent participer à des forums Role play game.

Cette pratique du jeu de rôle en ligne implique en effet de faire exister des personnages textuellement. Elle s'appuie donc sur une pratique d'écriture, et de lecture, qui souffre d'une orthographe non normée. Tous les étudiants concernés témoignent ainsi de la pression mise par les coordinateurs de ces forums sur les participants pour qu'ils se conforment à la norme orthographique.

À l'échelle de notre corpus, les pratiques d'écriture numériques n'apparaissent donc pas comme un obstacle au développement des compétences orthographiques. Le respect de la norme ne dépend pas du support mais du contexte social et, conformément à ce qu'on sait du [rapport des francophones à l'orthographe](#), celui-ci est souvent favorable à une orthographe normée.

Le paradoxe demeure cependant que notre enquête a aussi confirmé ce par quoi nous ouvrons notre article, c'est-à-dire la difficulté de ces étudiants scolarisés en France à produire des textes dénués d'erreurs orthographiques, notamment en ce qui concerne l'orthographe grammaticale.

Si celle-ci ne procède pas d'un désintérêt pour l'orthographe, s'ils ont une conscience aiguë du rôle que l'orthographe pourrait avoir dans leur vie professionnelle, d'où vient cette difficulté ? Nos résultats incitent à penser qu'il ne s'agit pas de négligence, mais de difficultés à mettre en œuvre le système orthographique du français, [reconnu comme extrêmement complexe](#). On peut légitimement s'interroger sur les conséquences pratiques de ce décalage entre conscience forte d'une demande sociale et difficulté effective à y répondre.

[Hélène Le Levier](#), Maitresse de conférences en sciences du langage à l'INSPÉ de Strasbourg, [Université de Strasbourg](#)

Cet article est republié à partir de [The Conversation](#) sous licence Creative Commons. Lire l'[article original](#).

19 juin 2023 (Le Point)

[Maghreb : le perdant-perdant migratoire \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr/maghreb)

## Maghreb : le perdant-perdant migratoire

LETTRE DU MAGHREB. L'Afrique du Nord est devenue une gigantesque zone de départ pour les populations mécontentes.

Par [Benoît Delmas](#)



Les autorités tunisiennes appellent souvent l'Union européenne à faire preuve de solidarité, notamment dans la lutte contre l'immigration clandestine. © YASSINE GAIDI / Anadolu Agency via AFP

Publié le 18/06/2023 à 11h00

Un bateau coule dans les eaux internationales, au sud du Péloponnèse et ce sont des centaines de corps qui rejoignent l'un des plus grands cimetières en activité au monde : la Méditerranée. En surface, le long des côtes, la saison touristique a commencé et elle est vitale pour les économies du Maroc, de la Tunisie et de l'Égypte. Après les années Covid, la guerre menée en Ukraine par la Russie, aucune capitale ne peut se permettre de louper sa saison porteuse de devises qui permettront de tenir l'hiver. Pourtant, à Melilla (Maroc), à Sfax (Tunisie), à Syrte (Libye), ce demi-millier de migrants disparus dans le naufrage du bateau égyptien n'aura eu aucun impact dissuasif. On continue, et on continuera de partir.

Ces sites de départ très prisés (car à proximité de l'espace Schengen via l'Espagne ou l'Italie) le sont désormais par les équipes de télévisions, de radios, de presse écrite. Le protocole compassionnel ploie sous l'ampleur du drame dans des lieux où les candidats aux départs irréguliers sont légion. Il est vraisemblable que policiers et gardes-côtes seront plus vigilants sur instructions, mais le commerce des migrants ne connaîtra pas la crise malgré les prix démentiels pratiqués par les mafias ou les artisans de la traversée : entre 2 500 et 5 000 euros pour un aller simple. À Ras Jebel (Nord) comme à Zarzis (Sud), des Tunisiens expliqueront qu'ils sont « déjà morts » dans leur pays et donc que « risquer sa vie en mer ne changera rien ». Une rhétorique de la plainte. Pour cette population, ces sommes sont des emprunts effectués auprès des familles ou de certaines mafias. Une fois en Europe, certains travailleront jour et nuit pour rembourser leurs dettes.

## La Méditerranée centrale, autoroute pour l'enfer

Ce naufrage a provoqué des remises en question au plus haut niveau. Federico Sola, directeur du département des opérations et des urgences à l'Organisation internationale pour les migrations (OIM), a déclaré : « Il est clair que l'approche actuelle en Méditerranée ne fonctionne pas. » Dans la foulée, l'agence Frontex publiait un communiqué indiquant qu'« en Méditerranée centrale, la

principale route pour l'UE, le nombre de migrants a plus que doublé, + 160 % par rapport à 2022, soit le chiffre le plus haut depuis 2017 », année où l'exode syrien se poursuivait à un rythme effréné. À tous les étages des responsabilités européennes, administrations, politiques, institutions, la mobilisation est générale. On s'agite, on se réunit à Bruxelles, on tente de faire des pays du Maghreb des alliés, ce qui n'a rien d'évident dans le contexte russo-occidental de redistribution des cartes diplomatiques.

Le périple de ce navire raconte la difficulté de résoudre le problème. Parti à vide d'Égypte avec son « équipage », il a mis le cap à l'ouest, Tobrouk en Libye, où plus de 500 migrants cornaqués par des passeurs se sont entassés. Il a ensuite pris la direction de l'Italie. Il a coulé dans les eaux internationales, à 50 miles des côtes grecques. Neuf Égyptiens ont été arrêtés. Un cocktail de pays, de nationalités, de réseaux.

## **L'UE piégée par son double discours**

Si, au Nord, on vote de plus en plus pour les partis promouvant une réduction drastique de l'immigration légale et illégale ; au Sud, on ne cache plus sa colère face aux doubles discours européens. On ne compte plus le nombre de dirigeants en voyage officiel déroulant des discours formatés, truffés de « valeurs partagées » et autres formules creuses. Quand le Marocain ou le Tunisien veut se rendre en Europe, il doit passer par une étape administrative redoutable, des sociétés, comme TLS, qui nourrissent le ressentiment par leur attitude parfois brutale. Pendant ce temps, les populations qualifiées d'Afrique du Nord (médecins, ingénieurs...) sont convoitées par des pays européens (Allemagne, France, Italie). Mais le double discours des dirigeants du Maghreb mérite un focus. Si on a décrété trois jours de deuil national en Grèce, marché dans les rues d'Athènes, on a fait savoir sa mauvaise humeur au Sud. « Marre d'être le garde-frontière de l'Europe », peut-on entendre depuis plusieurs années de Rabat à Tunis. Pourtant, les bateaux qui quittent nuitamment les côtes du Maghreb comportent en moyenne un tiers de nationaux. Qui partent pour des raisons que leurs États, des régimes autoritaires, voire dictatoriaux, sont incapables de résoudre.

Ce dimanche, Gérald Darmanin et Nancy Faeser se retrouveront à Tunis. Les deux ministres de l'Intérieur, France et Allemagne, feront rendez-vous commun avec leur homologue tunisien et le président Saïed qui répète que son pays « ne gardera que ses frontières ». À nier ses absences de perspectives pour leurs jeunes, les pays du Maghreb aggravent la situation et préfèrent accuser l'Europe. À embaucher les Maghrébins qualifiés (les hôpitaux fonctionnent avec eux) tout en tenant de grands discours de fraternité avec les pays maghrébins, l'Europe perd de sa crédibilité. Des doubles discours perdant-perdant.

19 juin 2023 (Le Figaro)

[«De toute façon, ce monde court à sa perte» : cette jeunesse française qui attend le «chaos» \(lefigaro.fr\)](#)

«De toute façon, ce monde court à sa perte» : cette jeunesse française qui attend le «chaos»

Par [Madeleine Meteyer](#) et [Dinah Cohen](#)

Publié hier à 17:00, mis à jour il y a 4 minutes



Les jeunes considèrent que leurs préoccupations ne préoccupent pas tout le monde. *Pierre-Louis Chardon.*

**GRAND RÉCIT - «Éco-anxiété», crainte d'une disparition de l'identité française, sentiment d'être les largués de la mondialisation... une partie de la jeunesse considère notre société comme moribonde.**

*«Il y a plus de vingt ans, raconte Sartre dans *Les Mots*, un soir qu'il traversait la place d'Italie, Giacometti fut renversé par une voiture. Blessé, la jambe tordue, dans l'évanouissement lucide où il était tombé, il ressentit d'abord une espèce de joie : "Enfin quelque chose m'arrive".»* En 2023, une partie de la jeunesse française ressemble au sculpteur suisse. Radicale au point «*d'attendre le pire*». D'après les citoyens, essayistes, chercheurs et politiques interrogés par *Le Figaro*, on peut même parler «*d'attente du chaos*».

Qu'ils soient effarés par la crise migratoire, angoissés par le dérèglement climatique ou convaincus que cette société ne propose rien de beau, d'aucuns guettent l'effondrement. Si cette attente n'est pas neuve pour les franges radicales, elle s'est diffusée à un spectre plus large depuis que le dérèglement climatique instille l'idée «*que la planète court à sa perte*», selon le sociologue Olivier Galland. Fatalisme, volonté d'accélérer l'effritement... l'attente se vit sur divers modes. Elle modèle l'existence et redessine l'offre politique pour répondre à ceux qui guettent l'effondrement comme on attend le bus. Il tarde à arriver, alors ils regardent leur montre.

## Et la planète ?

Nina a 25 ans et parfois elle rêve. «*Récemment, j'étais sur une plage. Des gens s'y battaient pour des bouts de bois, des bouts de fer. Moi je tentais de leur échapper.*» Nina a 25 ans et elle rêve du chaos. Celui qui surviendra, dit-elle, si on ne fait rien contre le dérèglement climatique. D'apprendre en mars que le président [Joe Biden a cédé sur le projet Willow](#) - un plan de forage en Alaska - l'a accablée.

*«Tant qu'on vit dans une société où le profit prime, on ne pourra pas empêcher la catastrophe...»* Alors Nina attend. Le journaliste Anthony Cortes a remarqué cet état de veille chez de nombreux militants écologistes rencontrés pour son enquête *L'Affrontement qui vient (Le Rocher, 2023)*. «*Certains, hallucine-t-il, se comparent à des animaux traqués. À force de lire des rapports*

*inquiétants, ils ne voient plus nulle part de trace d'espoir. Parfois "le chaos" est vu comme une étape opportuniste, parfois comme la vraie fin.»*

## L'immigration

Aux antipodes politiques de Nina, Philibert\*\*, 31 ans, professeur d'histoire à Lyon est, lui, consterné par la montée du «*totalitarisme islamique*». Alors «à chaque «*bouleversement brusque*», l'espoir le saisit. Et si c'était le chaos ? «*J'ai espéré lors des gilets jaunes, au tout début du confinement, pendant les manifs de la réforme des retraites aussi.*» Rien n'est venu. **L'espoir de pouvoir «rebâtir le pays sur des bases saines»** palpite modestement. «*Le Grand Soir, le Grand Soir, il vient le Grand Soir ?* demande-t-il en riant. *On commence à s'impatienter !*»

Quelque part ailleurs sur l'échiquier politique - elle se dit de droite sauf économiquement, bref c'est compliqué -, Alma\*\*, 26 ans, attend «*un truc*». **Quelque chose doit arriver dit-elle, évoquant pêle-mêle la guerre en Ukraine, la réforme des retraites, la crise migratoire.** Récemment et sans aucun rapport, l'attaque au couteau d'Annecy a ravivé sa sensation de délitement sans fin. Pour cette jeune femme de la classe moyenne, qui «*fait des études de lettres sans être passionnée par les lettres*» et vit à Paris «*avec un salaire pas ouf*», le chaos représenterait une opportunité psychologique l'autorisant à sortir de son actuelle «*trajectoire de lose*». En 2018, encore étudiante, elle aussi a regardé la séquence «gilets jaunes» avec émotion. «*J'y croyais*», dit-elle simplement.

Nina, Alma et Philibert ne feront certainement pas le GR20 ensemble. Mais ils appartiennent à un groupe dont les dénominateurs communs sont l'angoisse et l'attente. De quoi ? D'une refondation. D'un après.

## Une aide

**Le concept du chaos** n'est pas neuf. Auteur des *Lents demains qui chantent* (L'Observatoire, 2020), la philosophe Marylin Maeso a remarqué que son évocation aidait «*les désabusés*» lors des moments de crise **car il désigne «la possibilité d'une brèche», d'une issue de secours. Jongler avec le concept, prédire son arrivée est une façon de tenir bon.**

Aujourd'hui, ce pessimisme est celui d'une génération, d'une époque constate Olivier Bonnot, psychiatre de l'enfant et de l'adolescent, professeur de médecine à l'université de Nantes. «*Même mes étudiants, qu'on peut considérer comme les gagnants dans cette société, ont l'impression que le monde va finir et n'envisagent plus l'avenir d'une façon linéaire. Surtout depuis le Covid, je ne les trouve pas bien. Et leur état recoupe les résultats de plusieurs enquêtes qui montrent des augmentations des dépressions chez les jeunes.*» En 2022, une enquête Ifop a révélé que **70% des moins de 35 ans se déclaraient pessimistes quant à leur avenir.** En 2017, selon l'IFOP toujours, ils n'étaient «que» 63% à s'inquiéter de l'avenir. En 2014, «que» 60%...

Enseignant-chercheur en sciences de l'environnement et doyen de la fac catholique de l'Ouest, Nathanael Wallenhorst constate que **la déprime de ses étudiants se manifeste par «l'apathie».** «*Quand on aborde les questions bioclimatiques ils me disent, "bon monsieur, en vrai, on n'aurait pas besoin d'une dictature verte à la chinoise ?" mais ils ne sont pas du tout engagés. Ce sont des phrases jetées en l'air.*» **Pour lui, le lien est à faire «avec l'addiction au numérique, à la "notif" qui arrive, qui est plus importante que tout et détourne des objets fondamentaux de l'existence.»**

En septembre 2019, dans une tribune parue dans *Le Figaro*, l'avocat Simon Olivennes **exposait les quatre angoisses «qui dessinent l'horizon politique de notre temps»**. Il citait le «*grand réchauffement*», le «*grand remplacement*», le «*grand déclassement*». Et aussi le grand



**renversement.** La crainte «*d'une partie des possédants et des classes cultivées*» face aux réponses «populistes» - l'élection de Trump, le Brexit - apportées aux trois premières craintes. **Cette peur du grand renversement est celle des politiques qui croient encore en la bonne tenue globale du système ou du moins à sa possible réforme.**

## Des débouchés politiques

Pour les politiques «*modérés*», qui n'ont pas renoncé au progrès, les attentistes du chaos sont insaisissables. Antoine Vermorel, député Les Républicains, avoue l'espoir que son discours «*raisonnable*» atteigne au moins les plus «*passifs*» d'entre eux - ceux qui s'éloignent du système mais ne nourrissent pas de haine à son égard. La macroniste **Caroline Janvier continue elle aussi de faire valoir «*la stratégie des petits pas*» contre celle de la table rase, notamment sur les questions écologiques.**

Mais elle soupire : «***Quelqu'un qui promet le pire dans une vidéo sur YouTube fait beaucoup plus de vues que quelqu'un qui promet des solutions raisonnables.***»

Certains partis sont spécialement accusés par leurs adversaires d'annoncer le pire pour se poser en alternative au délitement. À la dernière présidentielle, Philibert, le professeur d'histoire inquiet par la montée de l'islamisme, a ainsi trouvé un candidat en phase avec sa préoccupation majeure : **Éric Zemmour.** «*J'ai même filé un coup de main pour sa campagne.*»

Le chaos à venir, le président de Reconquête le présente sous la forme d'une «***guerre civilisationnelle***». Laquelle découlerait de «***l'ensauvagement***» et des réactions de citoyens exaspérés dudit phénomène. Au [Grand Jury RTL-Le Figaro-LCI](#) dimanche 21 mai, commentant [l'incendie du domicile du maire de Saint-Brévin](#) (Loire-Atlantique), l'ancien journaliste a explicitement condamné «*la façon dont ce maire a été traité*», tout en expliquant ne «*pas s'étonner que le grand remplacement à l'œuvre en France depuis des années finisse par provoquer des réactions vives voire violentes.*» Il a même prédit : «*Ça va devenir de plus en plus fréquent.*» Pour autant, assure au *Figaro* le président de Génération Z, Stanislas Rigault, «*ce n'est pas parce qu'on comprend qu'on tolère le comportement d'une frange minoritaire*». Comprendre : les «***accélérationnistes***», qui s'occupent d'aggraver le délitement pour marcher plus vite vers la fracture. **Ces individus fortement politisés qui acceptent «*l'idée de générer le mal à partir du moment où il peut déclencher une réaction immunitaire*»,** dit Jean-Yves Camus de l'Observatoire des radicalités politiques, ne se trouvent pas qu'à l'ultra droite. Dans son étude «Jeunesses plurielles» publiée en février 2022, le sociologue Olivier Galland montre que **la tolérance à la violence des jeunes, en hausse générale, s'accroît à mesure qu'ils se politisent auprès des franges radicales, notamment celles de gauche.** Et les partis qui s'en réclament ne repoussent pas systématiquement cette violence d'une main effarouchée. Ils peuvent la juger légitime.

## La violence

Ainsi la députée **La France Insoumise (LFI) Alma Dufour** considère que «***le rapport de force qui se joue dans la rue peut faire changer les choses***» notamment quand cette radicalité a «***le but le plus légitime qui soit : préserver la planète***». Ou notre système de retraites ou nos acquis sociaux... Sa formation est régulièrement accusée par ses opposants de «***bordéliser***» la société dans le but de ***faire progresser ses idées***. Pendant sa campagne, **Jean-Luc Mélenchon** présentait la présidentielle comme «***la dernière station avant le désert***». Avec des «*défis positifs*», certes, mais une perspective funeste en cas de défaite. «*Si nous ne changeons pas la donnée politique des décisions, nous entrerons dans la phase où (...) on passera du déclassement à l'affaissement.*»

Subtil tour de passe-passe de la part d'un parti qui tient ce genre de propos : **pour refiler la boule puante du «parti-qui-appelle-au-chaos», la France Insoumise accuse le gouvernement de l'incarner.** Ainsi le député François Ruffin, au micro de BFMTV, le 24 mars, à propos d'Emmanuel Macron : «*Il a une*

*stratégie du chaos, c'est lui qui installe le désordre social par sa politique. C'est un pyromane qui se présente ensuite comme un pompier qui va rétablir l'ordre».*

**Pour Sandrine Rousseau, députée EELV, c'est l'approche «pragmatique» des soi-disant modérés qui, en décevant, a contribué à transformer le chaos en un horizon acceptable puisque prometteur de changements** *«Ça me rend dingue. Mais force est de constater qu'on ne peut qu'attendre. La politique n'a pas pris conscience de l'ampleur du problème. Je suis terrorisée depuis que je suis à l'Assemblée Nationale : on est dans le Titanic et on discute des nuages.»* Autour d'elle, de nombreux jeunes, ses étudiants, des militants *«réfléchissent à abandonner leurs études, ne consomment plus du tout, décident en fait de se passer de cette société. Je ne porte aucun jugement de valeur sur leurs choix mais ils se dépolitisent, soupire-t-elle. Et pourtant ils sont très en colère».* *«Au moins, dit-elle, ils ont conscience du problème. J'attends de voir comment ils vont peser.»*

Étonnamment, Pierre-Romain Thionnet du Rassemblement national de la jeunesse (RNJ), un proche de Jordan Bardella, partage ce constat. S'il ne croit pas que *«tout est foutu»* et déplore l'anxiété des attentistes, il leur reconnaît *«une forme de lucidité, que ce soit pour les militants écolo ou les inquiets de l'immigration. Paradoxalement, ces gens sont rassurants. Ils n'en ont pas rien à faire.»*

## **Vivre malgré tout**

L'attente du chaos étant liée au pessimisme, il est permis d'imaginer ceux qui l'évoquent avachis au fond d'un canapé, les yeux vagues, la main dans un pot de chips. Certains sont certainement dans cet état. Mais parmi la dizaine de personnes ayant accepté de nous répondre, aucune ne l'est. Toutes continuent de vivre. Nina travaille dans la branche développement durable d'une grande entreprise. Alma songe à suivre une formation du soir qui lui permettrait d'obtenir un jeu de cartes plus chanceux dans l'existence. Philibert se prépare à accueillir son deuxième enfant, essaie de mettre de l'argent de côté pour s'acheter une maison dans les bois. De toute façon les bus n'arrivent jamais à l'heure.

\*Un rapport parlementaire de juin 2019 estimait qu'environ 3000 personnes étaient en France affiliées à cette mouvance.

\*\*Ce prénom a été changé

19 juin 2023 (Le Figaro)

[Jean-Pierre Robin: «Prélèvements obligatoires records, taxe foncière... Les impôts s'envolent» \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## «Prélèvements obligatoires records, taxe foncière... Les impôts s'envolent»

Par [Jean-Pierre Robin](#)

Publié hier à 15:34, mis à jour hier à 15:58



216934238/Pcess609 - stock.adobe.com

### **ANALYSE - Pourquoi la fiscalité augmente bien plus vite que les revenus des gens.**

Pas de hausse d'impôt: tel est le totem et le tabou de la macronie. Pour son chef, qui en a fait une image de marque depuis son accession à l'Élysée, en 2017, pour ses apôtres ministériels, dont c'est un impératif catégorique. Et pour ses commentateurs zélés en mal de formules choc: «*Macron a rendu obscène le fait d'augmenter les impôts*», vient ainsi de s'extasier [Alain Minc](#). «*Obscène: ce qui blesse ouvertement la pudeur*», selon le dictionnaire. C'est donc avec une discrétion de violette que la fiscalité française continue d'enfler inexorablement.

Malgré les promesses de ne pas relever les impôts et en dépit de la suppression de certains - ISF, taxe d'habitation, redevance télé -, les Français voient en effet leurs charges fiscales et sociales progresser toujours plus rapidement que leurs revenus depuis 2017. En voici trois signes manifestes, plus ou moins visibles, et qui en apportent la preuve, chacun à sa façon: l'ensemble des prélèvements obligatoires ne cesse de grossir, la taxe foncière s'envole, et la sibylline CRDS (contribution pour le remboursement de la dette sociale) a été prolongée en catimini d'une dizaine d'années.

Regardons tout d'abord les prélèvements obligatoires, terme générique englobant les impôts et les cotisations sociales: ils ont pulvérisé leurs records historiques l'an dernier. Quelque 1197 milliards d'euros sont entrés dans les caisses de l'État et des autres administrations, en augmentation de 8 % sur l'année précédente selon l'Insee. Alors que le PIB (produit intérieur brut) n'a progressé que de 5,7 % en valeur (en incluant l'inflation), le poids des prélèvements rapportés au PIB a donc bondi, passant mécaniquement de 44,3 % en 2021 à 45,4 % en 2022. Encore plus qu'en 2017, précédent record (45,1 %).

Certains bons esprits seront certes tentés de voir dans l'abondance de recettes fiscales et sociales une marque de bonne santé. Tel Gabriel Attal, le ministre des Comptes publics: «*Les rentrées d'impôt sur les sociétés ont atteint 62 milliards d'euros: c'est le montant le plus élevé de l'histoire, alors qu'on a le taux le plus bas de l'histoire (passé de 33 % à 25 %). Taxer moins, c'est un levier de compétitivité et d'attractivité, donc ça fait Rentrer des recettes*» (entretien au Figaro, 1<sup>er</sup> février 2023). On saisit le raisonnement: trop d'impôt tue l'impôt, selon le mantra libéral des années 1980 ; en réduisant les taux d'imposition, on favorise l'activité, gage de rentrées fiscales.

Mais c'est aussi un sophisme de gros calibre, car cela ne saurait cacher ce fait indéniable: jamais la pression fiscale (et sociale) n'a été aussi élevée (45,4 %). On peut s'en étonner car personne ne contestera que certains barèmes d'imposition ont été allégés (à la notable exception de la CSG des retraités les plus aisés). Que s'est-il donc passé de si chagrinant pour les contribuables qui ont vu leur douloureuse accrue quoi qu'on en dise? La réponse nous est donnée par le rapporteur général du Haut Conseil des finances publiques, Éric Dubois, dans une note explicative sur «l'élasticité des prélèvements obligatoires au PIB».

## Taxes peu visibles

Élasticité: de combien les prélèvements augmentent-ils quand l'activité économique et les revenus (le PIB) progressent de 1 %? Si les taux d'imposition et les cotisations sociales étaient tous le même - une flat tax -, ce serait également de 1 %. Or, ce n'est pas le cas. Les impôts sont pour la majorité d'entre eux très progressifs (impôt sur le revenu, IFI, droits de mutation à titre gratuit). De même, il existe plusieurs taux de TVA et les cotisations sociales varient selon le niveau de salaire. Il convient donc d'examiner chaque impôt et l'évolution de son assiette pour en évaluer le rendement. Ainsi les Français qui ont rogné l'an dernier sur leurs dépenses d'alimentation (TVA de 5,5 %) pour préserver leurs dépenses de carburant (TVA de 20 %) auront acquitté plus de TVA pour un même budget de consommation. Au total, l'imposition globale se fait à taux fortement progressif en France, toutes formes de prélèvements confondus. En 2022, l'élasticité des prélèvements obligatoires au PIB a été de 1,6 - quand le PIB progressait de 1 %, les prélèvements augmentaient de 1,6 % -, a calculé François Ecalte, du site Fipeco. Quelle que soit l'ampleur de certains allègements de barèmes consentis par ailleurs (au moment de la crise des «gilets jaunes», notamment), ils ont été très loin de compenser la progressivité des rentrées fiscales dont l'élasticité est plus ou moins supérieure à 1 selon les années.

Deuxième manière de gonfler les recettes fiscales, il suffit de relever les barèmes. Même si c'est un tabou dans la macronie, il y a des exceptions. La taxe foncière en est une, dont la loi de finances 2023 a décrété une revalorisation de 7,1 % des bases locatives, bien plus que l'inflation, avec liberté laissée aux villes de majorer la part communale de cet impôt (à Paris ce sera 51,9 %). Dans la psychologie collective, la taxe foncière, qui collecte environ 38 milliards d'euros chez les «propriétaires» (58 % des Français le sont) passe mieux que d'autres!

Troisième signe que la fiscalité augmente bel et bien, et d'autant plus facilement qu'on en fait supporter la charge sur les contribuables à venir: la CRDS. De peu d'apparence avec son taux de 0,5 % et la même assiette de recouvrement que la CSG, sa mission est de financer la montagne de dettes sociales. Créée par Alain Juppé en 1996, elle devait s'éteindre en 2009. Prolongée alors jusqu'en 2024, elle l'a été à nouveau à l'été 2020, en pleine crise du Covid, pratiquement sans débat, cette fois jusqu'en 2034. Incolore, la CRDS peut paraître indolore... Une vétille qui fait entrer dans les caisses une dizaine de milliards d'euros chaque année. Rien d'obscène, car peu visible.

15 juin 2023 (The Economist)

[Cormac McCarthy was the great novelist of the American West \(economist.com\)](#)

American bards

## Cormac McCarthy was the great novelist of the American West

His fiction faces a bloody past and never looks away

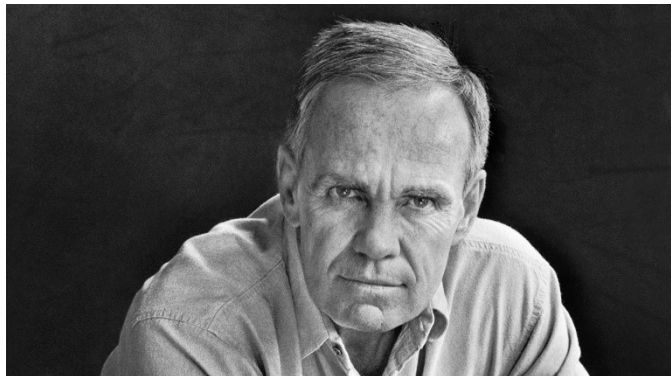


image: getty images

Jun 14th 2023 | NEW YORK

William Faulkner is the bard of the American South. Saul Bellow is the supreme chronicler of Chicago. New York is contested territory. For a long time, Wallace Stegner could have laid claim to the West. But that was before Cormac McCarthy hit his stride.

To understand the [American West](#), you need to know the land and its beautiful, terrifying expanse, as Stegner did. But in his fiction Mr McCarthy, who died on June 13th at the age of 89, grasped and dramatised another essential truth: that the West was won with violence. The saga of the region's piecemeal incorporation into America involved bravery, gumption and careful planning—but also decades of brutal, intimate bloodshed. It haunts every strip mall and stylish restaurant and housing development from Kansas City to Los Angeles and beyond. This was Mr McCarthy's subject: the reality and implacability of cruelty and conflict.

The great theme of his career is all the more striking because this was not his native territory. He was born in Providence, Rhode Island, in 1933 with the first name Charles. At some point he changed it to Cormac, supposedly in honour of an Irish ruler, and he grew up mostly in Knoxville, Tennessee. His early novels—“The Orchard Keeper” (published in 1965), “Child of God” and “Suttree”—were deeply Faulknerian: arch, self-referential and largely plotless.

He gained fame with his “Border trilogy”: “All the Pretty Horses” (1992), “The Crossing” and “Cities of the Plain”. Like all his fiction these were demanding stories, but they won him a wider readership, especially “All the Pretty Horses”. Elegant and well plotted, it was made into a film starring Matt Damon and Penélope Cruz at the start of their careers. The best book in the trilogy was the last. It was austere, bloody and hopeless, as the West had been for those on the losing end of its conquest.

The best film adaptation of Mr McCarthy's work was the Coen brothers' version of “No Country for Old Men”, a slim, propulsive, noirish novel published in 2005. A wonderful film that was true to the author's vision, it featured commanding performances from Josh Brolin as the foolish hero; Javier Bardem as his psychopathic nemesis; and Tommy Lee Jones, who imbues the sheriff of the story with a world-redeeming, plain-spoken goodness. Published in 2006, and recounting the plight of a father and son in a post-apocalyptic world, [“The Road”](#) won a Pulitzer prize and also became a film.

But Mr McCarthy's best novel—and arguably the best work of fiction written in English in the past 50 years—was “Blood Meridian”. Its narrator, “the kid”, joins a gang of Apache hunters who are hired to

collect scalps at \$100 apiece. Despite his deeds the kid, like Mr Jones's sheriff, has a stubborn decency, though it proves no match for his milieu.

Mr McCarthy based the book in part on the real-life Glanton Gang, scalp-hunters who haunted what is now Sonora, New Mexico, and bits of Arizona. It features one of literature's most pitiless and vibrant depictions of vice, in the form of a quasi-mythical character, fat and hairless, who becomes the novel's amoral centre. Its plot is relentlessly violent, the language almost biblical. Finishing it takes determination; at times it seems perversely intent on persuading readers to give up. The baroque descriptions of gore include a tree with dead babies hanging from the branches and a head split open "to the thrapple".

Persist: "Blood Meridian" makes art out of man's inhumanity to man. To read it is to know what not to do and how not to live, but also to confront an aspect of the past that all Americans inherit. It is not exactly redemptive; rather it bears witness. Mr McCarthy does not look away. He never did.

He lived a deeply unliterary life in the south-west, preferring the company of scientists to authors. He gave few interviews and appeared uninterested in fame (though the daring of his books suggests a fierce ambition). If his [last two novels](#), published in 2022, were too abstract and psychological for some, they were also works of striking vibrancy and originality from an author who was nearly 90. In his mature prose Mr McCarthy was wholly himself, original and distinctive. For a novelist there is no higher praise.

15 juin 2023 (The Economist)

[Fiscal policy in the rich world is mind-bogglingly reckless \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Recklessly red

## Fiscal policy in the rich world is mind-bogglingly reckless

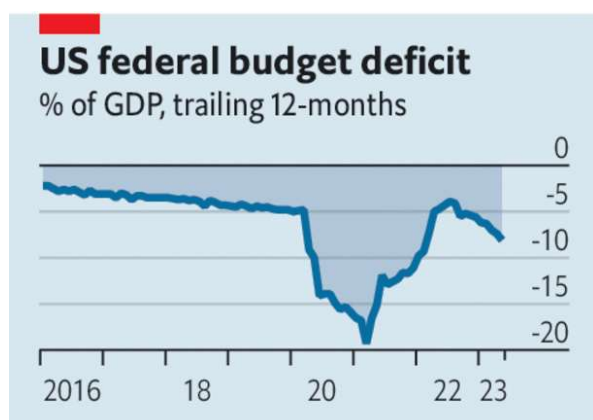
High inflation and low unemployment requires tighter budgets not looser ones



Jun 14th 2023

The dire state of rich-world governments' budgets would make even the luxury-loving Madame Bovary wince. America has avoided a debt-ceiling disaster, but **in the year to May the federal government's revenue fell short of its spending by \$2.1trn, or 8.1% of gdp. In the European Union politicians are finding that rising interest rates mean the debts financing much of the bloc's €800bn (\$865bn) in post-pandemic recovery spending threaten to drain the common budget.** Japan's government recently omitted from its economic-policy framework a timetable for balancing its primary budget, which excludes interest payments but is still in the red by more than 6% of gdp. And on June 13th Britain's cost of borrowing for two years rose above the levels reached after its calamitous "mini-budget" in September.

Global fiscal policy does not only look reckless—it is also unsuited to today's economic circumstances. **High inflation and low unemployment mean the world needs tight policy, not loose.** On June 14th the Federal Reserve held interest rates steady while it waited for more signals about the health of the economy. But with underlying inflation above 5%, few believe it will stand pat for long. **As we published this leader, the European Central Bank was poised to raise interest rates again.** The Bank of England will almost certainly follow on June 22nd; with nominal pay rising at an annual rate of 6.5%, Britain is uniquely exposed to the threat of a wage-price spiral.



The Economist

Politicians' failure to get the memo is mind-boggling. **America's deficit has previously exceeded 6% only in periods of turmoil:** during the second world war, after the global financial crisis and, most recently, following covid-19 lockdowns. **Today no such disaster makes vast emergency spending necessary.** Even the energy crisis in Europe that resulted from Russia's invasion of Ukraine is in

**abeyance. The main effect of all this lavish borrowing has been to stimulate economies, forcing interest rates higher than they would otherwise need to go.**

**Higher interest rates make financial instability more likely. They also affect government budgets.**

For every one-percentage-point rise in rates, the British government's debt-service costs rise by 0.5% of gdp within a year. One reason America faces a revenue shortfall is that the Fed's profits, which flow into the Treasury's coffers, have turned to losses as the central bank has had to pay more interest on the money it created to buy bonds during the stimulus years. These feedback effects matter. **Monetary policy controls inflation only if budgets are prudent, which becomes less likely as interest bills mount.**

**Yet politicians' efforts to change course have been paltry.** Even after the "Fiscal Responsibility Act", which lifted America's debt ceiling and trimmed spending, net public debt is forecast to rise from 98% of gdp today to 115% by 2033. The British government, having planned to tighten its belt last year, now reportedly hopes to cut taxes. **The euro zone looks solid enough as a whole but many of its member states are fragile.** At the interest rates now priced in—and they could yet rise further—bringing down **Italy's** already huge debt-to-gdp ratio at the glacial pace of one point per year over several decades probably requires surpluses before interest payments of 2.4% of gdp.

**All the while, pension and health-care systems face the strain of an ageing population; reaching net-zero carbon emissions requires public investments; and defence spending needs to rise to counter the threat posed by autocracies.** **These demands on the state are not unworthy. But if governments want to satisfy them, they will need to raise taxes to do so—or accept the eventual inflationary consequences.**



15 juin 2023 (L'Express)

[Véra Nikolski : "Les femmes n'ont pas attendu le capitalisme pour être opprimées" - L'Express \(lexpress.fr\)](#)

IDÉES, jeudi 15 juin 2023 1394 mots, p. 72

Véra Nikolski :

« Les femmes n'ont pas attendu le capitalisme pour être opprimées »

ALIX L'HOSPITAL

Pour l'auteure de *Féminicène*, l'industrialisation et les progrès médicaux ont eu un impact majeur sur l'émancipation des femmes. Tout recul matériel ferait d'elles les premières victimes... PROPOS RECUEILLIS PAR ALIX L'HOSPITAL

C'EST UN LIVRE D'UNE RARE FINESSE, dans une époque qui se laisse parfois dépasser par le poids des idées qui la traversent, quitte à en oublier le réel. Dans *Féminicène* (Fayard), la normalienne et docteure en science politique Véra Nikolski lie l'amélioration du sort des femmes à la révolution industrielle - et non pas aux luttes féministes, qu'elle qualifie auprès de L'Express de « couronnement d'un processus d'émancipation qui a débuté à la fin du XIXe siècle quand, précisément, les femmes ont commencé à voir leur situation s'améliorer grâce au progrès technique ». Loin de limiter son analyse à cette seule (mais nécessaire) mise au point, l'auteure met aussi en garde contre le recul que pourraient représenter, pour les femmes, les bouleversements à venir de nos sociétés, prises en étau entre crise des ressources et crise climatique.

*Dans votre livre, vous développez la thèse selon laquelle la mécanisation et le capitalisme ont eu un impact positif sur la cause des femmes. Mais on pourrait vous répondre que cela n'a pu être profitable aux femmes que parce que certaines ont fait en sorte que la technique s'intéresse à leur cas.*

Véra Nikolski Je ne remets pas en cause le fait que des femmes ont essayé d'agir sur le cours des choses, mais une idée ne gagne jamais par sa seule force de persuasion. Les revendications proto-féministes de la fin du XVIIIe et du début du XIXe siècles, portées par certaines pionnières (ou par des hommes, tel le marquis de Condorcet), sont longtemps restées isolées. Pour que les discours féministes portent, il a d'abord fallu que les femmes acquièrent des moyens de pression.

Les luttes féministes n'ont pas été l'impulsion mais le couronnement d'un processus d'émancipation qui a débuté à la fin du XIXe siècle quand, précisément, les femmes ont commencé à voir leur situation s'améliorer grâce au progrès technique. L'industrialisation, fondée sur le recours massif à l'énergie, a entraîné plusieurs conséquences majeures : la dévaluation de la force physique, qui rend la plupart des métiers accessibles aux femmes; l'apparition d'un secteur tertiaire; la demande pour le travail féminin salarié. Sans compter les progrès médicaux! Bien avant l'arrivée de la pilule, les vaccins, la pasteurisation, l'asepsie et les antibiotiques ont permis de faire chuter la mortalité infantile. Or celle-ci forçait jusque-là les femmes à beaucoup procréer pour assurer leur descendance - ce qui les empêchait de pouvoir se consacrer à d'autres tâches.

L'ensemble des objets constituant l'infrastructure matérielle de nos sociétés, qu'il a fallu inventer, concevoir et fabriquer à l'échelle industrielle, contribue à offrir aux femmes du temps libre, une maternité choisie et une autonomie financière. En ce sens, l'émancipation des femmes a bénéficié du processus d'enrichissement général de nos sociétés. L'extension des structures collectives de sécurité sociale, qui prennent en charge les enfants et mettent les avancées médicales à la disposition de tous, a parachevé ce mouvement. Ce n'est que dans ce contexte propice que les luttes féministes ont pu s'épanouir à partir des années 1970.

*Comment expliquez-vous que le féminisme moderne en soit arrivé à identifier dans le capitalisme et le productivisme l'ennemi de la cause des femmes?*

L'idée d'« intersectionnalité » des luttes consiste à supposer que les opprimés et les discriminés seraient tous victimes d'une même cause. Par exemple, la source de l'oppression des femmes serait la même que celle des discriminations racistes ou des inégalités sociales. Ainsi, il y aurait deux camps homogènes : les opprimés et les oppresseurs. Cette hypothèse s'ancre dans des convictions généreuses et humanistes, mais

**le monde est plus compliqué que cela : un facteur peut opprimer un groupe et pas un autre, et même opprimer un groupe d'un côté tout en l'émancipant par ailleurs.** Historiquement, l'assimilation entre capitalisme et patriarcat est d'autant plus fallacieuse que la domination masculine est un fait anthropologique très ancien, tandis que le capitalisme est beaucoup plus récent. **Autrement dit, les femmes n'ont pas attendu le capitalisme pour être opprimées.** Au contraire, l'avènement du capitalisme a progressivement rendu l'idéologie patriarcale caduque, car les conditions objectives de son existence ont disparu. **Certes, l'idéologie a pendant un temps résisté, mais on doit constater qu'aujourd'hui, en Occident, c'est l'idée d'égalité entre les sexes qui s'impose.**

*Reste que la plupart des tâches que les femmes actives externalisent, comme la garde des enfants, sont encore souvent réalisées par d'autres femmes...*

Ce qui a permis aux femmes de s'émanciper ne se limite pas à cela. Ne pas avoir à faire pousser ses légumes, ni à aller chercher de l'eau au puits, ni à laver son linge à la main, ni à coudre ses vêtements soi-même... Toutes ces tâches, jadis assurées par les femmes, sont aujourd'hui externalisées au profit de métiers exercés souvent par des hommes. Un seul exemple (mais on pourrait « décomposer » ainsi tout notre quotidien) : **essayez d'imaginer la somme du travail industriel nécessaire pour faire fonctionner un lave-linge - l'extraction d'énergie et de métaux, la construction d'usines, de machines-outils, d'un réseau électrique, etc. C'est toute l'infrastructure de nos sociétés thermo-industrielles qu'il faut prendre en compte.**

*Si l'émancipation féminine est due à la civilisation thermoindustrielle, reposant sur des sources d'énergies abondantes et peu chères, les femmes doivent-elles s'inquiéter de la fin de l'abondance annoncée par l'ensemble de la communauté scientifique?*

*Absolument.* On met souvent l'accent sur le combat contre les idées réactionnaires, mais les conditions matérielles sont le soubassement invisible, et nécessaire, de l'égalité hommes-femmes. **Nos sociétés vont faire face à deux crises : la crise des ressources et la crise climatique, qui sont, ironiquement, la conséquence du même système productiviste qui a permis aux femmes de s'émanciper.** Ces deux crises - et d'autres problèmes, comme la montée de l'antibiorésistance - vont se télescoper pour venir bouleverser notre mode de vie. La raréfaction des sources d'énergie (et donc la réduction des échanges) et la fragilisation des systèmes agricoles vont déstabiliser profondément nos économies, mais aussi nos institutions. **Ces bouleversements risquent d'être violents, et les femmes en seront les premières victimes.** La détérioration de nos systèmes de santé, la résurgence de l'importance de la force physique, l'augmentation de la violence... tout cela risque de remettre en question l'égalité entre les hommes et les femmes, et d'entraîner un retour vers une forme de division sexuelle du travail. La plupart des féministes sont écologistes, mais elles ne croisent pas réellement féminisme et écologie. **Comme si les idées féministes avaient une chance de survivre intactes dans un monde aujourd'hui en crise. En ignorant la fragilité des conditions sur lesquelles repose leur émancipation, elles ne se donnent pas les moyens de les préserver.**

*Quel reproche faites-vous au féminisme contemporain?*

**Il survalorise les idées et néglige la matière.** Les arguments biologiques ayant longtemps servi à justifier l'infériorité des femmes, les féministes ont eu raison de se rebeller contre cette instrumentalisation; mais, depuis, elles assimilent toute mention de la différence entre les sexes à un argument normatif. **Pourtant, Simone de Beauvoir elle-même ne niait pas l'importance du matériel dans l'existence des femmes.** « **On ne naît pas femme, on le devient** », soit. **Mais elle expliquait par ailleurs comment le corps des femmes a été un facteur de leur infériorisation.**

Les féministes se concentrent sur la réclamation de nouveaux droits et le combat pour le changement des mentalités. **Mais ces droits et ces mentalités n'existent que tant que les conditions matérielles les rendant possibles restent réunies.** Pour schématiser, cela nous fera une belle jambe, dans un monde en effondrement, d'avoir le droit à la pilule : si celle-ci n'est plus produite à l'échelle industrielle ni distribuée massivement sur l'ensemble du territoire, ce droit deviendra vide de sens. **Une partie des combats féministes sont totalement tributaires de nos conditions de vie contemporaines, dont on a tendance à oublier le caractère exceptionnel au regard du reste de l'histoire.** En ce sens - très positif -, **ils constituent un luxe.** Et plus on a à

coeur de préserver l'égalité entre les sexes, plus on doit chercher à limiter l'impact des crises à venir sur l'infrastructure matérielle qui rend ce luxe possible.

15 juin 2023 (L'Express)

[Pacte vert européen : combien de divisions ? - L'Express \(lexpress.fr\)](#)

Climat et transitions, dimanche 11 juin 2023 745 mots

## Pacte vert européen : combien de divisions?

Cécile Maisonneuve

**Pendant que la France et l'Allemagne s'opposent sur l'énergie, la Chine et les Etats-Unis accroissent leur influence.**

Pause! L'appel à une pause réglementaire européenne en matière de législation environnementale lancé par Emmanuel Macron le 11 mai dernier fait des émules. Le Premier ministre belge l'a rejoint le 23 mai. Du côté espagnol, même demande émanant du centre droit, qui pourrait ravir le pouvoir au gouvernement socialiste de Pedro Sanchez lors des législatives du 23 juillet. Cette voix compte particulièrement alors que l'Espagne s'apprête à prendre la présidence du Conseil au second semestre de cette année. L'approche des élections européennes de juin 2024 n'est sans doute pas étrangère à ce consensus grandissant alors que la mise en oeuvre du Pacte vert remodèle des secteurs clefs de l'économie du Vieux Continent, et notamment l'industrie automobile. Chacun commence à compter ses divisions... Mais il est d'autres types de divisions qui expliquent cette volonté de pause.

**Les divisions intra-européennes d'abord.** L'Allemagne est en récession, dépourvue de politique énergétique crédible : c'est l'industrie allemande elle-même qui le dit en votant avec ses pieds. Selon la puissante Fédération de l'industrie allemande, 16 % des entreprises de taille moyenne sont en train de faire les démarches nécessaires à leur délocalisation tandis que 30 % disent vouloir le faire. C'est rien moins que le fameux modèle du Mittelstand - le vaste réseau de petites et moyennes entreprises - qui est grippé, c'est-à-dire le moteur de l'économie allemande : 99 % du tissu entrepreneurial national, 60 % des emplois, 52 % de la production économique totale!

Ce sont ces entreprises qui sont derrière l'ajout de dernière minute d'une exemption à la loi interdisant la vente de véhicules à moteur thermique en 2035 en faveur de ceux qui fonctionnent exclusivement avec des carburants synthétiques. Le blocage actuel, par Paris, du texte sur l'accélération du déploiement des énergies renouvelables pour y faire reconnaître la place de l'énergie nucléaire relève de la même logique : l'avenir de la compétitivité de ce qu'il reste d'industrie en France et la possibilité d'en rebâtir une.

### Une triple incohérence

En réalité, est-ce vraiment le tempo des réformes environnementales européennes qui est en cause? Critiquer le rythme de mise en oeuvre du Pacte vert est éminemment paradoxal au regard de la lenteur des processus de décision et de déploiement des politiques européennes, que fait ressortir plus que jamais l'exécution au pas de charge de l'Inflation Reduction Act américain, qui produit déjà des effets importants. Le problème sous-jacent est beaucoup plus profond car il concerne la cohérence même de la politique européenne. La politique énergétique des pays européens est-elle cohérente avec la politique d'électrification de la mobilité et du chauffage (pompes à chaleur)? A la lecture des récents scénarios de RTE sur la demande d'électricité, le premier mot qui vient à l'esprit est celui de "pari". D'aucuns argueront des prix trop élevés des voitures électriques qui en empêchent à ce jour la massification : c'est ne pas voir le tsunami qui est en train de se dérouler concernant les exportations de véhicules électriques chinoises. La démocratisation de la mobilité électrique en Europe va être permise par la Chine.

**D'où une deuxième incohérence de la politique verte européenne : la décarbonation de l'économie à moindre coût est-elle possible sans la Chine? La réponse est non.** Le Premier ministre néerlandais l'a dit sans ambages. Or reconnaître le couplage euro-chinois fait apparaître une troisième incohérence, qui n'est pas la moindre : est-il compatible avec l'alliance euro-atlantique, plus que jamais nécessaire pour contrer la menace russe?

La réponse est donnée par **Jake Sullivan, conseiller à la sécurité nationale de Joe Biden**, dans un discours fondamental, prononcé le 27 avril, pour expliquer la nouvelle doctrine internationale américaine, qui vaut sur les plans tant économique que stratégique : **"Les Etats-Unis entendent utiliser une nouvelle politique industrielle stratégique pour revitaliser simultanément la classe moyenne américaine et la démocratie américaine, tout en luttant contre le changement climatique et en établissant une avance technologique durable sur la Chine. [...] Nous poursuivrons sans vergogne notre stratégie industrielle chez nous, mais nous nous engageons sans ambiguïté à ne pas laisser nos amis derrière nous. Nous voulons qu'ils nous rejoignent."**

**Autrement dit, qui m'aime me suive. La décarbonation de l'économie européenne dépend donc aujourd'hui de la Chine; mais la survie de son industrie, de son alignement sur le nouveau consensus de Washington : voilà qui devrait nourrir une belle campagne européenne!**

*\* Cécile Maisonneuve est fondatrice de Decysive et conseillère auprès du centre Energie et Climat de l'Ifri*

15 juin 2023 (L'Express)

[Pénurie de médicaments : la recette miracle des Etats-Unis - L'Express \(lexpress.fr\)](https://www.lexpress.fr/actualites/santee/penurie-de-medicaments-la-recette-miracle-des-etats-unis_1871111.html)

Amériques, lundi 12 juin 2023 763 mots

## Pénurie de médicaments : la recette miracle des Etats-Unis

Hélène Vissière

**En relocalisant la production, un consortium d'hôpitaux et de fondations privées libèrent les Etats-Unis de leur dépendance à la Chine et à l'Inde.**

Dans les hôpitaux, le manque de médicaments pour les chimiothérapies se fait cruellement sentir. Les pharmacies ont du mal à trouver des anesthésiques, des collyres pour le glaucome, des antibiotiques et même du paracétamol pour enfant. Exacerbées par la pandémie, les pénuries de médicaments ont augmenté de près de 30 % entre 2021 et 2022 aux Etats-Unis, selon un récent rapport du Sénat américain.

La faute d'abord aux marges très faibles sur les génériques. Leur prix a baissé de moitié depuis 2016, estime le chercheur Anthony Sardella, de la Washington University, à Saint-Louis (Missouri). Résultat, de moins en moins de labos en produisent et lorsque l'un d'eux ferme ses portes, l'impact est énorme. Récemment, Akorn, une société pharmaceutique spécialisée dans une centaine de génériques (dont le salbutamol utilisé pour les problèmes respiratoires), a fait faillite, provoquant des ruptures de stock. Il ne reste désormais aux Etats-Unis qu'un seul fournisseur de ce produit précieux pour les asthmatiques. "Et ces prix très bas ont un coût élevé", a résumé Anthony Sardella, lors d'une audition à la Chambre des représentants. La raison : pour maintenir des tarifs compétitifs, les labos rognent sur les dépenses à tous les niveaux au détriment de la qualité, ce qui entraîne des fermetures de sites à répétition et des retards d'approvisionnement.

Dans la même logique, beaucoup de sociétés pharmaceutiques sous-traitent ou ont délocalisé leur production en Inde ou en Chine. Près de 80 % des usines qui produisent les substances actives des médicaments sont situées hors des Etats-Unis. "Cette dépendance excessive aux productions étrangères pose un risque pour la sécurité nationale", met en garde le rapport. "La pandémie nous a fait prendre conscience de la vulnérabilité de notre chaîne d'approvisionnement", commente Kevin Schulman, professeur de médecine à l'université de Stanford (Californie), qui fait une analogie avec Apple : "Le groupe de Tim Cook trouve ses matières premières sur les mêmes marchés, la Chine et l'Inde. Mais il est responsable de la qualité, des prix et de l'approvisionnement, alors que pour les médicaments on a créé un système où personne n'est tenu responsable."

### Des solutions "exportables"

**En 2018, un consortium d'hôpitaux et de trois fondations philanthropiques a décidé de court-circuiter les géants pharmaceutiques en lançant son propre laboratoire afin de réduire les pénuries chroniques et les hausses de prix imprévisibles qui s'ensuivent. Civica Rx produit aujourd'hui une soixantaine de génériques injectables, des antidouleurs aux anesthésiques, tarifés un peu au-dessus du prix de marché, à plus de 1 500 hôpitaux. Il a monté un réseau de sous-traitants en différents endroits du territoire et est en train de construire une usine en Virginie. "Jamais personne n'avait fait cela, c'est un énorme succès", poursuit le Dr Schulman, dont les recherches ont inspiré le concept de Civica.**

"Une clef de sa réussite, c'est son modèle de développement innovant", affirment Carter Dredge et Stefan Scholtes dans un article publié dans TheNew England Journal of Medicine. Civica Rx est une entreprise à but non lucratif, sans actionnaires ou dividendes et son financement provient d'hôpitaux et d'organisations philanthropiques qui ont donné ou prêté à bas taux plus de 100 millions de dollars. Elle n'a ainsi pas à doper ses revenus pour satisfaire actionnaires et investisseurs. Civica, ensuite, "a décidé de voir grand et loin". Elle a négocié dès le départ des contrats à long terme avec des centaines d'hôpitaux qui se sont engagés à lui acheter à prix fixe pendant au moins cinq ans 50 % de leurs besoins potentiels sur ces médicaments. L'entreprise est de ce fait assurée de débouchés stables, même si ses concurrents baissent leurs tarifs. En 2020, elle a lancé une autre initiative avec des compagnies d'assurances pour fournir à bas prix aux pharmacies des génériques coûteux.

Elle vient d'annoncer un contrat avec l'Etat de Californie pour produire de l'insuline au prix de 30 dollars le flacon, une fraction du montant payé aujourd'hui par les Américains sans assurance.

Ni Civica ni les quelques programmes similaires ne vont régler tous les problèmes de l'industrie du médicament. "Mais l'initiative a réussi à faire bouger les choses et à prouver qu'il existait des solutions", conclut le Dr Schulman. Selon lui, **"le modèle est exportable"**. En Europe, où les pénuries de médicaments et la dépendance à l'Asie font l'objet de toutes les préoccupations? En attendant, Eli Lilly, Novo Nordisk et Sanofi, qui contrôlent le marché de l'insuline aux Etats-Unis, ont annoncé une baisse de leur prix...

15 juin 2023 (L'Express)

["L'islamophobie fait vendre" : quand Mathilde Panot piétine la laïcité et le féminisme - L'Express \(lexpress.fr\)](#)

France POLITIQUE, jeudi 15 juin 2023 579 mots, p. 32

Gloubi-boulga

## Mathilde Panot piétine la laïcité et le féminisme

LAURELINE DUPONT

**La cheffe de LFI à l'Assemblée a multiplié les amalgames dans un tweet rageur qui n'augure rien de bon pour cette gauche.**

D'abord, la sidération. Puis, l'inquiétude, immense, devant un tel gloubiboulga de mots, de combats, d'idées. « Nous traversons une crise sociale sans précédent, une attaque massive des libertés sous Macron, une sécheresse ultraprécoce et une guerre alimentaire se pro-file. **Le Parisien** fait sa Une sur la tenue des femmes musulmanes. Pour ce journal comme beaucoup d'autres : l'islamophobie fait vendre. Surtout quand elle s'attaque aux femmes. » Ainsi tweete Mathilde Panot, présidente du groupe La France insoumise à l'Assemblée nationale. Parce que la bêtise n'épargne personne, voici l'élue concurrencée quelques heures plus tard, sur Twitter toujours, par l'un de ses collègues, le député LFI Thomas Portes : « **L'islamophobie fait vendre. Derrière elle tue aussi. A vomir.** » Il arrive qu'en observant les réactions hâtives des uns et des autres sur les réseaux sociaux, on les trouve parfois un peu sottes ou, souvent, peu nuancées. Mais il y a, dans le concours d'indignation auquel se livrent les deux élus, tellement plus qu'une nuance disparue ou un accès de sottise.

**Les amalgames de Mathilde Panot annoncent le pire pour la gauche, sa gauche en tout cas, celle qui se complaît dans l'assignation identitaire et voit comme un progrès social le sabotage de la laïcité. L'abaya, cette robe ample couvrant le corps des femmes, devient sous la plume de l'élue LFI « la tenue des femmes musulmanes ». Réduction des musulmanes à leur tenue, réduction de leur tenue à un vêtement revendiqué par des religieux extrémistes... « Tout en parlant à la place de celles qu'elle prétend défendre, s'insurge dans L'Express le philosophe Raphaël Enthoven. Assignation et paternalisme. Identitarisme et condescendance. » Et voici les femmes embarquées avec Panot dans une lutte pour le port d'un vêtement couvrant imposé non pas par une religion, mais par l'interprétation rigoriste de celle-là. Quel incroyable vent de liberté souffle sur la gauche et sur le féminisme!**

L'indignation de Mathilde Panot souffre d'un autre paradoxe : la hiérarchisation des luttes. Regrettant que le quotidien s'intéresse à des questions liées à l'islam et à la laïcité tandis que bien des maux secouent le monde et la société, l'élue LFI signifie que certains sujets devraient être passés sous silence afin de laisser la place aux grands, aux vrais problèmes. **C'est curieux, chez les Insoumis, ce besoin d'avoir l'indignation sélective. Il y a un an de cela, presque jour pour jour, le maire écologiste de Grenoble, Eric Piolle, défrayait la chronique en mettant à l'ordre du jour de son conseil municipal l'autorisation du port du burkini dans les piscines de sa ville.** Mathilde Panot avait-elle tweeté pour dire son étonnement, même son désarroi, face à ce choix? Sans doute la « crise sociale », la « sécheresse ultraprécoce », la « guerre alimentaire » n'avaient-elles pas encore frappé les esprits en mai 2022.

**Difficile de ne pas déceler dans son cri de colère du jour un abandon. Celui de la laïcité, bien sûr, mais aussi, surtout, celui de l'universalisme.** Quelques jours plus tôt, le député LFI François Ruffin présentait ses excuses après avoir déclaré qu'une loi sur le changement de genre à 16 ans sans l'accord des parents n'était pas « ce qu'on doit placer au cœur de notre projet ». Il entendait défendre un projet de société s'adressant à tous avant de s'adresser à une communauté. En quelques heures, il a rétro-pédalé, apeuré. **La gauche de la gauche serait-elle condamnée à devenir une gauche identitaire?**



15 juin 2023 (Atlantico)

[Les relocalisations : plus un fantasme politique qu'une véritable stratégie industrielle | Atlantico.fr](#)

ATLANTICO BUSINESS

## Les relocalisations : plus un fantasme politique qu'une véritable stratégie industrielle

Relocaliser. Les responsables politiques n'ont que ce mot à la bouche. Emmanuel Macron ne manque pas une occasion pour confirmer ce choix. Tantôt sur les batteries, tantôt sur la pharmacie. Le projet politique n'engage que celui qui l'écoute.

[Jean-Marc Sylvestre](#)

Les relocalisations industrielles sont devenues l'obsession des hommes politiques et le remède miracle pour insuffler de l'activité et sauver le pays du déclin.

Au cours des trente dernières années, la France a perdu la plupart de ses usines parce que ses industriels ont trouvé plus avantageux de fabriquer les produits qu'ils vendaient dans des pays à faible coût de main d'œuvre. La Chine est devenue l'usine du monde et l'Occident a utilisé une partie de ses friches industrielles pour y installer des hypermarchés bourrés de références « made in Asia ». La France notamment avait pensé vivre sans usine, en produisant sa richesse avec des services et des intelligences. Quelle utopie parce qu'en réalité, les dirigeants politiques français, de gauche ou de droite, ont surtout trouvé dans les délocalisations le moyen facile d'offrir du pouvoir d'achat immédiat, donc ils ont laissé faire, sans évaluer les conséquences à moyen terme : à moyen terme on a retrouvé un pays déséquilibré avec des zones entières désertées, un chômage structurel irréductible et des métropoles qui sont devenues trop puissantes et trop riches.

Les activités industrielles qui représentaient plus de 30% du PIB sont tombées à 10%, ce qui est dérisoire, obligeant le pays à importer l'essentiel de ses produits d'équipement courant.

La France a développé certes une très belle industrie du luxe, devenant même champion du monde, la France a réussi à conserver une belle industrie agro-alimentaire, automobile, aéronautique et navale. Ce n'était pas cher et tout le monde était content jusqu'au jour où on s'est aperçu que certaines importations devenues obligatoires étaient en risque de rupture, de pénurie ou même de fièvre inflationniste. Pour des raisons politiques, techniques, et financières, certains de nos fournisseurs pouvaient parfaitement nous couper les approvisionnements et mettre certaines filières en difficulté, comme pendant le covid où l'on ne trouvait plus de composants électroniques ou de médicaments.

Face à ce risque là, mais aussi face à la nécessité de réanimer des activités industrielles dans des régions abimées socialement par la crise, les responsables politiques se sont lancés dans de stratégies de relocalisation industrielle. La communication est facile à faire passer et la promesse peut être séduisante.

La réalisation, en revanche, risque d'être un peu plus délicate. Emmanuel Macron a enfourché ce cheval de bataille. Après avoir rêvé de faire de la France une startup nation, il cherche à reconstruire un appareil industriel. Il y a moins d'un mois, il inaugurerait une première méga-usine de batteries électriques dans le nord de la France après avoir un peu forcé la main des constructeurs automobiles européens. Cette semaine, il perçait l'abcès dans la pharmacie en décidant d'affranchir l'industrie d'une dépendance coupable à l'égard de la Chine. Au total, la France devrait pouvoir construire sur son sol près de 400 médicaments essentiels à la santé et à notre indépendance.

Ces initiatives-là sont intéressantes certes, à conditions qu'on explique les conditions de la mutation, les efforts et les changements que ça implique notamment chez les consommateurs. Sinon ces projets de délocalisation finiront en fantasme politique.

1er point : les délocalisations ne relèvent pas d'une religion universelle parce que les échanges internationaux sont très utiles pour optimiser les intérêts de chacun . Les lois du marché au niveau international ne sont pas forcément perverses , elles rencontrent parfois des acteurs qui , eux, sont pervers.

2e point ; le protectionnisme est envisageable pour protéger certains intérêts stratégiques mais dans la grande majorité des activités , le protectionnisme porte le risque d'appauvrir le pays et de l'asphyxier . On a toujours intérêt à jouer les partitions qu'on connaît le mieux et à profiter des avantages comparatifs. La concurrence est facteur de progrès . Le problème est d'équilibrer les échanges.

A priori , la relocalisation n'est envisageable qu'à deux conditions :

1ère condition, la relocalisation est souhaitable quand la source d'approvisionnement appartient à un pays sensible capable de tout couper au mépris des contrats signés.

Dans ce cas, la souveraineté est menacée. Quitter la Chine n'est pas aberrant dans la mesure où la Chine n'a pas respecté ses engagements et notamment la réciprocité des accords avec les Occidentaux. Elle est obligatoire quand le pays est en guerre en dépit des traités internationaux comme c'est le cas de la Russie .

Donc les Occidentaux ont raison d'essayer de s'affranchir des pays vendeurs d'énergies fossiles ou de certains pays autoritaires , la Chine et la Russie . Les Occidentaux n'ont pas d'autre choix que de vouloir se doter d'usines pour fabriquer les batteries , les puces électroniques et les médicaments

2e conditions , la relocalisation implique d'expliquer les conséquences pour le consommateur parce que la « délocalisation » à un coût . Ça coûte forcément plus cher de fabriquer des médicaments en France que de les importer de Chine . Il va donc falloir les payer plus cher . Qui va payer dans le cas du médicament , des batteries , des puces ? Évidemment les consommateurs , directement à la caisse du magasin ou par le biais des impôts .

**Le coût de la délocalisation va s'ajouter au cout de la transition écologique . Fabriquer en France et dans des conditions « vertes et décarbonées » sera forcément financé par le consommateur . Le gouvernement n'a pas été assez clair sur ce point . Les militants de la souveraineté et des relocalisations sont complices des militants écologistes. Ils sont coupables de ne pas reconnaître que cette mutation va coûter extrêmement cher et nécessitera des choix nécessaires mais douloureux.**

15 juin 2023 (Le Point)

[Bac 2023 : Raphaël Enthoven met ChatGPT KO \(lepoint.fr\)](#)

## Bac 2023 : Raphaël Enthoven met ChatGPT KO

REPORTAGE. Alors que les bacheliers ont planché sur la philo ce 14 juin, le philosophe a décidé de défier l'IA sur l'un des sujets de l'épreuve. Qui aura la meilleure note ?

Par [Héloïse Pons](#)



Le philosophe Raphaël Enthoven a défié ChatGPT pour l'épreuve de philosophie ce mercredi 14 juin 2023.

Publié le 14/06/2023 à 18h29

Quelques heures seulement après les élèves de terminale, c'est au tour de [Raphaël Enthoven](#) de se pencher sur l'épreuve de philosophie du baccalauréat 2023. S'il a pris l'habitude de se prêter à cet exercice tous les ans, cette fois, il se confronte à un adversaire inédit : ChatGPT.

Ce n'est pas dans une classe de lycée, mais au sein de la récente [Paris School of Technology & Business](#), dans le 11<sup>e</sup> arrondissement de Paris, que vont s'affronter, dans deux salles distinctes, le philosophe et l'intelligence artificielle. Derrière l'IA se cachent deux experts de cette technologie : Mahdi Zargayouna, docteur en informatique (Paris Dauphine-PSL) et directeur adjoint du laboratoire GrettiaA (Génie des réseaux de transports terrestres et informatique avancée) de l'université Gustave-Eiffel, et Frédéric Guez, consultant et formateur en développement informatique. Le but de ces derniers ? Faire mouliner la machine pour permettre à [ChatGPT](#) de sortir la meilleure copie possible.

En amont de l'épreuve, ces experts ont entraîné l'intelligence artificielle : ils lui ont fourni les informations sur le programme de la classe de terminale, ainsi que des hypothèses sur le sujet susceptible de tomber le jour J.

Devant l'école, comme un lycéen, [Raphaël Enthoven](#) fume une dernière cigarette avant d'entrer dans la salle 2 qui l'attend, sujet sur la table, pour l'épreuve. Une foule de caméras le suit, mais il les arrête vite : « Il faut que je me concentre, j'ai une heure pour faire une épreuve de quatre heures pour les étudiants, et face à un sérieux concurrent », plaisante-t-il.

### Un « supplément d'âme » chez l'humain ?

L'enjeu de cette confrontation, « ce match des intelligences » : voir qui aura la meilleure note, certes, mais aussi savoir distinguer la copie du philosophe de celle de la machine. [Éliette Abécassis](#), femme de lettres, philosophe, et l'une des correctrices des deux copies, affirme : « Je pense qu'il sera

possible de distinguer une véritable différence entre les deux copies. » Dans le texte de Raphaël Enthoven, elle s'attend à trouver « une analyse humaine, une forme de morale, un supplément d'âme ». Une dimension que ChatGPT – l'IA l'admet elle-même quand on lui pose la question – ne pourra « jamais intégrer ».

Posez les stylos, lâchez les claviers ! En réalité, cela fait déjà trente minutes que ChatGPT a terminé l'épreuve quand Raphaël Enthoven rend sa composition. Une goutte de sueur sur le front, il se sent « un peu fatigué », mais est-il inquiet du résultat de la confrontation avec l'IA ? Pas du tout, assure-t-il. « Une machine est aussi loin de devenir philosophe qu'on est loin de la Lune en montant sur un escabeau. L'enseignement de la philosophie se fait avec le cœur. On transmet un désir avant même de transmettre une méthode, et la méthode est elle-même dictée par une intuition, ce qu'une intelligence artificielle n'est pas capable d'avoir. Elle manque de chair, de colonne vertébrale, de tout. L'objet de ma présence est de pointer le fait que la philosophie est immunisée contre son grand remplacement par l'intelligence artificielle. »

Sujet du match : Le bonheur est-il affaire de raison ? Du côté des experts en intelligence artificielle, le prompt – c'est-à-dire la manière de s'adresser à ChatGPT pour lui formuler des requêtes – fait plus de 40 lignes. On demande à ChatGPT de faire des références aux philosophes clés du thème, de sortir des banalités, d'utiliser des anecdotes et des citations, de rédiger trois parties... Jusqu'au fait de bannir certaines expressions, très propres à ChatGPT, comme un « en somme » en conclusion. « Ça aurait été plus rapide d'écrire la dissertation directement », lance, amusé, Raphaël Enthoven.

## ChatGPT KO

Roulement de tambour... Raphaël Enthoven : 20/20. ChatGPT : 11/20. « Il y a une différence notable entre les deux copies, et ce, dès les premiers mots », soulève Éliette Abécassis. « Peut-être que, si un autre philosophe avait remplacé les chercheurs en IA, le match aurait été plus serré. »

« La copie de ChatGPT n'a même pas de problématique et pas vraiment d'opposition, ajoute Lev Fraenkel, professeur de philosophie et autre correcteur des deux copies. L'IA a fait des phrases longues et creuses, sans argumentation réelle, même si elle a placé quelques citations pour essayer de briller. C'est ici une machine à fabriquer de l'eau tiède. »

Ravi, Raphaël Enthoven sort de l'école. Alors, a-t-il réussi à inverser la tendance depuis le célèbre affrontement en 1997 entre Deep Blue et Kasparov où la machine a réussi à battre le champion d'échecs ? « Aux échecs, la machine peut exceller, mais en philosophie, il n'y a pas de danger », rassure-t-il. « La vraie question n'est pas de savoir quand la machine nous échappera, mais plutôt ce qui fait que nous échappons à la machine. » À vos stylos...

15 juin 2023 (Le Point)

[Décivilisation : Jérôme Fourquet analyse les raisons d'un « pétage de plombs » \(lepoint.fr\)](#)

## Décivilisation : Jérôme Fourquet analyse les raisons d'un « pétage de plombs »

Avènement de l'enfant roi, règne de la consommation, fin du magistère de l'Église, etc. : le politologue analyse le phénomène qui touche notre société.

Propos recueillis par [Saïd Mahrane](#)



**Jérôme Fourquet.** Le politologue est notamment l'auteur de « L'Archipel français » (Seuil).

Publié le 15/06/2023 à 07h22

**I**l est l'homme qui, par l'observation de multiples signaux faibles, a su donner une cohérence à un phénomène devenu global dans notre société : la décivilisation. Derrière ce mot emprunté au sociologue Norbert Elias, [Jérôme Fourquet](#), l'auteur du fameux *Archipel français* (Seuil), décrit un recul du sens commun, une montée des tensions collectives et des réactions primaires aussi bien au travail, dans les loisirs que dans les transports ou les services publics. Ce « *pétage de plombs* », selon son expression, passe par de petites incivilités, celles du quotidien qui empoisonnent la vie, comme par une violence physique débridée qui peut conduire à la mort. Les villes et les campagnes, les classes populaires et celles favorisées, les Français comme les immigrants sont concernés par cette perte de civilité. Comment en sommes-nous arrivés là ?

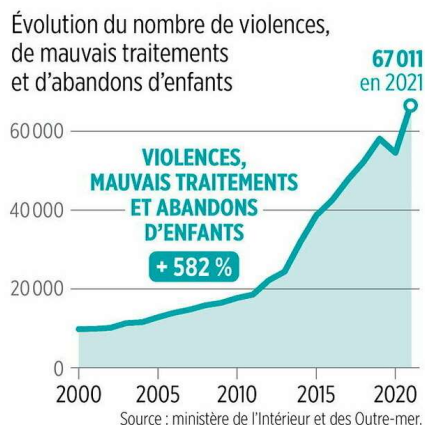
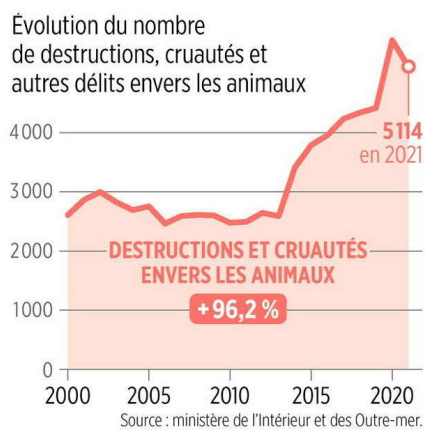
**Le Point :** Peut-on voir dans la décivilisation une conséquence de la fragmentation du pays que vous avez détaillée dans « L'Archipel français » ?

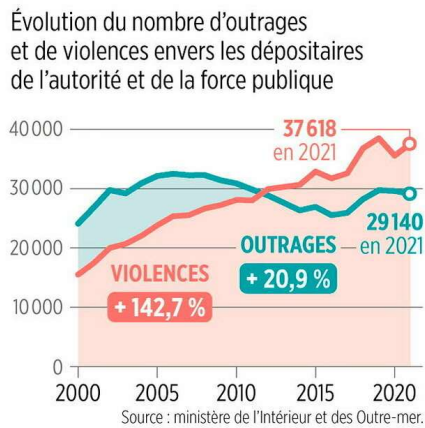
**Jérôme Fourquet :** Comme nous l'avons écrit dans un précédent numéro du *Point*, le processus de décivilisation que nous décrivons en partant des travaux de Norbert Elias renvoie à plusieurs phénomènes de nature différente, qui tiennent notamment à la façon dont la psyché se structure dès le plus jeune âge et dont les mécanismes d'autocontrôle et les inhibiteurs psychologiques se mettent en place. Sur ce plan, la fragmentation du pays ne pèse guère. En revanche, on peut défendre l'idée que, dans un environnement « archipelisé », le respect de règles de civilité et de conduite communes à tous s'impose moins facilement que dans un environnement culturellement plus homogène. Et, en retour, les manifestations de ce processus de décivilisation dans la vie quotidienne, comme la perte de civilité, l'irascibilité, l'agressivité, voire la violence, accélèrent l'archipélisation de la société et le repli à l'intérieur de bulles protectrices. Le sociologue Benoît Coquard montre, par exemple, comment les jeunes adultes des milieux populaires vivant en zone rurale se sont détournés des

bistrot « mal fréquentés » pour privilégier les apéros à domicile entre proches. De la même façon, le spectaculaire engouement pour les trampolines avec filets, qui trônent dans bon nombre de jardins, renvoie à la volonté des parents « d'avoir un œil sur leurs enfants », alors qu'il y a quelques décennies on les laissait plus facilement aller jouer à l'aire de jeux voisine.

**Vous décrivez une société immature qui n'arrive plus à intégrer les mécanismes d'autocontrôle nécessaires dans une collectivité. Qu'est-ce qui permettait, il y a quelques décennies, de les assimiler ?**

Cette capacité à prendre sur soi, à canaliser ses affects et à gérer la frustration ou la contrariété était transmise dès le plus jeune âge via l'éducation dans les familles. L'avènement de l'enfant roi et les changements des modes d'éducation ont manifestement rendu moins efficiente l'intériorisation de ces mécanismes d'autocontrôle. D'autres institutions que la cellule familiale participaient également à la diffusion des règles de civilité et d'une culture de bienveillance. C'était le cas notamment de l'école, dans laquelle on dispensait très régulièrement des leçons de morale, qui disparurent après Mai 68. Parallèlement, au début des années 1960, l'Église, qui prône le respect et l'amour du prochain, jouissait encore d'un puissant magistère puisque, d'après les données de l'Ifop, à la veille de Vatican II, 35 % des Français se rendaient à la messe tous les dimanches. En face, comme dans l'Italie de Don Camillo et Peppone, l'« Église rouge », le Parti communiste français, rassemblait à l'époque près de 25 % des voix. Comme l'a raconté George Orwell, dans la Grande-Bretagne de l'après-guerre - mais ce constat vaut aussi pour la France -, le monde ouvrier partageait un système de valeurs que l'auteur du *Quai de Wigan* nomme la *common decency*. La simplicité, la solidarité et l'entraide n'étaient pas immanentes, mais le produit d'une histoire et d'une sociabilité propre au mouvement ouvrier. Or, comme le souligne Bruce Bégout, Orwell doutait régulièrement de la persistance de cette décence commune dans les sociétés contemporaines, « où d'autres valeurs, dictées à présent par l'industrie du loisir mondialisé et l'idolâtrie de la puissance économique, dominant ».





**Le cadre familial, jusqu'à récemment, semblait amortir la disparition des grandes structures sociales que vous décrivez, en conférant aux individus des règles de respect, de maîtrise de soi et d'altruisme. Qu'en est-il aujourd'hui ?**

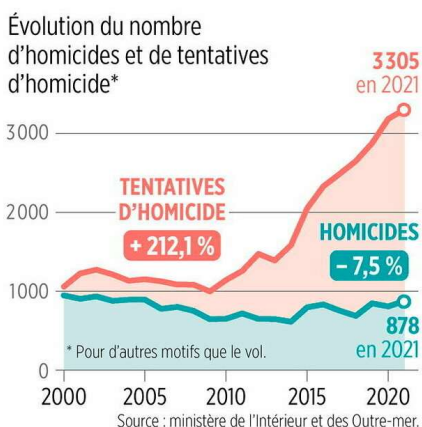
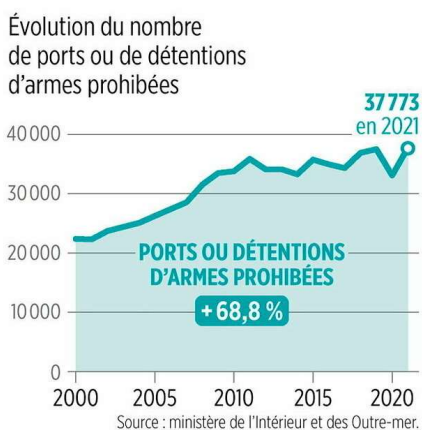
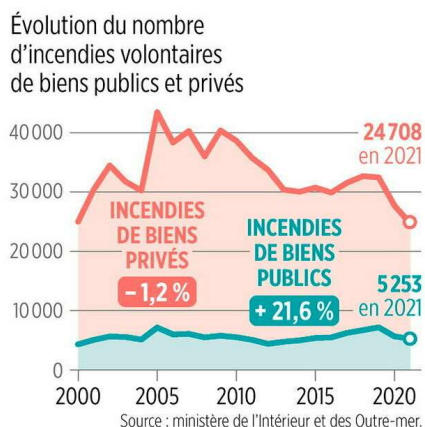
C'est encore le cas, heureusement, dans bon nombre de familles, même si, d'une manière générale, le culte de l'enfant roi rend sans doute la transmission et l'inculcation de ces règles moins efficaces. Par ailleurs, Jean-Pierre Le Goff évoquait dans son livre *La Fin du village* ce qu'il appelle la « déglingue », à savoir la déstructuration de la cellule familiale, associée à une précarisation sociale frappant certains groupes sociaux. Cette « déglingue », si elle demeure nettement minoritaire, gagne néanmoins du terrain, ce qui ne favorise pas la transmission de ces règles de civilité et de bonne conduite.

**Une maîtrise imparfaite de la langue expliquerait également le recours à l'agressivité ou à la violence. Comment expliquez-vous cette corrélation ?**

Les travaux de nombreux linguistes ont montré qu'une moindre maîtrise du langage limitait la capacité des individus à verbaliser leurs points de vue et les pénalisait dans le cadre de leurs interactions avec autrui. Ce handicap peut déboucher dans certaines circonstances sur le fait que ces individus manifestent de l'agressivité voire recourent à la violence pour exprimer physiquement ce qu'ils ne parviennent pas à formuler correctement par le langage. Or, au cours des dernières décennies, le niveau de maîtrise de la langue française a baissé, d'abord parmi les scolaires, puis progressivement dans la population. Le vocabulaire employé est moins fourni et la langue, relâchée. Des études l'ont mesuré, mais on le constate empiriquement quand on compare par exemple des micros-trottoirs réalisés auprès de Français ordinaires dans les années 1960 et ceux qui sont tournés aujourd'hui.

**Norbert Elias insistait sur l'importance de l'écrit dans les processus de civilisation. L'écriture numérique a-t-elle les mêmes vertus civilisatrices que l'écriture manuscrite ?**

L'écriture cursive participe de la structuration de la pensée et son apprentissage passe par l'inculcation de règles formelles qui sont beaucoup moins respectées avec l'écriture numérique, sans même parler des textos ou des commentaires sur les réseaux sociaux... Parallèlement, on peut également évoquer la désormais beaucoup plus forte exposition passive des très jeunes enfants aux écrans qu'il y a quelques décennies. Cette pratique a de lourdes conséquences sur le développement cognitif et psychologique de l'enfant. Les enseignants des petites classes détectent très vite les élèves qui ont été mis devant un écran le matin avant l'école. Ils ont plus de difficultés à se concentrer que leurs camarades et sont plus agités, l'incorporation des règles de conduite dont parle Norbert Elias semblant moins efficace.



**Certains, à l'extrême droite, estiment que vous écartez du champ de l'analyse la question migratoire, qui expliquerait les principales manifestations de cette décivilisation. Que leur répondez-vous ?**

Les multiples symptômes de cette décivilisation - abaissement de la civilité, agressivité et tensions plus fréquentes entre les individus, augmentation des violences à l'égard des forces de l'ordre, mais aussi des maires, des pompiers, des médecins, des arbitres de foot amateurs, des personnels de guichet ou bien encore des chauffeurs de bus - n'émanent pas que des populations issues de l'immigration. Il s'agit d'un phénomène, de mon point de vue, beaucoup plus large qui concerne des pans entiers de la société. Certains facteurs exposés précédemment, comme la moindre maîtrise de la langue française, la déstructuration de la cellule familiale et la précarité sociale, notamment, s'observent plus fréquemment dans une partie des familles issues de l'immigration, ce qui peut certes y accentuer le processus de décivilisation. Mais, encore une fois, ce phénomène est global et affecte d'une manière générale un public beaucoup plus large.



15 juin 2023 (NZZ)

[Sibylle Berg: Bei Fragen zur Biografie folgt Post ihres Anwalts \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

Sie hat sich mit Erich Honecker angelegt, war DDR-Kampftaucherin und hat einen furchterlichen Autounfall überlebt. Das alles berichten Medien über Sibylle Berg. Aber stimmt das auch?

Mit ihren sarkastischen, von brutalen Szenen durchsetzten Romanen ist Sibylle Berg berühmt geworden. Auch ihre eigene Biografie wirkt wie ein Roman. Wer dazu kritische Fragen stellt, bekommt Post von Bergs Anwalt.

**Lucien Scherrer**

15.06.2023, 05.30 Uhr



«Ich lüg dann eh nur»: die Autorin Sibylle Berg, laut Medienberichten geboren 1952, 1962, 1966 oder 1968. Katharina Lütcher

Im Jahr 1991, vielleicht auch 1992, hat Sibylle Berg einen Unfall. Sie hat sich einen BMW Z1 geliehen, 83 000 D-Mark teuer, handgefertigt, mit versenkbaren Türen und 225 km/h schnell. Die Mauer ist weg, Sibylle Berg will von Hamburg nach Weimar fahren, ihre Heimatstadt, eine Rückkehr im Triumph soll es sein. Doch auf der Autobahn bei Hannover passiert es. Ein Drängler taucht im Rückspiegel auf, Berg will ausweichen, verliert die Kontrolle über den Sportwagen, überschlägt sich mehrmals. Das Scharnier des Cabriodachs bohrt sich in ihren Kopf, bleibt kurz vor der Hirnhaut stecken. Klinisch tot wird Berg geborgen. Ihre Stirnhöhle ist seither weg, ihr Gleichgewichtssinn ebenfalls. Sie muss 19-mal, 20-mal oder auch 22-mal operiert werden, man muss ihr Plastikteile unter das Gesicht ziehen.

«Fast so, als hätte sie es erfunden»

Jetzt, rund 30 Jahre später, ist Sibylle Berg eine der bekanntesten Schriftstellerinnen und Theaterautorinnen im deutschsprachigen Raum, ihre Bücher werden in 34 Sprachen übersetzt. **Wegen ihres Hangs zu Dystopien und drastischen Schilderungen von Sex, Verbrechen und herausquellenden Innereien ist sie mit Michel Houellebecq verglichen worden.** Sie hat zahlreiche Preise erhalten, den Bertolt-Brecht-Preis und den Grand Prix Literatur. Die Medien geben ihr Titel wie «**Untergangsprophetin**» oder «**erbarmungsloseste Schriftstellerin Deutschlands**».

In ihren jüngsten Werken wie «**GRM Brainfuck**» lehnen sich Randständige gegen neoliberale Überwachungsstaaten und «rechtsnationale Idioten» auf. Sozialhilfeempfänger massakrieren in Gedanken hässliche wohlthätige Christen mit der Machete und stopfen ihnen zum Abschied eine Büchse Bohnen in den Mund.

**Seit 1996 lebt Sibylle Berg in Zürich. Ihr Leben fasziniert Journalisten fast noch mehr als ihre Bücher.** Der Unfall zum Beispiel ist in vielen namhaften deutschsprachigen Zeitungen erwähnt worden, er findet sich bei Wikipedia, in Magazinen wie dem «Spiegel» und Fernsehbeiträgen, untermauert mit Gitarrenriffs und Fotos von zerstörten BMW. **Schliesslich ist da noch Sibylle Bergs Flucht aus der DDR – diesem, wie sie es zu**

**nennen pflegt, «grauen Drecksland», in dem «alte Nazis Kommunismus spielten».** Die ARD bemerkte einmal, Bergs Lebensgeschichte wirke «fast so, als hätte sie sie erfunden». Es war nicht misstrauisch gemeint, sondern bewundernd.

### **Die Kindheit verbringt sie in Weimar. Oder in Rumänien**

Sie selber kokettiert in Interviews gerne damit, dass sie «Vergangenheit nicht irrsinnig interessant» finde, «vor allen Dingen meine nicht». Gleichzeitig füttert sie Journalisten und Filmemacher laufend mit neuen Anekdoten, etwa von den betrunkenen Goldgräbern, die ihren Fotografen niederschossen wollten, als sie im Amazonasgebiet auf Reportage war. **Da die Medien seit über 25 Jahren weiterverbreiten, zitieren und abschreiben, was Sibylle Berg erzählt, ist tatsächlich eine einzigartige Biografie entstanden: Sie zeigt, was dabei herauskommt, wenn Journalisten, Verlagsleute und Enzyklopädisten auf eine fabulierfreudige Schriftstellerin treffen.**

**Gemäss in den Medien verbreiteten Angaben wird Sibylle Berg 1952, 1962, 1966 oder 1968 in Weimar geboren.** Sie ist eine Frühgeburt, ihre Mutter Bibliothekarin, dem Alkohol verfallen, der Vater Musikprofessor. **Als es mit der Trinkerei schlimmer wird, gibt die nunmehr alleinstehende Mutter ihre Tochter bei Pflegeeltern in Obhut, linientreue Kommunisten, die je nach Darstellung in Weimar, Berlin, Rangsdorf oder Constanta (Rumänien) leben.** Da beide Pflegeeltern ebenfalls Musikprofessoren sind, muss das Kind klassische Konzerte besuchen und Aufsätze über die Darbietungen schreiben, was seine Beziehung zur Klassik nachhaltig stört. Dafür ist sie bereits als Kleinkind von Edgar Allan Poe inspiriert.

Mit zehn Jahren kehrt Sibylle Berg nach Weimar zurück zu ihrer alkoholkranken Mutter. Sie hat keine intakte Familie und dauernd Zahnschmerzen. **In einem Beitrag für das Magazin «Reportagen» schreibt Berg später, was Zahnarztbesuch in der DDR heisst: «mit Fusspedal betriebene Bohrer, keine Betäubung».**

In der Schule treten ihr Lehrer in den Hintern, belästigen sie sexuell, auf der Strasse spucken Passanten vor ihr aus. **Sie beobachtet Touristen in eierschalenfarbenen Kleidern, die in Weimar mit bebender Hand über die Fassade von Goethes Wohnhaus streichen und sich weder für Buchenwald noch für die DDR-Diktatur interessieren. Nebenbei** arbeitet sie als Puppenspielerin in Naumburg an der Saale. Oder sie sitzt zusammen mit anderen Ausreisewilligen und Dissidenten im Café «Residenz», hört in feuchten Kellern Langhaarigen zu, die subversive Gedichte vortragen. **In der «Jugendvereinigung der Armee» lässt sie sich zur Kämpferin ausbilden, man bringt ihr bei, nachts zu tauchen und Minen an Boote des Klassenfeindes zu heften.**

### **Ein Brief an Erich Honecker und eine Gasexplosion**

**Weg aus der DDR will sie trotzdem, den Rest der Welt sehen. 1984, nach anderen Angaben 1982, schreibt sie einen Ausreiseantrag** – und zwar direkt an den Genossen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, unter Berufung auf «irgendeinen Absatz der Menschenrechtskonvention». Bereits am nächsten Tag wartet die Stasi vor der Haustüre. Die «Genossin Puppenspieltheaterchefin» teilt ihr mit, sie brauche nicht mehr zur Arbeit zu kommen.

**Der Vater, der linientreue Kommunist, distanziert sich von ihr, als Musikprofessor kann er sich keinen Kontakt zu einer Staatsfeindin erlauben. Das Ministerium für Inneres zitiert sie zum Verhör. Ein Stasi-Scherge setzt sie in den Zug Richtung Westberlin, denn wer nutzlos ist, wird abgeschoben, ihr Pass wird vernichtet. Kurz nachdem Sibylle Berg in einem Übergangslager in Marienfelde angekommen ist, begeht ihre Mutter Suizid.** Sie steckt den Kopf in den Gasofen ihrer Weimarer Wohnung, es gibt eine Explosion, das halbe Haus fliegt in die Luft.

**So jedenfalls berichten «Spiegel», «Cicero» und die «Thüringer Allgemeine» im Jahr 2012, als Berg längst zur Starkolumnistin und Erfolgsautorin aufgestiegen ist.** Ein Weg, der keineswegs vorgezeichnet ist. Denn nach ihrer Flucht in den Westen wird die junge Frau von den Alliierten verhört, bekommt Dosensuppe zu essen und reist nach einem Aufenthalt in der Quarantäne weiter ins Tessin, wo sie sich im **Teatro Dimitri in Verscio zum Clown ausbilden lassen will.** In der Schule des Clowns gibt es allerdings nichts zu lachen, denn Sibylle Berg friert und hungert so sehr, dass sie sich «Zeugs in Gärten und Supermärkten» zusammenklauen muss und Gelenkrheuma bekommt. Wegen Unfähigkeit schmeisst man sie raus.

## **Den Mauerfall verpasst sie, beim Fichenskandal ist sie dabei**

Nach ihrem Intermezzo im Tessin hält sich Sibylle Berg in Westdeutschland auf, wo sie folgende Berufe ausübt: Versicherungsvertreterin, Werbetexterin, Ghostwriterin, Tierpräparatorin, Gärtnerin, Lexikaverkäuferin, Köchin, Putzfrau sowie Kassiererin in einer Disco, wo sie «monströse Fehlbeträge» produziert. Dazu studiert sie Ozeanologie und Politikwissenschaften in Hamburg, nach eigenen Worten aber nur bruchstückhaft.

**Den Fall der Berliner Mauer vom 9. November 1989 verpasst sie, weil sie, wie sie 2019 in einem Interview sagt, gerade an einem Ort auf der Welt ist, an dem es keine deutschen Nachrichten gibt, «vermutlich in Bangladesch». In jenem November 1989 hält sie sich jedoch auch in der Schweiz auf, denn sie bekommt, wie Watson und die «Wochezeitung» 2019 berichten, den Fichenskandal mit.**

Zwei oder drei Jahre später dann der Unfall auf der Autobahn bei Hannover, dieser «Schicksalsschlag» (so die Nachrichtenagentur DPA), der ihr Leben verändert. Sie beginnt zu schreiben, zieht nach Zürich, im Jahr darauf erscheint ihr Debütroman «Ein paar Leute suchen das Glück und lachen sich tot» bei Reclam – ein Kultbuch, böse, blutig und sarkastisch, 400 000-mal verkauft. Und dies, nachdem es, wie Sibylle Berg später erzählt, von 50 Verlagen abgelehnt worden ist.

**Soweit die Lebensgeschichte von Sibylle Berg, wie sie in Beiträgen renommierter Medien in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie in Enzyklopädien erzählt wird. Ob das alles stimmt, ist bis heute ungewiss, aber es klingt offensichtlich so gut, dass es kaum jemand infrage stellt. Das ist umso erstaunlicher, als Sibylle Berg seit Jahren Zweifel sät, was ihre eigene Glaubwürdigkeit betrifft.**

## **Im Umgang mit Journalisten habe sie gelernt «zu faken»**

Sie habe, so sagte sie 2019 in einem Interview mit dem Journalisten Jens Hirsch, «viel Quatsch erzählt, der heute bei Wikipedia steht». Einen Brief an Honecker zum Beispiel habe es nie gegeben. Im 2015 erschienenen Dokumentarfilm «Wer hat Angst vor Sibylle Berg?» wirft sie den Filmemacherinnen gleich zu Beginn vor, sie hätten «ja gar keine Fragen». Und fügt hinzu: «Ich lüg dann eh nur.»

In dem knapp eineinhalbstündigen Beitrag tritt niemand auf, der sie in jungen Jahren gekannt hat oder ihre Geschichten über Unfälle, Stasi-Schergen, Gasexplosionen und Clownschulen bestätigen könnte. Dafür ist Sibylle Berg zu sehen, wie sie mit ihrer Schriftstellerkollegin Helene Hegemann auf einer Parkbank sitzt und ihr erzählt, dass ihr Männer immer an den unmöglichsten Orten ihre Pimmel gezeigt hätten, etwa am Frühstückstisch in einem Charlottenburger Hotel.

Ein anderes Mal sitzt sie an einem Pool und erzählt, wie sie sich in der DDR einst überlegt habe, nackt der Mauer entlangzurennen, um die Wachen abzulenken. In einer weiteren Szene fläzt sie sich auf einem Sofa, anscheinend gelangweilt von den Fragen der Filmemacherinnen, die mehr über ihre Vergangenheit wissen wollen, etwa zur Gasexplosion. «Nee», sagt sie, während es draussen donnert, «da erzähl ich nicht viel mehr dazu. Können wir über etwas Lustiges reden, zum Beispiel (Kunstpause) Steinschlag?»

Interessant ist auch eine Szene, in der Berg mit einem befreundeten Journalisten der «Stuttgarter Zeitung» spricht. Er soll ein Porträt über sie schreiben, nimmt ihr aber nicht wirklich ab, «dass Ihre Mutter Alkoholikerin war und sich mit 'nem Gasofen in die Luft gesprengt hat». Ihre Antwort: «Das zum Beispiel stimmt schon», aber sie habe natürlich nicht gedacht, «dass das jetzt wieder Generationen von Journalisten abschreiben werden, weil es liegt ja viel zu viel Bedeutung auf dem ganzen Zeug, das ist ja irgendwie alles Vergangenheit, von unserem Alltag so weit entfernt, dass es gar nicht mehr relevant ist». Im Umgang mit Journalisten habe sie gelernt, «zu faken und Lügen zu erzählen».

## **Plötzlich wollte sie 1968 geboren sein**

Recherchen der NZZ in Mitteldeutschland ergeben, dass am 2. Juni 1962 tatsächlich eine Sibylle Berg geboren wurde in Weimar. Am Naumburger Theater erinnert man sich zwar daran, dass «die hier gespielt hat». Allerdings weiss man das vom Hörensagen: Leute, die damals mit ihr gespielt haben könnten, sind weggezogen oder tot. Dass Zahnärzte zu DDR-Zeiten ohne Narkose operierten, bezeichnen Zeitzeugen als «Quatsch». Sie erinnern sich an eine Gasexplosion Anfang der 1970er Jahre und an eine Würstchenbude, die 2004 in der Nähe

von Goethes Wohnhaus in die Luft flog. **Von einem Gasunglück, das Bergs Mutter Mitte der 1980er Jahre in den Tod gerissen haben soll, ist ihnen nichts bekannt.**

**Der einzige Musikprofessor, den es während der SED-Diktatur in Weimar gab, hiess Michael Berg.** Er ist 2019 gestorben. **Auf den Todesanzeigen erscheint keine Sibylle Berg.** Dass Michael Berg ihr Vater gewesen sein soll, löst bei ehemaligen Weggefährten Erstaunen aus. Von einer Ex-Frau, die sich in die Luft sprengte, wissen sie nichts. Dass Sibylle Berg zur Taucherin ausgebildet wurde, ist theoretisch möglich, da es in der DDR eine auf Jugendliche ausgerichtete «Gesellschaft für Sport und Technik» gab, die entsprechende Ausbildungen anbot. Auch ihre Ausreisegeschichte könnte sich so abgespielt haben. Das Wissen über solche Geschichten kann man sich jedoch auch mühelos anlesen.

**Belege für ihre Selbstdarstellung als DDR-Dissidentin gibt es bis jetzt keine.** Das Stasi-Archiv in Berlin schreibt auf Anfrage der NZZ, es seien keine Akten zu Sibylle Berg und ihrer Tätigkeit im Naumburger Puppentheater verfügbar. Möglicherweise wurden die Akten 1989 von der Stasi vernichtet, vielleicht sind sie als Schnipsel erhalten geblieben, aber noch nicht zusammengesetzt oder erschlossen worden – und vielleicht gibt es sie überhaupt nicht.

**Sicher ist, dass Sibylle Berg ihre Geschichte laufend modifiziert, relativiert und mit neuen «Fakten» anreichert.** Im Munzinger-Archiv, einem internationalen biografischen Archiv, hat sie Mitarbeiter schon an den Rand der Verzweiflung gebracht. **Dies unter anderem, weil sie darauf beharrte, 1968 statt 1962 geboren zu sein.** Zeitweise war ihr Eintrag mit einem Hinweis versehen, wonach ihre Angaben nicht widerspruchsfrei geklärt werden konnten.

### **Was bei Wikipedia über Sibylle Berg steht**

**Auch ihr Artikel bei Wikipedia ändert ständig.** Manche Informationen über ihre angeblichen Berufserfahrungen als Gärtnerin sind verschwunden, ebenso der Vater, der Musikprofessor gewesen sein soll. **Dafür ist neuerdings zu erfahren, Sibylle Berg habe einen Teil ihrer Kindheit im rumänischen Constanta verbracht. Im Lesebuch «Die Mauer ist weg» aus dem Jahr 2009 schreibt sie dagegen, sie habe den «bewussten Teil» ihrer Kindheit im fast 2000 Kilometer entfernten Rangsdorf erlebt.**

Die Quelle für die Constanta-Geschichte ist, wie bei den meisten biografischen Angaben auf Wikipedia und in den Medien, Sibylle Berg persönlich: Die Fussnoten verweisen auf ihre Aussagen in einem Interview und Angaben auf ihrer Website. Das gilt auch für die Gasexplosion oder den Unfall. Die «Belege» für dieses Ereignis hat Wikipedia in den letzten Jahren mehrmals ausgetauscht. **Letztlich geht es jedoch immer um Medienberichte, die bloss wiedergeben, was Sibylle Berg erzählt hat.**

**Wer einen schweren Unfall erlebt hat, weiss in der Regel das Datum und die Uhrzeit, weil es ein Leben davor und eines danach gibt. Es gäbe Untersuchungsakten der Justiz, Polizeiberichte, Fotos, in spektakulären Fällen auch Medienberichte. Im Fall von Sibylle Berg gibt es bis dato: nichts, nicht einmal eine eindeutige Jahresangabe.** Im Film «Wer hat Angst vor Sibylle Berg?» werden zwar Fotos von demolierten BMW in allen Varianten gezeigt, aber ein Modell Z1 ist nicht zu sehen. **Nach Auskunft der Polizeidirektion Hannover wären allfällige Akten zehn Jahre nach dem Unfall gelöscht worden, also spätestens 2002.**

**Dass es nie einen Autounfall gab ist damit ebenso wenig bewiesen wie dass es ihn gab.** Ein Bekannter von Sibylle Berg berichtet, sie habe schon früher von einem Unglück erzählt. **Allerdings sei es damals um ein weisses Golf Cabrio gegangen, nicht um einen BMW.** In den Medien taucht die Geschichte erst nach Sibylle Bergs Durchbruch als Romanautorin auf. Als ihr «Tages-Anzeiger» und «Facts» 1997/98 die ersten grossen Porträts widmen, ist er noch kein Thema, obwohl die Autorin ausführlich aus ihrem Leben erzählt, etwa über ihre Mutter, die Suizid begangen habe.

**Die einzigen Autounfälle, die damals bekannt sind, spielen sich in Bergs Büchern ab.** Im 1997 erschienenen Debütroman «Ein paar Leute suchen das Glück und lachen sich tot» gibt es eine Szene, in der die Protagonisten Tom und Bettina um eine Kurve rasen und in einen Lastwagen prallen. «Bettina wurde aus dem Wrack geschweisst», so heisst es dort, «auf ihrem Schoss lagen einige Organe, noch gut mit ihrem Körper verbunden.

Eine Metallstrebe steckte in ihrem Kopf. Glücklicherweise hatte sie das Hirn nicht verletzt, so dass Bettina noch einige Stunden Zeit hatte, sich auf ihren Abschied vorzubereiten.»

### **Bei Fragen interveniert ihr Anwalt**

Ob die Romanfigur Bettina die Vorlage für Sibylle Bergs Unfall geliefert hat oder umgekehrt? **Auf Anfrage der NZZ lässt Sibylle Berg ausrichten, sie habe derzeit keine Zeit für ein Gespräch, sie sei in Frankreich auf Recherche für ihren neuen Roman. Auf schriftliche Fragen reagiert sie mit einem Schreiben ihres Anwalts. Dieser wertet die Fragen der NZZ – gibt es Dokumente zu ihrem Unfall?, hat sie ihre Kindheit nun in Rangsdorf oder Constanta verbracht?, kann jemand ihre DDR-Biografie bestätigen? – als «verstörenden Vorstoss in die intimsten Bereiche eines Menschen» und droht mit juristischen Schritten.**

Seine Mandantin sei «Schriftstellerin im Bereich Fiktion und Aktivistin für Datenschutz». **Sie lege gesteigerten Wert auf den Schutz ihrer Privatsphäre, und: «Sie macht ihre Biographie auch nicht zum Bestandteil ihrer PR und spricht durch ihr Werk.»** Zu einem Hintergrundgespräch, das der Anwalt der NZZ anbietet, erscheint niemand. **Die Aussage, wonach Sibylle Berg keine PR mit ihrer Biografie betreibt, wirkt angesichts ihres Medienverhaltens fast komisch.**

**Doch ist es ihr Problem, wenn alles ernst genommen wird, was sie erzählt? Ihr Fall zeigt vor allem, wie schnell wir das kritische Denken vergessen, wenn jemand gute Geschichten erzählt – und Schlimmes erlebt haben will.** Sibylle Berg hat sich mithilfe der Medien zu einer literarischen Figur gemacht. Die Anekdoten, die sie erzählt, sind so zahlreich und oft so vage, was Zeit, Ort und Beteiligte angeht, dass sie kaum nachprüfbar sind. **«Ich erinnere mich an nichts», schreibt sie 2012, als sie für das Schweizer Magazin «Reportagen» nach Weimar reist, «an kein Gefühl, keinen Schritt, keinen Freund.»**

### **Für Journalisten ergibt jede Anekdote einen Sinn**

**Man werde, so sagt eine Mitarbeiterin des Munzinger-Archivs, wohl nie erfahren, wer «die Frau Berg» wirklich sei.** Die Doku «Wer hat Angst vor Sibylle Berg?» liefert dazu keine Antworten. Die Filmereinen Wiltrud Baier und Sigrun Köhler erklären der NZZ, sie hätten Sibylle Berg als «grosse Geschichtenerzählerin» wirken lassen wollen. Geprüft habe man nichts. **Auch dieser Artikel ist letztlich ein Protokoll des Scheiterns: Was stimmt und was nicht, lässt sich kaum feststellen.**

**Sibylle Berg hat damit einen Trend vorweggenommen: Der Mensch bestimmt nicht nur sein Geschlecht, sondern auch seine eigene Biografie.** Passend dazu bezeichnet sie sich inzwischen als «nonbinär» und wünscht mit den Pronomen «they/them» angesprochen zu werden. **«Theys Romane», so schreibt etwa die Buch Basel, seien mit vielen Preisen ausgezeichnet worden.** Auch der Schriftsteller Kim de l'Horizon ist geschlechtlich wie biografisch fluid (gewünschte Pronomen: keine oder dey/dem), hat nach eigenen Angaben Hexerei studiert, ist im Jahr 2666 auf dem Planeten Gethen geboren und heisst eigentlich anders. Bei Kim de l'Horizon ist allerdings klar, was Fiktion ist. Niemand käme auf die Idee, seine Art zu Schreiben mit seinem Hexereistudium zu erklären.

**Sibylle Bergs Lebensgeschichten dagegen haben sich längst verselbständigt. Bei ihr ergibt alles einen Sinn, zumindest für die Medien, die jede Anekdote psychologisch zu deuten wissen.** Ihr Hang zum Makabren zum Beispiel erklärte die NZZ 1997 mit ihren angeblichen Berufserfahrungen als Tierpräparatorin. Ein Jahr später glaubte der «Spiegel» zu wissen, dass die Gewalt und die Unglücksfälle in ihren Romanen ein «Echo» auf ihre von Magersucht, einem Unfall und einer Vergewaltigung geprägten Vergangenheit seien. **Heute gilt der Unfall mit dem BMW als eine Art Urszene für Bergs Abneigung gegen den Kapitalismus, die sie in ihren Büchern und auf Twitter zelebriert; er wird zum «prägenden Element» in der Sicht der Autorin auf unsere von «Gier nach Besitz» geprägte Zeit («St. Galler Tagblatt»).**

Ihre Erlebnisse in der DDR und während des Fichenskandals wiederum erklären angeblich, weshalb sich Sibylle Berg 2018 zusammen mit linken Aktivisten gegen eine Legalisierung von Versicherungsdetectiven engagiert hat. «Vielleicht», so drückte es die «NZZ am Sonntag» damals aus, «liegt ihre Wut auf das neue Gesetz auch daran, dass sie es hasst, beobachtet zu werden: sowohl von Stasi-Spitzeln – in Weimar hatte sie

welche vor der Tür, ihre Post wurde geöffnet – als auch von Menschen, die ihren Kopf anstarren, der nach einem schweren Autounfall 20-mal operiert werden musste.»

### **Wie Himmler im Hofbräuhaus treffen**

**Vielleicht ist es auch so, dass Sibylle Berg das alles insgeheim amüsiert.** Und man darf gespannt sein, wie ihre erst kürzlich bekanntgewordene Kindheit in Rumänien interpretiert wird. **Aufgrund ihrer Erzählkunst gilt Sibylle Berg in der Medienwelt nicht nur als Schriftstellerin, sondern auch als Journalistin.** In Bangladesh lebte sie nach eigenen Angaben zwei Wochen in einem Slum, um das Leben einer Steinklopferin zu studieren.

Für das Tamedia-Magazin «Facts» besucht sie 1996 den polnischen Massenmörder Leszek Pekalski, der damals verdächtigt wird, 57 Frauen vergewaltigt und getötet zu haben. Der Text, den Berg schreibt, nennt alle Details aus Pekalskis Leben. Sie weiss, wie es in seinem Haus gerochen hat, was seine Opfer gedacht haben und was er beim Morden gefühlt hat und dass er sich einst eine Gummipuppe gewünscht hat. Die bekommt «der Leszek» aber nicht, weil sein Onkel das Geld für die Puppe lieber versäuft.

Als ihn Sibylle Berg im Gefängnis trifft, kaut Pekalski an seinen Fingernägeln und bedankt sich für die Pornohefte, die sie ihm mitgebracht hat. **Ein Jahr später ist Sibylle Berg für das «Zeit»-Magazin in Kambodscha, dem «Land der frohen Mörder».** Zufällig sitzt sie im Strandrestaurant neben einem Anführer der Roten Khmer, der drei Touristen aus einem Zug kidnappen und hinrichten liess. Der Mörder sieht nett aus und hübsch, während des Gesprächs zermalmt er mit einer Hand ganz langsam ein grosses Insekt. Für Berg ist das «ein bisschen wie Himmler im Hofbräuhaus treffen».

### **Kronzeugin der Wohnungsnot**

**2016 ist Sibylle Berg zufällig vor Ort, als ein islamistischer Attentäter in Tel Aviv zwei Menschen erschiesst und zehn verletzt.** Sie sitzt, so schreibt sie in einem Augenzeugenbericht in der «Welt» und im «Bund», in ihrer Wohnung an der Diezengoffstrasse, rennt auf den Balkon und sieht schreiende Menschen. **Allerdings schämt sie sich für ihre «Angebergeschichte», weil sie nur «fast dabei» war.**

**Neulich war Sibylle Berg wieder in den Schlagzeilen: als Opfer der Zürcher Wohnungsnot, die ihre linken Gesinnungsgenossen dieses Jahr zum Wahlkampfthema gemacht haben.** Sie suche, so klagte sie, seit über einem Jahr einen kleineren Ersatz für ihre «nette Altbauwohnung in der Innenstadt», um Fixkosten zu sparen, stehe Schlange und schreibe Bewerbungen. 62 seien es jetzt, geerntet habe sie nur Absagen oder Schweigen. Die Story wurde in den Medien umgehend zum Fakt. **«Schweizer Autorin hat sich in Zürich auf 62 Wohnungen beworben – und keine bekommen», titelte das Portal Watson.** Auch in deutschen Medien war die Resonanz gross. **Die «FAZ» lamentierte über die Not der mondänen Mittelschicht, und in einem Gastbeitrag in der «Zeit» durfte Berg behaupten, Leute wie sie seien die neue Unterschicht.**

**Ob es die 62 Bewerbungen wirklich gibt? Und wie gross ist die Not einer Schriftstellerin, die bestens im Zürcher Bürgertum vernetzt ist, nach eigenen Aussagen eine Wohnung im Tessin hat und von einer weiteren Wohnung in Tel Aviv schreibt?** Wie so vieles im Leben von Sibylle Berg bleibt alles unklar, auch weil sie jede Auskunft verweigert. **Der «Thüringer Allgemeinen Zeitung» sagte sie einmal, sie sei keine Journalistin, sondern Schriftstellerin – «und damit einzig meiner Wahrheit verpflichtet». Warum bloss glaubt ihr das niemand?**

15 juin 2023 (FAZ)

[KI im Unterricht: ChatGPT bricht der Schule das Genick \(faz.net\)](#)

KI IM UNTERRICHT:

## ChatGPT bricht der Schule das Rückgrat

VON GOTTFRIED BÖHME

-AKTUALISIERT AM 14.06.2023-13:14



Über Nutzen und Gefahr von ChatGPT wird kontrovers diskutiert. In der Schule ist die Sache eindeutig, meint unser Autor: KI ruiniert das Motivationsgefüge des herkömmlichen Unterrichts. Ein Gastbeitrag.

Die einen vergleichen [ChatGPT](#) mit dem Taschenrechner ([F.A.Z. vom 20. Mai](#)), die anderen mit der Atombombe ([F.A.Z. vom 25. Mai](#)). Auf der einen Seite stehen engagierte Lehrer, [denen die F.A.Z. am 22. Mai ein Podium geboten hat](#), um ihre Ideen vorzustellen, wie man die KI-Anwendung sinnstiftend in den Lernprozess integrieren kann. Für sie ist die ganze Aufregung um die Künstliche Intelligenz anscheinend übertrieben, sie sind sicher, dass sich bald Normalität beim Umgang mit dieser technischen Erfindung einstellen wird.

Auf der anderen Seite befinden sich etliche der Chefs von OpenAI, so deren Mitgründer Greg Brockman und Ilya Sutskever sowie der CEO Sam Altman. Sie warnen vor „existentiellen Bedrohungen“ für die Menschheit. Auf Tagesschau.de findet sich am 30. Mai ([s. auch hier auf FAZ.NET](#)) der folgende Satz aus ihrer Verlautbarung: „Das Risiko einer Vernichtung durch KI zu verringern sollte eine globale Priorität neben anderen Risiken gesellschaftlichen Ausmaßes sein, wie etwa Pandemien und Atomkrieg.“ Und sie schlagen vor, eine Kontrollinstanz für superintelligente KI-Systeme nach dem Vorbild der IAEA zu schaffen. Obwohl sie darauf hoffen können, mit ihrem Produkt wie Zuckerberg, Gates oder Musk in die Kaste des globalen Geldadels aufzusteigen, haben sie zumindest verbal umgeschwenkt und warnen vor den Resultaten ihres Entwicklerehrgeizes. Kontroverser dürfte eine Erfindung kaum je beurteilt worden sein.

Ich war Lehrer und habe mich schon gelegentlich öffentlich zu den Folgen des Umbaus unserer Bildungsinstitutionen durch Digitaltechnik geäußert, also das, was Jörg Dräger vor einigen Jahren die „digitale Bildungsrevolution“ genannt hat. Aber erst das, was jetzt passiert, hat revolutionäre Züge – es stellt zweifellos die Diskussion um WLAN, Tablets für jeden Schüler oder Fortbildungsangebote für

Lehrkräfte, wie wir sie besonders nach den Corona-Lockdown-Erfahrungen geführt haben, in den Schatten.

## Die Motivation wandelt sich in Frustration

Ich zweifle nicht daran, dass sehr engagierte Lehrer und Lehrerinnen Wege und Mittel finden werden, um auch diese Technik in ihrer Anfangsphase in den Unterricht zu integrieren. Und genau so wenig daran, dass sehr begnadete Schüler ChatGPT sinnvoll einsetzen werden, um damit schneller und effektiver zu lernen. Die Elite der Heranwachsenden dürfte profitieren.

Die technikaffinen engagierten Lehrer, die Uwe Ebbinghaus vorstellt, erzählen uns, dass es Schüler sehr motivierend fänden, die Schwächen zu ermitteln, die in den heute noch unzulänglichen Antworten der Monster-KI (Version 3) zu finden seien. Wenn Version 7 oder gar 10 erst mal auf dem Markt sind, wird man solche Fehler allerdings nicht mehr so leicht finden können, und die Motivation wandelt sich in Frustration. Der Wettkampf zwischen jugendlichem Pfiffikus und ChatGPT ist dann einfach nur noch unfair. Allein gut ausgebildete Experten werden in der Lage sein, mit der Anwendung mitzuhalten. Insofern finde ich dieses Rezept meines Kollegen Patrick Bronner doch sehr kurzsichtig. Für die nächsten zwei Jahre mag es noch funktionieren. Aber die sind schnell rum. Auf keinen Fall sind solche in sich sinnvollen Unterrichtsideen, wie er sie vorgestellt hat, eine Antwort des Bildungssystems auf ChatGPT.

Die langfristig entscheidende Frage ist nämlich: Wie kann ich in Zukunft einen jungen Menschen motivieren, den mühsamen Prozess des Lernens willig auf sich zu nehmen, wenn er selber bald bessere Hausarbeiten, Facharbeiten und Übersetzungen in Echtzeit aus dem Netz herunterladen kann, als er sie selber je erstellen könnte? Das macht süchtig. Vermutlich, hoffentlich, gibt es sehr disziplinierte Schüler, die dieser Sucht widerstehen können – und aus ihnen wird sich in Zukunft unsere geistige Elite rekrutieren. Aber Schulklassen bestehen nicht nur aus solchen Lichtgestalten, und deshalb muss gefragt werden: Was passiert in der Breite?

## Wozu noch all die Mühen?

Ich fasse dafür nur einen einzigen Parameter ins Auge – der fürs Lernen allerdings der entscheidende ist. Meine These: ChatGPT ruiniert das Motivationsgefüge des herkömmlichen Unterrichts. Motivation ist das Rückgrat des Lernprozesses – das sagt nicht nur Abraham Maslow. Bin ich nicht motiviert, dann fällt es mir schwer, dann ist es mir vielleicht gar nicht möglich, etwas in angemessener Zeit zu erlernen.

Jetzt lese ich in der F.A.Z. („Jede Lehrkraft muss sich mit ChatGPT befassen“, F.A.Z. vom 18. April), wie ein Oberstufenschüler die Verbreitung von ChatGPT beschreibt: „Wir, also alle, die keine Streber oder naiv sind, nutzen es für Hausaufgaben, größtenteils.“ Und wenn es jetzt bereits – in diese Richtung gehen die Schätzungen für die älteren Schüler – 60 bis 80 Prozent von ihnen sind, die sich den Mühen der Hausaufgaben mindestens zum Teil entziehen, werden es bald auch die jüngeren sein und schließlich so gut wie alle. Zu verlockend ist es, die KI Hausaufgaben oder Facharbeiten schreiben zu lassen – denn es ist sicher angenehmer, eine Netflixserie zu sehen, als Material zusammenzusuchen, eine gute Gliederung zu erstellen und Zitate zu verifizieren.

Muss das Angebot von ChatGPT nicht für jeden ehrlichen Schüler vollkommen demoralisierend sein? Wird er sich nicht tatsächlich wie ein Streber vorkommen oder sogar für jemanden, der seine Energie völlig sinnlos für etwas verwendet, was die Maschine besser kann? Hat der oben zitierte Schüler nicht recht? Wozu noch all die Mühen?

## Misstrauen wird das Schüler-Lehrer-Verhältnis vergiften

Vor allem aber – und das ist das Entscheidende – werden die meisten Schüler immer stärkere Zweifel bekommen, ob sich Lernen überhaupt noch lohnt, wenn in unzähligen Berufsfeldern die Kompetenzen, die man sich in der Schule bisher angeeignet hat, gar nicht mehr abgefragt werden, da die ihnen entsprechenden Leistungen von der App bereitgestellt werden. Natürlich wird man fürs Erste immer



noch kritisch überprüfen müssen, was die App da jeweils vorgeschlagen hat, und dafür muss man etwas von der Sache verstehen. Aber zwischen Überprüfen und Erstellen ist doch ein erheblicher Unterschied. Mit geistigen Routinearbeiten wird man kein Geld mehr verdienen können. Auf die intellektuellen Kompetenzen des Mitarbeiters kommt es offensichtlich immer weniger an. Das muss früher oder später für jeden halbwegs schlaun Jugendlichen wie ein Hammer wirken, der seine Berufspläne ganz schön durcheinanderbringt.

Der große Unterschied zur vordigitalen Welt besteht auch darin, dass die Qualität der eigenen Gedanken und Erarbeitungen früher eben nicht *just in time* mit optimalen Lösungen abgeglichen werden konnte. Ein Lehrer musste her, der die Kompetenz hatte, die Leistung zu bewerten, dessen Lob freute einen, dessen Tadel fürchtete man. Aber diese Funktion werden Lehrer künftig immer weniger haben. Sie werden einerseits zu Detektiven, die jeder besseren Arbeit misstrauen – und da man hört, dass die KI sogar in der Lage ist, ein paar kleine Fehler einzubauen, um die Arbeit unverdächtig erscheinen zu lassen, wird das ein ziemlich aussichtsloses Unterfangen. Misstrauen wird das Schüler-Lehrer-Verhältnis vergiften. Immer öfter werden Lehrer denken: Das ist doch nicht von diesem Schüler, so schreibt der doch sonst nicht. Und genau so oft wird er sich fragen: Wie soll ich das hieb- und stichfest beweisen? Und wird am Ende den Betrug durchwinken, statt sich auf eine unangenehme Diskussion über Noten einzulassen.

## Das Meta-Lernziel „Selbständigkeit“ steht zur Disposition

Künstliche Intelligenz bricht der Schule, wie sie heute existiert, das Rückgrat. Es hat in der Geschichte der Bildungseinrichtungen noch nie eine Erfindung gegeben, die so infam die gesamte Motivationsstruktur des Lernsystems infrage gestellt hat wie diese Atombomben-KI – um mich hier deutlich zu outen. Wir ziehen gerade eine Generation von Jugendlichen heran, die eine Zeitlang ihren Lehrern noch vorgaukeln kann, dass das, was ihnen ChatGPT oder ein anderes Programm geschenkt hat, ihre Leistung sei, und bald nicht mehr wissen, warum sich Lernen überhaupt noch lohnen soll. Dann muss sich die Schule völlig neu erfinden.

Die häufig nicht mehr zu übersehende Diskrepanz zwischen den schriftlichen Leistungen bei Klassenarbeiten und Tests, bei denen die Übungsdefizite durchschlagen werden, und den sogenannten „sonstigen Lernleistungen“ – worunter beispielsweise selbst erstellte Arbeiten fielen, die in den letzten Jahrzehnten einen immer größeren Anteil an der Gesamtnote bekamen –, wird dazu führen, dass diese für die Notenfindung kaum oder nicht mehr herangezogen werden können. Schon jetzt berichten mir Lehrerinnen, dass sie die freundliche Praxis eingestellt hätten, nach der ein Schüler, der etwa einen Test in den Sand gesetzt hat, seine Note zumindest etwas aufbessern kann, indem er daheim eine freiwillige Ausarbeitung zu einem Unterrichtsthema vorbereitet.

Am schlimmsten trifft es die Schulen, die in reformpädagogischer Absicht erhebliche Teile des Unterrichtsgeschehens aus den Klassenzimmern hinausverlegt haben, die auf Eigeninitiative setzen, in denen Schüler selbständig oder in Gruppen irgendwelche Projekte erstellen. Alles, was in Zukunft dem Kontrollblick des Lehrers entzogen ist, der überall nicht deklarierte digitale Fremdbeteiligung wittern muss, ist schon heute nicht mehr bewertbar und damit leider sinnlos. ChatGPT holt die ausschwärmenden Welterkunder wieder zurück in die langweiligen Klassenzimmer. Das Meta-Lernziel „Selbständigkeit“ etwa der Montessori-Schulen steht zur Disposition.

## Sind wir am Ende des aufgeklärten Zeitalters angelangt?

Was wäre daran so schlimm, wenn man in Zukunft noch viel häufiger als heute ein KI-System nach der Lösung für ein Problem fragen würde? Im Einzelfall sicher nichts – aber es würde, wenn es zur Regel wird, dazu führen, dass die Menschheit früher oder später nur noch im eigenen Saft schmort. ChatGPT ist ein Wissensverwalter, kein Wissensvermehrter. Wir brauchen aber dringend kluge Köpfe, die in der Lage sind, neues Wissen, neue, bisher noch nicht ausformulierte Lösungen für schwierige Fragen zu entwickeln, von denen es im Großen wie im Kleinen mehr als genug gibt. Mit dem Wiederkäuen der bisher bekannten Antworten ist es sicher nicht getan. Aber so etwas können nur Menschen, die selber

denken können, die das jahrelang trainiert haben, sie müssen kreativ sein – denn das ist ChatGPT nicht. Und sie müssen davon überzeugt sein, dass der Mensch solche Fähigkeiten hat und daher den Maschinen letztlich überlegen ist – eine Überzeugung, die man Menschen systematisch austreiben kann, indem man sie in der Illusion wiegt, dass eine Maschine alle Fragen beantworten kann.

Wer heute behauptet, er hätte ein Patentrezept in der Tasche, mit dem man die sich anbahnende gewaltige Demotivation konterkarieren könne, ist vermutlich daran interessiert, Geld zu verdienen. Die Beispiele, die die von Ebbinghaus befragten engagierten Pädagogen gutwillig vorschlugen, kaschieren eher die fundamentale Gefährdung des ganzen Lernsystems, als eine dauerhafte Lösung zu bieten. Nein, es erscheint mir immer noch besser, die Gefährdung, die von Programmen wie ChatGPT ausgeht, realistisch durchzudenken, als sich mit netten Einzelprojekten zufriedenzugeben und im Übrigen den Kopf in den Sand zu stecken.

In unserem Kulturkreis entwickelte sich die großartige Idee der Aufklärung. Ihr Leitprinzip fasste Kant in seiner berühmten Preisschrift zusammen: Statt dem zu folgen, was uns Pfarrer, Bücher oder Ärzte sagen, soll jeder Mensch den Mut haben, selber zu denken. Aber was, wenn wir diesen Mut verlieren? In dem sehr eindringlichen Artikel [„Wer hat Angst vor ChatGPT“](#) (F.A.Z. vom 19. April) gehen Christian Bermes und Andreas Dörpinghaus der Frage nach, was passiert, wenn „der Wunsch nach Unmündigkeit zum Normalfall“ wird.

Aufklärung bestand im Kern aus der Idee, dass jeder Kopf in der Lage ist, beziehungsweise durch Bildung in die Lage versetzt werden kann, selber Lösungen für Probleme aller Art zu finden. Nicht Priester, Schriftsteller oder Ärzte, sondern jeder einzelne Mensch sollte sich verantwortlich fühlen für die Gestaltung seiner und unserer gemeinsamen Zukunft. ChatGPT wird in vielen das Gefühl hervorrufen, dass jemand, der heute noch so denkt, sich der Lächerlichkeit preisgibt. Die KI ist die Reinkarnation all der verschiedenen Autoritäten, die früher dem Menschen meist nicht ganz uneigennützig das Denken abnehmen wollten.

Das Ende des aufgeklärten Zeitalters ist oft ausgerufen worden – jetzt scheint es endgültig angebrochen zu sein. Aus Faulheit (in den Demokratien) oder aus Angst (in den autoritären Staaten) ordnen wir uns freiwillig oder unter Zwang dem unter, was der Große Bruder (Chinas KP) oder eben das ultrakomfortable ChatGPT uns als die Wahrheit vorgaukeln. Diese KI hat für alle die Botschaft bereit, mit der jeder Autokrat heutzutage Mehrheiten organisiert: Vertraue nicht dir, vertraue mir!



Gottfried Böhme :Bild: privat

Wenn uns Hiroshima und Nagasaki lehrten, was atomare Verseuchung bedeutet, so werden wir in den nächsten Jahren immer deutlicher erleben, was digitale Verseuchung für Schäden anrichtet. Aber vermutlich wird uns die KI dann erklären, warum das gar keine Schäden sind, denn im Moment dominieren immer noch die Beiträge von Zeitgenossen, die das Programm eher für eine Weiterentwicklung des Taschenrechners halten – und bekanntlich rekrutieren sich die Statements von ChatGPT aus der statistischen Auswertung bisher gegebener Antworten auf eine ihr gestellte Frage.

*Gottfried Böhme, geboren 1951, war bis zum Jahr 1992 Lehrer in Baden-Württemberg, bis 1995 arbeitete er als Lehrer und Mentor im Dienst des sächsischen Kultusministeriums, bis zur Verrentung 2017 am Evangelischen Schulzentrum Leipzig. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Der gesteuerte Mensch? Digitalpakt Bildung – eine Kritik“.*

15 juin 2023 (NZZ)

[Diskriminierung und Frauenlöhne: Ein Faktencheck \(nzz.ch\)](#)

## Tiefe Frauenlöhne: Mutter-Malus und Berufswahl sind schuld

Die Gewerkschaften beklagen eine wirtschaftliche Geringschätzung der «Frauenberufe». Werden Krankenpflegerinnen systematisch gegenüber Mechanikern diskriminiert? Die Zahlen zeigen ein anderes Bild. Hingegen steckt hinter den Forderungen der Gewerkschaften viel ökonomisches Wunschdenken.

Christin Severin

14.06.2023, 05.30 Uhr



Frauen arbeiten häufiger in Branchen, die tiefere Löhne zahlen. Walter Bieri / Keystone

«Die Lohnlücke muss endlich verschwinden», hatte mir eine Kollegin beim Frauenstreik 2019 gesagt. Es könne nicht sein, dass Frauen immer noch schlechter bezahlt würden. Die Ernährungsberaterin liegt mit ihrer Einschätzung auf der Linie der Gewerkschaften.

Eine wirtschaftliche Geringschätzung von «Frauenberufen» sei schuld an der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen, hatte Vania Alleva, Vizepräsidentin des SGB und Präsidentin der Gewerkschaft Unia, unlängst an einer Medienkonferenz in Bern erklärt. Je höher der Frauenanteil in einer Branche sei, desto tiefer die Löhne, Frauen würden in diesen Branchen systematisch diskriminiert. «Ohne einen guten Lohn ist keine eigenständige, selbstbestimmte Existenz möglich», so Alleva.

Aber wie sieht sie überhaupt aus, die Lohnlücke, woher kommt sie, und wie lässt sie sich schliessen?

Viele Frauen verdienen wenig

Mehr als die Hälfte aller Frauen verdiene weniger als 4200 Franken im Monat, ein Viertel verdiene sogar weniger als 2500 Franken, sagt der Schweizerische Gewerkschaftsbund und fordert eine rasche Aufwertung der Löhne in Frauenbranchen.

Ein wesentlicher Grund für die tiefen Einkommen ist, dass Frauen wesentlich häufiger Teilzeit arbeiten als Männer. Dass man mit einem geringen Pensum weniger verdient, ist eine Selbstverständlichkeit, keine Diskriminierung.

Rechnet man die Löhne auf Vollzeitstellen um, verbleibt immer noch ein Lohnunterschied von 18 Prozent oder 1500 Franken. Nach dem Modell des Bundesamtes für Statistik werden 783 Franken mit beruflicher Stellung, also Hierarchiestufen, Ausbildung, Anstellungsdauer, dem Beruf und der Branche erklärt.

717 Franken bleiben in diesem Modell unerklärt und sind damit potenziell diskriminierend. Kritisiert wird aber, dass beispielsweise Berufsunterbrüche bzw. Berufserfahrung bei früheren Jobs nicht berücksichtigt werden oder auch die Bereitschaft, einen weiteren Arbeitsweg auf sich zu nehmen. Mit einer feineren Einteilung würden weniger als die 717 Franken unerklärt bleiben.

Sind Physiotherapeutinnen gegenüber Polizisten benachteiligt?

Die Gewerkschaften beklagen aber auch die wirtschaftliche Geringschätzung der sogenannten Frauenberufe. Wird eine Kindergärtnerin oder eine Krankenpflegerin weniger geschätzt als ein Mechaniker oder ein Monteur, und spiegelt sich das in einem tieferen Lohn?

Tatsächlich zahlen einige Branchen besser als andere. In der Schweiz sind die Banken, Versicherungen und Pharmaunternehmen für ihre guten Löhne bekannt. Der Detailhandel, die Gastronomie, Gesundheit und Soziales gelten als Schlusslichter. Mitarbeitende im Marketing, im Finanzbereich, Projekt- oder Teamleiter verdienen in den Hochlohnbranchen durchschnittlich automatisch mehr. Dies gilt sowohl für Männer wie für Frauen in den jeweiligen Funktionen.

In Deutschland hat die politisch links verortete Hans-Böckler-Stiftung vor Jahren versucht, dem Phänomen auf den Grund zu gehen, und hat dafür den «Comparable-Work-Index» kreiert. Dabei wurden die intellektuellen, physischen und psychischen Anforderungen von Berufsgruppen untersucht und bewertet. Die Idee: Wenn die Anforderungen an eine Physiotherapeutin gleich sind wie an einen Polizisten, sollten beide gleich viel verdienen.

Der Überlegungsfehler liegt aber darin, dass sich der Lohn nicht bzw. nicht nur aus den Anforderungen an den Arbeitnehmenden ergibt, sondern auch aus der Zahlungsfähigkeit bzw. der Wertschöpfung des Unternehmens. Beispiel Gastrobranche: Restaurants und Hotels operieren in der Regel mit Margen von fünf bis sieben Prozent. Je stärker die Löhne steigen, desto mehr Betriebe werden unrentabel.

Auch bei den Coiffeusen und Coiffeuren gibt es kaum eine kollektive Diskriminierung. Stattdessen limitiert die Zahlungsbereitschaft der Kunden die Löhne. Industrie- oder IT-Betriebe haben es einfacher: Ihre Produktion ist stark durch Grössenvorteile geprägt. Eine einmal programmierte Software kann man beliebig oft verkaufen, ein Autotyp wird am Fließband zigfach produziert. Auf einem Coiffeurstuhl sitzt aber nur ein Kunde. Die Massenproduktion spielt nicht.

#### Ökonomisches Wunschdenken

In Bern erwähnte die SGB-Vizepräsidentin einen jungen Mann aus ihrem persönlichen Umfeld, der eine Lehre als Krankenpfleger erwog. Den zu erwartenden Lohn fand er zu niedrig. Das solle doch kein Grund sein, einen Beruf nicht zu wählen, fand Vania Alleva. Genau dieses Argument ist aber falsch. Der Lohn ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

Wenn man die Lohnperspektive beim Berufsentscheid erst ausblendet, und dann ungeachtet der Produktivität der Branche und ihrem Gehaltsniveau doch oben in der Gehaltsskala mitspielen will, steckt dahinter viel ökonomisches Wunschdenken.

Selbstverständlich dürfen Frauen – und auch Männer und Nichtbinäre – ihre Berufs- und Studienwahl rein aufgrund ihrer Interessen treffen. Aber es hat Konsequenzen, und denen sollte man sich stellen.

#### Wo sind die Eltern der Mädchen?

Die Berufs- und Studienwahl ist in der Schweiz immer noch sehr traditionell. Sozialberufe werden mehrheitlich von jungen Frauen gewählt, technische Berufe von jungen Männern. In den Bereichen Recht und Wirtschaft ist das Geschlechterverhältnis relativ ausgeglichen.

Warum also wählen junge Frauen immer noch hartnäckig klassische Frauenberufe, wenn sie in diesen in der Tendenz schlechter bezahlt werden? Natascha Wey, ebenfalls Vizepräsidentin beim SGB, meint dazu, dass die Jugendlichen den Entscheid über die Berufswahl sehr früh fällen müssten. In dem Alter fehle manchmal noch der finanzielle Weitblick. Das stimmt. Man fragt sich allerdings, wo die Eltern sind. Lassen sie ihre Töchter sehenden Auges in die Tieflohnfalle tapen?

Allerdings ist noch nicht einmal eindeutig belegt, ob und in welchem Ausmass Frauenberufe schlechter bezahlt sind. Erstens führt die hohe Produktivität in der Industrie dazu, dass die Löhne in den übrigen Branchen nachziehen, weil diese sonst kaum mehr Arbeitskräfte fänden.

Zweitens zeigen Zahlen des Bundesamtes für Statistik, dass es beim Verdienst kaum Unterschiede zwischen ledigen Frauen und Männern gibt. Anders ist das bei Verheirateten. Mit etwa 30 Jahren – rund um den Zeitpunkt der Familiengründung – öffnet sich hier die Schere. Der Minderverdienst der Frauen ist damit weitgehend eine «Mutterschaftsstrafe».

Das ist nicht schlimm, solange die Eltern Einkommen, Arbeit und die Verantwortung für die Kinder teilen. Im Fall einer Trennung haben die Frauen aber gerade mit dem neuen Scheidungsrecht finanziell das Nachsehen. Die zurückgestellte Karriere kann man auch durch ein Aufstocken des Pensums de facto kaum aufholen.

Deshalb ist es umso wichtiger, frühzeitig gut zu wählen. Oft heisst es, dass Frauen beruflich zurückgebunden sind, weil sie mehr Care-Arbeit übernehmen. Noch immer kümmern sie sich mehr um die Kinder, den Haushalt und möglicherweise alte Eltern. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn alle Beteiligten damit zufrieden sind.

Wenn allerdings die Frauen nur deshalb beruflich zurückstecken, weil sich die Familie den Lohnausfall beim besser bezahlten Partner nicht leisten will oder kann, ist ein gut bezahlter Frauenjob für künftige Generationen ein konstruktiver Ausweg aus dem Dilemma. Er hilft, selbstbewusst über die Aufteilung der Care-Arbeit zu diskutieren bzw. diese kostenpflichtig auszulagern, wenn sie wirklich niemand selbst übernehmen will.

Wofür es sich zu kämpfen lohnt

Ist also alles in Ordnung und der Frauenstreiktag vollkommen überflüssig? Nein.

Das Bewusstsein für den zurückhaltenderen Verhandlungsstil von Frauen bei Lohnfragen, für gläserne Decken und die Unangemessenheit von sexistischen Bemerkungen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen und die Realität zum Positiven verändert.

In diese Richtung deuten auch die Lohngleichheit-Analysen, die Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden in der Schweiz seit 2020 vorlegen müssen, wenn sie sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Die bereits gemachten Studien zeigen nur wenige Betriebe, bei denen die Lohndifferenzen höher als 5 Prozent sind.

Dennoch gibt es auch heute noch viel zu tun. Teilzeit sollte kein berufliches Abstellgleis, sondern mit einer anspruchsvollen Tätigkeit vereinbar sein, und zwar für alle Geschlechter. Mütter, die ein paar Jahre aus dem Erwerbsleben ausgestiegen sind, kämpfen beim Wiedereinstieg mit hohen Hürden. Das ist eine grosse Verschwendung von Potenzial.

Zudem sollten Frauen selbst schon bei der Berufswahl mehr auf den Lohn und die berufliche Perspektive achten. Gerade wer Teilzeit arbeiten will, sollte im Blick behalten, dass sich das mit einem gut bezahlten Beruf besser finanzieren lässt.

Den Fokus auf solche Themen zu legen, bringt mehr als die immergleichen Klagen über eine anhaltende Diskriminierung.

Zudem darf daran erinnert werden, dass die meisten Menschen Kinder bekommen, weil sie dies wollen. Neben der Mutterschaftsstrafe gibt es Mutter- und Vaterfreuden. Man kann die Zeit mit den Kindern auch als Privileg ansehen. Darüber wird in der Gleichstellungsdebatte kaum geredet.

•

14 juin 2023 (Le Figaro)

[Louis XIV «étranger»: on a visité l'exposition polémique du Musée de l'histoire de l'immigration \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## Louis XIV «étranger»: on a visité l'exposition polémique du Musée de l'histoire de l'immigration

Par [Eugénie Bastié](#)

Publié il y a 5 heures, mis à jour il y a 3 heures



La nouvelle exposition permanente ouvre ce 17 juin, au palais de la Porte Dorée. *laurencesoulez - stock.adobe.com*

**CHRONIQUE - La nouvelle exposition permanente, préparée par l'historien Patrick Boucheron, entreprend de démontrer que la France a toujours été un pays d'immigration et que le seul obstacle à l'intégration des immigrés est le racisme des Français.**

La publicité pour [la réouverture de l'exposition permanente du Musée de l'histoire de l'immigration](#) fait grincer quelques dents. On y voit le portrait de Louis XIV par Hyacinthe Rigaut avec cette mention «*Louis XIV (mère espagnole, grand-mère autrichienne) : c'est fou tous ces étrangers qui ont fait l'histoire de France*». Avant il y avait «*nos ancêtres les Gaulois*», maintenant il y a «*nos ancêtres les migrants*». Du roman national à la fable multiculturaliste. Cette provocation n'a même pas plu aux adeptes du [wokisme](#) qui se sont empressés de dénoncer sur les réseaux sociaux une «*exaltation du promoteur du Code noir*». La révolution dévore ses enfants.

«*Notre mission, c'est faire de l'immigration un élément central de l'histoire nationale*» avait résumé l'ancien directeur du palais de la Porte Dorée [Pap Ndiaye](#). C'est l'historien du Collège de France [Patrick Boucheron](#) qui a été choisi pour présider le comité scientifique et repenser la nouvelle exposition permanente qui ouvre ce 17 juin. Tenant d'une histoire mondialisée et comparatiste, l'auteur d'une *Histoire mondiale de la France* a été critiqué pour sa vision militante de l'histoire. Il a pris à plusieurs reprises la parole pour dénoncer la politique migratoire du gouvernement, déclarant même qu'Emmanuel Macron faisait preuve d'«*un aveuglement historique*» sur l'immigration.

Boucheron assume ce parti pris dans le rapport remis en 2018 préfigurant cette mission : «*Ce Musée, qui ne saurait être le Musée des autres, (...) doit au contraire être le Musée d'un "nous" moins étrié et plus respirable*», écrivait-il, ajoutant : «*Au moment où les débats politiques en France et en Europe sont faussés par des crispations idéologiques qui éloignent sans cesse davantage les discours publics d'une mesure sereine et juste de la réalité, c'est sans conteste le Musée d'histoire dont nous avons besoin*».

Et l'historien de citer la «*tranquille assurance*» de son collègue du Collège de France, le démographe François Héran, dont le livre *Avec l'immigration* est cité en exemple pour – attention oxymore – sa «*neutralité engagée*». Pour Boucheron, comme pour François Héran, c'est la volonté de réguler les flux migratoires qui est déconnectée de la réalité et idéologique, et l'ouverture inconditionnelle qui se situe du côté de la vérité historique et scientifique. C'est tout l'objectif du musée de le démontrer.

## «Étrangers partout»

Lorsque nous pénétrons sous les arcanes de la sublime façade art-déco de la Porte Dorée, nous nous attendions donc à parcourir une exposition infantiliste nous abreuvant du catéchisme vivre-ensembliste le plus niais. L'entrée du parcours, surplombée par une inscription en caractères lumineux «*étrangers partout*» semblait donner le ton. On se doit de reconnaître que l'exposition, organisée de façon chronologiques en 12 grandes dates de l'histoire de France, de 1685 (adoption du Code noir et révocation de l'édit de Nantes) à nos jours, est plutôt intéressante, didactique et richement illustrée. On sent qu'un effort a été fait pour ne pas tomber dans le wokisme le plus primaire. Mais l'idéologie est en réalité partout présente.

Le message est clair : il s'agit de montrer que notre pays, selon la formule consacrée, a «*toujours été une terre d'immigration*», et - selon les mots d'un des commissaire d'exposition - de «*casser la binarité entre Français et étrangers*».

«*La monarchie absolutiste est une grande terre d'immigration*», lit-on ainsi sur un cartel. Il s'agit en réalité de quelques milliers de personnes, venues pour la plupart d'Irlande, du Duché de Savoie, d'Italie ou du Saint Empire romain germanique. Difficile d'y voir une continuité avec les centaines de milliers d'immigrés extra-européen qui arrivent en France chaque année depuis une dizaine d'années. Le parcours se poursuit : 1789, les étrangers dans la Révolution française ; 1848, les étrangers pour la première fois dénombrés lors du recensement ; 1889, l'instauration du droit du sol ; 1917, «*la participation, souvent oubliée [par qui ?] de la force noire, ces soldats africains qui ont combattu aux côtés de l'armée française* » ; 1931, la montée de la xénophobie face aux crises ; 1940, la persécution des juifs ; 1962, la décolonisation (trois photos pour les un million de Pieds noirs rapatriés, pour tout un mur sur l'immigration portugaise) ; 1973 et la «*politisation de l'immigration*».

À partir de là, le biais idéologique de l'exposition est plus assumé. Les Unes de *Libération* parcourent les murs (à croire que c'est la seule iconographie médiatique disponible pour l'époque). On y apprend que les années 1980 ont été marquées par «*la mobilisation des travailleurs et la stigmatisation des musulmans*». «*Mohamed Laid Moussa, assassiné par des fascistes*» (un Algérien, condamné à trois ans de prison pour le meurtre de son voisin et assassiné à sa sortie de prison : pour la police il s'agissait d'un règlement de compte, mais pour ses soutiens, il s'agit d'un crime raciste), Toufik Ouanes, abattu par son voisin, machiniste de la RATP, «*excédé par le bruit*», Malik Oussekine, tué par la police, sont donnés en exemple d'un climat raciste émergeant dans les années 1970 à mesure d'une «*repolitisation xénophobe de l'immigration*».

## Déni idéologique

La dernière partie de l'exposition verse carrément dans le déni idéologique. L'immigration y est montrée comme un phénomène à la foi inéluctable, souhaitable (car elle «*comble les besoins dans de nombreux secteurs du marché du travail*») et ne posant pas d'autres problèmes que le racisme et les discriminations que subirait les descendants d'immigrés. Silence absolu sur les défis que posent une immigration massive à une société libérale : ghettoïsation, islamisme, communautarisme, délinquance.

Quant à l'intégration, elle se fait «*à bas bruit*», malgré les «*obstacles*» que sont «*les discriminations en raison du prénom, du patronyme, de la religion ou de la couleur de peau*». En guise



d'illustration, un témoignage à travers une courte vidéo de Grace Ly, co-autrice avec Rokhaya Diallo du livre *Kiffe ta race* et militante de l'intersectionnalité et du racialisme, qui affirme : «*On ne peut pas se dire féministe sans être antiraciste et anti-grossophobie et anti-validisme*».

«*La France est de fait une société multiculturelle, même si les minorités n'y ont pas d'existence légale*», lit-on sur un dernier cartel. Manière de répondre à Emmanuel Macron qui affirmait «*La France n'a jamais été et ne sera jamais une nation multiculturelle*» ?

14 juin 2023 (FAZ)

[Frankreich: Reden darf, wer die richtige Identität hat \(faz.net\)](https://www.faz.net)

KULTURKAMPF IN FRANKREICH:

## Reden darf, wer die richtige Identität hat

VON [MICHAELA WIEGEL](#), PARIS

-AKTUALISIERT AM 27.03.2021-11:21



Eine Demonstration gegen Islamophobie im März vor der Universität Grenoble Bild: AFP

An den französischen Universitäten tobt ein Kampf um die Meinungsfreiheit. Linke machen dort gemeinsame Sache mit Islamisten.

Der grüne Bürgermeister Eric Piolle träumt davon, Grenoble als Sprungbrett in den Elysée-Palast zu nutzen. Die französische Alpenmetropole gilt als links-grünes Experimentierfeld, seitdem die Ökopartei EELV vor sieben Jahren die Sozialisten im Rathaus abgelöst hat. Doch jetzt hat die Stadt nicht mit genderneutralen Schulhöfen oder Radschnellwegen von sich reden gemacht, sondern als Schauplatz eines besonders erbitterten Kampfes um die akademische Freiheit. Am Politikwissenschaftlichen Institut der Universität Grenoble plakatierten studentische Aktivisten die Namen von zwei Professoren an die Fassade, um sie des „Faschismus“ und der „Islamophobie“ zu bezichtigen und ihre Entlassung zu fordern.

Die linke Studentengewerkschaft Unef verbreitete Fotos der Aktion in den sozialen Netzwerken. Das Vorgehen erinnerte an die Hetzkampagne gegen den Geschichtslehrer Samuel Paty, dem im Netz Islamophobie vorgeworfen wurde, bevor ein Islamist ihn im vergangenen Oktober enthauptete. Dieses Mal reagierten die politisch Verantwortlichen sofort. Hochschulministerin Frédérique Vidal verurteilte die Aktion scharf, der Innenminister stellte den beiden Hochschullehrern Polizeischutz zur Verfügung.

### Keine stille Gelehrtenkammer

Dennoch kommt die Debatte nicht zur Ruhe. Das liegt zum einen an den Studentengewerkschaften, die immer neue Kommuniqués veröffentlichen, um die Entlassung der beiden Professoren zu verlangen. Von Reue darüber, wie sie die Namen preisgaben und verunglimpften, fehlt jede Spur. Im jüngsten Brief beklagen mehrere studentische Organisationen, dass die beiden in den Medien als Opfer dargestellt würden. Die Studentenverbände argumentieren, dass es andersherum sei. Sie kritisieren „die politisch-moralische und symbolische Gewalt“, der eine junge Lehrkraft von Seiten der beiden Hochschullehrer ausgesetzt gewesen sei.

Zum anderen denkt auch einer der beiden Bedrohten nicht daran, sich verängstigt ins stille Gelehrtenkämmerlein zurückzuziehen. Der Deutsch-Dozent Klaus Kinzler hat in den vergangenen Tagen keine Gelegenheit ausgelassen, seinen Standpunkt in den Medien zu verteidigen: „Die Meinungsfreiheit steht auf dem Spiel.“

Der 61 Jahre alte gebürtige Stuttgarter lehrt seit 25 Jahren deutsche Literatur und Zivilisation an dem Politikwissenschaftlichen Institut, das zur Universität Grenoble gehört und mit öffentlichem Geld finanziert wird. Ihn treibt sichtlich der Wille an, die Debatte über die sogenannte Islam-Linke an französischen Universitäten anzuheizen. „Islam-Linke“ ist eine Wortschöpfung des Politikwissenschaftlers Pierre-André Taguieff und umschreibt das Bündnis linker Kräfte mit islamischen Fundamentalisten, das Anfang 2000 über gemeinsame Kritik an der Politik Israels während der zweiten Intifada entstand.

Der sperrige Begriff meint dabei nicht, dass sich die Linke islamisiert habe, sondern vielmehr, dass in bestimmten linken Zirkeln aus ideologischen Gründen eine kritische Debatte über den Islam unterdrückt werde.

## Empörter Protestbrief

Hochschulministerin Vidal hat kürzlich vor dem verheerenden Einfluss des „Islamogauchisme“ an Universitäten und Forschungseinrichtungen gewarnt und eine Untersuchung angeordnet. Sie tat das aber so ungeschickt, dass Forscher des angesehenen Zentrums CNRS einen empörten Protestbrief schrieben. In einer Talkshow hatte sie auf die Frage des Moderators, ob es an den Universitäten „eine Allianz von Mao Tse-tung und Ajatollah Chomeini“ gebe, erwidert: „Sie haben völlig recht.“



Warnt vor „Islamogauchisme“: die französische Bildungsministerin Frédérique Vidal (Aufnahme aus dem Oktober 2019) :Bild: AFP

Am Umgang mit dem Islam entzündete sich auch der Streit in Grenoble. „Ich gebe zu, dass ich diese Religion nicht sonderlich schätze und sie mir manchmal geradezu Angst macht (...), aber ich habe niemals, niemals, niemals die geringste Antipathie oder Vorurteile gegenüber Muslimen empfunden“, schrieb Kinzler in einem E-Mail-Austausch mit Studenten und Lehrkräften zur Vorbereitung einer Seminarwoche.

Dort ging es um das Thema „Gleichheit“. Der Deutsch-Dozent sprach sich dagegen aus, Islamophobie neben Antisemitismus und Rassismus in den Titel zu schreiben, und schlug vor, von „anderen Formen der Diskriminierung“ zu sprechen. Islamophobie sei aus seiner Sicht ein Kampfbegriff, der islamistischen Extremisten zuspiele, weil er jungen Muslimen pauschal eine Opferrolle zuschreibe.

## Die Kollegin reagiert gekränkt

Der Konflikt schaukelte sich hoch, als eine junge Historikerin mit dem Schwerpunkt kolonialer Maghreb Kinzler entgegenhielt, Islamophobie sei ein anerkanntes „akademisches Konzept“. Sie führte als Beweis einen Meinungsartikel an, in dem Frankreich staatlich institutionalisierte Islamfeindlichkeit vorgeworfen wurde. Die junge Frau zeigte sich überaus gekränkt von der Antwort des Deutsch-Dozenten, der in seiner

Kritik nachlegte. Sie ließ sich krankschreiben und reagierte auch nicht auf ein Entschuldigungsschreiben Kinzlers, der zugab, manchmal überspitzt zu formulieren.

Er hoffe, dass die Diskussion fortgesetzt werde. „Wollt ihr wirklich, dass wir an unserem Institut safe spaces wie in den USA schaffen, damit ihr sicher seid, dass ihr nicht mehr mit anderen Argumenten und Meinungen als euren konfrontiert werdet?“, fragte Kinzler in seiner letzten E-Mail. Die Studenten konnte er damit sichtlich nicht besänftigen.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun, wer die Aktion gegen Kinzler und seinen Kollegen auf dem Unigelände anzettelte. Der Deutsch-Dozent hat sich einen Rechtsbeistand gesucht, den Anwalt Patrick Klugman, der auch die Feministin Caroline Fourest verteidigt.

## Mainstream der politischen Korrektheit

In einem engagierten Buch, das unter dem Titel „Generation Beleidigt – von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei“ jetzt in deutscher Sprache erschienen ist, analysiert Fourest die Entwicklung, die zu Konflikten wie in Grenoble führt. Der Fall sei ein Musterbeispiel dafür, wie die identitäre Linke die Meinungshoheit beanspruche und Abweichler nicht dulde, sagt sie im Gespräch. Sie beobachte seit Jahren, wie an Universitäten jene bedrängt und abgekanzelt werden, die sich dem Mainstream der politischen Korrektheit verweigerten.

Gerade beim Thema politischer Islam und dem Vorwurf der Islamophobie sei die Meinungsfreiheit bedroht. Die frühere Journalistin von „Charlie Hebdo“ hat miterlebt, wie sehr die Satirezeitung vor dem Terroranschlag im Januar 2015 als Störenfried wahrgenommen wurde, weil das Blatt Tabuthemen wie islamischen Antisemitismus oder das Frauenbild des Islams mit den Mitteln der Karikatur kritisierte. Der Vorwurf der Islamophobie wurde besonders laut, nachdem die Zeitung 2012 neue Mohamed-Karikaturen abgedruckt hatte.

Gerade aufgrund dieser Vorgeschichte sei es problematisch, über den Begriff Islamophobie nicht zu diskutieren, meint Fourest. Die Feigheit vieler Kollegen Kinzlers, die sich nicht offen zum Recht des Andersdenkenden bekannt hätten, hält sie für beschämend. Denn die Situation in Frankreich sei anders als in den Vereinigten Staaten, wo viele Professoren um ihren Posten fürchten müssten, sollten sie in einen von Studenten angezettelten „Shitstorm“ geraten. In Frankreich hingegen hätten die Professoren keine Existenzängste. Sie würden nicht ihr staatlich gesichertes Lehramt aufs Spiel setzen, wenn sie widersprechen.

## Neuvermessung der Toleranz

Aus Sicht Fourests gibt die identitäre Linke immer mehr den Ton an, weil die neue Generation an den Universitäten nicht länger dem Gleichheitsideal der Französischen Revolution anhänge, das Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Besitzes und ihres Glaubens Gleichbehandlung verheiße. Vielmehr zähle nur die kulturell-ethnische Identität: „Sag mir, wo du herkommst, und ich sage dir, ob du reden darfst.“



Es ist nicht das erste Mal, dass in Grenoble die gesellschaftliche Toleranz neu vermessen wird. Vor zwei Jahren kochte ein Streit darüber hoch, ob muslimische Frauen ein Anrecht auf Ganzkörperbadeanzüge in öffentlichen Schwimmbädern hätten. Damals lavierte Bürgermeister Piolle, doch jetzt hat der grüne Präsidentenanwärter klar Farbe bekannt.

„Fünf Monate nach der Ermordung von Samuel Paty haben wir es mit einem schwerwiegenden Anliegen zu tun. Ich verurteile aufs schärfste diese Hexenjagd“, sagte er. Die Meinungsfreiheit an der Universität sei ein verbürgtes Verfassungsrecht, sagte er. „Da kann es kein Wenn und Aber geben.“

14 juin 2023 (NZZ)

[Wenn Deutschland gespalten ist, dann gilt: Der Ossi ist schuld \(nzz.ch\)](#)

## Wenn Deutschland gespalten ist, dann gilt bis heute: Der Ossi ist schuld

«Sachsen, da willst du nicht hin», sagt die Westdeutsche: Ostdeutschland wird im bundesrepublikanischen Diskurs seit der Wende als das Störende, Andere, Demokratieunfähige betrachtet

Claudia Schwartz

14.06.2023, 05.30 Uhr



Selten gilt der Osten noch als so chic wie beispielsweise bei den Trabi-Treffen (im Bild Zwickau 2019). Jens Schlueter / Getty

«Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört», konstatierte Willy Brandt angesichts des Mauerfalls 1989. Heute wird das kaum noch zitiert. Brandts Diktum ist ein Fall für die Geschichtsbücher, verdrängt von einseitigen Zuschreibungen. «So isser, der Ossi», titelte etwa der «Spiegel» 2019 im Hinblick auf dreissig Jahre Mauerfall, während andere überzeugt davon sind, dass die «Ossis alle Kommunisten und Faschisten» seien.

[Interessanter als die Entschuldigung des Springer-Vorstandsvorsitzenden Mathias Döpfner für Letzteres ist allerdings die scheinheilige Empörung der deutschen Medien:](#) Sie tun so, als hätten sie mit solchem Abgesang auf die Demokratiefähigkeit im Osten den Ausrutscher eines prominenten Einzelnen aufgedeckt. Dabei umreissen die beiden Beispiele von links bis konservativ das gesellschaftspolitische Meinungsspektrum der letzten drei Jahrzehnte. Es gibt nicht nur ein allgemeines Desinteresse an den ostdeutschen Anliegen. Bezeichnender noch ist die Abschätzigkeit, mit der führende Medien oder deutsche Fernsehfilme die Öffentlichkeit munter mit Stereotypen vom zurückgebliebenen Ostdeutschen unterhalten.

Es bleibt dabei: **Der Westen versteht den Osten bis heute nicht, aber er will ihn auch nicht verstehen.** Zwischen Brandt und dem «Spiegel»-Titel liegen drei Jahrzehnte, in denen der «Beitritt» der Ostdeutschen von einem Land zum anderen zwar formell rasch vollzogen wurde, mentalitätsmässig eine deutsche Annäherung jenseits des Privaten aber nie geklappt hat.

Die Ostdeutschen sehen sich seit dem Mauerfall mit Fragen nach Identität, Herkunft und nationalem Selbstverständnis konfrontiert. Währenddessen berichten die Medien über ausgewählte «Problemzonen» in den östlichen Bundesländern und stilisieren diese immer gleich zum grossen Ganzen: Dann ist der Osten jeweils ein Synonym für Arbeitslosigkeit und steten Abstieg, im politischen und sozialen Habitus ein Hort der AfD, des Rassismus beziehungsweise Rechtsradikalismus – oder schlicht und ergreifend ein armes, durch Abwanderung verödetes, vergessenes Land.

Das mag in manchen Teilen auch stimmen, aber vermittelt wird das notorisch als flächendeckende Negativfolie, die auch gleich darauf hinweist, dass das «richtige» und gute Deutschland eben woanders gemacht wird.

«Sachsen, da willst du nicht hin», sagte mir letztthin eine Hamburgerin, selbst wenn dort ein schöner Posten lockt, wie es ihn auch im Westen nur alle zehn Jahre einmal gibt.

### «Der Osten: eine westdeutsche Erfindung»

Jetzt ist einem Ostdeutschen, o Wunder, der Kragen geplatzt: Dirk Oschmann beschreibt in seiner Streitschrift «Der Osten: eine westdeutsche Erfindung» (Ullstein-Verlag, Berlin 2023), wie Deutschland eigentlich immer noch aus zwei äusserlich zusammengefügteten Teilen besteht. Wobei der westliche Part selbstgerecht, angewidert oder einfach nur dumm, aber immer despektierlich auf seine Mitmenschen im Osten schaut, die «aufholen und sich normalisieren» müssten.

Angesichts des Vorwurfs, «dass eine Art Ost-Identität», sprich: Demokratieunwilligkeit, für die wachsende Spaltung Deutschlands verantwortlich sein soll, sieht der Leipziger Literaturprofessor sich gezwungen, daran zu erinnern, dass es die ehemaligen DDR-Bürger waren, die durch friedliche Revolution die Diktatur zum Implodieren brachten.

So plausibel es ist, dass jene einschneidende Demokratieerfahrung von 1989 Ostdeutsche schneller zu Strassenprotesten bringt, um «etwas im Staat bewegen zu können», so lässt sich hier ein gutes Beispiel festmachen dafür, wie den Ostdeutschen ihr Verhalten bei jeder Gelegenheit negativ ausgelegt wird. In diesem Fall als «demokratiefeindliche Positionierung» von «Wut-Bürgern», wo es sich doch eigentlich um ein laut Grundgesetz verbrieftes Recht handelt.

Was Oschmann auch noch hätte erwähnen können: [Es waren Intellektuelle wie die aus dem Osten stammende Schriftstellerin Monika Maron](#), die als Erste auf den durch Tabuisierung der Flüchtlingskrise, Gendersprache oder Pandemiemassnahmen verengten Meinungskorridor hinwiesen und dafür mit dem Stigma «rechts» bedacht wurden. Was heute breit diskutiert wird, erntete erst einmal Buhrufe, weil es eben von der falschen Seite kam.

### Nichts als Vorwürfe

Der Hinweis auf die Demonstrationsfreudigkeit ist eine der seltenen Passagen, in denen Oschmann überhaupt eine Erklärung «des Ostens» liefert. Denn sein Buch dreht den Spiess um: Mit nichts als Vorwürfen hält der Ostdeutsche dem Westen den Spiegel vor. Seine Beschreibung deutsch-deutscher Zustände gleicht bald 32 Jahre nach der Wiedervereinigung einer Bankrotterklärung auf 200 Seiten.

Die Deutschen, so der Tenor, hätten es bis heute nicht geschafft, die Geschichte von BRD und DDR zwischen 1945 und 1990 als eine gesamtdeutsche Geschichte zu begreifen. Und solange die «innerdeutsch übersichtliche Geografie» die Vorstellung einer mentalen Spaltung des Landes in Osten und Westen, sprich: «Schwarz und Weiss», befördere, werde Deutschland «ein geteiltes Land bleiben».

Oschmanns Buch stürmt jedenfalls die Bestsellerlisten, und der in diesem Zusammenhang oft mitgelieferte Hinweis, dass es leider vor allem im Osten gekauft werde, darf als ein schöner Beleg gelten für die These, dass der Westen weiterhin Desinteresse demonstriert. Die einschlägigen Reaktionen auf Oschmanns explizite Polemik unterstreichen diesen Eindruck. Da wird eher selten auf Oschmanns Argumente eingegangen, lieber mokiert man sich darüber, wie hier die Dinge vorgebracht werden.

So gibt die «Süddeutsche Zeitung» zwar dem Autor in seinen wichtigsten Punkten (der weiterhin «eklatanten Ungleichheit» der Lebensverhältnisse oder der Verunglimpfung der Ostdeutschen als «beigetretener Andersdeutscher») recht. Sie stuft dann aber den «schamlosesten» und «selbstherrlichen» Einwurf auf reine «Diskursbewirtschaftung» herunter und stempelt den Ossi («Los Lochos in Lostdeutschland») zum Loser unter Losern.

Damit wird Oschmanns Pamphlet zur Probe aufs Exempel: Wehe, einer aus dem Osten prangert den Westen im gleichen Ton an, dann reagieren sie im dortigen Justemilieu von ungehalten bis beleidigt.

### Darf man noch «Aufbau Ost» sagen?

Nun ist Oschmanns Bestandesaufnahme überhaupt nicht neu. Und so manches legt sich der Autor in seiner Verve hier auch ein bisschen zurecht: wenn er etwa behauptet, dass die Medien Angela Merkels Musikauswahl zum Zapfenstreich aus Anlass ihres Abschieds (Nina Hagens DDR-Hit «Du hast den Farbfilm vergessen») als Kuriosität behandelt hätten. Viel eher war es doch so, dass dieses Lied im positiven Sinn mit Merkels DDR-Herkunft verknüpft wurde. Auch insinuiert Oschmann, man habe mit dem Begriff des «Aufbaus Ost» bewusst ans «Dritte Reich» angeknüpft. Ernsthaft? In einer Zeit, als in Deutschland wegen der Wende so etwas wie Ausnahmezustand herrschte?

Grundsätzlich ist es schon so: Die Wahrnehmung des Ostens im deutsch-deutschen Diskurs als das Störende, das Hässliche nahm gleich zur Wiedervereinigung ihren Anfang nicht zuletzt dank prominenten Intellektuellen wie Arnulf Baring oder Wolf Jobst Siedler, die 1991 von einem durch das DDR-Regime «verzwergten» Menschenschlag oder einer «Kolonisierungsaufgabe» im Osten sprachen. Es ging dann so weiter mit, wir erinnern uns, einer vom späteren SPD-Bundesinnenminister Otto Schily hochgehaltenen Banane angesichts des ersten, der CDU zugeneigten ostdeutschen Wahlverhaltens nach dem Mauerfall sowie einer «Buschzulage» (für westdeutsche Beamte, die in den Osten gingen).

Und wem das alles zu lange her ist, der findet bei Armin Laschet die Aussage, die DDR habe «die Köpfe der Menschen zerstört», wo «ganze Landstriche» nicht gelernt hätten, «Respekt vor anderen Menschen zu haben». Man muss sich einmal umgekehrt vorstellen, jemand würde vom Rheinland so reden, weil es dort bekanntlich Leute gibt, die sich im Karneval nicht gut zu benehmen wissen.

Was man darüber hinaus aber sagen muss: Trotz zerrütteten Verhältnissen darf es kein Tabu sein, danach zu fragen, weshalb die AfD den Osten so erfolgreich beackert. Hier schießt Oschmann, der das eine Zumutung findet, übers Ziel hinaus und erweist der Debatte einen Bärendienst.

Eine junge Generation wählt mittlerweile in Ostdeutschland auch nicht aus Protest die AfD, sondern weil sich die Ressentiments der Wendeverlierer weitervererben. Doch mit der Diskursbereitschaft der Ostdeutschen untereinander, daraus macht Oschmann kein Hehl, steht es auch nicht zum Besten. Gerne wüsste man in diesem Kontext auch, wie Oschmann den auffallenden Widerwillen im Osten gegen die Nato und den Zuspruch für Putin erklären würde, wenn nicht aus einer tiefsitzenden ideologischen Überzeugung heraus.

### **In ostdeutschen Kleingärten und Kantinen**

Oschmanns Buch hat Gewicht, weil es in seiner Attacke auf den Westen nochmals auflistet, wie sich der Westen den Osten zur Negativfolie gemacht hat in Vermeidung jeder Selbstkritik; sein Rückgriff auf den postkolonialistischen Begriff des «Othering» von Edward Said scheint da nicht aus der Luft gegriffen.

Die jüngere Generation der Deutschen pflegt in solchen Fällen das Thema weit von sich zu weisen und sagt: «Wir sehen uns nicht als Ostdeutsche oder Westdeutsche.» Man möchte in diesem Zusammenhang die schnöde Reaktion der «TAZ» auf Oschmann empfehlen, wo man aus diesem «Wut-Buch» vor allem den Sound von «ostdeutschen Kleingärten» und «Kantinen ostdeutscher Betriebe» herauszuhören glaubt, «überraschende, frische Sichtweisen auf die DDR» vermissend.

So isser, der Ossi. Er mosert in Kleingärten und Kantinen herum und wartet, bis ihn vielleicht jemand fragt, woher er kommt. Denn während es in Deutsch-Wokistan als politisch unkorrekt gilt, einen Taxifahrer nach seiner Herkunft zu fragen, weil «die Frage suggeriere, dass die angesprochene Person eigentlich (nicht hierher gehöre)», wie Oschmann schreibt, hat man erstaunlicherweise weiterhin keine Probleme damit, die Ostdeutschen ständig auf ihre Herkunft zu reduzieren.



14 juin 2023 (FAZ)

[Umfrage von Plan International über junge Männer voller Mängel \(faz.net\)](#)

EINE UMFRAGE VERZERRT:

## Wie gefährlich sind junge Männer?

VON [MICHAEL HANFELD](#)

-AKTUALISIERT AM 13.06.2023-20:11



Eine Umfrage stellt fest: Mehr als ein Drittel der Männer in Deutschland unter 35 Jahre findet Gewalt gegen Frauen okay. Ist das so? Medien und Politik fressen den Köder und geben Alarm. Dabei ist die Befragung voller Mängel.

Es ist die Nacht zu Sonntag, 11. Juni, 1.19 Uhr. Die Agentur AFP verbreitet eine Meldung, die im Laufe des Tages unter dem Rubrum „Schock-Umfrage“ in Medien und Politik die Runde machen wird: „Jeder dritte junge Mann in Deutschland findet Gewalt gegenüber Frauen ‚akzeptabel‘“. „In Deutschland“, heißt es bei der [Agence France-Presse](#) weiter, sorgten „traditionelle Rollenbilder bei jungen Männern teils für eine hohe Akzeptanz von Gewalt in der Partnerschaft“. Das gehe aus einer bundesweit repräsentativen Studie der Organisation Plan International Deutschland hervor, die den Funke-Zeitungen vorliege. Das ist wirklich ein Schock.

### Die Message zieht

Die Umfrage selbst liegt AFP nicht vor, auch nicht der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA), die um 3.18 Uhr berichtet. „Dass mal die Hand ausrutscht? 33 Prozent der Männer zwischen 18 bis 35 Jahren in Deutschland geben an, dies im Streit mit der Partnerin akzeptabel zu finden“, lesen wir dort. „34 Prozent der Befragten“, heißt es weiter, seien „schon mal handgreiflich gegenüber Frauen geworden, um ihnen Respekt einzuflößen. Hohe Abneigung zeigte sich gegen öffentliches Zeigen von Homosexualität. 48 Prozent erklärten, sie fühlten sich davon gestört.“

Mehr als ein Drittel der jungen Männer in Deutschland findet Gewalt gegen Frauen in Ordnung, fast die Hälfte hat Vorbehalte gegen Schwule: Das ist eine Message, die zieht, gerade an einem nachrichtenarmen Sonntagmorgen. Und so macht die Meldung die Runde, sie findet sich auf Websites von Zeitungen und Rundfunksendern zuhauf. Die „Zeit“ ist dabei, [FAZ.NET](#), die „Tagesschau“, der Bayerische und der Mitteldeutsche Rundfunk, das [ZDF](#); RP Online und Buzzfeed, „Bild“, „Berliner Morgenpost“, „Berliner Zeitung“ und „Glamour“, sogar das Statistikportal „Statista“ – die Liste ist beileibe nicht vollständig.



Äußerten sich schnell: Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), hier bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik am 24. November 2022 in Berlin. :Bild: dpa

Das Dumme ist nur: Am Sonntagmorgen gibt es die Umfrage, die den Zeitungen der [Funke Mediengruppe](#) vorliegen soll, noch nicht im Original zum Nachlesen. Anfrage bei der KNA: Wir kümmern uns gerade darum. Anfrage bei der Organisation Plan International: Wo ist die Umfrage denn bitte? Antwort, am frühen Nachmittag: [Wir haben das gerade auf unserer „Landingpage“ gepostet](#). Die KNA meldet sich freundlicher Weise zurück. Dort habe man ebenfalls gemerkt, dass es für eine solch sensationsträchtige Geschichte etwas mehr Hintergrund brauche, auch mit Blick auf die Frage, wie „repräsentativ“ diese Umfrage denn ist.

## Medien melden, Politiker springen auf

Diese Frage stellen (sich) viele Journalisten allerdings nicht. Sie verbreiten weiter. Politikerinnen und Politiker springen auf. Bundesfamilienministerin [Lisa Paus](#) (Grüne) sagt im ZDF, Gewalt gegen Frauen sei „nicht hinnehmbar“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) äußert sich in den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Man müsse entschiedener gegen Gewalt gegen Frauen vorgehen: „Hier darf es nur eine Devise geben: Null Toleranz für Gewalt gegen Frauen.“ Der niedersächsische Frauenminister Andreas Philippi (SPD) ist „zutiefst erschüttert“. Die Stadt Siegburg findet die Ergebnisse „erschreckend“. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) twittert: „Gewalt ist durch nichts zu rechtfertigen. Es ist unerträglich, dass eine relevante Zahl junger Menschen Gewalt gegen Frauen für akzeptabel hält.“

Das sind nur wenige Beispiele einschlägiger Reaktionen. Die Sprecherin von Plan International, Kathrin Hartkopf, taucht derweil auf öffentlich-rechtlichen und privaten Kanälen auf und legt nach. „Das ist das Schockierende an der Umfrage, dass ein Drittel gesagt haben, dann greif ich auch mal handgreiflich zu“, hören wir von ihr im ZDF. Bei „Welt TV“ sagt sie, man habe die Fragen an junge Männer unabhängig von deren sozialen Hintergründen gestellt. „Wir halten sie für absolut repräsentativ“, sagt sie zu der Befragung mit dem schockierenden Ergebnis. Das ist am Montag schon richtig eingesickert, nun geht es um die Konsequenzen, die daraus abzuleiten seien.

## „Gesellschaften seit jeher männlich geprägt“

Genau darauf zielt die Umfrage, in der Kurz- und in der 28 Seiten umfassenden Langfassung. „Gesellschaften sind seit jeher männlich geprägt. Um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, ist es deshalb wichtig, zu wissen, wie Männlichkeit verstanden wird“, heißt es in der Einleitung. „Der Blick in die sozialen Medien zeigt ein Spannungsfeld auf: Für manche sind Männer heutzutage verweicht, zu feminin und deshalb keine ‚richtigen‘ Männer mehr. Sie unterstützen weiterhin ein traditionelles Männerbild. Andere hingegen begrüßen den Wandel zu moderne(re)n Einstellungen als Fortschritt und leben ihn im Alltag. Wir wollten deshalb herausfinden, wie es bei der Altersgruppe von 18 bis 35 Jahren, die sich viel in den sozialen Medien bewegt, um das Thema Männlichkeit bestellt ist. Das haben wir mithilfe einer repräsentativen Umfrage untersucht.“

Und wie genau? Plan International hat zwei Firmen mit der Befragung betraut. Das Düsseldorfer Unternehmen „mo-web“ lieferte mit seinem „Online-Access-Panel“ die Grundgesamtheit, der Kölner Diplompsychologe und Betreiber der Firma „transpekte“, Eckhart Preis, lieferte 44 Fragen, wertete aus und gab die Vorgaben von Plan International durch: Die Befragten müssten zu gleichen Teilen männlichen und weiblichen Geschlechts sein. Sie sollten auf drei Alterskohorten verteilt sein – 18–24 Jahre, 25–29 Jahre und 30–35 Jahre. Das Merkmal Schulbildung sollte in zwei Abstufungen vorhanden sein – ohne Abschluss bis mittlerer Abschluss oder Hochschulreife und abgeschlossenes Studium. Zudem sollten die Befragten regional verteilt sein: Nord, West, Süd und Ost. Soziale, familiäre und religiöse Hintergründe – die ja durchaus auch eine Rolle spielen könnten – wurden bei der Sortierung nicht berücksichtigt. Eine Absichtung der Antworten nach dem Bildungshintergrund ließe sich nach Auskunft der Umfragemacher zwar vornehmen, wird aber nicht veröffentlicht.

## 949 Frauen, 947 Männer

Plan International fragte also, beziehungsweise Eckhard Preis, der seine Arbeit auf unsere Anfrage hin sehr entgegenkommend erklärte, moweb lieferte. Am Ende flossen die Antworten von 949 Frauen und 947 Männern in die Auswertung ein, 104 Befragte hatten die Bögen „fehlerhaft“ ausgefüllt, heißt es. Es gab drei verschiedene Bögen, einen für Frauen, einen für heterosexuelle und einen für homosexuelle Männer, bei denen, wie wir uns erklären ließen, bei der alles entscheidenden Frage nach der „Akzeptanz“ von Gewalt selbstverständlich nicht nach der „Partnerin“, sondern nach dem „Partner“ gefragt wurde (das wurde bei der Bemessung der vermeintlichen „Akzeptanz“ von Gewalt gegen Frauen dann herausgenommen).



Meldete sich gleich per Twitter: Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). :Bild: dpa

Und wie waren die beiden Fragen gestellt, auf die sich die ganze Debatte bezieht? Es waren Feststellungen, denen man zustimmen oder widersprechen konnte: „Ich finde es ok, wenn mir bei einem Streit mit meiner Partnerin gelegentlich die Hand ausrutscht, das passiert doch jedem mal.“ Und: „Gegenüber Frauen werde ich schon mal handgreiflich, um ihnen Respekt einzuflößen.“ Ankreuzen konnten die Befragten die Antwortmöglichkeiten „Trifft auf mich . . . überhaupt nicht zu / . . . eher nicht zu / . . . eher zu / . . . voll und ganz zu“. „Eher zu“ und „voll und ganz zu“ wurden als Zustimmung gewertet, die Plan International mit 33 und 34 Prozent angibt.

## Hinführung zu den Fragen ist anbiedernd

Dass es überhaupt jemanden gibt, der eine solche Einlassung zustimmend quittiert, ist alarmierend. Die Hinführung zu diesen beiden Aussagen allerdings ist anbiedernd, um nicht zu sagen, ankumpelnd formuliert und verharmlosend: „Im Folgenden haben wir ganz unterschiedliche Aussagen von Männern zu allen möglichen Lebensbereichen zusammengestellt. Uns interessiert, ob sie auch auf dich zutreffen, wenn du in der jeweiligen Situation bist oder wärst. Es gibt dabei kein ‚richtig‘ oder ‚falsch‘ – bitte antworte einfach so, wie du eben bist.“ „Wie du eben bist“ – hätten die Marktforscher direkt gefragt „Findest Du Gewalt gegen Frauen in Ordnung?“, hätten sie wahrscheinlich andere Antworten erhalten.

Alle 44 Fragen haben wir auf unsere Erkundigung hin leider nicht erhalten. Aber die Firma moweb hat nach zweimaliger Anfrage doch ausführlich erklärt, wie das „Online- Access-Panel“, das sie unterhält, funktioniert. Bei einem „Online-Access-Panel“ handele es sich, sagt der Chief Operating Officer von moweb, Julian Müller, „vereinfacht gesagt, um eine Online-Plattform, auf welcher sich befragungswillige Teilnehmer registrieren und an Umfragen zu verschiedenen Themengebieten teilnehmen können“. Die Registrierung stehe „grundsätzlich allen Personen offen, die ein Interesse an der Teilnahme an Online-Umfragen haben“. Die Mitglieder würden „über verschiedene Kanäle rekrutiert. Die gängigsten Kanäle sind klassische Online-Werbung und Direktrekrutierungen über unsere Panel-Website“. Die Registrierung erfordere „die Angabe einer E-Mail-Adresse und die Bestätigung ebendieser. Im Anschluss füllen die Panelisten einen Profilfragebogen aus. In diesem machen sie Angaben zu ihren demographischen Daten, Interessensgebieten und vielem mehr. Anhand dieser Profilinformatoren werden die passenden Teilnehmer für die einzelnen Befragungen ausgewählt. Erst nach Angabe der Profilinformatoren können Mitglieder an den Befragungen teilnehmen“.

## Aufwandsentschädigung in Form von Punkten

Werde ein Teilnehmer für eine Befragung ausgewählt, erhalte er eine Umfrageeinladung. Die Mitglieder könnten „frei entscheiden, ob sie an einer Befragung teilnehmen möchten. Für jedes abgeschlossene Interview enthalten die Teilnehmer eine Aufwandsentschädigung. Diese orientiert sich an der Dauer der Befragung und der Komplexität der gesuchten Zielgruppe. Die Aufwandsentschädigung wird dem Benutzer in Form von Punkten gutgeschrieben. Diese Punkte können gegen Bargeld eingetauscht werden, welches per Paypal ausgezahlt wird. Um das Antwortverhalten nicht zu beeinflussen, werden die Teilnehmer vor Beginn einer Befragung nicht über deren Inhalt informiert“. Welche Mitglieder zu einer Befragung eingeladen würden, hänge „in erster Linie von der gesuchten Zielgruppe ab. Anhand der Profilinformatoren ist es uns möglich, eine gewisse Vorauswahl zu treffen“. Bei der Befragung zum Thema „Männlichkeit“ seien „nur Teilnehmer im Alter von 18 bis 35 Jahren eingeladen“ worden. Bei der hier dargestellten Befragung habe man zudem „Quoten für Geschlecht, Region und Bildung festgelegt“, um die Vorgaben zu erfüllen.

So weit die Selbstdarstellung. Das Panel, aus dem heraus „repräsentativ“ gefragt wird, rekrutiert sich also selbst. Die Panelisten müssen über sich online Auskunft geben wollen, und einen finanziellen Anreiz gibt es auch. Diesen beschreibt die Stipendienplattform my-stipendium, ein Social-Start-up, mit Blick auf das von moweb betriebene Panel „myiyo“ so: „myiyo ist ein beliebtes Meinungsportal, das zum weltweit tätigen Marktforschungsunternehmen moweb research gehört. Insbesondere die hohe Vergütung pro Umfrage und das Startguthaben machen die Plattform attraktiv. Auch die verfügbare Smartphone-App ist positiv hervorzuheben, da sie es erlaubt, unkompliziert von unterwegs an Umfragen teilzunehmen. Mit durchschnittlich 5 Umfragen im Monat dauert es jedoch lange, bis Du die hohe Auszahlungsgrenze von 20 Euro erreicht hast.“

## Widerspruch der Demoskopien

Stichprobe aus einer bestehenden Online-Community, Selbstrekrutierung, finanzieller Obolus. Ist das repräsentativ? Plan International sagt Ja. Viele Journalisten und Politiker fragen erst gar nicht nach und nehmen den Befund für bare Münze. Aus der Berufsszene der professionellen Demoskopien aber kommt Widerspruch. So stellt der Rat der Deutschen Markt- und Sozialforschung, der über die Einhaltung der Berufsgrundsätze und Standesregeln wacht, in Ziffer 2 der Richtlinie für Online-Befragungen fest: „Die Selbstrekrutierung der Befragten ist in der Regel nicht geeignet, für die Gesamtbevölkerung verallgemeinerungsfähige Untersuchungsergebnisse zu gewährleisten.“

Die NZZ zitiert den Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam, Ulrich Kohler, mit der Warnung, er sei der Ansicht, dass „für Umfrageergebnisse im Mittelpunkt der Öffentlichkeit die höchsten Maßstäbe gelten sollten. Das ist hier sicher nicht der Fall gewesen“. So hätte man bei der Umfrage etwa beim Bildungsgrad der Befragten korrigieren können. Aber es gebe viele Aspekte, bei denen man nicht nachsteuern könne, „weil wir nicht wissen, wie diese in der deutschen Bevölkerung verteilt sind – etwa bei der erwähnten

Mitteilungsbereitschaft oder der Computeraffinität. Der sogenannte Selektions-Bias, also eine Verzerrung der Stichprobe, bleibt bestehen“.

## Güllner: Online-Panel nicht repräsentativ

Manfred Güllner, Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa und ein Doyen der Szene, spricht der Umfrage jegliche Repräsentativität ab. „Online-Befragungen“, sagt Güllner im Gespräch mit der F.A.Z., „sind dann repräsentativ, wenn wie bei anderen Erhebungsmethoden die Auswahl der Befragten so erfolgt – etwa ‚offline‘ auf Basis repräsentativer Telefonbefragungen –, dass die ausgewählte Stichprobe einen Querschnitt aller Gruppen der Bevölkerung darstellt. Doch das ist bei dem Online-Panel des Marktforschungsunternehmens moweb nicht der Fall. Hier kann sich jeder, aus welchen Gründen auch immer, als Teilnehmer anmelden: aus einem Spieltrieb heraus, aus Langeweile, um Entscheidungsprozesse von Politik oder Unternehmen zu beeinflussen, oder schlicht, um etwas Geld zu verdienen. Diese mithilfe einer sogenannten ‚Selbstrekrutierung‘ gewonnenen Teilnehmer sind somit weder für die Gesamtbevölkerung noch für die Gruppe der jungen Männer oder Frauen im Alter von 18 bis 35 Jahren repräsentativ.“

Und was bewirken die bei der Umfrage eingebauten Filter? „Das Unternehmen moweb“, sagt Güllner, „wirbt bei der Rekrutierung seiner Panel-Teilnehmer sehr offensiv mit finanziellen Anreizen und weist darauf hin, dass ‚bezahlte Umfragen wie eine kleine Nebentätigkeit im Internet‘ seien. Das dürfte vor allem in eher angespannten oder gar prekären finanziellen Verhältnissen lebende Bevölkerungsgruppen ansprechen. Beschäftigte in normalen Arbeitsverhältnissen dürften sich dadurch weniger angesprochen fühlen und dementsprechend auch im Panel deutlich unterrepräsentiert sein. Eine Quotierung nach Alter, Bildung oder nur vier größeren Regionen reicht somit keinesfalls aus, um dadurch ‚Repräsentativität‘ zu erreichen. Die im Panel vorhandene Verzerrung wird durch solche simplen ‚Filterungen‘ oder ‚Quotierungen‘ also nicht beseitigt, sondern kann sogar noch verstärkt werden.“

## „Unzulässiger suggestiver Stimulus“

Und die spezielle Fragestellung? „Ich finde es ok, wenn mir bei einem Streit mit meiner Partnerin gelegentlich die Hand ausrutscht, das passiert doch jedem mal“? Und: „Gegenüber Frauen werde ich schon mal handgreiflich, um ihnen Respekt einzuflößen“? Was lässt sich daraus ableiten? Güllner meint, der Organisation Plan International gehe es offenbar nicht darum, „objektive Informationen über die bundesdeutsche Realität zu erlangen“, sondern darum, ein „gewaltdominiertes Rollenbild der ‚Männlichkeit‘ zu konstruieren, um so Druck auf die öffentliche Meinung und die Politik ausüben zu können“. Der Zusatz „das passiert doch jedem mal“ bei der Frage: „Ich finde es ok, wenn mir bei einem Streit mit meiner Partnerin gelegentlich die Hand ausrutscht“, sei „ein völlig unzulässiger suggestiver Stimulus, der die Beantwortung der Frage in eine bestimmte Richtung lenkt. Das als ‚Gewaltbereitschaft‘ zu interpretieren ist somit unzulässig und völlig abwegig.“

Wie beurteilt der Forsa-Chef, dass zahlreiche Medien und Politiker nun wie selbstverständlich davon ausgehen, bei jungen Männern in Deutschland halte mehr als ein Drittel Gewalt gegen Frauen für „akzeptabel“? Dass eine Umfrage wie diese von vielen Medien nicht hinterfragt werde, sei „heute leider die Realität“. „Erschreckend und gefährlich für das gesellschaftliche und politische System und dessen Akzeptanz bei den Menschen aber ist, dass auch die Politik auf allen Ebenen diese angeblichen ‚Befunde‘ ohne jedwede Prüfung auf Zuverlässigkeit als gegeben wertet und daraus völlig falsche Schlussfolgerungen ableitet, die das Vertrauen zur Politik weiter untergraben.“

„Die Schattenseiten traditioneller Männlichkeit schaden auch und gerade der Geschlechtergerechtigkeit“, heißt es derweil bei Plan International. „So ist ein selbstbestimmtes Leben für Frauen in heterosexuellen Beziehungen kaum möglich, wenn sie sich ihren Partnern unterordnen sollen. Starre Männlichkeitsbilder erschweren die gleichberechtigte Besetzung von Entscheidungs- und Führungspositionen. Sie verfestigen zudem in Familien oder Beziehungen Rollenverhältnisse, in denen Frauen und Mädchen häufig auf die Care-Arbeit (Haushalt, Erziehung und Pflege) beschränkt werden und ihre eigenen Bedürfnisse hintanstellen müssen. Infolgedessen kommt es auch eher zu körperlicher und/oder psychischer Gewalt

gegenüber Frauen“, heißt es bei Plan International. „Die Ergebnisse unserer Befragung legen nahe, dass wir in Deutschland in der jungen Generation von wahrer Gleichberechtigung deutlich entfernt sind und viele junge Männer ein traditionelles Rollenverständnis leben – auch mit negativen Folgen für sich selbst.“

Es sind hehre Ziele, welche die Organisation Plan International verfolgt. Deren Erreichung tut sie mit der methodenschwachen Umfrage allerdings einen Tord an. Schlimm genug, dass überhaupt jemand zustimmt, wenn es heißt, dass ihm „bei einem Streit mit meiner Partnerin gelegentlich die Hand ausrutscht“. Daraus unter den hier beschriebenen Umständen abzuleiten, das sei repräsentativ und bedeute, dass mehr als ein Drittel der Männer im Alter zwischen 18 und 35 in Deutschland Gewalt gegen Frauen akzeptabel finde, erscheint allerdings nicht als belastbar. Dem Kampf für Frauenrechte und gegen Gewalt gegen Frauen hilft eine solche Umfrage nicht. Im Gegenteil. Sie ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die meinen, das Problem gebe es nicht. Gibt es aber, nicht zuletzt die Kriminalitätsstatistik weist es aus. 143.016 Fälle von Gewalt in Partnerschaften mit 143.604 Opfern sind im Jahr 2021 erfasst worden. Die Opfer sind zu 80,3 Prozent Frauen. Das sind Zahlen, die schockieren können. Und sie sind belastbar.

14 juin 2023 (The Economist)

[The real injustice would have been not to indict Donald Trump \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Secrets and fries

## The real injustice would have been not to indict Donald Trump

The former president must be subject to due process



Jun 13th 2023

The arraignment of [Donald Trump](#) at a court in Miami on June 13th marks a first in American history. The current president's administration believes that the previous president endangered national security, by wilfully mishandling classified documents, and is bringing **charges that could result in jail time**. **What makes this even more extraordinary, of course, is that the defendant is the front-runner in the Republican primary. Thus the 2024 election could turn into a campaign for Mr Trump to stay out of prison.**

**That is what Mr Trump would like.** Before the indictment against him was even unsealed, his campaign seized on it as a fundraising opportunity: [Joe Biden](#) could never win a free and fair election and so wants to jail his innocent opponent; 2024 is not just any election but the "final battle"; either Mr Trump wins "or we lose our country"; contribute here and become a Trump Gold Card member.

As well as turning Democratic fears about the end of American democracy back on the accuser, **the Trump campaign complains that their man is being singled out**. What about Joe Biden, Mike Pence and Hillary Clinton? **As Mr Trump observes, they have all hung on to classified documents, or been reprimanded for carelessness with official secrets. He argues that his indictment is, therefore, proof that he is the victim of a witch-hunt.**

**What nonsense.** America's security bureaucracy classifies so many more documents than it needs to that lots of officials and politicians inadvertently end up in possession of secrets. **In practice, they are prosecuted only when the most secret documents are involved; when those who possess them refuse to hand them back or obstruct justice; and when they leave them vulnerable or share them with others. Mr Trump is alleged to be guilty of all three.**

**Some of the documents referred to in his indictment are highly secret.** Others are marked "humint", which means they have been gathered by sources who could be in grave peril if caught.

**Mr Trump's handling of the documents is worrying, too.** The lawyers for Mr Biden and Mr Pence found classified documents at their homes and then contacted the Justice Department to hand them over. Mrs Clinton's mistake was to use a personal email server for work. **Mr Trump walked out of the White House with at least 15 boxes of documents, containing at least 30 files marked top secret. These documents are not part of the indictment because Mr Trump's office returned them. The problem was that even after that, Mr Trump hung on to more top-secret documents and instructed his lawyers to hide or destroy them.** "Why don't you take them with you to your hotel room and if there's anything

really bad in there, like, you know, pluck it out,” he reportedly told one. Earlier this month a retired Air Force lieutenant-colonel was sentenced to three years in prison for “wilfully retaining” top-secret information. This is serious stuff.

**Mr Trump’s documents were also more vulnerable to being seen or stolen.** Mr Biden left classified documents in his garage next to his Corvette—which was both sloppy and on brand. By contrast, **Mr Trump’s were kept at his club, whose several hundred members can take their guests for a swim and a club sandwich.** According to the indictment, a large number of boxes were put in a storage room, which could be reached “from multiple outside entrances, including one accessible from The Mar-a-Lago Club pool patio through a doorway that was often kept open”.

**Mr Trump is also alleged to have shared the documents.** His need to brag, and to make visitors feel special, is so strong that he let a writer, his publisher and two staff members look at a document that was probably a plan for bombing Iran’s nuclear-enrichment facility at Fordow. “This is secret information,” he is recorded saying. “See as president I could have declassified it. Now I can’t, you know, but this is still a secret.”

**So serious are these allegations that not to have charged Mr Trump would have been to single him out for special treatment.** **Had Mr Trump acknowledged his mistake and returned all the files, it is hard to see how there would have been any prosecution.** As it is, Bill Barr, Mr Trump’s former attorney-general, told Fox News that the indictment is “very, very damning” and concluded that “if even half of it is true, then he’s toast.”

**That Mr Trump could be brought down by a combination of vanity, paranoia, chaos and conceitedness seems tragic-comically apt.** **But that ending is a long way off, if indeed it ever arrives.** **The trial and appeals in this case may drag on past next year’s presidential election.** Were Mr Trump to win it, the Supreme Court would then be asked whether the prosecution of the president-elect should continue. If the court said yes, President Trump would presumably seek to pardon himself. That really would be unfair.



14 juin 2023 (Le Point)

[Installation des médecins : en Allemagne, le système parmi les plus stricts au monde - Page 2 \(lepoint.fr\)](#)

## Installation des médecins : en Allemagne, le système parmi les plus stricts au monde

Pour pallier les déserts médicaux en France, on peut regarder comment l'Allemagne organise son système de santé et l'installation de ses médecins.

Par Matthiaus Brunn\*, pour [The Conversation France](#)



Un écriteau signalant la présence de médecins en Bavière. © PETER KNEFFEL / DPA / dpa Picture-Alliance via AFP

Publié le 13/06/2023 à 15h05

**D**ans le débat actuel sur la liberté d'installation des médecins en France et les « déserts médicaux », les expériences à l'étranger sont utilisées de manière très variable par les défenseurs comme les détracteurs d'une régulation plus stricte que celle qui existe aujourd'hui.

**Concrètement, à l'heure actuelle, un médecin libéral en France peut s'installer où le veut.**

Néanmoins, l'« Accessibilité potentielle localisée » ou APL (établie selon le nombre de médecins généralistes jusqu'à 65 ans, le temps d'accès pour les patients, etc.) commence à être prise en compte au sein des « Territoires vie-santé » qui maillent le pays ([voir la carte](#)).

**Il y a ainsi des incitations financières pour promouvoir une installation dans une zone « sous-dense » en personnel médical.** En parallèle, l'idée de restreindre l'installation en zone « sur-dense » se développe et alimente des propositions parfois très discutées. [Les polémiques les plus récentes concernent l'ajout d'une quatrième année à l'internat de médecine générale, assortie de l'obligation de l'effectuer en cabinet de ville.](#) Dans un Territoire de vie-santé sous-dense, un habitant a accès à moins de 2,5 consultations par an ; 3,8 millions de personnes étaient concernées en 2018, contre 2,5 millions en 2015.

**L'Allemagne, voisin le plus proche géographiquement, est doté d'un système de régulation de l'installation parmi les plus stricts au monde.** Pourtant, il est très peu évoqué dans le débat français. Au-delà de la barrière linguistique, [la faible diffusion de l'évaluation des politiques en place outre-Rhin ne facilite pas les échanges d'expériences.](#) Cet article décrypte le système allemand actuel, et son historique, et donne un aperçu des effets. En outre, il discute la **transférabilité** de ces enseignements vers la France.

# Une politique ancienne qui s'est complexifiée

Les bases de la « planification des besoins » (*Bedarfsplanung*) sont jetées en 1976 avec l'introduction de statistiques sur la répartition des praticiens sur le territoire. Une évolution majeure a lieu en 1993 avec **le découpage du pays en 395 zones de planification et la fixation de « densités cibles » pour 14 catégories de médecins (généralistes, neurologues et psychiatres, etc.)**. **L'objectif est d'éviter les zones sur-denses en médecins. L'installation n'est possible que si ce seuil de densité n'est pas dépassé de plus de 10 %.**

Depuis 2013, le calcul du seuil est plus fin et tient compte de la structure démographique (âge et sexe) de la population. **L'objectif est désormais, aussi, d'éviter les zones sous-denses.** En 2021, est lancée une dernière évolution du mode de calcul. Sont intégrés progressivement l'état de santé dans le territoire (basé sur les données administratives fournies par les médecins), les distances (en voiture) entre population et cabinets, puis la multiplication des zones de planification, notamment pour les généralistes (actuellement environ 883 zones).

## Une large acceptation parmi les professionnels et des effets positifs

**Un point important est à souligner : cette politique contraignante est largement acceptée par les organisations de médecins.** Il faut noter que, au sein des comités de pilotage régionaux (associations de médecins conventionnés et caisses d'Assurance maladie) et au niveau du cadrage fédéral (un comité regroupant essentiellement les médecins, les caisses et les hôpitaux sous supervision légale du ministère de la Santé), ces organisations contribuent à l'évolution du dispositif.

Depuis 1999, la régulation de l'installation est par ailleurs étendue aux psychologues exerçant en tant que psychothérapeutes dans le cadre de leur conventionnement avec l'Assurance maladie. À l'instar des médecins, en échange du bénéfice du remboursement de leur prise en charge, les psychothérapeutes acceptent certaines contraintes, y compris la limitation de l'installation. Concrètement, en 2021, 31 300 psychologues-psychothérapeutes et 152 000 médecins conventionnés étaient concernés en Allemagne par ce système de maîtrise de l'installation.

**Ce système a jusqu'ici donné de bons résultats qui, s'ils ne bénéficient pas d'évaluations scientifiques, sont basés sur des données assez robustes quant à ses effets.** La discussion autour de cette politique est en effet essentiellement basée sur des rapports rédigés par des instituts privés et financés par les différentes parties prenantes.

**Une expertise approfondie et indépendante publiée en 2018 a conclu que l'accès est très bon pour la plupart des habitants en Allemagne : 99,8 % de la population est à moins de dix minutes de voiture d'un généraliste, et 99,0 % à moins de 30 minutes pour la plupart des spécialistes.** Il s'agit, bien entendu, d'un indicateur d'accès purement géographique, en supposant qu'une voiture est à disposition. **En ce qui concerne la disponibilité des médecins, la majorité des personnes interrogées ont répondu qu'elles obtiennent des rendez-vous en quelques jours seulement.**

En France, une étude de 2017 a trouvé des chiffres relativement proches pour les généralistes : 98 % de la population est à moins de dix minutes en voiture. Faute de méthode identique, les autres

données de ces deux études ne sont pas comparables. **Il ne faut non plus occulter les différences systémiques entre les deux pays, qui empêchent de conclure que les résultats parfois divergents ne seraient dus qu'à la régulation de l'installation.**

## Des différences systémiques avec la France

- **Densité médicale et ruralité**

	Médecins en exercice, par 1000 habitants	Densité de la population (habitants par km <sup>2</sup> )
Allemagne	4,5	232
France	3,2	121

Données clés comparant la densité médicale et populationnelle, en 2020, en Allemagne et en France. OECD/Wikipedia, fourni par l'auteur.

Le débat sur le « manque » de médecins (*Ärztmangel*) **est moins intense en Allemagne qu'en France.** Et pour cause : s'il existe aussi des différences régionales, **l'Allemagne recensait, en 2020, 40 % de médecins de plus que l'Hexagone – par rapport à la population et tous secteurs confondus (hôpital, ambulatoire, etc.) (voir tableau).**

La question de la ruralité ne se pose pas non plus de la même manière dans les deux pays. **Dans la « campagne profonde », en Allemagne, on n'est jamais très loin d'un centre urbain.** Cela se traduit, schématiquement, par **une densité de la population presque deux fois plus élevée qu'en France.** Par conséquent, un médecin s'installant dans la campagne allemande ne se sent pas (automatiquement) éloigné d'un certain nombre de services publics, culturels, etc. Cela renvoie à l'idée, dans le débat **en France, que les « déserts médicaux » sont aussi, en partie, des « déserts de service public et privé ».**

### Organisation interne et intégration institutionnelle

**Il convient également de souligner que, si la limitation de l'installation n'est pas contestée, ce sont les médecins allemands eux-mêmes qui la mettent en œuvre.**

Ils disposent en effet de larges compétences pour gérer l'organisation de leur exercice : de la formation (définition des cursus pour les études de médecine, etc.) à la permanence de soins, en passant par la distribution du budget ambulatoire. Ils sont en négociation quasi permanente avec l'Assurance maladie et sont bien représentés au niveau politique. L'intégration institutionnelle des médecins, par les organes les représentant, est donc forte.

Cette intégration entraîne toutefois une grande complexité afin que le périmètre et les compétences de chaque partenaire (associations de médecins conventionnés, caisses d'assurance maladie, comité fédéral commun...) soient clairement définis.

- **Un système de rémunération différent**

En Allemagne, la rémunération repose essentiellement sur un système de capitation : une somme fixe pour chaque patient pris en charge par un médecin, par trimestre. S'y ajoute, en sus, une rémunération à l'acte, dont le montant baisse en fonction du nombre d'actes prodigués. **On parle de « dégression » : plus il y a des actes, moins élevé est le prix par acte.** Comme mentionné plus haut, ce sont les médecins eux-mêmes qui gèrent cette enveloppe dite « à moitié fermée ».

A contrario, en France, domine toujours la rémunération à l'acte qui est non dégressive, et donc à prix fixe.

## **Des différences empêchant toute transférabilité ?**

A priori non, car il existe tout de même **de nombreuses similitudes rendant les deux systèmes comparables dans une certaine mesure.**

À la différence d'autres systèmes tels que celui en vigueur en Angleterre, France et Allemagne offrent un accès assez peu restreint à de nombreux spécialistes en dehors de l'hôpital. En France, cependant, le « parcours de soins » incite financièrement les patients à passer d'abord par un généraliste – hors gynécologues, ophtalmologues, psychiatres et stomatologues, qui sont accessibles directement sans pénalité financière.

Les deux pays introduisent aussi de plus en plus de dispositifs semblables, qui redessinent l'organisation du système de soins : des maisons ou centres de santé regroupant plusieurs professionnels, des soins plus coordonnés pour les patients atteints de maladies chroniques, l'usage de référentiels pour améliorer la qualité, etc.

Dans l'organisation du système de soins, on note également, **en Allemagne comme en France, que l'État est de plus en plus pilote de ces politiques. Ce qui est lié à la notion de contrôle budgétaire, devenue une préoccupation primordiale et un moyen de cadre les changements du système de santé.**

## **Limiter l'installation des médecins : une politique efficace mais complexe**

L'exemple allemand montre que la limitation de l'installation est une politique efficace... mais qui ne peut être mise en place qu'au prix d'un millefeuille administratif assez épais. Chaque nouvelle modification, comme en 2021, venant ajouter (encore) des variables dans un modèle de planification déjà très complexe. **Il faut donc multiplier la collecte, la remontée et l'analyse de données, les concertations, etc.**

**Mais il faut surtout retenir que cet outil a été mis en place (et a longtemps servi) pour « corriger » les zones sur-denses dans un pays plutôt bien doté en médecins et lits d'hôpitaux.** Cette planification a été conçue afin de maîtriser les coûts et éviter une compétition trop élevée

entre médecins qui opèrent avec le système d'enveloppe à moitié fermée. Cette trajectoire structure encore les débats et les actions en Allemagne.

**Or, ce sont les zones sous-denses qui sont au cœur des débats en France.** À titre d'exemple, la densité de médecins généralistes est de 46 % plus élevée dans la région la plus dotée (Paca), par rapport à la moins dotée (Centre), en 2021. **Afin de remédier aux « déserts médicaux », il conviendrait plus de se pencher sur les outils incitatifs.** Ceux qui existent sont par ailleurs assez similaires dans les deux pays : aide financière à l'installation, ouverture de sites de formation ou d'antennes d'universités dans les territoires ruraux, incitation au recrutement d'internes, etc.

**L'approche outre-Rhin apporte donc des pistes de réflexion qui méritent d'être analysées.** Toutefois, afin de mener un débat éclairé, **il est essentiel de distinguer les notions de zone sous-dense versus sur-dense, et de tenir compte des spécificités du système de notre voisin – proche... mais pas tout à fait similaire.**

*L'auteur remercie Lucie Kraepiel, doctorante au CSO (Centre de sociologie des organisations) et assistante de recherche à l'axe santé du Liepp (Laboratoire interdisciplinaire d'évaluation des politiques publiques) de Sciences Po, pour sa relecture de cet article.*

\* Matthias Brunn, chercheur affilié en sciences politiques au Liepp – Sciences Po, Sciences Po

13 juin 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/societe/article/2023/06/13/au-royaume-uni-une-femme-condamnee-a-de-la-prison-ferme-pour-avoir-provoque-la-fin-de-sa-grossesse-apres-le-delai-legal\\_6177460\\_3224.html](https://www.lemonde.fr/societe/article/2023/06/13/au-royaume-uni-une-femme-condamnee-a-de-la-prison-ferme-pour-avoir-provoque-la-fin-de-sa-grossesse-apres-le-delai-legal_6177460_3224.html)

## Au Royaume-Uni, une femme condamnée à de la prison ferme pour avoir provoqué la fin de sa grossesse après le délai légal

La condamnation de Carla Foster sur la base d'une loi remontant à 1861 a suscité plusieurs appels à une réforme de la législation sur l'avortement.

Publié aujourd'hui à 17h17, modifié à 17h38

Pour le Crown Prosecution Service, le ministère public britannique, cité par la [BBC](#), les affaires comme celle de Carla Foster sont « *exceptionnellement rares... complexes et traumatisantes* ». Cette Britannique de 44 ans, mère de trois enfants, a été condamnée, lundi 12 juin, à vingt-huit mois de prison, dont quatorze mois ferme, par le tribunal de la couronne de Stoke-on-Trent, après avoir recouru à des pilules abortives au-delà du délai légal.

**La loi de 1967 sur l'avortement dispose qu'une grossesse peut être légalement interrompue jusqu'à la vingt-quatrième semaine de grossesse au Royaume-Uni.** Poursuivie en vertu de [l'article 58 du Offences Against the Person Act 1861](#), qui régit les atteintes à la personne, et accusée d'avoir pris des médicaments ou utilisé des instruments pour obtenir un avortement, **Carla Foster était enceinte de 32 à 34 semaines**, lorsqu'elle a contacté le British Pregnancy Advice Services (BPAS) dans le cadre du programme « pilules par la poste », mis en place pendant la pandémie de Covid-19.

Selon le tribunal, M<sup>me</sup> Foster a menti au BPAS sur « *l'état d'avancement* » de sa grossesse, le service fournissant des pilules abortives après une consultation à distance pour des grossesses allant jusqu'à dix semaines. Le BPAS lui a fait parvenir un comprimé de mifépristone et quatre de misoprostol : les deux médicaments utilisés ensemble constituent la pilule abortive. Elle a pris un comprimé de mifépristone le 9 mai et les quatre comprimés de misoprostol à 13 heures, le 11 mai 2020. Mais trois heures plus tard, elle a appelé les urgences.

L'autopsie du bébé mort-né a révélé que la cause du décès était l'utilisation par la mère de médicaments abortifs.

### « Un acte délibéré »

Dans son réquisitoire, le procureur Robert Price a déclaré que Carla Foster avait « *illégalement provoqué l'avortement de l'enfant qu'elle portait en prenant des médicaments abortifs qu'elle avait obtenus en fournissant de fausses informations à un service de grossesse* ». « *Le ministère public estime que la prise de médicaments était un acte délibéré. Son intention était de se faire avorter.* »

Lors de son procès, il a été établi que M<sup>me</sup> Foster avait eu des relations avec deux hommes autres que son ancien compagnon et avait découvert à la fin de 2019 qu'elle était enceinte, sans savoir qui était le père. Selon le site du [Stoke Sentinel](#), le quotidien local qui a suivi l'affaire, elle a voulu cacher sa grossesse et elle a effectué des recherches sur Internet sur les moyens d'y mettre un terme.

Selon le procureur, M<sup>me</sup> Foster a continué à faire des recherches sur Internet depuis son lit d'hôpital, notamment « *Puis-je avoir des problèmes avec la police pour avoir pris des pilules abortives ?* » et « *Pourrais-je aller en prison pour avoir avorté à 30 semaines de grossesse ?* ».

Des professionnels de la santé, dont le Royal College of Obstetricians and Gynaecologists, le président de la Faculty of Public Health et le National Institute for Health and Clinical Excellence, ont signé une lettre

demandant au juge de faire preuve de clémence. Ils ont fait valoir que l'emprisonnement de M<sup>me</sup> Foster dissuaderait d'autres femmes d'avoir recours à leurs services ou d'être franches avec les médecins.

Dans sa décision, le juge Edward Pepperall a critiqué ces interventions, rappelant que son « *devoir en tant que juge est d'appliquer la loi telle que prévu par le Parlement. Je n'accepte pas [l'idée] que l'emprisonnement dissuade les femmes et les filles de demander légalement des soins dans la limite de 24 semaines.* »

## Appels à réformer la loi

Avant sa condamnation [Carla Foster a écrit sur Facebook](#) : « *Personne n'a le droit de vous juger car personne ne sait ce que vous avez vécu. Ils ont peut-être entendu des histoires, mais ils n'ont pas ressenti ce que tu as ressenti dans ton cœur.* »

Sur [Twitter](#), la députée travailliste Stella Creasy a appelé à une « *réforme urgente* » : « *La peine de prison moyenne pour un délit violent en Angleterre est de dix-huit mois. Une femme qui a eu recours à un avortement sans suivre les procédures vient d'être condamnée à vingt-huit mois [de prison] en vertu d'une loi de 1861.* »

La députée conservatrice [Caroline Nokes](#), présidente du House of Commons Women and Equalities Committee, s'est également exprimée à la BBC, pour demander une réforme de la législation de 1861.

Interrogé sur cette affaire, un porte-parole du premier ministre, Rishi Sunak, a déclaré : « *Nos lois, telles qu'elles existent, équilibrent le droit d'une femme à des avortements sûrs et légaux avec les droits d'un enfant à naître, je n'ai pas connaissance de projets visant à modifier les lois sur l'avortement.* »

Plusieurs organisations, dont le Women's Equality Party et le BPAS, ont appelé à une [marche, le 17 juin](#), entre la cour royale de justice et le palais de Westminster pour exiger une réforme de la loi sur l'avortement.

En attendant, la députée Stella Creasy a [ajouté sur Twitter](#) : « *Il existe un mécanisme que le gouvernement peut utiliser pour faire preuve de miséricorde envers une femme condamnée (...) pour avoir avorté : c'est une prérogative royale qui a été utilisée pour la dernière fois en 2020. Si vous pensez que l'avortement est un problème de santé et non une affaire criminelle, demandez à votre député de se joindre à moi pour exhorter le lord chancelier [l'équivalent du ministre de la justice] à agir.* »

## Les contributions (18)

**Claustaire** 13/06/2023 - 20H26

Etonnant que même au Monde on semble confondre interruption volontaire de grossesse (IVG) et infanticide. Evidemment, cela permettra aux anti-IVG et anti-assistance en fin de vie de monter à la brèche pour rappeler que tout processus vital en cours ou en fin de course n'appartient qu'à Dieu.

**Ginger V.** 13/06/2023 - 20H07

Avec un fœtus de plus de 8 mois, ce n'est pas un avortement mais un infanticide. La peine est trop légère et je m'exprime en tant que femme favorable au droit à l'avortement.

**Vonnas** 13/06/2023 - 20H07

La loi est certes obsolète, mais 32 à 34 semaines de grossesse, même en défenseur ardent de la liberté des femmes à avoir ou non un enfant, je trouve cela terrible. Il faudrait en savoir plus sur cette femme, l'environnement, le QI, les circonstances !!

- **GERONIMO** 13/06/2023 - 19H41

Par quelque bout qu'on prenne ce drame, à 32-34 semaines, le bébé est évidemment viable.

Qu'il soit in utero ou ex utero ne change donc rien. C'est bien un infanticide. La peine est légère.

**Cyrus Smith** 13/06/2023 - 19H37

On aimerait savoir qui l'a balancée, l'hôpital?

**FrenchyEve** 13/06/2023 - 19H18

Si elle avait accouché en avance à cette date, le bébé était viable, et l'étrangler puis le mettre au congélateur serait un infanticide. Ici elle l'empoisonne avant. Je suis une ardente défenseuse du droit à l'avortement, mais ici à ce stade on n'est plus dans l'avortement et la peine me paraît raisonnable

**CyriLoindeLa** 13/06/2023 - 19H10

Son laissez cette femme tranquille. L'enfant n'était pas désiré ni de sa mère. Ni de son/ses pères. Les femmes ont le droit de faire ce qu'elles veulent. Je suis un homme, j'ai deux enfants que j'ai désirés avec mon épouse. Et je suis pour la liberté totale des femmes. Les hommes qui la critiquent ne sont que des géniteurs !

**Noon** 13/06/2023 - 20H05

Faut arrêter le délire, elle a eu 32 semaines pour prendre une décision.

**Athanagore Porphyrogenete** 13/06/2023 - 18H54

A un moment il faut quand même prendre un peu de recul, grossesse normale: 42 semaines, grand prématuré à moins de 32 semaines (9000 chaque année, peu de séquelles), donc à 34 semaines, c'est un prématuré "normal", et la décision prise par le tribunal est finalement bien généreuse pour cette dame. On a vraiment beaucoup de poids beaucoup de mesures en ce moment.

**Michèle de Dordogne** 13/06/2023 - 18H50

Avec une telle mère, aussi irresponsable, il vaut mieux que ce pauvre enfant - dont personne ne voulait et dont on ne sait même pas qui est le père - ne soit pas né.

**untel** 13/06/2023 - 18H58

Oui, le coup des trois pères potentiels, c'est la cerise sur le gâteau. Ça s'ajoute au dépassement du délai légal, à la fausse déclaration et finalement à l'infanticide. Les woke n'améliorent pas leur popularité dans l'opinion publique en défendant de tels dossiers.

**JLMUL** 13/06/2023 - 18H44

Il faut quand même pas déconner à 30 semaines le fœtus est VIABLE ce n'est ni plus ni moins qu'un infanticide !

Pas cher payé !

**Arnaud A** 13/06/2023 - 18H37

34 semaines, c'est probablement autant ou un peu plus que le petit enfant mort-né après sa tragique rencontre avec le drogué Palmade. A l'époque, nous n'avions pas de mots assez durs pour dénoncer cet infanticide, et maintenant il faudrait laisser passer l'équivalent en Angleterre ? Comment croire qu'un enfant de 34 semaines n'a pas de sensibilité ? Comment peut-on attendre si



longtemps pour réagir si on ne le désire pas ?

Il faut certainement faciliter les procédures d'abandon-adoption, mais pas permettre l'avortement jusqu'au jour de la naissance...

**Allochtone Sophocrate et Pubescente** 13/06/2023 - 18H28

Ce qui est ridicule est de dire : "Aujourd'hui on peut avorter, demain non". Il n'y a pas un Rubicon de l'âme. L'âme n'existe pas. Le fœtus est seulement un ébauche d'individu. Les interdictions sont légales, ou pas, selon.... l'hypocrisie des législateurs. Alors, la condamner parce que elle a dépassé la date est...se justifier, ou se donner bonne conscience. C'est comme l'euthanasie, si l'intéresse veut mourir il faut l'assister médicalement.

**OrangM** 13/06/2023 - 19H20

@asp, ... Question éthique des limites de la vie dont la définition évolue avec la science et la culture... Cependant si la loi décrète qu'au delà de 24 sem, un fœtus est devenu un humain qu'il est interdit de tuer, eh, bien, la loi doit être suivie ! ... L'euthanasie reste illégale et ne concernerait de toute façon que des personnes consentantes (ce que ne peut pas être un enfant) ...

**Jigi** 13/06/2023 - 19H07

L'hypocrisie ? Il y a un moment où le foetus devient un être sensible. La limite peut être sujet à débat, mais quand on dépasse le nombre de semaines d'un prématuré viable on n'est plus dans l'avortement.

**La Mancha** 13/06/2023 - 18H23

Tout le problème du délai légal reside dans la difficulté à établir la différence entre un avortement et un infanticide. Ou le curseur doit il se situer ? Une femme qui tue ses enfants à la naissance doit elle être considérée comme une criminelle ? Si c'est le cas, à partir de quelle semaine de grossesse soit on considérer que pour des raisons éthiques, un avortement n'est plus possible ?

**Arbacèles** 13/06/2023 - 18H06

Ridicule, la prochaine femme dans sa situation fera quoi ? Elle se jettera sous un train ? Elle ira accoucher dans des toilettes et laissera le nouveau né dans une poubelle (évènement très loin d'être rare) ?

Et ses 3 gamins vont donc être privé de leur mère pendant plus d'un an ?

**toni13** 13/06/2023 - 18H52

8 mois de grossesse c'est un infanticide ..

[Signaler un abus](#)

**Gaël L.** 13/06/2023 - 18H05

Ma fille est née à 33 semaines de grossesse et respirait sans assistance. A ce terme-là, on ne parle même plus de grande prématurité.

C'est un infanticide qu'on voudrait nous faire passer pour une défense des droits de la femme.

13 juin 2023 (NZZ)

[Autofiktion: Die Kunst der literarischen Selbsterfindung \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Die Kunst der Selbsterfindung. Die Autofiktion ist ein beliebtes Genre, weil es Roman und Lebensbeichte in einem verspricht

Die Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux gehört zu den grossen Vertreterinnen des modernen Erzählverfahrens. Viele ihrer Nachahmer erliegen der Versuchung zur Egozentrik.

Rainer Moritz 13.06.2023, 05.30 Uhr



Vielleicht können Schriftsteller gar nicht anders, als über sich selbst zu schreiben. Aber schreiben sie wirklich über sich, wenn sie über sich schreiben?

Bruno Barbey / Magnum

In ihren jüngst als Buch erschienenen Frankfurter Poetikvorlesungen «Wir hätten uns alles gesagt» sinniert Judith Hermann über den Wahrheitsgehalt ihrer Texte. Ihr Nachdenken führt jedoch zu keinem eindeutigen Ergebnis: «Im Rückblick bin ich bisweilen nicht mehr sicher, welcher Teil einer Erzählung stattgefunden hat und welcher ausgedacht ist, welcher Teil die sogenannte autobiografische Wahrheit birgt, wobei das am Ende ja vollkommen einerlei ist.»

Einerlei ist Lesern diese Frage jedoch nie gewesen, weshalb nach Lesungen bis heute gern schüchtern die Frage gestellt wird: «Haben Sie das alles selbst erlebt?» Dahinter verbirgt sich die Auffassung, dass dem, was offensichtlich aus dem eigenen Leben geschöpft ist, eine höhere Überzeugungskraft innewohne als dem bloss Ausgedachten, dem angeblichen Phantasieprodukt.

Der Konflikt zwischen dem Autobiografischen und dem Erfundenen ist so alt wie die Literatur und letztlich ein Scheinkonflikt. Denn wo und wann immer geschrieben wird, greifen Autorinnen und Autoren offen oder verdeckt auf den Fundus ihrer Existenz zurück, auf ihren Erlebnis-, Gedanken- und Gefühlshaushalt. Dieser Stoff wird alsdann verwandelt, bis er, wie es Judith Hermann formuliert, keinen eindeutigen Realitätsbezug mehr aufweist.

Diese poetologische Binsenweisheit gilt nicht minder für Autobiografien. Selbst wenn ihre Verfasser einen sogenannten «autobiografischen Pakt» mit ihren Lesern schliessen, um die Wahrhaftigkeit ihrer Erinnerungen zu bekräftigen, ändert sich nichts am fiktionalen Charakter des Geschriebenen. Wer eine Autobiografie verfasst, wählt aus, lässt weg, beschönigt, spitzt zu, schafft Kausalitäten,

damit das eigene Leben einen sinnvollen Zusammenhang erhält, und verdrängt womöglich genau das, was den Wesenskern des eigenen Daseins ausmacht.

## Ein Begriff macht Karriere

Mitten in dieses nicht aufzulösende Dilemma schiebt sich mittlerweile ein Begriff, der das Paradox aufzuheben verspricht, indem er es als zusammengesetztes Wort selber abbildet. Es ist inzwischen zu einer omnipräsenten Modevokabel geworden. Das Zauberwort heisst «Autofiktion». Es ist keine Erfindung unserer Tage. Wissenschaftliche Symposien bemühen sich seit einiger Zeit um seine Bestimmung, und in Fachlexika hat es längst seinen Platz gefunden. Zurückgeführt wird es auf den Literaturkritiker und Autor Serge Doubrovsky, der den Begriff «ego-fiction» in den 1970er Jahren geprägt haben soll.

Der Begriff «Autofiktion» jedoch macht erst seit einigen Jahren richtig Karriere. Dessen Beliebtheit hat offensichtlich mit einem generellen Unbehagen an der Fiktion zu tun, das die New Yorker Theaterautorin Helene Hanff in ihrem Briefwechsel «84, Charing Cross Road», den sie in den 1960er Jahren mit den Betreibern eines Londoner Antiquariats führte, so formulierte: «Ich kann mich nicht für Dinge interessieren, die Leuten, die nie gelebt haben, nicht zugestossen sind.»

Rühmte man früher an «erfundenen» Texten ihr Potenzial, neue Welten zu erschaffen und der schnöden Alltagsrealität die Möglichkeit eines «ganz Anderen» gegenüberzustellen, misstraut man diesen Entwürfen inzwischen. Man hält sie für zu unverbindlich, um gesellschaftliche oder individuelle Konflikte angemessen zu behandeln. So verspricht man sich vom autofiktionalen Schreiben die Freiheit, sich nicht zwischen Autobiografie und Fiktion entscheiden zu müssen. Und natürlich verbirgt sich dahinter nicht selten eine ausgeprägte Egozentrik, die die eigene Person wichtiger als alles andere nimmt.

Die Unwilligkeit, auf dem Terrain der Fiktion zu verharren, schlug sich in den letzten zwei Jahrzehnten in der europäischen Literatur markant nieder. Am auffälligsten geschah dies im sechsteiligen [Zyklus «Mein Kampf» des Norwegers Karl Ove Knausgård](#). Aber auch etliche Schriftsteller im deutschsprachigen Raum – etwa Peter Kurzeck, Andreas Maier und Gerhard Henschel – machten in grossangelegten Projekten kein Hehl daraus, dass sie die eigene Biografie in Szene setzten. Auch die erfolgreichen Blogs von Rainald Goetz und Wolfgang Herrndorf gehören in dieses literarische Grenzgebiet.

Den grössten Anteil an der autofiktionalen Welle hat jedoch fraglos die französische Literatur. Dort, so scheint es, sind Erzählungen, die zwischen Autoren-Ich und Erzähler-Ich keinen Unterschied machen, an der Tagesordnung. Didier Eribon, Camille Laurens und [Édouard Louis heissen die Protagonisten](#), die, je unverhüllter sie von sich selbst sprechen, gleichzeitig die Zerrissenheit der Gesellschaft zum Thema machen – statuiert am eigenen Exempel.

Von «Herkunft» und «Klasse» sprechen französische Autorinnen und Autoren viel unverhohlener als ihre deutschsprachigen Kollegen. Über sich selbst im diffusen Licht des Autofiktionalen zu reden, eröffnet augenscheinlich neue Möglichkeiten, sozialen Widersprüchen auf die Spur zu kommen.

## Ein unabschliessbares Verfahren

Den grössten Einfluss hat dabei [das Werk der Nobelpreisträgerin Annie Ernaux](#). Ihre meist schmalen Romane verhandeln en détail und in immer neuen Reprints ihre kleinbürgerliche, provinzielle Herkunft (etwa in «Der Platz» und «Eine Frau») und die Scham darüber, sich von den Eltern und ihrer Lebensweise entfernt zu haben. Die eigene Geschichte und die ihres Landes miteinander zu

verquicken, das hat Ernaux in ihrem erfolgreichsten Roman, «Die Jahre», versucht, ihrer «unpersönlichen Autobiografie».

Ernaux' Werk steht ganz im Zeichen der Autofiktion und verleiht diesem oft völlig unreflektiert verwendeten Begriff eine neue Tiefenschärfe. Bei Ernaux ist damit ein Verfahren bezeichnet, das eigene Leben nicht nur autobiografisch zu spiegeln, sondern es immer wieder neu zu fassen, durch die Fiktion erst zum eigenen Leben zu machen.

So greift Ernaux in ihren Romanen wieder und wieder Schlüsslepisoden ihres Lebens auf (den Tod der Schwester, den Axtangriff des Vaters auf die Mutter, die Vergewaltigung in einem Sommerlager, [die Abtreibung](#) u. a.). Sie veröffentlicht ausserdem Tagebuchaufzeichnungen, Briefauszüge oder Fotografien, und sie stellt ihr Privatleben [in wiedergefundenen Super-8-Filmen](#) aus, die ihre Ferienreisen in den frühen 1970er Jahren dokumentieren.

Sich selbst in der penibel genauen Beschreibung zu erfinden, dieser Prozess kommt nie an ein Ende. Er verlangt nach permanenter Fortschreibung. Autofiktion ist so gesehen weniger ein Genre als eine endlose Selbstbefragung und ein poetisches Verfahren.

So komplex und aufschlussreich eine so verstandene Autofiktion ist, so wenig bleibt davon, wenn man auf die derzeitige Verwendung des Begriffs schaut. Keine Verlagsvorschau mag mehr auf ihn verzichten. Wo früher das unscheinbare Adjektiv «autobiografisch» ausreichte, hat nun «autofiktional» Hochkonjunktur. Es klingt schicker, irgendwie intellektueller, existenzieller und verheisst grössere Eindringlichkeit.

## Die Tarnkappe des Autors

Wenn sich zudem mit solcher Prosa – etwa von Monika Helfer und Julia Schoch – Umsatz machen lässt, gibt es in den Marketingabteilungen und Lektoraten der Verlage kein Halten. «Autofiktional» ist mit einem Mal quasi alles; selbst für einen autobiografischen Comic wie Eva Müllers «Scheiblettenkind» findet der Verlag, Suhrkamp, sofort das passende Etikett: «die erste autofiktionale Graphic Novel über Klassismus».

Die totale Hingabe an die Autofiktion zieht es nach sich, dass «Fiktion» dabei lediglich als Tarnkappe fungiert und es – bei Annie Ernaux' Epigonen beispielsweise – häufig nur um egomanische Selbsterkundung geht. An deren Ende steht nicht selten Larmoyanz, wie in Didier Eribons vielgerühmter «Rückkehr nach Reims».

Vor allem aber sollte man die Tricks und Täuschungsmanöver der Autoren nicht unterschätzen. Daran hat dankenswerterweise vor kurzem Peter Stamm erinnert, der – durchaus mit Sinn für Selbstironie – eine Figur in seinem [Roman «In einer dunkelblauen Stunde»](#) sagen lässt: «Dieses ganze autobiografische, autofiktionale Zeug, wozu soll das gut sein. Diese geheuchelte Authentizität, die verlogener ist, als jede Erfindung es je sein könnte. Nie lügt man so schamlos, wie wenn man von sich selbst erzählt.»

13 juin 2023 (FAZ)

[Gendern und Queer-Club: Aushilfslehrer an Gymnasium in Berlin berichtet \(faz.net\)](#)

KANT IN DER SCHULE:

## Queer-Club ohne Kategorischen Imperativ

VON GÜNTER SEUBOLD

-AKTUALISIERT AM 12.06.2023-15:21



Nicht vor Attacken sicher: Die Kant-Statue in Kaliningrad (Königsberg) Bild: picture alliance/dpa

Kant lesen heißt in einem Berliner Gymnasium offenbar als Erstes, seine politische Korrektheit zu überprüfen: Erfahrungen eines Aushilfslehrers für Deutsch und Ethik.

Einen fundamentalen Fehler, der mich vielleicht sogar verdächtig macht, habe ich nach dem gängigen Kommunikationsmodus eines Berliner Gymnasiums gleich zu Anfang begangen: Ich sprach nur von Schülern, nicht von Schüler\*innen, nur von Lehrern und nicht von Lehrer\*innen oder auch LehrerInnen oder Lehrer\_innen. Am Gymnasium, an dem ich 2022/23 für vier Monate als Aushilfslehrer für Ethik und Deutsch tätig war, ist es heute die Regel, so zu schreiben. Man hat das generische Maskulinum verbannt. Und da die neue Schreibweise umständlich und zeitraubend ist, schreibt man von „SuS“ (Schülerinnen und Schüler) oder, korrekter noch: von „Su\*S“. Es wird also am Gymnasium heute durchgehend gegendert. Alle schriftlichen, kaum die mündlichen Äußerungen, sind dem Gender-Prinzip verpflichtet.

Erzählt man den „SuS“ der Kollegstufe, dass die offizielle Regelung so zu schreiben nicht erlaubt, so richten sich ungläubige Blicke auf den Lehrer. Man glaubt ihm nicht, dass der zwischenstaatliche Rat für deutsche Rechtschreibung, die von den einzelnen Staaten legitimierte Instanz in diesen Fragen, diese Schreibweise nach wie vor ablehnt. Man verlangt Beweise, also etwa den Link für die offizielle Web-Site dieses Rates. Und erst nachdem man diese studiert hat, nimmt man es, kopfnickend oder kopfschüttelnd, zur Kenntnis. Das zeigt, dass das Gendern heute als etwas Selbstverständliches praktiziert und zumindest hingenommen wird. Dass dieser substanzielle Eingriff in die gewachsene Sprache problematisch ist und nicht nur gegen offizielle Rechtschreibung verstößt, sondern demokratisch-liberale Prinzipien verletzt, wird an der Schule gar nicht mehr diskutiert. Dabei stellte sich im Kollegstufenkurs in einer offenen Diskussion im Fach Deutsch heraus, dass nur wenige der Schüler die Gendersprache für sinnvoll halten, dass die allermeisten sie jedenfalls nicht praktizieren (wollen).

### Entfernung vom eigentlichen Bildungsauftrag?

Befremdend ist für einen Aushilfslehrer auch, dass er beim Betreten der Schule an den Eingangstüren angeklebte Zettel findet, die für die siebte Stunde zu einem „Queer-Club“ einladen. Die Intention der Einladenden, einer Kollegin der Fächer Physik und Chemie, ist bestimmt die allerbeste: Sie will informieren und helfen. Aber irritierend für den Aushilfslehrer ist, dass keinerlei Bewusstsein vorhanden zu sein scheint, dass solche Aushänge bei Elfjährigen oder auch älteren Pubertierenden große Irritationen auslösen können. Sie verunsichern, und wenn Unsicherheiten bereits vorhanden sein sollten,

dann verstärken sie diese. Die Eltern der Schulkinder wissen wohl aus eigener Erfahrung, dass man in der Pubertät mit dem Körper, den man von Natur hat, gelegentlich oder auch öfters hadert.

Sich damit auseinanderzusetzen ist wichtig und eben im Wesentlichen der Prozess, der die Pubertät bestimmt und in der Regel zu einer erwachsenen, seelisch gefestigten Persönlichkeit führt. Vertrauenspersonen, an erster Stelle die Eltern, Geschwister, gute Freunde und Freundinnen, können hier eine wichtige Rolle spielen. Kann es eine Chemielehrerin sein, bei der man noch nicht einmal Unterricht hat? Muss man an exponierter Stelle auf einen „Queer-Club“ hinweisen und Veranstaltungen inszenieren, die Unsichere und Zweifelnde zusätzlich irritieren und geradezu einladen, über ihr Geschlecht neu nachzudenken und etwas „auszuprobieren“?

Wie die „Lösungen“ dieser in der Regel vorübergehenden Probleme heute aussehen können, ist u.a. aus derzeitigen Gesetzesvorhaben bekannt. Mag sein, dass die Besucher dieser regelmäßig stattfindenden Veranstaltung sich nicht sehr zahlreich einfanden, denn der nächste Aushang trug den Zusatz, dass es auch etwas zu konsumieren gäbe bei diesem anscheinend zur Party mutierten Event. Immerhin scheint solch ein Aushang im Kollegium oder im Schülerkreis nicht nur Zustimmung zu erhalten, denn in einer Rundmail der Kollegin wurde beklagt, dass die Aushänge von den Türen abgenommen worden seien.

## Positiver Eindruck vom Gymnasium bleibt

Und tatsächlich hörte ich im Ethik-Unterricht der 7. Klasse aus dem Mund eines Schülers, dass man das Geschlecht doch frei wählen könne. Diese Auffassung kollidiert zwar noch mit dem offiziellen Schulbuch für den Ethik-Unterricht der 7. Klasse. Hier wird zum Thema „Freiheit“ die Frage an die Schüler gestellt: „Was steht in meiner Macht?“ Darauf wird im Buch u.a. geantwortet: „Ich bin frei/ - meine Kleidung auszusuchen/ -meinen Eltern zu gehorchen // Ich bin nicht frei/ - mein Geschlecht zu ändern / - meine Eltern zu wählen.“ (Abenteuer Ethik 1, Berlin, für die Jahrgangsstufen 7/8, 2. Auflage 2009). Man könnte eine Wette abschließen, dass dies bei der Neuauflage so nicht mehr zu lesen sein wird. Der Schüler war immerhin reif genug, den Unterschied zwischen biologischem Geschlecht, subjektivem Empfinden und gesellschaftlicher Geschlechterrolle zu verstehen und zu akzeptieren.

Grundsätzlich scheint sich die Schule in manchem von ihrem eigentlichen Bildungsauftrag wegzubewegen und sich dem eher Randständigen oder einem spezifisch politischen Programm, gar einer Ideologie zuzuwenden. So wird beispielsweise auf einer Fachbereichskonferenz unter Kollegen nicht etwa diskutiert, was von Kant am Gymnasium im Unterricht gelesen und erörtert werden kann, sondern ernsthaft und über längere Zeit hinweg die Frage diskutiert, ob Kant am [Gymnasium](#) überhaupt noch gelesen werden kann.

Der große Königsberger, auch heute noch unumgänglich für eine nichtreligiöse Begründung der Moral, wird als erstes nach „RSA“ abgesucht: Wo, so fragt man sich, sind in seinem Werk die anrühenden Stellen zu „Rassismus, Sexismus, Antisemitismus“? Man beginnt heute offenbar nicht mehr mit dem Kategorischen Imperativ oder einer Lektüre von ausgewählten Texten der „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“, sondern mit der Frage, ob Kant noch lesbar sei. „Alle wissen doch, dass Kant Sexist war“, sagte die Schüler-Vertreterin in der Fachkonferenz Philosophie. Freilich sagte dann die andere Vertreterin der Schüler auf die Frage, wie sie denn zu dieser Angelegenheit stehe: „Ich hatte mit Kant noch nichts zu tun.“

## Anforderungen an Lehrerberuf gestiegen

Alle diese Entwicklungen, die man genau beobachten sollte, konnten aber meinen insgesamt positiven Eindruck vom Gymnasium nicht zerstören. Es mag sein, dass diese grundlegende Erfahrung eine andere gewesen wäre, wenn das Gebäude nicht in Charlottenburg, sondern in einem anderen Stadtteil Berlins stünde. Was man aus den bekannt-berühmten Stadtteilen hört, ist erschütternd. Die Klassen und Kurse, die ich unterrichtete, waren durchaus nicht homogen oder gar rein mit „Biodeutschen“ besetzt, aber es waren durchgehend Kinder und Jugendliche des (gehobenen) Mittelstandes, Kinder aus Angestellten-, Beamten- und Unternehmerfamilien. Das Gymnasium ist altphilologisch und musisch ausgerichtet. Und

wer sein Kind eine vorgeblich „tote Sprache“ und dazu noch ein oder mehrere Instrumente lernen lässt, der gehört zu denen, die in der Tradition gut verankert sind und das „System“ am Laufen halten, die dafür sorgen, dass Sitte, Recht und Wohlstand sich halten können trotz aller Widrigkeiten.

Die Schüler sind durchaus interessiert. Freilich ist vor allem in den unteren Klassen das Konzentrationsvermögen nicht mehr so hoch wie vor etwa 20, 30 oder 40 Jahren, aber das ist ein generelles Problem, nicht allein eines der Schüler. Für die Kollegstufe wäre im Fach Deutsch vor allem die Grammatik- und Rechtschreibschwäche zu beklagen. Grundsätzlich aber will man „es“ wissen, man ist sogar ehrgeizig. In der achten Klasse konnte ich die vier Idealtypen sozialen Handelns nach Max Weber unterrichten: Ich habe die Begriffe angeschrieben und die Schüler haben sie – mit nur geringer Unterstützung seitens des Lehrers – selbst entwickelt. Und es war eine große Freude, zu sehen, dass Dreizehnjährige begreifen können, was das „Subsidiaritätsprinzip“ ist und was es mit unserem christlichen Menschenbild zu tun hat. In der Kollegstufe konnte ich Stoffe behandeln, die man auch für die Universität bereithält, so etwa Habermas' Begriff des „kommunikativen Handelns“ oder das „linguistische Relativitätsprinzip“ von Benjamin Lee Whorf.

Auch das Lehrerkollegium erfuhr ich als sehr motiviert: Man praktiziert nicht bloß einen Job, sondern weiß um die Verantwortung, dass man nicht nur „Lernbegleiter“, auch nicht nur Lehrer als Wissens- und Kompetenzvermittler ist, sondern dass man als Erzieher auch Lebenserfahrung weitergibt und somit auch Sinn-Vermittler ist, zumal im Ethik-Unterricht. Die Anforderungen an den Lehrerberuf dürften heute größer sein als 1975, als ich das Abitur ablegte.

Das rührt vor allem von der gesamtulturellen und technischen Entwicklung der Nachkriegszeit her, die eine Konzentration auf so etwas unscheinbar-stilles wie ein Gedicht, das ohne Fanfaren und Werbeetat auszukommen hat, sehr erschwert. Und dann ist es auch der hohe Individualisierungsgrad, der den Unterricht nicht gerade leichter macht: Schüler A bekommt bei der Klausur 10 Minuten mehr Zeit, weil er an xy leidet, auf Schülerin B ist mehr Rücksicht zu nehmen, weil sie, ärztlich bestätigt, momentan eine Krise durchmacht etc. etc. Trotz allem aber kann ich guten Gewissens an alle vor der Pension stehenden Kollegen aus Universität und Hochschule appellieren: Melden Sie sich nach der Pensionierung für einige Monate für den Unterricht an der Schule. Es macht sehr viel Freude und ermöglicht neue Erfahrungen. Und die Schüler danken es.

*Der Autor lehrte von 2006-2020 als Professor für Philosophie und Kunsttheorie an der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alfter/Bonn.*

13 juin 2023 (The Economist)

[California may punt on paying reparations to the descendants of slaves \(economist.com\)](https://www.economist.com)

The tide goes out

## California may punt on paying reparations to the descendants of slaves

The state's study was meant to be a blueprint. Instead it looks like a cautionary tale



Jun 8th 2023 | MANHATTAN BEACH

One city block in Manhattan Beach, a ritzy town just south of Los Angeles, is not like the others. On a hill above the shoreline, sitting snug between McMansions masquerading as beach houses, is a grassy area. A square monument, inscribed with “Bruce’s Beach Park”, invites visitors to read about the history of the place. In the early 1900s, this land belonged to Charles and Willa Bruce, an African-American couple who ran a beach resort for black Angelenos. Unhappy with their new neighbours, white residents of Manhattan Beach persuaded the city to seize the land. In 1924 Bruce’s Beach, as the resort was known, was condemned. Last year, nearly a century after their land was stolen, the city transferred the land to the Bruces’ great-grandsons, who then sold it back to la County for nearly \$20m.

The return of Bruce’s Beach to the Bruce family was part of a national reckoning. **After George Floyd was murdered by a police officer in Minneapolis in 2020, sparking weeks of protests, municipalities around the country agreed to study reparations for slavery as a way to atone for America’s original sin and the legacy of segregation.** “**The essential component of a reparations programme**”, argues [William Darity](#), of Duke University, “**is the elimination of the racial wealth gap.**” **In 2019 the median net worth of black families was roughly 13% that of white ones**, according to the Federal Reserve’s most recent survey of consumer finances. Things look even worse in southern California. One study from 2016 suggests that black residents of Los Angeles possessed about 1% the wealth of their white neighbours.

**California, which prides itself on being a laboratory for America’s most progressive policies, jumped in head first.** In 2020 San Francisco’s Board of Supervisors, the city council, established a task force to study reparations. Activists in Los Angeles want reparations for (mostly Mexican and Indigenous) families who were removed from their homes so that the city could eventually build Dodger Stadium. **In September 2020 California’s state legislature passed a law creating its own reparations task force.** It remains the only state to do so. After more than two years of meetings, the nine-member committee must present its final report to the legislature by July 1st.

**California entered the union as a free state in 1850, so the report focuses largely on the effects of discriminatory policies over generations rather than recompense for slavery.** Over hundreds of pages, the study lays out California’s history of discrimination and racial terror, precedents for reparations, an analysis of what black Californians who are descended from slaves may be owed, **and a wish-list of policies aimed at eliminating racial disparities in health, wealth, housing and education.**



**The details in the report about previous reparations schemes are compelling.** Jewish refugees received reparations from Germany after the Holocaust. Indigenous children forced into Canadian boarding schools were compensated for their suffering. In America, Japanese-Americans successfully lobbied for cash payments decades after their incarceration during the second world war. In 2021 California approved payments to people who were forcibly sterilised in state prisons.

**Yet in each of these examples, people were compensated for specific horrors, not systemic disparities resulting from those harms.** **John Tateishi, a Japanese-American** who was incarcerated at Manzanar, the prison camp in California, supports reparations for African-Americans, but **cautions against equating the two campaigns.** “You can’t even begin to compare our effort with what they’re trying to do,” he says. “**We had a beginning and ending point, whereas slavery, it’s a forever thing in this country.**”

**To calculate the cost of health disparities, the task force started with the assumption that a human life was worth \$10m, and divided that number by the average life expectancy of a white American to get the annual value of a life absent racial discrimination. That figure, multiplied by the difference between white and black life expectancy, the committee argues, equals the wealth lost. Different formulas were used to determine the cost of mass incarceration and housing discrimination. All told, the task force estimates that black Californians could be entitled to up to \$1.2m per person. Never one to be outdone, San Francisco’s report suggests paying each eligible resident \$5m.**

It is unclear how many people would receive payments were the programme ever implemented. California has about 2.5m black residents, but **eligibility is limited to those who can prove they are descended from slaves.** **Mr Darity, who consulted on the report, reckons that the total cost could exceed \$800bn, more than double the state’s annual budget.** That sum could swell. **The task force says this compensation would be a “down payment” on reparations.** In addition, the report urges lawmakers to fund a new government body, the California American Freedman Affairs Agency, to help applicants with their claims and disburse payments.

Last year California enjoyed a surplus of nearly \$100bn thanks in large part to federal pandemic relief. This year it is staring at a \$32bn deficit. [San Francisco faces a \\$780m shortfall](#) of its own over the next two years. **Gavin Newsom, the state’s Democratic governor, set low expectations last month when he said that reparations “is about much more than cash payments”.** He later walked back the comment. London Breed, the mayor of San Francisco, has declined to endorse her city’s proposal.

**Even task-force members seem pessimistic.** Reverend Amos Brown, a member of both California’s and San Francisco’s reparations committees, was once a student of Dr Martin Luther King. “The first thing we ought to do is chill,” he says. Ever the pastor, he uses scripture to urge pragmatism. “As the book Book of Isaiah says,” he recalls, “Come, let us reason together.”

Supporters of reparations also fret about the precedent California could set if lawmakers were to take up the proposal. Mr Darity worries that federal reparations become less likely if more states and cities pursue their own schemes. **Evanston, Illinois—the first municipality in America to begin paying reparations—is distributing housing vouchers.** New York, where slavery was legal until 1827, may soon launch its own commission.

The push for federal reparations has stalled regardless. John Conyers, a former congressman from Detroit, first introduced a bill to study the subject in 1989. The latest version is sitting on a shelf. **That is probably because reparations are deeply unpopular.** A recent survey from Pew Research Centre suggests that **just 30% of Americans support reparations for slavery.** Democrats are evenly split on the issue. **Even among reparations’ supporters, cash payments are less popular than scholarships for black students, business financing and housing assistance.**

**This leaves California in a tricky spot. Endorse the report, and empty the state's coffers. Ignore it, and disappoint black Californians who were energised by the state's well-intentioned, but impractical, study. It is relatively easy and cheap for Democrats to signal a desire to squash pervasive racial disparities by supporting the study of reparations. Eventually, though, the bill will come due.**

13 juin 2023 (The Economist)

[Silvio Berlusconi was Italy's great seducer \(economist.com\)](https://www.economist.com)

A complicated love affair

## Silvio Berlusconi was Italy's great seducer

The republic's longest-serving prime minister, who was dogged by scandal, has died aged 86



Jun 12th 2023

But for the genitalia of the women of the Caucasus, the whole improbable adventure might never have happened. Becoming one of [the world's richest men](#); creating a political party from nothing in less than a year; and going on to become the Italian Republic's [longest-serving prime minister](#).

It all went back to his conversation on the train with the hostile vice-president of a pension fund. He desperately needed this man to invest in his first big construction project. His original ploy—getting relatives to pretend they were clamouring for the apartments he had built near an industrial complex outside Milan—had gone embarrassingly wrong. The pension-fund boss had realised he was being duped. But then the 27-year-old Silvio Berlusconi deployed his irresistible charm, seduced the vice-president's secretary, persuaded her to tell him when her boss was next travelling to Milan and booked the seat opposite.

By the time they reached Milan they were both at the bar, half-drunk, with the pension-fund manager telling him how extraordinary were the private parts of the women of Caucasia. The venture was rescued, enabling the young entrepreneur to embark on an even more grandiose development, Milano Due. The cable-tv station at Milano Due in turn provided the foundations for a vast media group that smoothed his entry into Italian politics and helped sustain him as a force in parliament for nearly 30 years.

But all that, he assumed, was more or less bound to happen. He was after all [a man of destiny who](#), even if his first enterprise had bombed, would have eventually earned the success that was his due. **He had enormous energy, a master salesman's talent for persuasion, a wave of the hand for laws that stood in his way and limitless self-belief.** As he told his American biographer, he knew how to create and how to lead. And, he added, **"I know how to make people love me."**

**So he did.** A poll of young Italians conducted in 1993, the year before he first became prime minister, found **they loved him more than Jesus**. Though he never succeeded in getting a majority of the electorate to vote for him, **those who backed him did so with a fervour rare in democratic societies**. At the height of his personality cult, before the 2008 general election, **his campaign song** was entitled **"Thank goodness for Silvio"**:

**"Say it like this,  
with a strength that belongs only  
to those who are pure of mind:**

'Prime minister, we are with you.'  
Thank goodness for Silvio."

He took care to ensure the devotion of his collaborators, remembering birthdays and buying flowers for female assistants. As one male deputy from his Forza Italia party put it, they didn't just come to like Silvio. They came to love him.

All this seemed perfectly understandable to the object of their adulation. It was incomprehensible, therefore, that so many others failed to see things the same way. **There were the journalists (though fewer perhaps than might be expected) who asked how the son of a Milanese bank manager could become so fabulously wealthy in just a few years.** Some even hinted that he might have received his seed capital from organised crime. **They noted that his father's bank was said to be a laundry for Cosa Nostra money; that he hired a Mafia boss to work in his home,** and that the man who set up Forza Italia for him, Marcello Dell'Utri, was accused (and later convicted) of aiding and abetting Cosa Nostra.

**Then there were the prosecutors who wanted to know, among many other impertinent things, whether his success as a media tycoon was entirely due to his business acumen, or whether it had more to do with the bribing of judges and the illegal funding of the party that let him own a three-channel national tv network. Case after case was brought against him. Yet he always managed to wriggle free, often thanks to laws that guillotined Italy's lengthy judicial processes.** During his longest spell in office, from 2001 to 2006, he changed the law to ensure the blade fell earlier on the kind of trials he was most likely to face. It was among nearly 20 measures he introduced that favoured either him or his businesses, which grew like topsy while he was in power.

**None of this, however, shook his belief in his own altruism.** On the stump he would reproach voters for their lack of appreciation of his selflessness, reminding them that he owned more than 20 houses around the world but, instead of enjoying them, slaved night and day for the good of his ungrateful compatriots.

**Perhaps most hurtful of all, some people insinuated that he was a misogynist. But he loved women. At least, those who were young and beautiful. Not like Angela Merkel, whom he allegedly described as an unbeddable lard-arse and publicly humiliated at a nato summit.** He nevertheless adored his mother, Rosa, and, whether coincidentally or not, it was after she died in 2008, just before his third spell as prime minister, that he became involved in the first of many [scandals](#) involving young—sometimes very young—women. **His second wife, Veronica Lario, a former actress, separated from him, after declaring she could not share her life with a man who consorted with under-age girls.**

His supporters, or at least the men, might have overlooked the scandals, had it not been for the [financial crisis](#) that erupted at the same time. The resulting emergency was particularly unsuited to his personality. He had always taught his salespeople that they should "carry the sun in their pocket", and he himself always radiated positivity and optimism. **But what the Great Recession revealed was that he was almost physically incapable of communicating bad news. On the contrary, he told Italians the crisis would not affect them.** And as their economy crumbled the next year, even many of his most devoted followers realised—like that pension-fund chief at the start of it all—that they too had been duped by the great seducer.

13 juin 2023 (Atlantico)

[Le nombre de projets d'embauches est tel que la France devrait être en situation de plein emploi. Alors qu'on en est encore loin. Cherchez l'erreur ! | Atlantico.fr](#)

ATLANTIC-BUSINESS

## Le nombre de projets d'embauches est tel que la France devrait être en situation de plein emploi. Alors qu'on en est encore loin. Cherchez l'erreur !

La situation de l'emploi actuellement est incompréhensible. Le nombre d'embauches non satisfaites est tel que la France devrait être en situation de plein emploi. Alors pourquoi ? Existe-t-il une tendance au non-travail ?

[Jean-Marc Sylvestre](#)

Jamais, dans l'histoire des 50 dernières années, il n'y aura eu autant d'offres d'embauches en France, jamais autant d'événements organisés pour permettre des rencontres entre les offreurs d'emplois et les demandeurs. Dans les stades ou les chambres de commerce, les conseils généraux ou les communes. Chaque institution socio-économique y va de son « job dating ». On se croirait au Canada, ou en Australie. Mais chez nous ça ne marche pas.

**Il y aurait actuellement plus de 520 000 projets d'embauche en Ile de France qui restent sans réponse. Environ 1 millions et demi si on regarde ce qui se passe dans la France entière. Qu'en sera-t-il l'année prochaine à la même époque pour les jeux olympiques qui vont donner un coup de fouet supplémentaire au marché.**

Beaucoup de ces propositions de jobs concernent certes les jobs d'été ou des jobs pour étudiants mais pas seulement. D'ailleurs, beaucoup pourraient être des portes d'entrée dans la vie active et de retour à l'emploi pour ceux qui sont au chômage.

En face de tous ces projets, il reste encore plus de 7% de la population en âge de travailler au chômage... C'est énorme. Et sur ces 7%, plus de la moitié seraient considérés comme perdus définitivement pour l'aventure sociale de l'emploi. Ils n'ont sans doute aucune formation, aucune éducation et sont à priori complètement perdus. Environ 4% de la population en âge de travailler serait comme disent les anglo-saxons « neither in employment, nor in education or training and no family or home ».

La réintégration de ces populations est évidemment une question d'éducation et de formation, mais si l'effort sur l'éducation est nécessaire mais il ne résoudra pas le problème immédiat.

Dans l'immédiat les acteurs de l'économie peuvent offrir ou créer plus d'un millions d'emplois dont la moitié à Paris, et près de 30% dans les régions touristiques, le midi et la Bretagne principalement. Ne parlons pas des demandes qui vont se multiplier au fur et à mesure qu'on approchera des Jeux olympiques.

Quant aux types d'emplois offerts et qui ne trouvent pas preneurs, Pôle emploi a dressé une sorte de hit-parade des secteurs dans lesquels il y a forcément du travail :

**1. dans les industries culturelles**, Les artistes ou personnels techniques pour le spectacle vivant forment le contingent de postes non pourvus le plus important ;

**2. la transformation numérique**, qui a besoin de salariés pour participer à l'hébergement des données, la fameuse Data, puis la cybersécurité et la connectivité de objets ;

**3. la restauration qui, très handicapée actuellement par manque de personnel dans la cuisine et dans les salles**. Plus du tiers des serveur dans les café -restaurants ont disparu après le covid

**4. le personnel d'entretien dans toutes les entreprises**, ainsi que personnel de sécurité, aides à domicile

**5. dans le secteur de la santé**, tous les établissements sont en pénurie d'aides-soignants

Certains de ces métiers demandent de l'expérience et de l'expertise, mais beaucoup ne requièrent qu'assez peu de formation. La formation est d'ailleurs proposée par la plupart des entreprises demandeurs. En théorie, beaucoup de projets d'embauches offrent des opportunités de corriger les carences de la formation initiale.

Dans beaucoup de secteurs, les horaires ont été réaménagés, dans la restauration par exemple ou les hôpitaux, les salaires ont été revalorisés, mais rien n'y fait, les entreprises ont toujours autant de mal à recruter et à fidéliser. L'urgence des urgences est de répondre à la demande saisonnière de l'été. Beaucoup de commerces de café, de restaurant, ont prévu de fermer un ou deux jours dans la semaine faute de main d'œuvre. Beaucoup de restaurants se retrouvent dans l'obligation de ne servir qu'un seul repas, déjeuner ou dîner, parce qu'ils n'ont pas le personnel pour assurer les deux services.

La loi travail va donc en priorité essayer de répondre à cette urgence par une meilleure organisation du marché de l'emploi. Une plus grande fluidité comme le dit le projet de loi. La belle affaire. Le risque est de créer une usine à gaz de plus.

**Le problème va être de résoudre la question de la motivation au travail qui a beaucoup évolué depuis dix ans et notamment après le Covid.** Beaucoup de ceux qui pourraient travailler ne le veulent plus, quitte à changer leur mode de vie. Tout se passe comme si le travail comme composante de la vie sociale et personnelle était sorti du logiciel de la vie quotidienne.

**Le courant d'opinion qui regroupe ceux qui considèrent que la croissance économique et l'accumulation de richesses ne sont plus les réponses adéquates. Ce courant qui défend la religion de la non croissance ou du non travail, a rejoint celui des écologistes dont certains prônent aussi la non croissance comme solution au réchauffement climatique. Pas ou peu de croissance ce n'est pour eux pas ou peu d'émission de gaz à effet de serre. Donc,** beaucoup considèrent qu'à l'époque actuelle ils n'ont pas besoin de travailler plus.

**Il va donc falloir dans la loi et pour des raisons de justice autant que d'efficacité, clarifier la question du RSA... Le RSA a permis à beaucoup de gens en situation difficile de survivre, mais le RSA n'a pas permis d'accroître leur appétence pour l'emploi, au contraire.** Le projet de conditionner une aide sociale comme le RSA a une obligation de fournir du travail pour le bien public ne manquerait pas de vertu. Mais c'est toute une organisation qu'il faut mettre en place et surtout impulser un changement d'attitude par rapport aux aides publiques. Pas question d'hypothéquer la puissance de l'État providence, mais de changer le contrat lierait le simple citoyen à cet État. Un contrat qui donne des droits certes mais qui imposerait aussi quelques obligations ce qui sérieusement n'est pas le cas aujourd'hui.

On ne dira pas que certains sans emplois sont peu pressés d'en trouver certes, mais on peut dire que la générosité du système ne les incite guère à en chercher.

13 juin 2023 (Le Figaro)

[Université: la grande offensive des militants de l'écriture inclusive \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## Université: la grande offensive des militants de l'écriture inclusive

Par [Caroline Beyer](#)

Publié hier à 19:26, mis à jour hier à 23:08



Le 10 mai dernier, deux professeurs de l'université Lyon 2 ont proposé à leurs étudiants en droit de première année un cas pratique utilisant l'écriture «non binaire». *ozerkina - stock.adobe.com*

### **DÉCRYPTAGE - Après avoir investi la communication des facultés, ce combat idéologique s'étend désormais aux cours et aux examens.**

*«Votre réponse (...) peut se faire en français standard ou inclusif, avec la forme d'inclusivité que vous maîtrisez. Dans l'énoncé, les mots présentant une marque de genre non binaire ou commun sont suivis lors de leur première occurrence d'un astérisque.»*

Précision apportée par deux professeurs de l'université Lyon 2 qui, le 10 mai, ont proposé à leurs étudiants en droit un cas pratique comportant les termes «*als*» (comprendre «*ils*» ou «*elles*»), «*touz*» («*tous*»), ou «*auz*» («*eux*»). **À la fac, la bataille idéologique autour de l'écriture inclusive vient de franchir un nouveau cap, avec l'arrivée de l'écriture «non binaire» dans un examen.**

Un langage fait de néologismes - sur le modèle du fameux «iel», entré en 2021 dans l'édition numérique du Robert -, pensé pour représenter des personnes «non binaires» (qui ne se sentent ni homme ni femme). **Il se propose de «dépasser l'hétéronormativité», qui «reproduit la bicatégorisation des sexes», et d'«adapter la langue à leur réalité»,** expliquent les militants de la cause.

## Égalité de représentation dans les textes

**«On va finir par en oublier les femmes!», lâche le linguiste Alain Bentolila, qui pointe par ailleurs «un renoncement à intégrer des personnes qui parlent peu ou pas le français».** Apparue dans les années 2010 sous l'impulsion de mouvements féministes, **l'écriture inclusive vise originellement une égalité de représentation entre les hommes et les femmes dans les textes.**

Elle recouvre l'«expression» inclusive, qui utilise les doublets à la manière d'Emmanuel Macron et les termes épiciens (ces mots dont la forme ne varie pas selon le genre), ainsi que l'«écriture» inclusive, qui introduit des codes typographiques comme le point médian, grand objet de crispations.

**Si le «étudiantes et étudiants» est devenu ordinaire sur les sites internet des universités, le «étudiant·e·s» est de plus en plus fréquent dans des établissements tels que Paris-VIII-Saint-Denis, Rennes-II, ou Toulouse-II-Jean-Jaurès, mais aussi dans les communications de la Fage, premier syndicat étudiant, de l'Unef, et du Snesup, syndicat enseignant. Les services administratifs des facs l'utilisent**

**régulièrement dans leurs courriers aux étudiants, y compris dans des universités comme Panthéon-Assas et Dauphine.**

**Statisticien, Cyrille Godonou** a relevé la présence du point médian et ses variantes typographiques sur les pages d'accueil des universités françaises. Menée pour l'Observatoire du décolonialisme, son étude, publiée en février 2023, **montre qu'un étudiant sur quatre y est «exposé» à cette écriture inclusive. Avec des différences selon les territoires.**

**L'écriture inclusive n'est plus un débat dans l'enseignement supérieur, mais une norme**  
*Rémy Perrad, délégué national de l'UNI, syndicat étudiant marqué à droite*

## **Une pratique «très hétérogène»**

Très présente en Bretagne (54 % des étudiants exposés), **la pratique est absente en Corse ou dans le Grand Est.** De leur côté, Heather Burnett, chercheuse en linguistique au CNRS et Céline Pozniak, maître de conférences à Paris-VIII, ont fait, en 2019-2020, une étude sur l'utilisation de l'écriture inclusive (des doublets au point médian) dans les universités parisiennes, en relevant dans les brochures de licence les formes du mot «étudiant».

**Si on n'est pas inclusif, on est conservateur ou réac**  
*Rémy Perrad, délégué national de l'UNI*

Verdict? L'écriture inclusive est présente à 30 % à Sorbonne-Nouvelle, 29 % à Paris-XIII (Villetaneuse, en Seine-Saint-Denis), 23 % à Paris-VIII-Saint-Denis. Quand elle est absente à Paris-Saclay, Panthéon-Assas ou Dauphine. Sans surprise, son utilisation est *«associée à des universités réputées plus à gauche»*, constatent les chercheuses. Concluant à *«une pratique bien ancrée, mais très hétérogène»*, elles poussent à la promotion d'une **«forme normée pour tout l'enseignement supérieur»**.

**«Si on n'est pas inclusif, on est conservateur ou réac»**, lâche Rémy Perrad, délégué national de l'UNI, syndicat étudiant marqué à droite. **«L'écriture inclusive n'est plus un débat dans l'enseignement supérieur, mais une norme. Elle l'était dans la communication institutionnelle, elle l'est désormais dans les cours**, poursuit-il. *L'invention de mots, c'est l'étape supérieure»*.

**«Les sujets d'examen ne doivent pas être le lieu de la propagande woke»**, tweetait en mai le syndicat étudiant, dévoilant alors sur les réseaux sociaux, **le fameux sujet de Lyon 2 utilisant l'écriture «non binaire», proposé en droit de la famille à des étudiants de première année. Dans le texte, une quinzaine de néologismes sont utilisés dès lors qu'il est question des protagonistes, Arti et Maki, deux personnes non binaires mariées, qui ont eu recours à une insémination artificielle avec don d'ovocyte, et sont confrontées au divorce et aux questions de filiation.**

On trouve le «x» en guise de terminaison des adjectifs les concernant, le «z» pour remplacer les terminaisons de pronoms pluriels («touz»), le «ae» pour les adjectifs dérivés d'un verbe («décédaes»). Sollicité par *Le Figaro*, l'un des deux professeurs, Benjamin Moron-Puech, n'a pas donné suite.

**Si la rédaction du sujet peut surprendre de prime abord, elle invite également, dans le cadre d'un enseignement sur la famille, à réfléchir aux normes linguistiques**  
*L'université Lyon 2*

Prof de droit privé et sciences criminelles, il mène des recherches en *«droit des minorités corporelles»*, *«visant à interroger les politiques publiques actuellement développées à l'égard de ces minorités»*, explique-t-il sur sa page. Par le passé, il a déposé un recours contre la circulaire 2017 d'Édouard Philippe qui avait *«invité»* les administrations relevant de l'État, à ne pas faire usage de cette écriture. Un texte qui ne concerne donc pas les universités autonomes.

## **«Le principe de liberté pédagogique»**



**Dans l'affaire, l'université Lyon 2 a invoqué «le principe de liberté pédagogique» des enseignants-chercheurs. Et enfoncé le clou. «Si la rédaction du sujet peut surprendre de prime abord, elle invite également, dans le cadre d'un enseignement sur la famille, à réfléchir aux normes linguistiques et à la manière dont elles façonnent les représentations sociales des liens d'alliance et de parenté», explique-t-elle.**

Interrogée par *Le Figaro* le 25 mai, Sylvie Retailleau, la ministre de l'Enseignement supérieur martèle qu'elle «ne remettra jamais en cause la liberté académique». Pour Anne-Marie Le Pourhiet, juriste et ancienne professeur des universités, la ministre «n'a manifestement aucune idée de ce qu'est la "liberté pédagogique"». Et de citer un article du code de l'éducation indiquant que les enseignants-chercheurs «jouissent d'une pleine indépendance et d'une entière liberté d'expression dans l'exercice de leurs fonctions», sous les réserves que leur imposent «les principes de tolérance et d'objectivité».

Manipulation politique absurde de la langue pour les uns, représentation par le langage de la diversité sociale et des minorités pour les autres, l'écriture inclusive est, à l'université, le terrain d'une guerre idéologique. En 2021, nouvellement élue présidente de l'université de Limoges, la linguiste Isabelle Klock-Fontanille avait décidé de bannir les points médians présents dans les communications de l'université depuis 2017, expliquant avoir agi «en linguiste et non en féministe militante», gênée par «la confusion entre le genre grammatical et le genre sexuel».

**L'an dernier, un chargé de TD voulait mettre des points bonus aux étudiants qui utilisaient l'écriture inclusive**

*Paul, 21 ans, étudiant en master Meef*

**L'université de Grenoble, elle, a rédigé en 2020 les statuts de son service des langues en écriture inclusive. Lesquels, attaqués par un professeur d'anglais de la fac, ont finalement été annulés le 11 mai dernier par le tribunal administratif.**

## Un acte politique

Pour Paul, 21 ans, futur professeur d'histoire-géographie, «refuser l'écriture inclusive est aujourd'hui un acte politique». Inscrit en master «métiers de l'enseignement» (Meef), dans une université de l'ouest de la France, il constate que cette écriture est «partout, de l'administration aux élèves, en passant par les profs». «L'an dernier, un chargé de TD voulait mettre des points bonus aux étudiants qui l'utilisaient. Heureusement sans succès», raconte-t-il. Dans son «Inspé» (l'institut de formation des profs), «les trois quarts des profs l'utilisent. Une manière de nous pousser à l'utiliser», estime-t-il.

**C'est en créant un débat autour de ça qu'on politise le truc**

*Étudiants d'un master Meef dans une université de l'ouest de la France*

Dans son dernier examen en date, l'intitulé précisait: «Votre argumentation devra mobiliser les éléments réglementaires que tout·e enseignant·e doit connaître.» Récemment, sur le groupe Messenger des élèves de sa promo, une étudiante s'est interrogée sur le fait de rédiger son mémoire en écriture inclusive. «Oui, le prof l'utilise», répond en chœur la majorité des étudiants. Paul, qui défend l'utilisation de la «langue française» - et souffre par ailleurs de dyslexie -, suscite les sarcasmes. «C'est en créant un débat autour de ça qu'on politise le truc», lui explique un camarade. «Ce qui m'inquiète, c'est que ce sont de futurs profs. Ils ont bien l'intention d'utiliser l'écriture inclusive, explique-t-il. Tout cela risque d'ajouter de la confusion dans la tête des élèves, qui ne maîtrisent déjà pas les accords. Alors un 3<sup>e</sup> genre...»

**Quid de la circulaire Blanquer qui, en 2021, a formellement interdit l'écriture inclusive dans les écoles, collèges et lycées? «En début d'année, un prof nous avait précisé que ce n'était pas une loi, juste une recommandation», rapporte Paul.**

«À Paris-VIII, les collègues militants voudraient mettre de l'écriture inclusive partout. C'est un vrai enjeu. Un certain nombre d'étudiants commencent à embrayer», raconte Hélène, professeur d'anglais. «Le mouvement étant venu des États-Unis, mes étudiants y sont plus sensibles. Ils s'en emparent de manière brouillonne, explique-t-elle. Une partie des excès vient de la volonté de transposer l'anglais, qui comporte trois genres et peut construire des mots - chairman, chairwoman -, au français, qui est une langue binaire. **En France, on a mis en avant des choix extrêmes. Le tout étant raccroché à des revendications politiques virulentes portant sur des populations minoritaires.»** Farouchement opposée à l'utilisation du point médian et du «iel», Hélène estime cependant que **«la réflexion sur les mots et ce qu'ils véhiculent est saine».**

## Un «sociolecte»

C'est d'ailleurs le fond du débat. Pour le linguiste Jean Szlamowicz, **il existe une erreur originelle. «Envisager les classes nominales comme une représentation des êtres n'a aucun sens! Le chinois, le vietnamien, le turc ou le comanche n'ont pas de genre grammatical. Certaines langues africaines en comptent 16»,** explique l'auteur de l'ouvrage *Le Sexe et la langue*, paru en 2018.

**Le masculin n'est pas plus neutre que le suffrage n'a été universel en France jusqu'en 1944**  
Raphaël Haddad, auteur de « Manuel d'écriture inclusive »

**«Manipuler ces dimensions, c'est croire que l'on peut agir sur le social en changeant la langue». Sous l'effet du «conformisme» ou de l'«intimidation»,** il constate que l'écriture inclusive s'impose désormais socialement, tel **un «sociolecte» (l'usage langagier d'un groupe social).** **«Elle a pour base des militants et des enseignants qui ont la possibilité de diffuser ce modèle, notamment auprès de leurs élèves»,** conclut-il.

Fondateur en 2011 de l'agence de communication éditoriale Mots-Clés, Raphaël Haddad ne partage pas son avis. **«L'utilisation du masculin générique a un impact négatif sur les représentations. Je pense par ailleurs que la défense de ce masculin n'est pas innocente»,** affirme-t-il. Son «manuel d'écriture inclusive», édité en 2016 à l'adresse de ses clients - et repris sur le site d'universités françaises et canadiennes -, pose dans son préambule, **que «le masculin n'est pas plus neutre que le suffrage n'a été universel en France jusqu'en 1944».**

Il propose de **«renoncer»** au masculin générique et à la primauté du masculin sur le féminin dans les accords en genre. Et recommande la reformulation englobante (le fameux «celles et ceux»), l'utilisation des termes épïcènes et le point médian. Tout en écartant l'invention de mots qui rend la langue illisible.

13 juin 2023 (FAZ)

[Tiktok und ein toxisches Männerbild: Krude Thesen über Männer und Frauen \(faz.net\)](#)

VORBILD ANDREW TATE:

## Wie auf Tiktok ein toxisches Männerbild verbreitet wird

VON [JULIA ANTON](#) UND [JOHANNA DÜRRHOLZ](#)

-AKTUALISIERT AM 12.06.2023-08:37



Muskulös, unabhängig und bloß nicht sensibel: In den sozialen Medien wird ein eindimensionales Bild von Männlichkeit gezeichnet.

Andrew Tate macht's vor, Hunderte junge Männer machen's nach: Auf Tiktok verbreiten zahlreiche Accounts ein rückständiges Geschlechterbild, nach dem Männer Geld und Muskeln brauchen – und Frauen sexuell verfügbar sein müssen.

Richtige Männer brauchen Muskeln. Und sie brauchen Geld, mindestens so viel, dass sie sich einen Sportwagen leisten können. Richtige Männer müssen den Ton angeben, und andere müssen Respekt vor ihnen haben. Sie zeigen keine Gefühle, Frauen mögen nämlich keine netten Typen. Frauen mögen maskuline Männer, die sie beschützen, die finanziell für sie sorgen und die sie führen.

Das sind überholte Geschlechterstereotype, die vielen Sorgen bereiten dürften – auf [Tiktok](#) aber viele Anhänger haben. Zahlreiche Accounts erklären hier jungen Männern, wie sie zu „Alpha“- oder „Sigma“-Männern werden, denen die Frauen zu Füßen liegen. Die jeweiligen Hashtags zählen gemeinsam mehr als acht Milliarden Aufrufe auf der Videoplattform. Es ist ein Männerbild nach Schema F, ohne Platz für Individualität – und geprägt von einem männlichen Anspruch auf die sexuelle Verfügbarkeit von Frauen. Manfluencer – so wollen wir Männer nennen, die in sozialen Medien und Internetforen das Bild des starken Mannes und der unterlegenen Frau zeichnen und verbreiten.

### Krude Thesen über Frauen und Männer

„Ein Mann kommt zu Status, indem er das Mädchen kriegt, das sonst keiner gekriegt hat“, sagt Andrew Tate. Der frühere Kickboxer und Influencer ist die Galionsfigur vieler Manfluencer, vieler „Alphamales“, die sich an der Spitze einer Pyramide wähnen, mit den schwächeren „Betamales“ unter sich. Als [Greta Thunberg](#) sich im Dezember auf eine Provokation Tates einließ, hatte er endlich erreicht, wonach er lange gestrebt hatte: weltweite Aufmerksamkeit. Schon vorher hatte der Sechszwanzigjährige in den sozialen Medien, besonders auf Tiktok, Millionen Nutzer erreicht. Neben kalenderartigen Sprüchen dazu, wie Männer angeblich erfolgreich sein können, verbreitete er auch krude Thesen über Männer und Frauen. Eine Ehefrau ist für Tate Eigentum. In einem Video erzählt er, wie er seine Partnerin körperlich attackieren würde, würde sie ihm sagen, dass sie ihn betrogen habe. An einer Vergewaltigung trügen Frauen eine Mitverantwortung.

Seit dem vergangenen Sommer sind Tates Accounts auf fast allen Social-Media-Plattformen wegen Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen gesperrt – mit Ausnahme von Twitter, wo [Elon Musk](#) Tates Account im Herbst reaktivierte. Seine Inhalte kursieren insbesondere auf Tiktok aber weiter, alte Videoausschnitte werden immer wieder geteilt. Daran hat auch Tates Verhaftung durch die rumänische

Polizei am 30. Dezember nichts geändert. Gemeinsam mit seinem Bruder sowie zwei Rumäninnen soll er eine organisierte Verbrechergruppe gebildet und junge Frauen dazu gezwungen haben, bei kommerziell verbreiteten Sexvideos mitzuwirken. Mit Manipulationstechniken sollen sie Frauen von sich abhängig gemacht haben, andere sollen sie erpresst oder bedroht haben. Die Gruppe bestreitet die Vorwürfe, sie befinden sich derzeit in Hausarrest.

Andrew Tate war bis zu seiner Sperrung vermutlich der mächtigste Influencer, der auf Tiktok eine toxische Männlichkeit propagiert, die patriarchal geprägt ist und Frauen pauschal abwertet. Doch er ist bei Weitem nicht der einzige.

## Männer erklären, wie man angeblich mit Frauen umzugehen hat

Wir haben uns unter falschem Namen einen Tiktok-Account angelegt, für einen Jungen, der 2007 geboren wurde. Wir folgen zunächst einigen Accounts, die über den Umgang mit Frauen sprechen. Der Algorithmus schlägt uns im Lauf einiger Monate immer mal wieder neue vor.

Es zeigt sich: Auch im deutschsprachigen Raum gibt es viele Videos, in denen Männer erklären, wie man angeblich mit Frauen umzugehen hat. Das fängt mit vergleichsweise harmlosen Tipps zum Flirten an, steigert sich schnell zu einer Art Gebrauchsanweisung für den Umgang mit Frauen und verfestigt sich schließlich in sexistischen Stereotypen darüber, wie Frauen sich zu kleiden und zu verhalten haben. Junge Männer erklären zum Beispiel, dass sie ihre Freundin nicht alleine in den Klub gehen lassen würden oder dass sie ihr kurze Röcke verbieten wollen.

Die Videos werden, je länger man sich in der Bubble der Manfluencer aufhält, radikaler. Freundinnen wird nicht mehr nur vorgeschrieben, was sie anzuziehen haben, sondern sie gelten als Eigentum. Männer propagieren ein Bild, das Frauen als manipulativ und berechnend darstellt, als Wesen, die Männern die Macht und das Geld und vor allem die Kontrolle entziehen wollen. Feministinnen gelten als „hässlich“ und Gefahr für Männer.

Von Männern wird wiederum Stärke und Autorität gefordert, sie sollen Frauen „führen“ und keine Weicheier, keine „Nice Guys“ sein und natürlich mehr Geld verdienen. Wer eine Frau hat, darf und soll sie gerne betrügen. Die Frau wiederum muss treu sein – und trotzdem immer verfügbar. „Wenn sie sagt, sie hat einen Freund – bleib dran!“, rät etwa ein Nutzer. „Ihr habt fast Sex, und dann will sie doch nicht – was tun?“ ist das Thema eines Videos eines „Dating Coaches“, der übrigens empfiehlt, es einfach nach zehn Minuten noch mal zu probieren. Ein anderer rät, eine Frau einfach zu küssen, wenn sie einem gefällt.

## Eine Welt, in der Männlichkeit eine Vormachtstellung hat

Verbreitet werden die Inhalte meist simpel verpackt als Memes, als einfache Videos: „5 Tipps, wie du Frauen ansprechen kannst“, „Wie du ein Mädchen dazu bringst, dich zu küssen“, „10 Dinge, an denen du einen Alpha erkennst“. Die Manfluencer sprechen direkt in die Kamera, manchmal stehen sie im Fitnessstudio, gerne auch vor einem Sportwagen. Manche Videos muten ironisch an – und bilden so einen sanften Einstieg in die antifeministische Gedankenwelt.

Woher kommt dieses rückständige Bild von Männern und Frauen? „Wir leben immer noch in einer Gesellschaft, in der Männlichkeit eine Vormachtstellung hat“, sagt der Soziologe und Sozialpsychologe Rolf Pohl, der seit Jahrzehnten zu den Themen Antifeminismus, Frauenhass und Männlichkeit forscht. „Wenn es eine Sehnsucht nach einem Männlichkeitsideal gibt, dann ist das immer auch die Sehnsucht danach, in eine gesellschaftliche Vormachtstellung zu rücken.“

Das Männlichkeitsideal repräsentiert laut Pohl noch immer „Autonomie, Stärke, Macht, Geld und Einfluss“. Damit gehe Einfluss und Macht über Frauen einher. Warum aber müssen Männer, die finanziell unabhängig und muskulös sind, zugleich Frauen abwerten? Das hänge mit der Widersprüchlichkeit dieses Konzepts von Männlichkeit zusammen, meint Pohl: „Die Männer, die autonom sein wollen, sind in genau einem Bereich nicht unabhängig oder souverän: im Bereich der Beziehung, Partnerschaft und

besonders der Sexualität.“ Die Männer, um die es hier gehe, seien zumeist heterosexuell. „Und der Sehnsuchtsort ist weiblich.“ Wer sich aber eine Beziehung wünscht oder auch nur Sex, braucht eine Frau. Und: „Nirgends ist der Mann abhängiger als auf dem Feld der Heterosexualität.“

## Parallel ist ein Erstarren des Feminismus zu beobachten

Männer, die möglichst stark sein wollen, verspüren also den Drang, Frauen abzuwerten, weil diese sie in ihrer Unabhängigkeit einschränken. Frauen, so die Logik, haben zu viel Macht über Männer.

Parallel dazu ist ein Erstarren des **Feminismus** in den sozialen Medien zu beobachten: Feminismus ist angesagt und wird kommerzialisiert. Viele junge Mädchen und Frauen bezeichnen sich heute ganz selbstverständlich als Feministinnen. „Sie beanspruchen jetzt das, was ihnen in patriarchalen Strukturen immer verwehrt worden ist: nämlich Selbständigkeit, Anerkennung und Souveränität“, sagt Pohl. „Das verstärkt die grundsätzliche Unsicherheit vieler heterosexueller Männer.“ Und so kann eine starke Frauenbewegung zu einer Gegenreaktion führen. Mehr Feminismus bedeutet dann auch: mehr Menschen, die vom Feminismus genervt sind – oder ihn heftig ablehnen.

## Jeder vierte Mann hat ein geschlossen antifeministisches Weltbild

Antifeministische und frauenfeindliche Strömungen im Netz sind dabei per se nichts Neues: Subströmungen innerhalb einer Gesellschaft spiegeln sich oft im Internet. Wie weit antifeministische Einstellungen verbreitet sind, hat **2022 die Leipziger Autoritarismus-Studie** gezeigt. Sie bescheinigt jedem vierten Mann und jeder zehnten Frau ein geschlossen antifeministisches Weltbild. Insgesamt gaben in der Studie 23,5 Prozent der Befragten an, Feminismus störe die gesellschaftliche Harmonie und Ordnung, fast ein Viertel stimmte der Aussage zu, Frauen übertrieben bei der Schilderung von sexualisierter Gewalt häufig, um daraus einen Vorteil zu schlagen. Etwa jeder fünfte Befragte ist der Meinung, dass sich Frauen „wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen“ sollten, und empfindet Frauen, die sich gegen Familie und Kinder entscheiden, als „egoistisch“.

Auch eine jüngst von der Organisation Plan International Deutschland erhobene Umfrage mit bundesweit 1000 befragten Männern und 1000 befragten Frauen zeichnet dieses Bild vom Rückfall in traditionelle Rollenbilder – und damit einhergehender Toleranz von Gewalt gegen Frauen. Demnach gaben 33 Prozent der befragten Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren an, es „akzeptabel“ zu finden, wenn ihnen im Streit mit der Partnerin gelegentlich „die Hand ausrutscht“. 34 Prozent seien gegenüber Frauen schon mal handgreiflich geworden, um ihnen Respekt einzuflößen, heißt es weiter. Und 52 Prozent sehen laut der Umfrage ihre Rolle darin, genug Geld zu verdienen – sodass sich die Frau hauptsächlich um den Haushalt kümmern könne. Fraglich ist jedoch, ob diese Umfrage, wie von Plan International Deutschland angegeben, repräsentativ ist. Sie erfolgte demnach über ein Online-Panel.

Im digitalen Raum können sich Antifeministen vernetzen. „Manosphäre“ heißen diese Onlinecommunities, die von dem Gedanken geprägt sind, dass Männer vom Feminismus benachteiligt oder sogar unterdrückt werden.

Dazu gehören etwa die Pick-up-Artists. Sie machen das Aufreißen von Frauen zu ihrer Kunst: Mit oft emotional manipulativen Techniken versuchen sie, möglichst viele Frauen ins Bett zu bekommen – und in diese „Kunst“ weihen sie andere Männer in kostenpflichtigen Seminaren und Fortbildungen ein. Dann gibt es die „men going their own way“ – Männer, die sich bewusst von Frauen abgewandt haben und, obwohl heterosexuell, jeglichen Kontakt zu Frauen zu vermeiden versuchen.

Eine radikalisierte Subströmung in der „Manosphäre“ sind die „Incels“: Männer, die „unfreiwillig zölibatär“ leben. Sie eint das Gefühl, von Frauen grundsätzlich abgelehnt zu werden, obwohl sie zugleich davon überzeugt sind, dass die Frauen ihnen etwas vorenthalten, auf das sie ein Recht haben: sexuelle Verfügbarkeit. Der Sohn des Regisseurs Peter Rodger, Elliot Rodger, der 2014 in Kalifornien sechs Menschen erschoss, 14 weitere verletzte und sich selbst tötete, war so ein Incel. In seinem Manifest schrieb er unter anderem von seinem Wunsch, Frauen in Konzentrationslagern unterzubringen und

ihnen beim Verhungern zuzusehen. In Incel-Foren werden Vergewaltigungsphantasien ausgetauscht wie Rezepte. „Man könnte es auf die Formel bringen: Sie hassen Frauen nicht, obwohl sie auf Frauen stehen. Sie hassen Frauen, weil sie auf Frauen stehen“, sagt Rolf Pohl. Die Inhalte von Antifeministen sind teils eng verknüpft mit der rechtsextremen Szene. Der Attentäter von Halle hörte auf dem Weg zum Tatort im Auto eine frauenverachtende Incel-Hymne, die Alek Minassian feiert, der 2018 in Toronto zehn Menschen überfuhr und eine „Incel-Rebellion“ ausrief.

## Das Vorbild der Sigmas ist Patrick Bateman aus „American Psycho“

So radikal ist die Manosphäre auf Tiktok nicht. Den Hashtag „Incel“ hat die Plattform sogar gesperrt. Vielmehr geht es hier darum, wie sich das Begehren angeblich erfüllen lässt – durch eine Rückbesinnung auf ein autoritäres Männlichkeitsbild, das mit der Abwertung und Kontrolle von Frauen einhergeht. Dabei orientieren sich die „Alphas“ an Andrew Tate und wännen sich an der Spitze einer Pyramide. Die „Sigmas“ geben vor, außerhalb dieser Pyramide zu stehen. Sie sind die seltenen Einzelgänger, die nichts auf die Meinung anderer geben und sich deshalb überlegen fühlen – ihr fragwürdiges Vorbild ist Patrick Bateman aus dem 2000 erschienenen Film „American Psycho“. Die Neigung zu Gewalt findet sich also auch in diesen harmloseren Gruppen. „Alphas“ und „Sigmas“ streben letztlich beide nach Geld, körperlicher Kraft – und der sexuellen Verfügbarkeit von Frauen. Auch die „Dating-Coaches“ teilen dieses Männer- und Frauenbild, betten es aber häufig in die Suche nach einer langfristigen Beziehung ein.

Tiktok ist für Manfluencer eine besonders geeignete Plattform. Hier kann jedes Video viral gehen, egal, wie viele Follower man hat. Vielen deutschen „Dating-Coaches“, „Alpha“- und „Sigma“-Männern folgen vergleichsweise wenig Nutzer, nur wenige Accounts kommen auf sechsstelligen Followerzahlen. Entscheidend ist aber bei Tiktok, wie viele Nutzer mit dem Video interagieren, es also liken, kommentieren oder weiterschicken, wenn sie es zum ersten Mal sehen. Dabei ist es egal, ob sie sich über die Inhalte ärgern oder ihnen zustimmen. Ein „Dating Coach“ mit rund 8000 Followern bekennt sich sogar offen dazu, gerne „provokante Sprüche rauszuhauen“, die „Softies triggern“, um möglichst viele Nutzer zu erreichen. Mit einem Video, in dem er behauptet, eine Frau, die ohne ihren Freund in einen Klub geht, verhalte sich diesem gegenüber respektlos, erreichte er so mehr als 50.000 Nutzer.

Auch der feministischen Autorin Tara-Louise Wittwer wurden auf Tiktok Videos angezeigt, die ein fragwürdiges Geschlechterbild verbreiten. „Wenn mir so was auf die For-You-Page gespült wird, obwohl ich gar nicht zeige, dass mich das interessiert, habe ich mich gefragt, wie Content für Leute aussieht, die sich dafür interessieren, die mit solchen Inhalten interagieren“, sagt sie. Wittwer tauchte ein in die Manosphäre – und reagierte mit einem eigenen Format. In „Tiktoxic“ kommentiert sie Videos von Manfluencern: „Warum du keine alleinstehenden Mütter daten solltest“, erklärt etwa ein Mann in einem der Videos. „Nummer eins: Ihr werdet niemals an erster Stelle stehen.“ – „Ja, dann springt sie gar nicht – supernervig“, sagt Wittwer mit ironischem Unterton in ihrem Format. Manche ihrer Videos erreichen mehr Nutzer als das Original.

„Im Endeffekt verbreitet man dabei natürlich auch immer die Ideale, die man bekämpfen will“, sagt Wittwer. Sie frage sich regelmäßig, ob ihre eigene Reichweite das wert sei. „Zumal ich das Gefühl habe, dass die antifeministischen Inhalte dadurch nicht weniger werden.“ Auch ihre Videos erzeugten letztlich wieder eine Gegenreaktion in der Manosphäre – sowohl in weiteren Videos als auch in Hassnachrichten gegen sie persönlich. Weil Wittwer inzwischen eine besonders hohe Reichweite hat, hoffen manche Manfluencer sogar, dass sie von ihr kritisiert werden – weil sie so mehr Aufmerksamkeit generieren können. Aber: „Aufklärerisch erreiche ich vor allem junge Mädchen, und dafür lohnt es sich“, sagt Wittwer. Inzwischen gibt es viele Accounts zumeist junger Frauen, aber auch von Männern, die sich kritisch mit den auf Tiktok vorgelebten Männlichkeitsbildern auseinandersetzen.

Die Gefahr liege darin, dass Männer in der Manosphäre hängen bleiben, sagt Rolf Pohl. „Da entsteht das Gefühl, man ist in einer eigenständigen Wirklichkeit mit einer Gruppe Gleichgesinnter weltweit, die ähnlich empfinden und das gleiche Problem haben.“ Der Eindruck kann durch Algorithmen von Plattformen wie Tiktok schnell verstärkt werden.

Trotzdem: Für Pohl sind nicht die Männer krank, die frauenverachtende Denkmuster reproduzieren, sondern die Logik selbst. „Das System hat etwas Wahnhafte: Wie kann ich mich von etwas, das ich begehre, bedroht fühlen?“ Frauen seien hier die Projektionsfläche: Sehnsuchtsort und Schreckensbild zugleich.

Dabei kann das Bild des immer starken Mannes gerade für junge Männer selbst zur Belastung werden. Schließlich wird ihnen suggeriert, ohne Geld und Muskeln seien sie nichts wert, Verletzlichkeit und Gefühle seien tabu. Und Frauen, zu denen sie sich vielleicht eine echte Beziehung wünschen, verdienen kein Vertrauen, sondern gehörten kontrolliert. Es sind Denkmuster, nach denen alle verlieren.

Quelle: F.A.Z.